G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. Harold Rasch
Auf dem Wege zur Diktatur

Dr. Arno Klönne
Nuklearpolitik unter Kiesinger-Brandt

Dr. Jerzy Sztucki, Warschau
Europas Sicherheit und die deutsche Frage

Friedhelm Baukloh
Der neue Bundeskanzler

Prof. Dr. Werner Hofmann
Notstandsplanung — Wirtschaft — Arbeitnehmerschaft

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Recht und Ideologie

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Januar 1 1967
XII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Dezember 1966 1

Kommentare und Berichte

„Offenes Europa" (Karl Stankiewitz) 4

Großbritannien und die EWG (Konni Zilliacus, M. P., London) 6

Nennis großes Wagnis (Wilfried Schilling) 9

Prof. Dr. Harold Rasch, Auf dem Wege zur Diktatur — Absichten und Aussichten des schwarz-roten Kartells 12

Dr. Arno Klönne, Nuklearpolitik unter Kiesinger-Brandt 18

Horst Heiden, Bemerkenswerte NATO-Tagung 24

Dr. Jerzy Sztucki, Warschau, Europas Sicherheit und die deutsche Frage aus polnischer Sicht 27

Friedhelm Baukloh, Der neue Bundeskanzler 35

Prof. Dr. Werner Hofmann, Notstandsplanung — Wirtschaft — Arbeitnehmerschaft 47

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Recht und Ideologie — Thesen zu ihrer Verschränkung in den Diskussionen über die Strafrechtsreform 56

Dr. Wilhelm Raimund Beyer, Revolutionäre Rechtsphilosophie: Hegel — 1817, Lenin — 1917 61

Sidney Lens, Chikago, Lateinamerika — Eine Übersicht 74

Fernseh-Spalte

Panorama 1967 (E. H. Wahl) 88

Bücher

Die Macht der Hundert. Mechanismus der staatsmonopolistischen Herrschaft in Westdeutschland. Hrsg. vom Deutschen Wirtschaftsinstitut, Berlin (Ost) (Dr. Hanns-Jochen Hauß) 89

Harold Rasch, Die Finanzierung des Wirtschaftswunders — Der Weg in die permanente Inflation (Dr. Lothar Frank) 91

Walter Heist, Genet und andere. Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang (Egbert Hoehl) 93

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 97

Historische Texte

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (VIII) 99

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der sowjetisch-französischen Erklärung 104

Erklärung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" 108

Der Zehn-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts für 1967 — Auszug aus der Neujahrsansprache des Staatsratsvorsitzenden der DDR 108

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Benteie
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XII. Jahrgang | Januar 1967 | Heft 1

Chronik des Monats Dezember 1966

1. 12. — Große Koalition. Der Bundestag wählt mit 340 der abgegebenen 473 Stimmen (bei 109 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen) den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger (CDU), zum Bundeskanzler einer „Großen Koalition". Schon am gleichen Tage wird das neue Kabinett vereidigt, dem (neben dem Bundeskanzler) zehn Minister der CDU/CSU und neun Minister der SPD angehören: Außenminister und Vizekanzler: Willy Brandt (SPD); Verteidigung: Gerhard Schröder (CDU); Finanzen: Franz Josef Strauß (CSU); Inneres: Paul Lücke (CDU); Gesamtdeutsche Fragen: Herbert Wehner (SPD); Justiz: Gustav Heinemann (SPD); Wirtschaft: Karl Schiller (SPD); Verkehr: Georg Leber (SPD); Ernährung und Landwirtschaft: Hermann Höcherl (CSU); Arbeit: Hans Katzer (CDU); Post: Werner Dollinger (CSU); Wohnungswesen: Lauritz Lauritzen (SPD); Vertriebene: Kai Uwe von Hassel (CDU); Bundesrat: Carlo Schmid (SPD); Familie und Jugend: Bruno Heck (CDU); Forschung: Gerhard Stoltenberg (CDU); Schatz: Kurt Schmücker (CDU); Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Hans-Jürgen Wischnewski (SPD); Gesundheit: Käthe Strobel (SPD). — Am 7. 12. trägt der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, auf einer Funktionärskonferenz in Braunschweig fünf Forderungen an die Regierung vor: 1) Sofortiger Stopp und allmählicher Abbau der Rüstungsausgaben als Voraussetzung für die Beseitigung der Haushaltsschwierigkeiten. Man könne nicht einerseits „krampfhaft nach Einsparungsmöglichkeiten" suchen und andererseits die Rüstungsausgaben um weitere 1,2 Mrd. DM erhöhen; 2) Normalisierung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Völkern auf der Grundlage einer „entschiedenen Entspannungspolitik"; 3) Ablösung der Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank durch eine Wachstumspolitik bei gleichzeitigem Verzicht auf „politische Preissteigerungen"; 4) volle Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Tarifautonomie; 5) Verzicht auf eine „zusätzliche Notstandsgesetzgebung und damit auf eine autoritäre Verfälschung unserer Verfassungsordnung". — Am 13. 12. verliest Bundeskanzler Kiesinger vor dem Parlament die Regierungserklärung. Der außenpolitische Teil orientiert sich an den bisher vertretenen Grundsätzen der Kabinette Adenauer und Erhard, wiederholt den umstrittenen Alleinvertretungsanspruch der Bun-

desrepublik für alle Deutschen und die bekannte Haltung in der Frage der deutschen Ostgrenzen. Das Münchener Abkommen von 1938, so erklärt der Kanzler, werde von der Regierung als „nicht mehr gültig" angesehen. Kiesinger begründet die geplanten Wahlrechts- und Grundgesetzänderungen und kündigt weitere Streichungen im Bundeshaushalt und steuerliche Belastungen an.

1.—9. 12. — Frankreich/Sowjetunion. Der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin unternimmt eine ausgedehnte Reise durch Frankreich. Bei verschiedenen Anlässen kritisiert Kossygin die Politik der Bundesregierung und befürwortet eine Konferenz über die europäische Sicherheit. Bonn müsse endlich die Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen, die gegenwärtigen Grenzen in Europa akzeptieren und „alle Ansprüche auf den Besitz von Kernwaffen aufgeben". Was die Teilnahme der USA an einer Sicherheitskonferenz betreffe, so müsse „diese Frage von den europäischen Ländern selbst geregelt werden". Die Themen der Gespräche zwischen Kossygin und Staatspräsident de Gaulle werden in einem gemeinsamen Kommuniqué nach Abschluß des Besuches erläutert. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

2. 12. — UNO. Auf einer Sondersitzung verlängert die Generalversammlung das am 3. November abgelaufene Mandat von Generalsekretär U Thant um weitere 5 Jahre. — Am 21. 12. wird die XXI. Session mit der Annahme verschiedener Resolutionen abgeschlossen.

5. 12. — Rhodesien. Die zwischen Premierminister Wilson und Ian Smith am 2. und 3. 12. auf dem britischen Kreuzer „Tiger" geführten Gespräche über eine Beilegung des Rhodesien-Konflikts bleiben ohne Ergebnis. Das zwischen beiden Parteien ausgehandelte „Arbeitsdokument" wird nach einer Sitzung des Ministerrats in Salisbury zurückgewiesen. — Am 17. 12. verhängt der UN-Sicherheitsrat nach längerer Debatte (unter Berufung auf die entsprechenden Bestimmungen der Charta) Sanktionen gegen Rhodesien, die sich sowohl auf die Ausfuhren wie auf die Einfuhren der ehemaligen Kolonie erstrecken. Die Regierung der Südafrikanischen Republik erklärt, sie werde diesem für alle Mitglieder der Vereinten Nationen verbindlichen Beschluß nicht Folge leisten. — Am 20. 12. läßt die Oberstaatsanwaltschaft in Frankfurt zehn Kisten mit Banknoten beschlagnahmen, die im Auftrag rhodesischer Behörden von einer Münchner Wertpapierdruckerei hergestellt wurden. In Bonn heißt es dazu, die Aktion sei auf Ersuchen der britischen Botschaft erfolgt.

— EFTA. Die Regierungschefs der Kleinen Freihandelszone konferieren in London über die britischen Beitrittsabsichten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In einem Kommuniqué heißt es, die Lage müsse „in jedem neuen Entwicklungsstadium einer erneuten Prüfung" unterzogen werden.

7. 12. — Vietnam. Militärdienststellen in Saigon beziffern die Stärke der in Vietnam stationierten US-Streitkräfte auf 362 000 Mann, die an den Kampfhandlungen beteiligten Verbände der 7. Flotte und der in Thailand stationierten Piloten nicht eingerechnet. — Am 15. 12. bedauert UN-Generalsekretär U Thant die Intensivierung der amerikanischen Bombardements und die Ausdehnung der Angriffe auf Wohngebiete der Hauptstadt Hanoi, die eine weitere Verschlechterung der Situation zur Folge haben müßten. — Am 19. 12. ersucht der amerikanische Vertreter bei den Vereinten Nationen, Botschafter Goldberg, den UN-Generalsekretär, Verhandlungen über die Beendigung der Feindseligkeiten einzuleiten. — Am 31. 12. antwortet U Thant, der erste Schritt müsse eine bedingungslose Einstellung der amerikanischen Bombenflüge nördlich des 17. Breitengrades sein. U Thant wiederholt sein schon mehrfach vorgelegtes Drei-Punkte-Programm (Abbruch der Bombardierung Nordvietnams, beiderseitige Reduktion der Kampftätigkeit in Südvietnam und Zulassung aller an den Kämpfen beteiligten Parteien zu möglichen Verhandlungen), das auf der soeben beendeten Sitzung der Vollversammlung von einer Mehrheit der Delegationen unterstützt worden sei. In seiner Weihnachtsansprache hatte Papst Paul VI. den Vietnamkrieg ein „fortschreitendes Crescendo von Bedrohungen" genannt; Staatspräsident de Gaulle sprach in seiner Fernsehrede zum Jahreswechsel von einer „bewaffneten Intervention der Vereinigten Staaten" in Vietnam.

8. 12. — Nordrhein-Westfalen. Mit einem von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten und von den Freien Demokraten unterstützten Konstruktiven Mißtrauensvotum wird die bisher von CDU und FDP gebildete Landesregierung unter Ministerpräsident Franz Meyers gestürzt und durch ein Koalitionskabinett unter Führung des SPD-Landesvorsitzenden Heinz Kühn ersetzt. Der von den Bonner Parteivorständen der CDU und SPD beeinflußte Versuch, auch in Nordrhein-Westfalen eine „Große Koalition" zu etablieren, hatte in der SPD-Fraktion des Landtages keine Mehrheit gefunden.

12. 12. — Syrien. Die Regierung veranlaßt die Schließung der über syrisches Territorium führenden Pipeline der Irakischen Erdölgesellschaft (IPC), die sich im Besitz mehrerer westlicher Gesellschaften befindet. Die syrischen Behörden hatten für den Transport des Erdöls von irakischen Feldern bis zum Hafen Baniyas höhere Tantiemen gefordert.

13. 12. — Kernwaffen. Das US-Außenministerium berichtet über Fortschritte in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Wichtige Fragen eines Nonproliferationsvertrages seien jedoch noch zu klären.

— Spanien. Das von Staatschef Franco angesetzte Verfassungsreferendum bringt die erwartete große Mehrheit (88,8 Prozent der abgegebenen Stimmen) für die Vorlage des Generals. Noch am 13. 12. hatte die Polizei in Barcelona die Pressekonferenz einer oppositionellen Gruppe verhindert, die den Journalisten die Gründe für ihren Aufruf zur Wahlenthaltung erläutern wollte.

15.—16. 12. — NATO. Der Ministerrat der Organisation tritt zu seiner jährlichen Herbsttagung in Paris zusammen. Über eine Zusammenkunft des Komitees für Verteidigungsplanung am 14. 12. (in Abwesenheit Frankreichs) heißt es im Schlußkommuniqué, es sei beschlossen worden, innerhalb der NATO einen „Ausschuß für nukleare Verteidigungsangelegenheiten" zu schaffen, der allen Mitgliedstaaten offenstehe, sowie eine aus nur sieben Mitgliedern bestehende nukleare Planungsgruppe. In dem Kommuniqué, in dem das Vietnamproblem nicht berührt wird, betonen die Minister ihre Bereitschaft zu verbesserten Ost-West-Beziehungen auf verschiedenen Gebieten.

16. 12. — Baden-Württemberg. Die bisher von Christlichen und Freien Demokraten gebildete Landesregierung wird durch eine Koalition von CDU und SPD abgelöst. Zum Nachfolger von Kurt Georg Kiesinger im Amt des Ministerpräsidenten wählt der Landtag den bisherigen Innenminister Dr. Hans Filbinger (CDU).

19. 12. — Weltraum. Die UN-Vollversammlung verabschiedet den von einem Sonderausschuß paraphierten „Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums". Artikel IV verpflichtet die Signatarstaaten, „keine Objekte auf eine Umlaufbahn um die Erde zu bringen, die Kernwaffen oder irgendwelche anderen Massenvernichtungswaffen tragen, und keine derartigen Waffen auf Himmelskörpern oder anderweitig im Weltraum zu stationieren". Die Beanspruchung von Hoheitsrechten im interplanetarischen Raum sowie die Errichtung militärischer Stützpunkte auf Himmelskörpern sind verboten. Das Abkommen steht nicht nur den Mitgliedern der Weltorganisation, sondern allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Ratifikationsurkunden können (nach dem Beispiel des Moskauer Teststopvertrages) in Moskau, London und Washington hinterlegt werden.

20. 12. — Frankreich. Die Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken unter Vorsitz von François Mitterrand vereinbart mit der Kommunistischen Partei ein einheitliches Vorgehen bei den im nächsten Frühjahr fälligen Parlamentswahlen. Nach der getroffenen Absprache soll während des zweiten Wahlgangs in den einzelnen Stimmbezirken ein gemeinsamer Kandidat unterstützt werden.

28. 12. — China. Über einem Versuchsgelände in der Provinz Sinkiang erfolgt der Test der fünften chinesischen Kernwaffe.

31. 12. — Deutschlandfrage. Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, unterbreitet in seiner Neujahrsansprache ein Zehn-Punkte-Programm. Der Plan sieht u.a. Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten über die Aufnahme „normaler Beziehungen" und Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung vor (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

Kommentare und Berichte

„Offenes Europa"

Ein Europa der Intellektuellen, ein „offenes Europa" von Irland bis zum Ural — diese Idee wurde an drei langen Abenden in der Münchner Universität (neben ihr fungierten als Veranstalter ein britisches und ein belgisches Hochschulinstitut) von prominenten Leuten aus West und Ost diskutiert. Ungeachtet aller politischen und gesellschaftlichen Differenzen versuchte man — gleichsam unter dem Motto: „Intellektuelle aller Länder vereinigt euch!" — die geistigen Schranken niederzureißen und eine gemeinsame Plattform zu finden, um die Idee von der europäischen Einheit in neuer, größerer, gewissermaßen „gaullistischer" Vorstellung weiterzuentwickeln.

Was bisher um Europa geschah, hat die Intellektuellen nicht befriedigen können. Schriftsteller Carl Amery, Linkskatholik, umriß die Zwangslage: Gerade die Intellektuellen in Deutschland, in der ersten Nachkriegszeit vorwiegend um die Zeitschrift „Ruf" geschart, hatten die Europa-Idee als erste propagiert, mußten dann aber bald erleben, daß sie von den Politikern als Alibi („Wir sind bereit, euch alles zu verzeihen") mißbraucht wurde und daß das „Abendland" über den europäischen Sozialismus triumphierte. So wurde die Idee Europa nicht mehr vom „fünften Stand" der Intellektuellen weitergetragen, sondern von den Konservativen und von neofaschistischen Organen wie der Zeitschrift „Nation Europa".

Damit freilich wurden die Intellektuellen in Westeuropa wesentlicher Möglichkeiten eines Einflusses auf die internationale politische Entwicklung beraubt. Anders in Osteuropa. Die dort allmählich erkämpfte intellektuelle Freiheit, die wachsende, freilich ohne Entwurzelung erfolgte Distanz zur politischen Hierarchie hat eine geistige Auseinandersetzung in Gang gesetzt, die auch im nichtsozialistischen Teil Europas immer mehr Beachtung, ja Teilnahme findet. Die Schriftsteller Joseph Breitbach (Paris), Erich Fried (London), Hans Werner Richter (München) und Walter Jens (Tübingen) meinten übereinstimmend, daß die Intellektuellen etwa in der Tschechoslowakei und Jugoslawien ihren Geistesverwandten im Westen heute „voraus" seien. Gemeint war offenbar: voraus im progressiven Denken, in der geistigen Unabhängigkeit und in der politischen Wirksamkeit.

Die geistigen Errungenschaften im Osten seien viel funktioneller, begründete Fried, während ein Teil der Toleranz im Westen doch nur eine „Pinscherfreiheit" sei. Gruppe-47-Chef Richter fügte an, es werde zu wenig übersetzt und immer noch seien viele Intellektuelle in Westdeutschland durch die zögernde Liberalisierung in Ostdeutschland verschreckt. Aber Fried verwies auf den jüngsten Kongreß der DDR-Schriftsteller, bei dem erstmals jeder dogmatische Einwand entschieden zurückgewiesen worden sei. Ein neues Selbstbewußtsein der Intellektuellen in der DDR — wo doch bisher noch jedes Aufmucken in Selbstkritik erstickt wurde? Die interessante Frage wurde nicht weiter diskutiert, zumal vom anderen deutschen Staat keine Meinung aus erster Hand zu hören war. Auch meinte Diskussionsleiter Jens, man solle das „provinzielle" deutsche Sonderproblem nicht überbewerten.

So zog man sich von den deutschen Querelen auf die europäischen Gemeinsamkeiten zurück. Was verbindet heute die Intellektuellen in Ost und West? Der schwedische Germanist

Gustav Korlén („Ich komme aus einem Land, wo das Wort Intellektueller kein Schimpfwort ist") wies den Weg von der neutralen Warte aus: „Die gemeinsame Aufgabe liegt in der Bekämpfung der Technokratie, die das Übel der heutigen Situation ist. Der Intellektuelle in Ost und West muß ein Ketzer sein, ein Moralist, ein Störenfried, ein Spielverderber, ein Mensch, der die sokratische Würde des Neinsagens für sich in Anspruch nimmt." Wo bleibt das Positive, Herr K.? Nun, fügte Korlén hinzu, der Intellektuelle sei auch ein Neugieriger, ein Mensch, der Bücher lese, ohne dazu gezwungen zu sein. Ein konstruktives Gesamteuropa-Programm ließ sich aus solchen Aphorismen allerdings noch nicht ableiten. Zwei jugoslawische Gäste gingen ein Stück weiter. Der Intellektuelle müsse heute so weit sehen wie ein Kosmonaut, erklärte Ljubomir Tadić, Dozent der Philosophie in Belgrad. Lebenserhaltung sei die oberste Zielsetzung dieses neuen „Planetenbewußtseins", das uns durch die Entwicklung der Technik, durch die Gefahr des „Robotismus" aufgezwungen werde. Wer nicht in diesem weltweiten Maßstab denke, bleibe unter dem geschichtlichen Wirkungsraum. In diesem Sinne habe der Intellektuelle in Ost und West für Europa eine besondere Verantwortung.

Lebenswichtig sei heute der Kampf der humanistischen Intelligenz in ganz Europa gegen die bürokratische Hierarchie, gegen die politischen Strukturen, die sich den progressiven gesellschaftlichen Veränderungen entgegensetzten, sagte Rudi Supek, Professor für Soziologie in Zagreb und Mitarbeiter der international vielbeachteten Zeitschrift „Praxis", der allerdings ab Jahreswende die staatlichen Zuschüsse gesperrt werden sollen (weil sie sich wohl schon zu weit vorgewagt hat).

Der Intellektuelle sei dazu bestimmt, Tagträume anzubieten, und einer dieser Tagträume sei Europa. So Manés Sperber, Schriftsteller in Paris. Der Europa-Gedanke sei für die Intellektuellen wieder positiv interessant geworden, weil er heute seine polemischen Spaltungsabsichten verloren habe. Bei Reisen durch Polen und die CSSR begegnete Sperber einem „grenzenlosen Heimweh nach einem europäischen Zusammenwirken in der geistigen Schöpfung". Doch Diskussionsteilnehmer Josef Bzoch, zweiter Vorsitzender des Slowakischen Schriftstellerverbandes, äußerte sich skeptischer. Er sprach von der „Machtlosigkeit" der Intellektuellen überall in Europa und von einem „langwierigen Prozeß", dessen zügiger Ablauf nicht allein vom Willen einzelner abhänge. Es komme nicht auf eine Infiltration an, sondern auf gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen.

Im weiteren Verlauf des „Europäischen Seminars 1966" bot sich den westeuropäischen Teilnehmern vor allem Gelegenheit, die erstaunlichen Wandlungen im europäischen Marxismus kennenzulernen. András Hegedüs, bis zur Revolution von 1956 „stalinistischer" Ministerpräsident Ungarns und heute als Leiter der Soziologischen Forschungsgruppe an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften einer der führenden Theoretiker der Gesellschaftsreform, wies in seinem Manuskript — er hatte keine Ausreisegenehmigung erhalten — auf die geschichtliche Zwangsläufigkeit von Konflikten hin zwischen dem staatlichen Verwaltungs- und Leitungsapparat, der in erster Linie an der Steigerung der Produktivität interessiert sei, und der außerhalb dieser Institutionen tätigen Schriftsteller, Journalisten, Ärzte, Sozialforscher usw., denen es vor allem um die Humanisierung der sozialen Verhältnisse gehe. Nur wenn der Sozialismus außer dem dynamischeren Wirtschaftssystem zugleich die Möglichkeit für die Humanisierung der Leitung und Verwaltung der Gesellschaft schaffe, könne er auch in den kapitalistischen Ländern Einfluß gewinnen.

Eine vielbahnige Straße zu einem europäischen Sozialismus offerierte in seiner „Theorie einer offenen Revolution" Lucio Lombardo-Radice, Mathematik-Professor in Rom und Mitglied des Zentralkomitees der KP Italiens, die derzeit als fortschrittlichste aller Kommunistischen Parteien gilt: Auf diesen Weg komme man aus einer grundsätzlichen Freiheitsforschung, aus einer radikalen Offenheit zum Menschen, Leben und Frieden oder auch aus einem konsequenten christlichen Gewissen. Lombardo ging so weit, den geschichtlich belasteten Begriff Marxismus-Leninismus abzulehnen und durch „wissenschaftlichen Sozialismus" zu ersetzen. Er forderte die „vollständige Freiheit des Wissens und Gewissens", den Mehrparteien-Staat und die öffentliche Kritik. Statt der bürgerlichen Demokratie die proletarische Rätedemokratie entgegenzusetzen, erscheine es heute notwendig, die sozialistische Ordnung als „Vollendung der Parteien- und Parlamentsdemokratie" zu verstehen.

Karl Stankiewitz

Großbritannien und die EWG

Eine allgemeine Überzeugung in Großbritannien wird in der Presse nicht ausgesprochen, im Parlament nur angedeutet, allerdings häufig in privaten Gesprächen unter Parlamentsmitgliedern aller Parteien geäußert: die Ansicht, daß das plötzliche Umschwenken der Labour-Regierung auf den Gemeinsamen Markt und die Aufnahme von Verhandlungen aus einer Position äußerster wirtschaftlicher Schwäche heraus auf amerikanischen Druck zurückzuführen ist. Man glaubt, daß dadurch Zement in die sich vertiefenden Risse im politischen Fundament der NATO gegossen werden soll und daß dieser Versuch ebenso fehlschlagen wird wie die Bemühungen damals, als die Konservativen unter ähnlichen Umständen begannen, geradezu mit der Flinte um die EWG zu werben — wobei die Flinte von Washington geliefert worden war. Wegen der Unterwürfigkeit des Vereinigten Königreichs gegenüber den USA oder, wenn man das vorzieht, seiner unwandelbaren Loyalität gegenüber dem Bündnis mit den USA (in dem diese als der Verbündete mit 98 Prozent der nuklearen Macht und einer ungeheuren Überlegenheit an Reichtum und konventionellen Waffen alle wichtigeren politischen Entscheidungen allein fällen) dürfte Präsident de Gaulle gegen den britischen Antrag auch diesmal ein Veto einlegen, wie er es aus dem gleichen Grunde schon beim letztenmal tat. Er wünscht in der Europäischen Gemeinschaft keinen Partner, den er als Marionette des State Department betrachtet.

Die Parallelen liegen wirklich ungewöhnlich nahe: Am 2. August 1961 beantragte der konservative Ministerpräsident Harold MacMillan eine Entschließung, die die Aufnahme von Verhandlungen durch die Tory-Regierung guthieß, „um festzustellen, ob befriedigende Übereinkünfte zur Wahrung der besonderen Interessen des Vereinigten Königreichs, des Commonwealth und der EFTA-Länder getroffen werden könnten" als Voraussetzung des britischen Eintritts in die EWG. Damals bestand er ebenso wie die heutige Labour-Regierung auf der Behauptung, das seien nur vorsorgliche „Sondierungen"; nichts solle ohne Billigung des Parlaments entschieden werden. Er sprach vom großen Defizit in der Zahlungsbilanz und der Währungskrise, mit der die Regierung durch eine 700-Millionen-Pfund-Anleihe bei ausländischen Banken fertigzuwerden versuche, vom hohen Diskontsatz, vom Lohnstopp, von

der Kreditverknappung, die zur Stagnation der Produktion und zur Arbeitslosigkeit führten. Insgesamt schilderte er eine Situation, die eine starke Ähnlichkeit mit der heutigen aufweist, nur daß die britische Auslandsanleihe diesmal 900 Millionen Pfund beträgt.

Heute machen die britische und die amerikanische Presse kein Geheimnis aus der Tatsache, daß die US-Politik bestrebt war und ist, Großbritannien und mit ihm die EFTA in die EWG zu treiben, weil die sich vertiefende wirtschaftliche Spaltung „Europas" — in die industrielle Freihandelszone der Sieben und den Gemeinsamen Markt der Sechs — die Risse in der NATO verbreitern würde. Auch wollen die USA Großbritannien auf Biegen oder Brechen als Spitzel des State Department in die EWG bringen, um zu gewährleisten, daß sich Westeuropa nicht durch die Machenschaften de Gaulles und seine Politik des „Europa-den-Europäern", das heißt eines Europas, das sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt und nicht 60 Meilen westlich der Elbe endet, dem amerikanischen Einfluß entzieht.

Der gut informierte Korrespondent der „Sunday Times" in Washington, Henry Brandon, berichtete am 20. 11. 1966, die USA bemühten sich ängstlich, keinen Einfluß in Europa zu verlieren: „Die Beteiligung Großbritanniens an einem neuen Europa wird als beste Garantie dafür angesehen, daß sich dieses neue Europa nicht gegen die USA wendet."

Bei der Eröffnung der zweitägigen Debatte über den Gemeinsamen Markt am 11. 11. 1966 beteuerte Außenminister George Brown noch einmal, daß die Regierung, komme was wolle, treu zum Bündnis mit Amerika stehen werde, und er bekannte, er finde von der Basis dieser standhaften und allumfassenden Loyalität gegenüber der Allianz mit den USA aus keine unüberwindliche Schwierigkeit für den EWG-Beitritt.

Nicht nur Hinterbänkler, sondern Oppositionsführer Heath selbst wies darauf hin, daß man hier die Haltung Präsident de Gaulles zu leichtfertig abtue. De Gaulle behaupte eine Schlüsselstellung in der EWG und habe in seinem Presseinterview Ende Oktober ganz klar zu verstehen gegeben, daß er unnachgiebig wie eh und je entschlossen sei, einem EWG-Beitritt Großbritanniens, dessen vorrangige Loyalität der NATO und seiner angeblichen „besonderen Rolle" im amerikanischen Bündnis gehöre, Widerstand entgegenzusetzen.

All dies begründet ausreichend, warum die „Sondierungen" der Labour-Regierung in der Frage des Beitritts zum Gemeinsamen Markt vermutlich auf dieselbe Art enden werden wie die ihrer konservativen Vorgängerin. Aber es erklärt noch nicht, aus welchem Grund die Labour-Führung ihre Haltung in dieser Frage revidiert hat.

Denn als Harold MacMillan das Parlament um Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen ersuchte, legte Harold Wilson im Namen der Labour-Opposition zu der Entschließung der Tory-Regierung einen Änderungsentwurf vor, in dem bedauert wurde, daß die Verhandlungen „aus einer Position schwerwiegender wirtschaftlicher Schwäche heraus" geführt würden. Wilson fügte hinzu: „Es nützt nichts, diese Tatsache zu verheimlichen. Sie wird die Verhandlungen tiefgreifend beeinflussen... Lähmende Schläge, denen unsere Wirtschaft ausgesetzt war und ausgesetzt ist, haben uns auf die Knie gezwungen; das ist nicht die richtige Haltung für Verhandlungen, die über unsere ganze Zukunft entscheiden können."

Ferner kritisierte Wilson die Kurzsichtigkeit, als Wirtschafts- und Handelsgespräche auszugeben, was in Wirklichkeit Verhandlungen über Außen- und Verteidigungspolitik seien; er be-

tonte die unausweichlichen politischen Folgen eines EWG-Beitritts und verlangte ausdrückliche Vorbehalte von Anfang an gegen die Einbeziehung Großbritanniens in alle späteren Schritte der EWG in Richtung auf eine politische Vereinigung, eine Föderation oder eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Wenn Großbritannien jetzt darüber schweige und das Thema erst anschneide, wenn es EWG-Mitglied sei, werde es sich dem Vorwurf aussetzen, gegen Treu und Glauben verstoßen zu haben.

Heute jedoch nimmt Wilson aus einer Position äußerster wirtschaftlicher Schwäche heraus Verhandlungen auf und behauptet, die EWG sei eine rein wirtschaftliche Organisation ohne politische Nebenwirkungen und Folgen; er erklärt, daß Großbritannien, wenn es erst einmal Mitglied sei, gegen jede Entwicklung in Richtung auf eine politische Einigung, mit der es nicht einverstanden sei, ein Veto einlegen könne.

Die Linke in England betrachtet diese Politik im ganzen als einen verzweifelten letzten Versuch, die NATO zu stützen und zusammenzuhalten und den Kalten Krieg fortzusetzen. Sie ist der Ansicht, daß diese Bemühungen fehlschlagen werden und daß sich in der daraus entstehenden Lage — verstärkt durch die Wirtschaftskrise, die lauter werdende Forderung nach Kürzung der Verteidigungsausgaben und Rückkehr der britischen Rheinarmee — genügend Unterstützung im Parlament und im Land für eine von der Linken befürwortete Alternativpolitik finden wird, um die Regierung zu zwingen, dieser Richtung zu folgen.

Die Linke will, daß die Regierung östliche und westliche Unterstützung sowohl in Europa als auch in den USA und der Sowjetunion dafür gewinnt, daß die Gesamteuropäische Wirtschaftskommission der UNO die Macht und Autorität dazu erhält, als wirksames Bindeglied zwischen EFTA und EWG im Westen und COMECON im Osten fungieren zu können und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet (d. h. auf den Sektoren des Ost-West-Handels, der Kredit- und Finanzwirtschaft, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Verteilung von Öl, Gas und elektrischer Energie, der wissenschaftlichen und technischen Kooperation) aktiv zu fördern. Die Linke weist darauf hin, daß diese Politik beinahe allgemein in Ost und West, von Befürwortern und Gegnern der Marktwirtschaft unterstützt werden würde, da sie Verhältnisse schüfe, unter denen viele Hindernisse, die heute dem Eintritt Großbritanniens und der EFTA-Länder in die EWG entgegenstehen, leicht zu überwinden wären.

Grundbedingung einer solchen Politik wäre es jedoch, daß die Labour-Regierung auf die Dauer der offiziellen Parteilinie des Disengagement, der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands folgte. Auch hierzu schüfe der Zusammenbruch der NATO und das Fehlen jeder Alternative wachsende Zustimmung der Öffentlichkeit in allen NATO-Ländern, zumal eine schnelle und positive Antwort der Sowjetunion darauf sicher wäre: Nicht nur die Sowjetregierung, sondern der ganze Warschauer Pakt hat wiederholt Verhandlungen zur Auflösung der rivalisierenden Bündnisse und ihrer Ersetzung durch gesamteuropäische Übereinkünfte für Disengagement, Abrüstung, friedliche Beilegung von Konflikten und kollektive Sicherheit gefordert, Übereinkünfte, mit denen man die aus der Charta der Vereinten Nationen hervorgehenden diesbezüglichen Verpflichtungen erfüllen und einen Rahmen schaffen würde, in dem Deutschland innerhalb seiner bestehenden Grenzen ohne Gefahr für den Frieden wiedervereinigt werden könnte.

Konni Zilliacus, M. P., London

Nennis großes Wagnis

Die obersten Führungsgremien der PSI, der Sozialistischen Partei Italiens, und der PSDI, der Sozialdemokratischen Partei Italiens, haben mit einiger Begeisterung von oben herunter die Wiedervereinigung unter dem vorläufigen Arbeitstitel PSU, Vereinigte Sozialistische Partei, beschlossen. Man legte die gemeinsamen Ziele in einer Charta fest, die unteren Kader beider Parteien folgten, ohne die Begeisterung der Leader zu teilen, aber auch ohne Rebellion, und nahmen die Fusion als einen natürlich-historischen Akt hin. In den Ortsgruppen der PSI hat es zwar an Diskussionen und Analysen nicht gefehlt, aber die Parteidisziplin und die Einsicht in den Schachzug des alten, eigensinnigen Leaders Pietro Nenni überwogen, die Zahl der Austritte ist gering. Die örtlichen Organisationen der Sozialdemokraten hatten nichts einzuwenden, und die provisorische Parteimaschinerie, improvisiert aus der Parität der Partner — in den Ortsgruppen mit jeweils zwei Sekretären auf ein halbes Jahr an der Spitze — wartet mit der Demokratisierung der Fusion bis zu den Wahlen 1968. Danach wird ein ordentlicher Parteikongreß die endgültige Organisation bestimmen. In der Spitze der Nenni-Partei war für die Fusion ein Preis zu zahlen, der sich diesmal — im Gegensatz zum Schisma von 1964, als Nenni in die Zentrum-Linksregierung eintrat, was zur Gründung der PSIUP, der Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit, und zum Verlust von über zwanzig nicht der schlechtesten Köpfe in Parlament und Senat (von achtzig Abgeordneten und Senatoren überhaupt) führte — in erträglichen Grenzen hält. Drei Mitglieder des Zentralkomitees, der Abgeordnete Anderlini, die Senatorin Carrettoni und der Senator Simone Gatto, gründeten eine unabhängige sozialistische Bewegung, während die linke innere Opposition mit Lombardi, Giolitti und Santi wie stets Vorbehalte machte, aber in der Partei verblieb.

Die Oktoberfusion der Sozialisten unter der Direktion Nennis kittet das Schisma von 1947. Damals, im besonderen Klima des Nachkriegsitaliens, als sich aus den Beschlüssen von Jalta die Aufteilung der Interessensphären zwischen den USA und der UdSSR abzeichnete, nach der Reise de Gasperis nach Amerika, welche zum Bruch der antifaschistischen Regierung (Christliche Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Aktionspartei) und auf eine lange Strecke praktischer Alleinherrschaft der Christdemokraten führte, schieden sich die sozialistischen Brüder. Vorstehende und andere ideologische Gründe rissen die damals beachtlich starke sozialistische Partei auseinander. Der konziliante Saragat schlug sich auf die Atlantikpaktseite und nahm damit die analoge Haltung der Wehner, Erler und Brandt lange vorweg. Der stärkere Teil unter Pietro Nenni ging die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten ein. Unter allen marxistischen Bewegungen halten die italienischen Sozialisten den absoluten Rekord an inneren Spaltungen. Dies ist einmal auf die Intensität des politischen Kampfes gegen die den Sozialismus kontrastierenden Kräfte und deren Geschicklichkeit zurückzuführen, zum anderen aber auch auf den stark ausgeprägten Individualismus der Italiener. Nach der Spaltung von 1947 vermieden die feindlichen Bruderparteien jede frontale Auseinandersetzung. Nach dem beiderseitigen Erfolg bei den Kommunalwahlen von 1956 begegneten sich Saragat und Nenni. Wie es heute rückschauend heißt, legten sie schon damals den Grundstein für eine Wiedervereinigung. Was ihnen vorschwebte, war die Gründung einer Art von Labour-Party, in der als Fernziel alle Sozialisten ein gemeinsames Dach finden könnten. Zweifellos hat die Präsidentschaft Saragats die jetzige

Versöhnung gefördert, parallel zum Frontwechsel Nennis, der nach der anfänglich wohlwollenden Neutralität gegenüber der ersten Zentrum-Linksregierung die Freundschaft zu den Kommunisten aufkündigte und nach den Parlamentswahlen von 1963 mit der Niederlage der Christdemokraten selbst in die Regierung einstieg. „Wir wollen ins Zimmer der Knöpfe," formulierte er die Forderung, mit an den Kommandostand zu kommen, wo die Knöpfe gedrückt werden. Der alte Fuchs fand die Zeit für gekommen, an der Verantwortung teilzunehmen, die Demokratisierung des Landes voranzutreiben, den Kapitalismus zurückzudrängen, die Gesellschaft durch Reformen zu transformieren. Im gleichen Maße erstarkten freilich bei den Christdemokraten, besonders auf dem rechten Flügel dieser heterogenen Partei, die alten, konservativen Gegenkräfte, die in den Sozialisten das Trojanische Pferd sehen, in dessen Bauch sie Karl Marx und die Kommunisten vermuten. So sind Hände im Spiel, die den Griff der Sozialisten auf die Knöpfe zu verlangsamen und unwirksam zu machen versuchen. Andererseits berufen sich die noch keinesfalls erschlafften sozialistischen Partner auf die einst gemeinsam mit den Christlichen Demokraten und Kommunisten erarbeitete Verfassung, die, im Geist des Widerstands und der Erneuerung geschrieben, die Forderung nach einem modernen, demokratischen Italien erhebt, das Ziel, wofür die Partisanen kämpften und starben.

Manche Reformen, wie die Verstaatlichung der Energiewirtschaft und die Schulreform, gingen mit Nachhilfe der Sozialisten über die Runden, andere tragen den Stempel des Kompromisses oder werden durch Gummitaktik verzögert. Noch drängen die Sozialisten und erklären: Die Macht um ihrer selbst willen interessiert uns überhaupt nicht, auch nicht die Ministerposten. Was uns interessiert, sind die Reformen, die Erneuerung Italiens. Die Gründung der Einheitspartei, von den Sozialisten als Alternative zur Democrazia Cristiana deklariert, hat dort keine Freude ausgelöst. In der Tat sehen sich die Sozialisten einem verschärften Zweifrontenkampf gegenüber, gegen ihre Freunde in der Regierung, den Christdemokraten, und nach links gegen die Kommunisten, die ihnen Selbstaufgabe für ein Linsengericht vorwerfen. Nenni hat eine große Karte gespielt. Entweder gelingt es den Sozialisten, die italienische Gesellschaft in Bewegung zu bringen (an Zustimmung von intellektueller Seite hat es dabei nicht gefehlt) und nach Nennis Konzeption auf die politisch isolierten Kommunisten als Magnet zu wirken, um die ‚weltliche' Plattform im Kommandostand zu verbreitern, oder sie werden nach einem durch die Mitregierung bedingten Verschleiß zwischen den katholischen und kommunistischen Blöcken aufgerieben. Genau das würde unter bestimmten Umständen die Aussichten auf einen katholisch-kommunistischen Dialog eröffnen, wie er Togliatti vorschwebte und auf den seine Nachfolger hinzielen, und genau das ist es, was Nenni durch die gemeinsame sozialistische Initiative verhindern will. Dazu droht den Sozialisten die Gewöhnung an Sessel und Ämter, die immer zum Abbröckeln der Ideale führt. Dieser Fall würde neuen Zuwachs für die Kommunisten bedeuten. Nenni weiß es und drängt ungestüm gegen die christlich-demokratische Gummimauer. Übersteht die ungleiche Regierungskoalition die vielen drohenden Krisen und verbessern die vereinigten Sozialisten, die im Moment etwa zwanzig Prozent der Wähler repräsentieren, bei den Parlamentswahlen von 1968 ihre Positionen, so könnte das zu außenpolitischen Überraschungen führen, wenn 1969 der NATO-Vertrag ausläuft, denn die von Nenni eingebrachte Masse der Sozialisten hat ihre Tradition nicht aufgegeben. Man ist stolz darauf, im Ersten Weltkrieg

in den Fragen der Kriegskredite und der Intervention als einzige der Sozialistischen Internationale festgeblieben zu sein, man ist gegen den Vietnam-Krieg der Amerikaner, gegen das Pakt- und Blocksystem, für die Aufnahme Rot-Chinas in die Vereinten Nationen (was sicher auch Fanfanis Vermittlungsvorschlag dort beeinflußt hat). In einem für Nenni positiven Ausgang auf weite Sicht wäre es denkbar, daß sein außenpolitisches Gepäck einen für die Bundesrepublik schweren Brocken enthielte, nämlich die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze. Dazwischen steht noch das von Nenni eingegangene Risiko.

Innenpolitisch hat es seinen ersten, nicht allzu rosigen Niederschlag in den Teilwahlen auf Gemeinde- und Provinziallandtagsebene vom 27. November gefunden, die anderthalb Millionen Wähler an die Urnen brachten. Zweifellos hatte sich das Parteisekretariat in Rom gerade in dieser Phase ein besseres Ergebnis erhofft als ein Abbröckeln der Positionen bis zu vier Prozent in Städten wie Triest, Ravenna und Massa Carrara, denen in 63 Gemeinden des Südens ein leichter Gewinn von 0,8 Prozent gegenübersteht. Von diesen Verlusten profitierten die abgespaltenen Sozialisten der Proletarischen Einheit (PSIUP). Obwohl die gesamte Linke in eine gewisse Bewegung geraten ist, blieb doch die Sensation aus. Nenni beeilte sich, zu versichern, daß die Partei aufgrund örtlicher Gegebenheiten da und dort leichte Schwankungen zu verzeichnen gehabt hätte, im Süden jedoch positive Ergebnisse erzielt habe und daß die Partei von den Wahlen in einer Phase des Aufbaus überrascht worden sei.

Einige Tage nach der Vereinigung von PSI und PSDI konnten die Kommunisten bei den Betriebsratwahlen im FIAT-Konzern frühere Einbußen wettmachen und erhebliche Stimmengewinne buchen. Der Eisenbahnerstreik kurz vor Weihnachten wurde von den katholischen und kommunistischen Gewerkschaften gemeinsam ausgerufen. Als schwere Hypothek aber lastet die Naturkatastrophe vom November 66 auf der Zukunft. Auch den sozialistischen Ministern wird im Volk der Vorwurf nicht erspart, ihre Pflicht bei den notwendigen Präventivmaßnahmen versäumt zu haben. Das wird sich in der Politik der nächsten Jahre niederschlagen. Wie auch Nennis Experiment mit den Knöpfen nun immer ausgehen mag, so ist es als Paradigma zu den letzten Ereignissen in der Bundesrepublik aus tausend Gründen untauglich. Abgesehen davon, daß ein Nenni aus anderem Stoff gemacht ist als Wehner und Brandt (er hat Gefängnisse kennengelernt, eine Tochter in Auschwitz verloren und bei vielen Gelegenheiten Profil bewiesen), daß in weiten Zentrum-Linkskreisen die Bonner Rechts/Rechts-Koalition unter dem Ex-Pg. Kiesinger mit geringem Zutrauen, ja Argwohn beobachtet wird, daß sich generell die Gesamtlage in Italien von jener der Bundesrepublik unterscheidet, so steht in Italien bei dem möglichen Mißlingen des Nenni-Experiments im Gegensatz zur Bundesrepublik links ein gewaltiger Block. Wenn auch vergleichsweise zwei ähnliche Koalitionen aus verschiedenen Anlässen heraus entstanden sind, so bestimmen doch die in der Struktur andersgearteten Komponenten auseinanderstrebende Richtungen, ein Vergleich, der zuungunsten der SPD ausfällt. Mit anderen Worten: wo in der Bundesrepublik dank der Wehner-Strömung ein Tiefpunkt an Stagnation auf dem traditionellen Grund der Rechten erreicht worden ist, herrscht demgegenüber in Italien die reine Fluktuation. In der Bundesrepublik mit ihrem ewigen Rechts-Trend muß erst wieder eine gesunde Opposition entstehen, die das Vakuum ausfüllt, das die SPD-Notständler mit ihrem Rechtsruck geschaffen haben. Erleidet Nennis Politik eine Niederlage, so wird das nicht zur Schwächung der Linken führen. Im Gegenteil.

Wilfrid Schilling

Prof. Dr. Harold Rasch

Auf dem Wege zur Diktatur

Absichten und Aussichten des schwarz-roten Kartells

I

Werfen wir zu Beginn des neuen Jahres noch einmal den Blick zurück: Mit Hilfe ihrer Wahllokomotive „Ludwig Erhard" und eines Milliardensegens von „Wahlgeschenken" hatten die Regierungsparteien der CDU/CSU und FDP im Herbst 1965 erneut die Mehrheit im Deutschen Bundestag erlangt. Ein Jahr später war der Zusammenbruch ihrer Politik nicht mehr zu verschleiern. Die Freien Demokraten kündigten die Koalition auf, Erhard wollte zunächst allein weiter wursteln, dann gaben ihm seine eigenen Freunde einen Fußtritt. Die Sternstunde der SPD schien gekommen, ein paar Tage konnte man den Eindruck haben, daß sie sie nutzen würde. Das vorläufige Ende der Krise aber war dann die Sanierung der Bankrotteure durch die Kontrollinstanz auf dem Weg einer „Großen Koalition".

Nichts im allgemeinen gegen die Personen der jetzt amtierenden sozialdemokratischen Bundesminister, im Gegenteil: Karl Schiller, im nationalökonomisch-theoretischen Denken erzogen, dürfte keinen schlechteren Bundeswirtschaftsminister abgeben als Kurt Schmücker (freilich wenig Rückhalt in seiner Partei finden) und sicher einen besseren, als es Erhard seit dem Ende der fünfziger Jahre war. Der gebildete und humane Gustav Heinemann ist uns als Bundesjustizminister sehr viel lieber als der Todesstrafen-Jaeger der CSU. Carlo Schmid kann jedem Kabinett nur zur Zierde dienen. Und Willy Brandt hat als Regierender Bürgermeister von Berlin manchen Ansatz zu realistischerem Denken in der „Deutschland-Frage" gezeigt als der frühere Außenminister Gerhard Schröder. Nur von Herbert Wehner wollen wir lieber nicht sprechen.

Aber es geht hier nicht in erster Linie um Personen. Wenn der Verfasser in anderem Zusammenhang von einem „schmählichen Verrat" der SPD gesprochen hat (FAZ vom 3. 12.) und diesen Vorwurf hier wiederholt, so sollte nicht die persönliche Integrität der führenden Männer der SPD in Zweifel gezogen werden. Ein moralisches Werturteil wäre ebenso anmaßend wie ungerecht und liegt uns völlig fern. Es geht allein um die Sache, um die Preisgabe der demokratischen Ordnung durch diejenigen, die sie hätten schützen sollen, um die Mißachtung des Auftrags, den die Wähler der SPD gegeben hatten. In diesem Sinne freilich kann an der Tatsache eines scheußlichen Verrats kein Zweifel sein, soviel menschliche Entschuldigungsgründe man im einzelnen auch finden mag.

Weiteste Kreise der deutschen Öffentlichkeit haben hierfür allerdings kein Verständnis. Sie begrüßen es, daß nun endlich einmal das „Parteigezänk aufhört" und „gemeinsam sachliche Arbeit geleistet" wird. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", sagte schon Wilhelm II, von zeitlich näher

liegenden Vorbildern ganz zu schweigen. Es muß schließlich regiert werden, und wer das nicht wahrhaben will, der ist, wie schon Joseph Goebbels seligen Angedenkens feststellte, nicht mehr als ein Nörgler und Kritikaster, Hetzer und Meckerer.

Diese Meinung ist, wie gesagt, weit verbreitet. Daß in einer Demokratie die Aufgabe der „Opposition" nicht so sehr darin besteht, zu opponieren, als vielmehr darin, die Herrschenden zu kontrollieren, und daß diese ihre Funktion nicht um einen Deut unwichtiger ist als die der Regierung, das ist nur wenigen klar. Und von denen, die es wissen, sind die entscheidenden Personen wiederum an der Erhaltung einer demokratischen Ordnung vielfach gar nicht interessiert.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten hatten sich zusammengefunden, um Erhard aufzufordern, die Vertrauensfrage zu stellen. Sie konnten die CDU/CSU auflaufen lassen und dadurch in kurzer Zeit Neuwahlen erzwingen. Sie konnten aber auch Erhard abwählen und durch Willy Brandt ersetzen. Gewiß, diese Koalition hätte zunächst nur eine schwache Mehrheit gehabt. Aber daß man auch mit einer kleinen Mehrheit regieren kann, wenn man nur dazu entschlossen ist, hat erst vor kurzem der Sozialist Harold Wilson eindrucksvoll gezeigt. Ein Jahr wirklich neuer Politik im Innern und nach außen — Ausbau statt Abbau des sozialen Rechtsstaats, ehrliche Friedenspolitik anstelle fruchtlosen Revisionismus' —, dann hätte die Regierung alle Chancen gehabt, bei Neuwahlen eine breite Mehrheit hinter sich zu bringen. Aber es fehlte ganz einfach an Mut und an wirklichem Willen zur Macht. Die sichere Aussicht auf ein paar Pfründen war verlockender als die Chance zu befreiender Tat. Herbert Wehner wollte Minister werden, wollte es jetzt und um jeden Preis werden, und die Mehrheit seiner kleinbürgerlichen Parteigenossen hat es ihm ermöglicht. So hat die „Opposition" einmal mehr ihre Seele verkauft und ihren Judaslohn in Empfang genommen.

Daß die großen politischen Aufgaben, die vor uns liegen, nur mit Hilfe einer „Großen Koalition" gelöst werden könnten, — diesen Unsinn wird uns niemand weismachen. Als wenn nicht das Grundgesetz bereits ein dutzendmal mit Zweidrittelmehrheit geändert und nicht zahllose einfache Gesetze mit Zustimmung der SPD beschlossen worden wären. Das Argument von der sachlichen Notwendigkeit dieser Koalition im Interesse der Bewältigung gemeinsamer Ziele ist zu dumm, als daß es sich lohnte, noch ein Wort darüber zu verlieren.

Herbert Wehner hat sein Ziel erreicht, das ist sicher, aber er und seine Freunde werden nur „Mitläufer" sein, und es bleibt durchaus ungewiß, ob die zukünftige Geschichtsschreibung sie nach bewährtem Muster als „entlastet" einstufen wird. Die entscheidenden Machtpositionen liegen weiterhin bei der CDU/CSU, die Richtlinienkompetenz bei Bundeskanzler Kiesinger, die Polizei-, Notstands- und Bunkergewalt bei Innenminister Lücke, der Oberbefehl über die Wehrmacht bei Gerhard Schröder und vor allem der Schlüssel zur Kasse bei Franz Josef Strauß. Schade um Willy Brandt, dem wir, nicht nur wegen der häßlichen Angriffe, die Konrad Adenauer in früheren Jahren gegen ihn gerichtet hat, viel Sympathie entgegengebracht haben und der sich nun zwischen den Richtlinien eines früheren PG und der Taktik eines ehrgeizigen Renegaten nutzlos verschleißen wird.

Wir bezweifeln nicht, daß die schwarz-rote Koalition ziemlich bald einige „Erfolge" wird melden können. Selbstverständlich hat eine Regierung, die keiner

nennenswerten Kontrolle und Kritik unterliegt, eine leichtere Arbeit als eine andere, die sich echter Auseinandersetzung stellen muß, — Kritik auszuschalten ist schließlich der Zweck der ganzen Übung. Man wird den Bundeshaushalt — im wesentlichen zu Lasten des kleinen Mannes — mehr oder weniger gut zum Ausgleich bringen, man wird ohne große Schwierigkeiten dieses oder jenes sonstige Gesetz beschließen und dabei gewiß auch durchaus vernünftige Maßnahmen treffen. Das hat die Regierung Adolf Hitlers ebenfalls getan. Aber die eigentlichen Probleme der Bundesrepublik wird diese Regierung nicht lösen können, ja gar nicht lösen wollen.

In der Erklärung Bundeskanzler Kiesingers vom 13. Dezember 1966 fehlt es nicht an dem Bekenntnis zur Entschlossenheit, „mit allen Völkern Beziehungen zu unterhalten, die auf Verständigung, auf gegenseitiges Vertrauen und auf den Willen zur Zusammenarbeit gegründet sind". Wir wollen mit der Sowjetunion „in guter, friedlicher Nachbarschaft leben" und haben den lebhaften Wunsch, „einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früherer Zeit begreifen". Niemand wird dem widersprechen, und wir dürfen sicher sein, daß sich in dieser Hinsicht, wie man so sagt, auch einiges tun wird.

Doch eine gewisse Auflockerung der unsinnigen Hallstein-Doktrin, der Austausch von Botschaftern mit dem einen oder anderen osteuropäischen Staat, auch einige „neue Akzente" sonst, wie sie Willy Brandt in Aussicht gestellt hat, sind wertlos, solange sie nicht mehr als taktische Konzessionen darstellen. Nicht einmal eine einseitige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung würde heute noch honoriert werden, denn was nützt sie Polen, solange die Bundesrepublik die rechtliche Existenz der DDR, deren Grenze die Oder-Neiße-Linie ebenfalls ist, in Zweifel zieht. Ohne eine Befriedung unseres Verhältnisses zur DDR, und zwar eine Befriedung nicht nur aus taktischen Erwägungen, sondern aus der ehrlich gewonnenen Einsicht heraus, daß die Folgen der deutschen Niederlage im Osten sich durch keinerlei juristische Kniffe aus der Welt schaffen lassen, — ohne eine solche kann es keine Befriedung in Mitteleuropa geben. Den entscheidenden Schritt in dieser Richtung zu tun, ist unsere, der Bundesrepublik Sache. Und gerade das lehnt die Bundesregierung mit ihrem erneuten Hinweis darauf, daß „die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands ... nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt" werden können, ausdrücklich ab. Die Befriedung Europas wird erneut in eine in nebelhafter Ferne liegende Zukunft verschoben.

Aber auch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird keinen nachhaltigen Erfolg haben. Wir stimmen Bundeskanzler Kiesinger durchaus zu, wenn er eine „mittelfristige Finanzplanung" fordert, eine „vertikale Rangliste der Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden" erarbeiten lassen und dafür sorgen will, „daß vorrangige Aufgaben besser erfüllt werden". Doch die entscheidende Frage ist eben: was ist vorrangig? Wir erachten die Finanzierung der Infrastruktur unserer Wirtschaft, die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Verkehr und der unmittelbar produktiven Investitionen der Industrie als vorrangig, die Bundesregierung aber wird — und muß auf Grund ihrer verfehlten Deutschland- und Außenpolitik — der ständigen Erhöhung der Ausgaben für die Wehrmacht und die zivile „Verteidigung" den Vorzug geben. Das bedeutet, da dem

Wachstum Grenzen gesetzt sind, daß sie entweder den Ast absägen wird, auf dem wir alle sitzen, oder den Sozialaufwand radikal kürzen oder aber beides tun muß. Wahrscheinlich ist, daß sie wie eh und je das Dilemma möglichst „geräuschlos", d. h. durch weitere Inflation lösen wird, sofern man hierein eine „Lösung" des Problems erblicken will. Noch kämpft die Bundesbank, allein auf weiter Flur, einen tapferen Kampf. Auf längere Sicht freilich werden die Kräfte der Inflation sich nach allen Erfahrungen als die stärkeren erweisen, die Fanatiker des „Wachstums" werden siegen. Sie werden die Gespenster der Jahre 1929 ff. an die Wand malen (obwohl die Verhältnisse heute völlig anders liegen) und „Vollbeschäftigung" um jeden Preis fordern, nachdem gerade jetzt die Politik der Bundesbank begonnen hat, durch Eindämmung der Übernachfrage ihre Wirkungen in Gestalt höherer Arbeitsleistungen und weniger „Krankfeierns" zu entfalten. Das Direktorium der Bundesbank, fürchten wir, wird nicht stark genug sein, sich dem zu widersetzen.

III

Wie auch immer die Sachfragen der deutschen Politik jetzt angepackt werden mögen, ein nüchternes Urteil kann dieser Regierung kaum eine gute Prognose stellen. Die Addition einander widerstrebender Kräfte ergibt noch keine neue, stärkere Kraft, sondern setzt nur die Lähmung der alten in anderer Weise fort. Das werden wir bald zu spüren bekommen.

Viel schlimmer freilich noch, obwohl nur wenigen bewußt, ist die fortschreitende Zerstörung der demokratischen Ordnung, deren Zeugen wir bereits in den letzten Jahren gewesen sind und die nach Bildung einer „Großen Koalition" rapide Fortschritte machen wird. Ein neues Wahlrecht, das nach der Regierungserklärung „grundgesetzlich verankert werden" soll, eine tiefgreifende Finanzreform und andere Pläne der Bundesregierung erfordern Dutzende von Änderungen des Grundgesetzes, die auf eine mehr oder weniger vollständige Änderung der Grundstruktur unserer Verfassung hinauslaufen. Über die Notwendigkeit hierzu läßt sich im einzelnen durchaus reden, auch wir halten eine Stärkung der Bundesgewalt in mancher Hinsicht für unerläßlich, und für die Einführung eines Mehrheitswahlrechts der einen oder anderen Art können gewiß gute Gründe geltend gemacht werden. Aber das sind doch Fragen, die, solange wir noch eine demokratische Verfassung haben, in breitester Öffentlichkeit diskutiert, unserem Volk wenigstens in ihrer Grundproblematik von den Parteien näher gebracht und zum Gegenstand der Auseinandersetzung in einem Wahlkampf gemacht werden sollten. Nun aber ist beabsichtigt, sie durch einen kleinen Klüngel von Politikern, der keinerlei Auftrag hierzu hat, entscheiden zu lassen und damit die Demokratie auf kaltem Wege autoritär zu beseitigen. Das Bonner Grundgesetz ist seinerzeit auf Empfehlung des Parlamentarischen Rats durch die Parlamente der deutschen Länder (mit Ausnahme Bayerns) beschlossen worden. Nun soll es nicht nur in einzelnen Punkten geändert, sondern grundlegend umgestaltet werden, ohne daß der Bürger auch nur die geringste Möglichkeit hat, hierauf Einfluß zu nehmen. Kann man ein solches Verfahren noch als demokratisch bezeichnen?

Wir wissen, daß die Bonner Auguren für derartige Einwände nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben werden, — was liegt ihnen schon an der Erhaltung der demokratischen Struktur der Verfassung? Aber sie werden gestatten müssen, daß wir ihre Versicherungen einigermaßen kritisch unter die Lupe nehmen.

Das gilt zunächst von der Erklärung Bundeskanzler Kiesingers, es sei „der feste Wille der Partner der Großen Koalition, diese nur auf Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode, fortzuführen". Daß ein autoritäres — um nicht zu sagen: totalitäres — Regime freiwillig wieder abtritt, ist wenig wahrscheinlich. Hat es „Erfolg" gehabt, dann wird es weiter mit Erfolg regieren wollen. Andernfalls wird es die Fortsetzung seiner Herrschaft noch für einige Zeit als um so dringlicher hinstellen. Natürlich ist es möglich, daß die „Große Koalition" schon bald an unüberbrückbaren Gegensätzen auseinanderbricht. Das gemeinsame Interesse der Herrschenden an der Erhaltung ihrer Herrschaft legt jedoch viel eher die Annahme nahe, daß man diese Gegensätze weiterhin verkleistern und möglichst lange zusammen bleiben wird. Schließlich hat die SPD vor Eingehung der jetzigen Ehe ja schon einige Jahre lang ein Verhältnis mit ihrem Partner gehabt, und solche Verbindungen halten erfahrungsgemäß ganz gut.

Wie sollen wir uns eigentlich die Wahlen des Jahres 1969 praktisch vorstellen? Sollen CDU/CSU und SPD, nachdem sie in schöner Eintracht zusammengearbeitet haben, ein Jahr oder auch nur sechs Monate vor dem Wahltermin über Nacht die Koalition beenden und neue Stellungen beziehen? Was kann der Bürger, der sich ja schließlich entscheiden muß, von den so bezogenen Positionen ernstlich halten? Die Möglichkeit zu einer auf rationalen Überlegungen beruhenden Wahl — Grundlage jeder wahren Demokratie — wird doch auf diese Weise noch illusorischer, als sie bei der bisherigen Methode unserer „Wahlkämpfe" jetzt schon war. Dabei darf man nicht vergessen, daß das neue „Mehrheitswahlrecht" nach den vorläufigen Mitteilungen erstmals für die Wahlen von 1973 gelten, für den nächsten sechsten Bundestag aber nach irgend einem Übergangssystem gewählt werden soll.

Gewiß, es wird auch weiter Machtkämpfe zwischen den politischen Gruppen, Diskussionen im Parlament und in der Öffentlichkeit geben (wie es sie übrigens in der DDR und allen anderen autoritären Staaten ebenfalls gibt). Nur werden die Kämpfe sich ganz hinter den Kulissen abspielen und die Diskussionen ohne Bedeutung sein. Was fängt der Wahlberechtigte mit noch so überzeugenden Argumenten des Vertreters der einen oder anderen Partei an, wenn keine der beiden großen Gruppen mehr die politische Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen zu übernehmen hat, weil die Koalition verantwortlich, d. h. in Wahrheit unverantwortlich ist? Nein, unsere Demokratie, von Anfang an nur schwach entwickelt, inzwischen immer schwächer geworden, liegt nunmehr vollends danieder, und es besteht wenig Aussicht, daß sie zu neuem Leben erwachen wird.

Noch einmal: für ein Mehrheitswahlrecht mit oder ohne Stichwahl (nach dem Muster des Reichstags der Kaiserzeit bzw. des britischen Parlaments) lassen sich gute Gründe geltend machen. Von Übel aber ist die Manipulation des Wahlrechts im Hinblick auf die — wirkliche oder vermeintliche — akute Interessenlage der einzelnen Partei. Hat die SPD einmal bedacht, daß 1969 sehr wohl die Neonazis in den Bundestag einziehen und daß Franz Josef Strauß sich mit diesen verbünden könnte? Das wäre vermutlich zwar keine „Große Koalition", aber von Demokratie bliebe dann ebenfalls kaum mehr viel übrig.

Vorerst wird gewiß der Weizen der politischen Geschäftemacher blühen. „In dieser Koalition werden keine Macht und Pfründen zwischen Parteien geteilt, keine Mißstände vertuscht und die Kräfte des parlamentarischen Lebens nicht durch Absprachen hinter den Kulissen gelähmt werden ... Die Opposition wird

alle parlamentarischen Möglichkeiten haben, ihre Auffassung zur Darstellung und Geltung zu bringen", sagte Kiesinger in seiner Regierungserklärung. Seine Versicherungen in Ehren; alle geschichtlichen Erfahrungen sprechen dafür, daß sie auch bei gutem Willen einzelner nicht erfüllt werden können. Mit der Ernennung von einem halben Dutzend neuer parlamentarischer Staatssekretäre oder „Staatsminister" hat man bereits begonnen. Wir werden sehen, wie man jetzt den Starfighter-Skandal und die Affäre Schützenpanzer HS 30 behandeln wird, um von den Komplexen Fibag und Onkel Aloys gar nicht zu reden.

Eine Schlüsselfigur ist hier der neue Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Knieper, der Nachfolger auf dem Sessel der Herren Globke und Westrick. Knieper war früher Ministerialdirektor im Bundesverteidigungsministerium unter Franz Josef Strauß und dürfte über alle diese Angelegenheiten bestens unterrichtet sein. Wird er schweigen und damit seinem früheren Chef den weiteren Aufstieg erleichtern? Oder wird er einen Teil seines Wissens seinem neuen Herrn offenbaren und ihm damit vielleicht ein Mittel in die Hand geben, den aufstrebenden Rivalen zu bremsen? Strauß hat Kiesinger zum Kanzler „gemacht", aber schwerlich ohne Hintergedanken auf beiden Seiten. Wie immer Knieper handeln möge, von seiner, eines Beamten, Haltung hängt möglicherweise das Schicksal der Bundesrepublik während der nächsten Jahre ab.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: die heutige Lage der Bundesrepublik ist nicht der des Deutschen Reichs im Jahre 1932 gleichzusetzen. Wenn auch ein gewisser Rückgang der Nachfrage sich im Wirtschaftsleben bemerkbar macht, der übrigens nur erwünscht sein kann, — eine Massenarbeitslosigkeit wie damals ist in keiner Weise zu befürchten. Auch ist die Regierung der „Großen Koalition" gewiß kein „Kabinett der Barone", wie es die Regierung Franz von Papens war. Obwohl die außerparlamentarische Opposition wachsen wird, wird sie keinen neuen braunen Horden die Bahn frei machen. Es wird im Gegenteil äußerlich zunächst alles recht manierlich zugehen: Wir werden keinen 30. Juni erleben wie anno 34, diese „Blätter" werden nicht einfach verboten werden, man wird niemand in eine neue Massenorganisation hineinpressen. Sogar nach der Verabschiedung der „Notstandsgesetze" wird es mit der Einrichtung von Konzentrationslagern noch gute Weile haben. Nicht ein Regime des offenen Terrors sehen wir heraufziehen, sondern viel eher eine Diktatur, die unter Benutzung von Glacéhandschuhen erstickt, was sich an selbständigen Regungen etwa zeigen sollte. Wer sich hübsch brav verhält, wird zwar kräftig zahlen müssen, aber sonst nichts zu leiden haben, — selbst im Dritten Reich konnte man, wenn man sich nicht mausig machte, bis 1939 noch ganz ordentlich leben, und „Arier" sind wir heute ja schließlich fast alle.

Den breiten Massen unseres Volkes ist die „Große Koalition" völlig gleichgültig. Sie wollen in Frieden „panem et circenses" genießen, und wer kann es wagen, deshalb auf sie herabzusehen? Die wenigen, die stärker an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens interessiert sind, ohne dem Kurs der Herrschenden aus Überzeugung oder Interesse verbunden zu sein, werden zu schweigen lernen. Sie werden sich in ihre Berufsarbeit oder einfach in die „innere Emigration" flüchten und je nach persönlichem Temperament politisch resignieren oder sich vollendetem Zynismus hingeben. Hier bleiben dem einzelnen viele Wege offen. Ein Gefühl aber wird alle verbinden, die heute abseits stehen: Trauer um Deutschland.

Dennoch wollen wir uns, so sehr wir solche Empfindungen verstehen, nicht entmutigen lassen. Die Zeiten ändern sich rasch, neue Kräfte im Innern, der Sach-

zwang von außen her können Bewegung in die jetzt im Kartell- und Pfründendenken erstarrten Fronten des politischen Lebens bringen. Noch ist nicht alles verloren. Es ist eine gute Sache, für die wir gekämpft haben: die Erhaltung und Festigung einer freiheitlichen demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik und die Herstellung und Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen zu allen unseren Nachbarn, besonders aber zur Deutschen Demokratischen Republik. Wir wollen ihr auch in Zukunft nach besten Kräften dienen.

Dr. Arno Klönne

Nuklearpolitik unter Kiesinger-Brandt

I

Selbst skeptische Beobachter der Bonner Politik waren beim Zerfall des Kabinetts Erhard der Meinung, eine neue Regierung werde, wenn schon nicht auf anderen Gebieten der Politik, so doch wenigstens im Feld der Außen- und Militärpolitik sich von bisher gehegten Illusionen und Fehlkalkulationen trennen und den längst fälligen Anschluß an die Politik der internationalen Entspannung und Rüstungsbeschränkung vollziehen. Solcherart Erwartungen fanden u. a. ihren Ausdruck in einem Artikel von Fritz Baade im SPD-Pressedienst, in dem Baade drei Illusionen beschrieb, die von einer neuen Regierung als solche erkannt und abgeschrieben werden müßten: „Die Illusion, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund einer Politik der Stärke möglich sei . . .; die Illusion, daß nur eine starke Rüstung uns militärische Sicherheit geben könne . . .; die Illusion, das Defizit im Bundeshaushalt sei ohne Rüstungsbeschränkung zu beseitigen."

Während Baade der Auffassung war, die Offenlegung des Defizits der bisherigen Bonner Außenpolitik und die Ablösung von den genannten Illusionen sei am ehesten auf der Basis einer Großen Koalition möglich, ließen die während der Koalitionsverhandlungen veröffentlichten Sachvorschläge der SPD und der FDP eine bessere Außen- und Militärpolitik eher von einem Bündnis dieser beiden Parteien erwarten: Sowohl SPD wie FDP forderten den Verzicht auf atomaren Mitbesitz, vorbehaltlose Teilnahme an der Entspannungspolitik und Normalisierung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarstaaten. Die FDP forderte ferner die Diskussion über eine neue, defensive Militärkonzeption; SPD-Politiker (so u. a. der Bundestagsabgeordnete Wienand) verlangten die Prüfung von Disengagement-Konzepten, so etwa des Gomulka-Planes.

Die Kampagne für Abrüstung formulierte drei Kriterien für das Urteil über die kommende Regierungspolitik:

„Wird auch die neue Bundesregierung die Störversuche gegen die Entspannungspolitik in Europa fortsetzen — oder wird sie sich den Bemühungen um Entspannung, um ein neues System europäischer Sicherheit, um Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung anschließen?

Wird auch die neue Bundesregierung die Politik der Notstandsgesetzgebung, der Militarisierung und ‚Formierung' der Gesellschaft fortsetzen — oder wird sie sich für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat entscheiden und dem Auftrag des Grundgesetzes folgen, ‚dem Frieden der Welt zu dienen'? Wird auch die neue Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam moralisch, finanziell und politisch unterstützen — oder wird sie von diesem Krieg abrücken und bei den verbündeten USA auf seine Beendigung hinwirken?"

Prüft man unter solchen Gesichtspunkten die Regierungserklärung und die bisher sichtbar gewordene Regierungspolitik des Kabinetts Kiesinger, so erweist sich, abgesehen von einigen Randproblemen, das Ergebnis als eindeutig negativ. Kiesinger macht sich freilich ein neues, dem internationalen Entspannungstrend angepaßtes Vokabular zunutze, und die CDU/CSU hat durch die Hineinnahme von Sozialdemokraten in die Bonner Regierung ihrer Politik eine attraktivere Optik verschafft. Die Regierungserklärung enthält in reichlichem Maße Begriffe („konsequente Friedenspolitik", „Deutschland — Brücke zwischen Ost und West" etc.), die vor einiger Zeit noch der CDU/CSU als Beweis kommunistischer Infiltration galten. Hier macht sich der zweifache Druck bemerkbar, dem die Bonner Außenpolitik seit einiger Zeit ausgesetzt ist; sowohl die internationale, zumal die westliche öffentliche Meinung wie auch ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik verlangen seit längerem eine Neuorientierung Bonns. Die Zugeständnisse der Regierung Kiesinger an derartige Erwartungen sind allerdings weitgehend nur verbal, hinter dem neuen Verkaufsstil verbirgt sich ein großer Teil der alten politischen Ladenhüter — das neue Kabinett bedeutet keine neue Politik. Gewiß — die Regierungserklärung erwähnte die Möglichkeit der Durchlöcherung der Hallstein-Doktrin, sie erklärte das Münchener Abkommen für ungültig und zeigte sich zur Abgabe von Gewaltverzichterklärungen auch im Hinblick auf das Problem der deutschen Spaltung bereit. Aber diese Modifikationen im Detail sind nicht einbezogen in eine gesamtpolitische Kursänderung, sie müssen eher als kleine Konzessionen an die Sozialdemokraten oder an die westliche Öffentlichkeit gelten. Mit derartigen Schönheitsreparaturen kann die Bonner Politik nicht den vielzitierten „neuen Spielraum" gewinnen, sie nähren eher — da sie als weltpolitisch abgenötigt erscheinen — die nationalistischen, gegen Ost und West gerichteten Ressentiments. Ganz unrealistisch aber ist die Vorstellung, daß auf solche Weise bedeutsame „Gegenleistungen des Ostens" zu erhalten seien. Hier werden alte Illusionen durch neue ersetzt. Man kann annehmen, daß es im neuen Kabinett Kräfte gibt, die dies mit Befriedigung registrieren; wer sich von einigen Detailkorrekturen und verbalen Friedensbeteuerungen ein Entgegenkommen des Ostblocks verspricht, wird im sicheren Falle der Enttäuschung dann reumütig in das Gehege des Kalten-Kriegs-Denkens zurückkehren, — so etwa mag Franz Josef Strauß kalkulieren ... In der Substanz enthielt die Regierungserklärung Kiesingers keine Revision der bisherigen Außen- und Rüstungspolitik. Auf wohlabgewogene und wohlklingende Weise verweigerte sie die Antwort auf alle entscheidenden Fragen, zugleich für den nicht allzu kritischen Hörer im In- und Ausland den Eindruck erweckend, es sei „ein neuer Anfang" gemacht worden.

Kiesinger betonte, die Bundesrepublik verzichte auf nationalen Besitz und nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen, — ein wohlfeiler Verzicht, da unter den westlichen Verbündeten der BRD zur Zeit ohnehin keiner ist, der die nationale Atombewaffnung Westdeutschlands tolerieren würde. Den Anspruch auf atomare Mitverfügung, auf Mitbesitz von Atomwaffen hielt sich die Regierung offen; genau um diesen Punkt bewegt sich aber zur Zeit die internationale Debatte.

Kiesinger hob das Bündnis mit Frankreich hervor, aber es war keine Rede davon, daß sich die Bundesregierung der Kritik de Gaulles an der amerikanischen Vietnam-Politik anzuschließen gedenkt. Im Gegenteil, die Regierungserklärung proklamierte mit Blick auf die USA, daß Bündnispartner gegenseitig „Verständnis für ihre vitalen Interessen" zeigen müßten. Das „vitale Interesse" der US-Regierung ist, wie man weiß, der Vietnam-Krieg.

Keinen Hinweis auf eine neue Politik enthielt die Regierungserklärung, soweit es um die Möglichkeit und Notwendigkeit eines neuen europäischen Sicherheitssystems, um Verhandlungen über atomwaffenfreie Zonen, um die Ablösung der ruinösen und explosiven „Vorwärtsstrategie" durch eine kostensparende und Verständigung bewirkende Defensivkonzeption geht. Die Regierungserklärung verschwieg den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Belastungen und einer bestimmten Militär- und Notstandspolitik; der Rüstungsetat dürfe, so Kiesinger, nicht als „Reservekasse" angesehen werden.

War die Regierungserklärung noch auf freundlich gestimmt, so ließen die nachfolgenden Willensäußerungen der Regierung und der Regierungskoalition den harten Kern der Politik des neuen Kabinetts offenbar werden. In der Debatte über die Regierungserklärung stellten Barzel (für die CDU/CSU) und Schmidt (für die SPD) fest, daß die neue Koalition nicht daran denke, auf jene in Europa zur Zeit einzigartige Demonstration militanter Geschlossenheit zu verzichten, nämlich die Notstandsgesetzgebung. Bundeskanzler Kiesinger erklärte in einem Fernsehinterview, die Bundesrepublik wolle sich auf jeden Fall die Option für eine spätere westeuropäische gemeinsame Atommacht offenhalten. Der Sache nach ist dies eine erneute Absage an das Projekt eines Atomwaffensperrvertrages. Auf der Tagung des NATO-Ministerrats in Paris forderte Verteidigungsminister Schröder größere Kompetenzen für die „nukleare Planungsgruppe" der NATO, der die Bundesrepublik nun (neben den USA, Großbritannien und Italien) als ständiges Mitglied angehört. Dieser Planungsgruppe müsse, so verlangte Schröder, direkte Mitentscheidung über den Einsatz von Atomwaffen zugestanden werden, wozu zur Zeit allerdings USA und Großbritannien nicht bereit sind. Auch in diesem Punkt blieb also alles beim alten: Schröder will die Bundesrepublik über den zunächst konsultativen in den späteren physischen Mitbesitz an Atomwaffen innerhalb der NATO bringen, eine Ambition, die sich aktuell wiederum gegen den beabsichtigten Atomwaffensperrvertrag richtet. Die Tageszeitung „Die Welt", die mehr und mehr zum authentischen Interpreten der Politik der Großen Koalition wird, hat Ende Dezember in einer Reihe von Leitartikeln folgende Argumentation zur künftigen westdeutschen Nuklearpolitik entwickelt: Mit Hilfe des (durch Gebrauch des Entspannungsvokabulars) „neugewonnenen deutschen Ansehens im Bündnis" müsse sich die Bundesregierung darum bemühen, der nuklearen Planungsgruppe der NATO „wirkliche Kompetenzen" zu verschaffen. Andererseits müsse die europäische Option, d. h. die Entwicklung eines westeuropäischen gemeinsamen atomaren Waffensystems, offen bleiben. Ein Atomwaffensperrvertrag würde die Bewegungsfähigkeit „zur Vertretung

einer nationalen Politik" erheblich einengen, die Bundesrepublik (so meint die „Welt") würde nach Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages „mehr und mehr uninteressant werden und mit ihr auch die legitime Vertretung des deutschen Interesses an der Wiedervereinigung".

Der „Welt"-Leitartikler zieht die Konsequenz: „Ernste Vorstellungen in Washington werden nicht zu vermeiden sein — spätestens dann, wenn die USA ihren neuen Entwurf für einen Atomwaffensperrvertrag vorlegen ..." (Ausgabe vom 20. 12. 66) Zwei Tage später gab „Die Welt" auch einen Hinweis, wie man solchen ernsten Vorstellungen politischen Nachdruck verleihen könne: „Schon wird aber deutlich, daß die Amerikaner eine Gegenleistung der Europäer verlangen würden, wenn auch ihre strategischen Atomwaffen, die dem Bündnis nicht unterstellt sind, entsprechend den Vorstellungen des deutschen Verteidigungsministers in die gemeinsame Planung einbezogen werden sollen. Dies hätte zu bedeuten, daß die europäischen Verbündeten die besonderen Interessen der Vereinigten Staaten außerhalb der Paktzone, also vor allem in Asien und im Pazifik, anerkennen müßten ... Die Europäer werden sich also um so stärker für die amerikanischen Interessen und Positionen im Fernen Osten einsetzen müssen, je mehr Einfluß sie auf die globale amerikanische Strategie und die Streitkräfte der Vereinigten Staaten gewinnen wollen."

Im Klartext bedeutet dies: Die Bundesrepublik (denn andere „Europäer" kommen für dieses Kalkül nicht in Betracht) soll den USA massive Unterstützung für Vietnam und mögliche ähnliche außereuropäische Konflikte zusagen, um in Kompensation dazu Einfluß auf die amerikanische Nuklearpolitik und das amerikanische Nuklearwaffenpotential zu erhalten.

II

Als Ersatzlösung — oder als Ergänzung hierzu steht ein zweites, von Franz Josef Strauß und Baron von und zu Guttenberg (den Kiesinger sich als Staatssekretär ins Kanzleramt wünschte) seit langem propagiertes Projekt bereit, nämlich die von Kiesinger zur offiziellen Regierungspolitik erhobene „europäische Option". Dahinter verbirgt sich die Absicht, n a c h de Gaulle zu einer westeuropäischen politischen Gemeinschaft mit eigener Atomwaffe zu kommen, in der die Bundesrepublik materiell, politisch und militärisch den Ton angeben soll. Das erklärte Ziel dieser geplanten westeuropäischen Atommacht ist es, durch militärpolitische Pression „notwendige Veränderungen in der politischen Landschaft Osteuropas" (Guttenberg) herbeizuführen, d. h. die osteuropäischen Randstaaten aus dem kommunistischen System herauszubrechen, die Sowjetunion zur „Kapitulation ohne Krieg" zu zwingen und auf diese Weise sowohl die deutsche Wiedervereinigung wie auch die deutsche Hegemonie in Europa zu erreichen. (Eine solche Zielsetzung wird auch von Franz Josef Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa", Stuttgart 1966, kaum verhüllt formuliert.)

Diese Politik, die mit dem vagen Begriff der „europäischen Option" gemeint ist, unterscheidet sich von der Ambition nach Mitverfügung über das NATO-Atomwaffenpotential durch Langfristigkeit der Kalkulation. Der irreale Charakter der Zielsetzung macht die „europäische Option" nicht weniger gefährlich, sondern begründet gerade die Explosivität dieser Politik, verursacht das extreme Risiko, das hier für die Sicherheit in Europa zu entstehen droht. Daß auch die Anhänger

dieser europäischen Variante des westdeutschen nuklearen Machtanspruchs sich zur Zeit mehr und mehr der Entspannungsterminologie zu bedienen wissen, ist alles andere als ein Trost. Sie folgen hier — wie die CDU/CSU unter Kiesinger überhaupt — nur jenen Empfehlungen, die geschicktere Theoretiker des Kalten Krieges Bonn schon seit einiger Zeit geben und die darauf hinauslaufen, zur Taktik der „verbalen, aber nicht realen Anpassung an die Entspannungspolitik" überzugehen. (Vgl. dazu u. a. Dietrich Schwarzkopf und Olaf von Wrangel, Chancen für Deutschland, Hamburg 1965.)

III

Die Frage ist nun, welche Möglichkeiten und Konsequenzen in dieser Konstellation die Beteiligung der SPD am Kabinett Kiesinger hat. Hier sei zunächst noch einmal daran erinnert, daß die vor der Regierungsbildung von der SPD veröffentlichten Forderungen im In- und Ausland die Hoffnung erwecken mußten, die SPD werde zumindest in der Frage des nuklearen Ehrgeizes eine Revision der bisherigen Bonner Politik durchsetzen. Die Rede des Außenministers Brandt vor der Versammlung der WEU in Paris konnte diese Hoffnung vielleicht noch teilweise wach halten. Die nähere Analyse der Regierungserklärung Kiesingers (worauf in der Bundestagsdebatte sogar Helmut Schmidt in vorsichtiger Form aufmerksam machte) und mehr noch die politischen Stellungnahmen der neuen Regierung in den Tagen danach lassen jedoch nur den Schluß zu, daß es Brandt (dem man den Wunsch danach wohl nicht bestreiten kann) nicht gelungen ist, sich in der Sache der Nuklearpolitik (und damit im harten Kern der Außen- und Rüstungspolitik) gegenüber Kiesinger, Schröder und Strauß durchzusetzen. Schon vor der Regierungserklärung wußte „Die Welt" zu melden, daß es im Kabinett zwischen Brandt und Schröder zu einer Auseinandersetzung über die atomare Politik gekommen sei, daß Kiesinger gezwungen gewesen sei, eine Entscheidung herbeizuführen, und daß diese gegen Brandt gefallen sei. Auf der NATO-Ministerratstagung, die gleichzeitig mit der WEU-Versammlung in Paris stattfand, vertrat Brandt denn auch schon die bisherige Linie der Bonner Politik, und die ausländische Presse registrierte verwundert die Differenz zwischen Brandt vor der WEU und Brandt vor dem NATO-Ministerrat. Brandt sprach vor dem NATO-Ministerrat von der „deutschen Sorge", daß die Entspannung das Problem der deutschen Teilung zu kurz kommen lasse. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete: „Die Rede Außenministers Brandt im NATO-Ministerrat hinterließ einen etwas sonderbaren Eindruck, weil er recht entschieden für eine west-östliche Entspannung eintrat und gleichzeitig die Gefahren dieser Entspannung für die Wiedervereinigung stark betonte."

Befriedigt meldete „Die Welt", daß „Brandt den von seiner Partei noch im Koalitionspapier geforderten Verzicht auch auf den ... Mitbesitz nicht ausspricht, (sondern) sich an die alte Formel hält, daß die Bundesrepublik keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstrebe". Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zeigte ihre Zufriedenheit darüber, daß die Äußerungen des neuen Bundesaußenministers zur Atomwaffenpolitik „hinter wohlfeilen Erwartungen zurückblieben". Die „Zeit" kommentierte: „Brandt hat sich in dieser Frage (des atomaren Mitbesitzes) Schröder angenähert und will heute von seinen Verzichtforderungen während der Koalitionsverhandlungen nichts mehr wissen." In der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung zog sich Brandt aus der Affäre, indem er die Frage eines nuklearen Mitbesitzes zu einem „eher theoreti-

schen Problem" erklärte, das zur Zeit nicht „sinnvoll" diskutiert werden könne. In einem anderen, noch schwerer wiegenden Punkt aber strich Brandt in derselben Debatte die Segel vor Kiesinger-Strauß: Ein Atomwaffensperrvertrag, so Brandt, dürfe „das Recht auf kollektive Selbstverteidigung nicht beeinträchtigen und einem vereinten Europa ... die Entscheidungsfreiheit über seine Sicherheitspolitik nicht nehmen". Brandt wich binnen weniger Tage noch weiter zurück. In einem Gespräch mit Werner Höfer („Die Zeit", 23. 12. 66) sagte der Bundesaußenminister: „Wir würden gewiß Abmachungen über die Nonproliferation nicht stören, wenn damit keine Diskriminierung der Deutschen ... verbunden ist." Wie stellt sich Brandt einen Atomwaffensperrvertrag ohne „Diskriminierung", d. h. zu deutsch: ohne Unterscheidung zwischen bestehenden Atommächten und anderen Staaten, die nicht zu weiteren Atommächten werden sollen, vor?

Es bleibt nur die Feststellung, daß die SPD die in ihrem Acht-Punkte-Programm erhobene Forderung nach Verzicht auch auf den Mitbesitz von Atomwaffen nach der Regierungsbildung aufgegeben hat. Der SPD wohlwollende Stimmen knüpfen nicht zuletzt daran die Schlußfolgerung, daß „die mächtige SPD bei der CDU/CSU nicht erkennbar mehr durchgesetzt hat als früher die schmächtige FDP" („Die Zeit") und daß „eine Wende in der Außen-, der Sicherheits- und damit auch der Deutschlandpolitik sich keinesfalls ankündigt" („Westfälische Zeitung").

Die SPD gerät damit in eine fatale Lage: Einen neuen außenpolitischen Kurs kann sie in Bonn nicht durchsetzen, hinter einigen Modifikationen und hinter verbalem New Look wird im Kern die alte Politik fortgesetzt, die mit Sicherheit auch weiterhin ohne Erfolg bleiben wird. Dieses politische Debakel aber wird die CDU/CSU dann künftig der SPD anlasten, auf deren „Entspannungswünsche" man habe „Rücksicht nehmen müssen", und am Ende werden so die nationalistischen Ressentiments gegen die angeblichen Verursacher der deutschen Misere in Ost und West (und damit zugleich die Ressentiments gegen die SPD) noch forciert. Hier rächt sich, daß die SPD die Kritik an der Politik der CDU/CSU nicht durchhielt (man denke etwa daran, daß die SPD auf ihrem Karlsruher Parteitag sich für die MLF aussprach), daß sie politischen Sachforderungen nicht Priorität gab gegenüber dem Wunsch nach Regierungsteilhabe und daß sie die CDU/CSU nicht zur Offenlegung auch des außenpolitischen Bankrotts zwang.

Daß der Widerstand Bonns gegen den Atomwaffensperrvertrag den Abschluß desselben noch weiter hinauszögern könnte, kann inzwischen zumindest als unwahrscheinlich gelten. Damit erhielt Brandt innerhalb des Kabinetts wieder etwas mehr Spielraum, um seinen — zweifellos ernst gemeinten — Sympathien für einen solchen Vertrag Ausdruck zu geben (man vergleiche dazu etwa Brandts Äußerungen beim Treffen der Sozialistischen Internationale in Rom). Dieser Vorgang kann indessen nicht als politischer Geländegewinn einer durch Brandt vertretenen Alternativpolitik im Kabinett betrachtet werden, da die geringere Lautstärke der Bonner Vorbehalte gegenüber dem Sperrvertrag eine Folge vor allem des Drucks der USA ist und keinen Wandel der politischen Argumentation und Ambition beinhaltet. Nach wie vor stehen die Sprecher der CDU/CSU auf dem Standpunkt (und deklarieren diesen Standpunkt als Bestandteil der Regierungspolitik), daß jede Maßnahme zur Rüstungskontrolle, die von der Anerkennung des Status quo in Mitteleuropa ausgehe, dem „deutschen Interesse" zuwiderlaufe. Unter dem Eindruck der Politik Washingtons gegenüber der UdSSR verlagert die CDU/CSU noch mehr als bisher das Gewicht auf die „europäische atomare Option" — ohne daß die SPD ihr dies verwehrt.

Mehr noch als bisher liegt angesichts dessen politische Verantwortung in der Bundesrepublik bei der außerparlamentarischen Opposition.

Horst Heiden

Bemerkenswerte NATO-Tagung

Die zentrale Vokabel, die die interne Diskussion der NATO über Aufgabe und Funktion des Paktes bestimmt, heißt Entspannung. Sie ist an die Stelle jenes unbegrenzt ausdeutungsfähigen Schlagwortes von der militärischen Abschrekkung getreten. Dieser terminologische Wechsel reflektiert tiefgreifende Veränderungen im politischen Selbstverständnis des Paktes. Die Dezembertagung des NATO-Ministerrates — seine letzte Zusammenkunft in Paris — hat diese innere Entwicklung eindrucksvoll verdeutlicht.

Das Grundmotiv des von der überwiegenden Mehrheit der Paktsstaaten befürworteten Wandlungsprozesses der NATO ist die Erkenntnis, daß sich die Sicherheit vor allem der europäischen Partner durch militärische Machtmittel allein nicht garantieren läßt. Eine dauerhafte friedliche Ordnung in Europa bedarf einer tragfähigen politischen Fundierung. Sie läßt sich nur durch den Abbau der starren militärischen Konfrontation und durch das Bemühen um eine politische Verständigung mit dem Osten realisieren. Zwischen den beiden Führungsmächten der NATO und des Warschauer Paktes gibt es seit Jahren einen engen bilateralen Kontakt, der den Sicherheitsbedürfnissen beider Staaten wirkungsvoll dient. Es ist ohne Frage das Verdienst des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, das amerikanische Monopol auf unmittelbare politische Konsultation mit dem Osten in Sicherheitsfragen gebrochen zu haben.

Seine drastische Absage an die militärische Integration im Rahmen der NATO, seine Weigerung, die Aufnahme enger politischer Beziehungen zur UdSSR und anderen Staaten des Ostens von der Genehmigung der NATO — und das heißt de facto von der Erlaubnis Washingtons — abhängig zu machen, hat anderen westeuropäischen Staaten ein positives Beispiel gegeben. In dieser Zeitschrift ist von vornherein die Auffassung vertreten worden, daß die anfängliche Abneigung der NATO-Staaten gegenüber dem Alleingang de Gaulles sehr bald einer objektiveren Betrachtung und schließlich einer vorsichtigen Nachahmung weichen werde. Diese Tendenz ist auf der Dezembertagung des NATO-Rats voll bestätigt worden.

Das Schlußkommuniqué der Tagung betont wie keine Verlautbarung des Pakts zuvor die überragende Funktion des politischen Verständnisses zwischen Ost und West und registriert ausdrücklich die in dieser Richtung erzielten Fortschritte. Da heißt es:

„Die Mitglieder des atlantischen Bündnisses haben ihrerseits die Absicht bestätigt, ihre Bemühungen um bessere Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich fortzusetzen. Die Minister prüften den Bericht über Ost-West-Beziehungen, der gemäß den Weisungen der letzten Ministertagung vom Juni 1966 verfaßt worden ist. Sie begrüßten die vielfältigen Anregungen des Berichts und betonten ihre Bereitschaft, Wege zur Entwicklung der Zusammen-

arbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten bei Aufgaben zu erforschen, die für alle Beteiligten interessant und nutzbringend sind. Außerdem stellten sie fest, daß sich die Zahl der Kontakte, Gespräche und Vereinbarungen in letzter Zeit vermehrt hat."

Die Bedeutung solcher Formulierungen in einem offiziellen NATO-Kommuniqué kann kaum überschätzt werden. Vor allem beweisen sie den am Beispiel Frankreichs geschulten, schnell wachsenden politischen Einfluß einer Reihe europäischer Paktstaaten. Ihnen ist es auch zu danken, daß die Schlußerklärung allen Mitgliedern ausdrücklich freie Hand bei der Wahl des Rahmens und der Ebene läßt, in denen die Kontakte zum Osten aufgenommen oder weitergeführt werden. Unmißverständlich heißt es dazu:

„In den Ost-West-Beziehungen sind offensichtlich verschiedene Methoden des Vorgehens sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch in einem größeren internationalen Rahmen denkbar."

Es entspricht der Dialektik dieser Entwicklung, daß das starke Bemühen um politischen Ausgleich begleitet wird von intensiven Überlegungen, wie sich die militärische Konfrontation in Europa reduzieren ließe. Die Antwort darauf kann nur in einer meßbaren materiellen Verminderung der Waffenarsenale vor allem im mitteleuropäischen Raum liegen. Auch auf diesem von mannigfachen Widerständen verminten Gebiet zeigten sich im Verlaufe der NATO-Ratstagung bemerkenswerte Ansätze zu greifbaren Fortschritten. Besondere Beachtung fand hier der britische Verteidigungsminister Healey. Ausgehend von der in der NATO generell akzeptierten Erkenntnis, daß der Osten keinerlei Aggression zur Veränderung des Status quo in Europa plane, schlug er einen Abbau der NATO-Streitkräfte vor. In der strategischen Grundsatzdiskussion näherte er sich auffällig dem französischen Standpunkt, indem er die These vertrat, daß strategische Entscheidungen künftig auf nationaler Ebene nach Maßgabe der politischen und finanziellen Situation des betreffenden Staates getroffen werden müßten.

Offiziell setzte sich Healey mit dieser mancherorts als sensationell empfundenen Auffassung noch nicht durch. Jedoch ist es kein Geheimnis, daß in der militärpolitischen Alltagspraxis der NATO nicht allein Frankreich nach diesem Rezept verfährt. Die Vereinigten Staaten selbst gehen hier beispielhaft voran: Sie weigern sich nach wie vor, ihr nukleares Potential dem rein nationalen Kommando entziehen zu lassen (auch die in Paris beschlossene Gründung einer Kommission für Nuklearplanung ändert daran nichts). Vor allem aber bereiten sie schrittweise und ohne ernsthafte Konsultation ihrer Partner die sogenannte Big-Lift-Strategie vor, in deren Endphase — die zeitlich in die ersten siebziger Jahre fallen mag — die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik nach Vermutungen gut unterrichteter Kreise auf zwei Divisionen reduziert sein werden. Diese Maßnahmen laufen eindeutig auf eine Desintegration der Militärpolitik der NATO hinaus. Sie ermunterten den britischen Verteidigungsminister nicht allein zur Publizierung seiner weitreichenden Vorschläge; sie werden in diesem Jahr auch in einer fühlbaren Verringerung der britischen Rheinarmee ihr praktisches Echo finden.

Jeder unvoreingenommene Beobachter der NATO-Dezembertagung wird bestätigen, daß die Mehrzahl der Verbündeten diese Tendenz zur Stärkung der nationalen Komponente in der Militärpolitik des Westens mit Sympathie begrüßte.

Kanada, die skandinavischen Länder, Belgien und Italien gehören seit geraumer Zeit zu den aktiven Förderern einer solchen Entwicklung. Sie versprechen sich davon nicht allein einen besseren sicherheitspolitischen Status und größere politische Handlungsfreiheit gegenüber dem Osten, wie sie von Frankreich verlokkend demonstriert wird, sondern auf längere Sicht auch eine fühlbare finanzielle Entlastung.

Diesen letzten Gesichtspunkt sollte man nicht geringschätzen: etatpolitische Solidität ist nicht allein für die Bundesrepublik eine Existenzfrage. Die meisten NATO-Staaten sind heute durch die Aufblähung der Rüstungsbudgets an den Rand ernster staatspolitischer Krisen gedrängt worden. Nicht weniger als 4 Billionen Mark hat die NATO seit ihrer Gründung für militärische Zwecke ausgegeben. Niemand kann sich heute der Illusion hingeben, daß auch in Zukunft eine solche exzessive Ausgabenpolitik volkswirtschaftlich und politisch für längere Zeit zu verkraften wäre. Dieser Zwang zur Sparsamkeit auf dem Rüstungssektor übt einen immer deutlicher werdenden Impuls auf die Bereitschaft der Staaten zur Rüstungbegrenzung aus. Mit Sicherheit wird sich die stärkere Betonung der nationalen Interessen auf die praktische Politik der NATO-Staaten im vor uns liegenden Jahr positiv auswirken.

Leider fällt es noch immer schwer, eine solche optimistische Prognose auch auf die Bundesrepublik zu beziehen. Die ersten Erfahrungen mit der aus CDU/CSU und SPD gebildeten Regierung rechtfertigen keine zuversichtliche Vorausschau. Das Debüt des sozialdemokratischen Außenministers Willy Brandt vor dem NATO-Rat brachte nicht die von den Partnern erhoffte Neuorientierung der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Insonderheit in der Atomfrage unterwarf sich der SPD-Politiker in fataler Weise dem Diktat der Union. (Siehe dazu den Beitrag von Dr. Arno Klönne in diesem Heft.) Die „neuen Akzente", die der sozialdemokratische Koalitionspartner in der Außen- und Militärpolitik zu setzen versprochen hatte, lagen außerhalb jeder relevanten politischen Kategorie. Die rhetorische Anpassung an den starken Entspannungstrend innerhalb der NATO ist jedenfalls kein ausreichender deutscher Beitrag zu dieser gerade für unsere nationalen Interessen so eminent wichtigen Entwicklung. Akzentverschiebungen sind vor allem keine gültige Antwort auf die in das NATO-Kommuniqué erstmals aufgenommene, von de Gaulle seit Jahren verfochtene These, daß die Lösung der deutschen Frage nur „durch die Schaffung einer Atmosphäre der Entspannung auf dem Kontinent unter Bedingungen erfolgen (kann), welche die Sicherheit aller Staaten gewährleisten".

Damit ist der Vorrang der europäischen Entspannung vor der Wiedervereinigung Deutschlands postuliert. Im NATO-Kommuniqué finden sich zahlreiche Hinweise darauf, wie sich die Paktstaaten den Weg zu einer europäischen Sicherheitsordnung vorstellen. Wichtigster Punkt ist hier die Nichtverbreitung von Kernwaffen; ein späteres Ziel die „stufenweise und ausgewogene Änderung des Streitkräfteniveaus auf beiden Seiten". — Die Bundesregierung wird sich hier sehr bald zu einer verbindlichen Antwort entschließen müssen. Im Falle des Nonproliferationsabkommens wird ihr die Entscheidung sehr wahrscheinlich noch im ersten Halbjahr 1967 abverlangt.

Nun ist es nicht etwa so, daß man sich heute noch irgendwelchen Zweifeln über die nuklearpolitischen Absichten der Unionsparteien hingeben müßte. Die Erklärungen ihrer Sprecher, die verzweifelte Kampagne ihrer Presseorgane gegen

einen Atomsperrvertrag machen nach wie vor den Anspruch auf eine „kollektive", im äußersten Falle wohl auch eigenständige atomare Aufwertung deutlich. Die Frage ist nur: Wird sich die Führung der SPD diesem Standpunkt unterwerfen? Wird sie die politische Demütigung in der Koalition einem klaren Bruch mit der Union in dieser für Deutschland existentiellen Frage vorziehen?

Die Antwort darauf kann heute nicht gegeben werden. Sie hängt — beglückenderweise — nicht nur von jenen sozialdemokratischen Kreisen ab, die die SPD in diese Koalition manövriert haben. Eines jedoch läßt sich nach dieser Dezembertagung der NATO mit Sicherheit sagen: Wenn die Bundesrepublik nicht sehr bald den auf Entspannung in Europa gerichteten Kurs steuert, der heute in den politischen Gremien der NATO anliegt, wird sie in eine verzweifelte Isolierung geraten. Die politischen Brücken zwischen West und Ost würden über sie hinweg geschlagen, die Probleme der militärischen Sicherheit der verständigungsbereiten europäischen Staaten ohne jede Rücksicht auf die nationalen Interessen der Deutschen gelöst werden. Eine Regierung, die in voller Kenntnis dieser Entwicklungstendenzen eine nationalistische Machtpolitik einschließlich ihrer atomaren Komponente treibt, würde sich selbst das Todesurteil sprechen.

Dr. Jerzy Sztucki, Warschau

Europas Sicherheit und die deutsche Frage aus polnischer Sicht

I

Es ist eine alte Binsenwahrheit, daß der Frieden unteilbar ist. Gegenwärtig tritt diese Erkenntnis mit besonders großer Kraft zum Vorschein. Ganz gleich, ob es sich um den Suez-Konflikt oder den Konflikt in der Schweinebucht handelte, auf der Tagesordnung stand sofort das Problem des Weltfriedens. Heute, angesichts der Eskalation der amerikanischen Vietnam-Intervention, sehen wir uns wieder in aller Deutlichkeit vor dieses Problem gestellt. Diese Handlungen haben beträchtlich die gesamten Beziehungen zwischen Ost und West, die in den Jahren 1963 bis 1964 einige Anzeichen einer Verbesserung aufwiesen, belastet, ihre Abkühlung verursacht und die Lösung anderer politischer Probleme — auch in Europa — erschwert.

Die besondere Besorgnis um europäische Sicherheit steht ganz gewiß nicht im Widerspruch zur These vom unteilbaren Frieden, sondern ist ihre Ergänzung. Es wäre nämlich nicht so einfach, eine andere Region der Welt zu finden, in der die

direkte Gefahr einer schnellen Transformation eines lokalen Waffenkonfliktes in einen nuklearen Weltkrieg so groß wäre wie in Europa.

In diesem Artikel möchte ich mich mit aller Aufmerksamkeit der deutschen Frage zuwenden, die ein integraler Bestandteil (und zwar einer der wichtigsten) des europäischen und globalen Sicherheitsproblems ist. In solchem Zusammenhang wurde die deutsche Frage in Potsdam betrachtet, und in diesem Zusammenhang entwickelte sie sich während der folgenden 20 Jahre, sogar in jenen Momenten ihrer Geschichte, da sie von den Potsdamer Richtlinien abwich. Solche Maßnahmen wie die Gründung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen oder die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO konnten nicht als Lösung der deutschen Frage angesehen werden, was klar aus der Tatsache hervorgeht, daß sie bis heute noch ungelöst blieb. Im Grunde genommen haben sie die Lösung der deutschen Frage verzögert, da sie nämlich gar nicht darauf ausgerichtet waren. Sie waren ausschließlich ein Bestandteil der vom Westen gegen die sozialistischen Länder unternommenen Eskalation des Kalten Krieges und standen demzufolge wiederum im Zusammenhang zu einer breiteren internationalen Sicherheitsproblematik, nur daß sie vom Westen falsch verstanden wurde. Auch heute, angesichts der unternommenen Versuche, einen Ausweg aus der Sackgasse des Kalten Krieges zu finden, bleibt dieser Kontext der deutschen Frage unverändert. Nur im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit kann ihre Lösung gefunden werden.

Sowohl in Jalta wie auch in Potsdam wurde beschlossen, den Nachkriegsfrieden durch die Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus zu begründen und die Sicherheit zu gewähren, daß Deutschland niemals mehr zur Gefahr für seine Nachbarn und den Weltfrieden wird. Ein Zurückgreifen auf diese Formulierungen könnte 21 Jahre danach peinlich anmuten, wenn es nicht die bisher ungelöste deutsche Frage gäbe und wenn die damals gestellten Forderungen nicht weiterhin aktuell wären.

Die These, daß, solange keine Garantie für Frieden und internationale Sicherheit bestehe, Deutschland eine Gefahr für Frieden und Sicherheit seiner Nachbarn bilde, ist weiterhin zutreffend, und sie wäre es auch hinsichtlich eines jeden anderen Staates, der auf Grund entsprechender Machtstellung seine Nachbarn gefährdet. Auch besteht die Bedrohung des Friedens seitens der Bundesrepublik weiterhin, und von einer Vernichtung des Militarismus und Faschismus kann dort nicht die Rede sein.

Die Bedrohung entspringt hauptsächlich der revisionistischen Außenpolitik der Bundesrepublik, welche die Ablehnung des politischen und territorialen, nach dem Zweiten Weltkrieg oder in dessen Gefolge gestalteten Status Europas zu ihrem Programm erhob. Dieses Programm enthält die Behauptung vom Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937, negiert den endgültigen Charakter der polnischen Westgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße sowie das Bestehen der DDR und ihren Grenzen.

Man muß hervorheben, daß die Westmächte — und vor allem die USA, die seit Jahren entschieden die westliche Politik beeinflußten — generell zur Entstehung dieser Lage beigetragen haben. Der Wiederaufbau des deutschen Revisionismus und Militarismus in der Bundesrepublik wurde zum integralen Bestandteil der Eskalation des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder, und zwar

hauptsächlich wegen der strategischen Lage der Bundesrepublik und der dieser zugedachten Rolle in den Kriegsvorbereitungen des Westens. Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO war ein zusätzlicher Ansporn für die weitere Entwicklung der militärischen Kräfte und revanchistischen Tendenzen in Westdeutschland.

Im Ergebnis hat keiner der westlichen Verbündeten der Bundesrepublik — mit Ausnahme Frankreichs — offiziell den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Grenze bestätigt. Auch die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens enthielten sich dessen. Obwohl dadurch der endgültige Charakter der polnischen Westgrenze und das Bestehen der DDR effektiv nicht angefochten wurde, fördert das stillschweigende Dulden der westdeutschen revisionistischen Forderungen gewiß die politische Stabilität in Europa nicht.

Es handelt sich dabei nicht um eine Gefährdung der individuellen staatlichen Interessen Polens oder der DDR, die in genügendem Maße vom Warschauer Vertrag geschützt werden. Auf dem Spiel stehen hier weder die Grenzen Polens noch die der DDR, sondern der Weltfrieden — und das vor allem deshalb, weil infolge der bestehenden Bündnisse die Forderungen der Bundesrepublik direkt zu einem Weltkrieg führen können, der für alle europäischen und außereuropäischen Völker fatal enden würde. Demzufolge wären, ungeachtet des direkten Adressaten der bundesdeutschen Forderungen, die Interessen aller Staaten betroffen. Die westdeutschen Publizisten beklagen nicht von ungefähr das im Westen herrschende Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik und ihrer Politik. Dieses Mißtrauen ist nämlich nicht unbegründet.

II

Die bundesdeutschen Politiker behaupten unentwegt, daß sie ihre politischen Ziele nur auf friedlichem Wege erreichen wollen.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die Bundesrepublik als einziger europäischer Staat den politischen und territorialen Status von Europa in Frage stellt und gleichzeitig als einziger Staat in Europa — und abgesehen von den fünf Großmächten sogar in der Welt — den Zutritt zu Atomwaffen zum Hauptpunkt ihres politischen Programms erhoben hat. Diese Konvergenz der politischen Ansprüche und militärischen Bestrebungen bewirkt, daß die westdeutschen Beteuerungen der Glaubwürdigkeit entbehren. Diese Konvergenz steigert außerordentlich die Gefährlichkeit ihrer politischen Forderungen.

Die friedlichen Versicherungen der Bundesrepublik werden auch durch den in der sogenannten Bonner „Friedensnote" vom 24. März 1966 enthaltenen Vorschlag eines Austausches gegenseitiger Gewaltverzichterklärungen mit den sozialistischen Ländern nicht glaubwürdiger, zumal er bei der Aufzählung der eventuellen Kontrahenten sorgsam den nächsten Nachbarn — die DDR — übergeht.

Angesichts der Tatsache, daß die politischen und territorialen Ansprüche der Bundesrepublik auch durch politische Verhandlungen keineswegs evident befriedigt werden können, lassen die friedlichen Versicherungen der Bundesrepublik einzig und allein den Schluß zu, daß sie entweder falsch oder — im besten Fall — gefährlich und unreal sind.

Während des ganzen Bestehens der Bundesrepublik trat ihre Regierung in der Rolle eines fanatischen Gegners aller die internationale Entspannung und Normalisierung der Verhältnisse in Europa anstrebenden Vorschläge und Entwürfe auf. Man hat den Eindruck, als ob diejenigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, auf die die USA und ihre Verbündeten während des Anwachsens und Andauerns des Kalten Krieges ihre Erwartungen setzten, in dieser Ehrenerweisung ihrer ehemaligen Kriegsgegner eine Chance sahen, die politischen Folgen des verlorenen Krieges auszulöschen. Diese als Träger des deutschen Militarismus und Imperialismus auftretenden Kräfte wollten in den fünfziger Jahren politisch die Verluste des deutschen Imperialismus aus den vierziger Jahren ausgleichen und verhalten sich auch heute noch gewissermaßen als Vorhut des Kalten Krieges, der ihnen diese Chance gewährleisten sollte. Kein Wunder, wenn sie befürchten, daß die internationale Entspannung und wiederhergestellte Aktionseinheit der europäischen Länder diese Chance vereiteln könnte. Wenn dem so ist, muß eine Tatsache besonders deutlich hervorgehoben werden: Von einer Chance für die Verwirklichung der Erwartungen des 1945 besiegten deutschen Militarismus und Revisionismus — denn nur diese Aspirationen und keine anderen Interessen des deutschen Volkes wurden damals besiegt oder zunichte gemacht — kann überhaupt keine Rede sein, da es genügend starke Kräfte gibt, die entschlossen und fähig sind, sich diesen Zielsetzungen zum Schutze der Existenz ihrer eigenen Völker entgegenzusetzen. Es geht heute nicht darum, ob und wie die Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus realisiert werden können, sondern darum, ob sie unter friedlichen Umständen vom Erdboden verschwinden oder erst im Ergebnis eines alle Völker vernichtenden Waffenkonflikts, den sie inzwischen heraufbeschwören.

Die negative Haltung der Bundesrepublik gegenüber allen Entspannungs- und Abrüstungsvorschlägen wird von den Bonner Politikern stets mit dem Argument motiviert, daß diese Vorschläge ohne eine Lösung der deutschen Frage — worunter man vor allem die Wiedervereinigung versteht — nicht verwirklicht werden können. Die Parole von der Wiedervereinigung klingt aber im Munde westdeutscher Politiker eher als ein Deckname, denn als ein reales Aktionsprogramm. Der Begriff der Wiedervereinigung setzt nämlich das Bestehen von wenigstens zwei zu vereinigenden Elementen voraus. Die Regierung der Bundesrepublik (und auch ihre Verbündeten) wollen jedoch das Bestehen des zweiten Partners einer eventuellen Wiedervereinigung — der DDR — nicht anerkennen. Demzufolge sagen sie sich vom eigentlichen Sinn der Wiedervereinigung los und enthüllen unzweideutig den wahren Charakter ihrer Absichten: die Erweiterung des bundesdeutschen Territoriums.

Die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist nicht nur eine Trennungslinie in Deutschland. Sie ist auch — wenn nicht vor allem — eine Linie der anhaltenden Teilung Europas und der Welt, sowie ein Ergebnis und Attribut dieser Teilung. Falls jemand Zweifel daran hegt, genügt es, sich bewußt zu machen, daß infolge der Existenz einander gegenüberstehender militär-politischer Gruppierungen, denen beide deutsche Staaten angehören, ihre Wiedervereinigung praktisch nur eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Warschauer Vertrages bis an den Rhein oder des Geltungsbereiches der NATO bis an die Oder bedeutet. Schon die Formulierung einer solchen Alternative allein verdeutlicht ihre Absurdität. Mit anderen Worten — die Beseitigung der Trennungslinie in Deutschland kann erst dann erfolgen, wenn im Ergebnis entsprechend radikaler Veränderungen in der internationalen Lage diese Linie vom Standpunkt des politischen und strategischen Kräfteverhältnisses in der Welt an Bedeutung verliert.

III

Der Kernpunkt der deutschen Frage liegt, vom Standpunkt der internationalen Beziehungen und der europäischen Sicherheit aus betrachtet, nicht im Osten — im Bestehen der DDR —, sondern im Westen, in der von der Bundesrepublik geführten Politik. Aber wenn wir schon bei der Wiedervereinigung sind, so muß in diesem Zusammenhang mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es kein wiedervereinigtes Deutschland geben wird, das Gebietsansprüche gegenüber seinen Nachbarn erheben könnte, Zutritt zu Atomwaffen hätte, um diese Ansprüche zu „unterstützen", und über dem das wachsende Gespenst des Neonazismus kreisen würde.

Eine solche Haltung gegenüber der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit ist auf keinen Fall das Resultat einer „deutschen Zwangsvorstellung" der Polen. Gewiß darf ein vernünftiger Mensch geschichtliche Erfahrungen nicht unterschätzen, aber bei unserem Standpunkt handelt es sich um eine reale Einschätzung der Gegenwart und der Zukunftsperspektiven. Ein Beweis sind die seit langem friedlichen Beziehungen zur DDR und die dadurch zum ersten Mal in unserer Geschichte erlangte friedliche Grenze im Westen. Das entspricht dem lebenswichtigen außenpolitischen Sicherheitsinteresse Polens, und man kann mit Genugtuung feststellen, daß die Idee, bei politischen Lösungen in Europa die Sicherheitsinteressen aller Nachbarn Deutschlands — in Ost und West — wahrzunehmen, den politischen Kreisen — auch in Westeuropa — immer stärker ins Bewußtsein dringt. Wir sind bereit, auf einer friedlichen Basis — also bei der Anerkennung der Grenzen der sozialistischen Länder Polen und DDR — und bei einem Verzicht auf nukleare Forderungen sofort unsere Beziehungen auch zur Bundesrepublik zu normalisieren, was bereits in der Deklaration Polens von 1947 vorgeschlagen wurde. Die Perspektiven der Wiedervereinigung Deutschlands liegen natürlich nicht im Bereich bilateraler Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik. Sie hängen — wie bereits gesagt wurde — vor allem von der Entwicklung der Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten und von der allgemeinen politischen Lage in Europa ab.

In den letzten Jahren war in Europa eine wachsende politische Aktivität bemerkbar, die zur Bewältigung des entstandenen Dilemmas und zur Suche nach neuen, konstruktiven Lösungen für diesen Kontinent drängt. Polen und andere sozialistische Länder unterstützen nicht nur mit aller Kraft diese Bemühungen, sondern sind auch bestrebt, konkrete Beiträge zu leisten.

Die Hürden, die sich auf dem Wege zur europäischen Sicherheit auftürmen, kann man im großen und ganzen in „allgemeine" und „lokale" (europäische) einteilen. Beide Faktoren beeinflussen sich gegenseitig.

Zu den allgemeinen Hindernissen muß der Umstand gezählt werden, daß die USA als mächtigster Partner des Westens, der weiterhin in starker (obgleich indirekter) Weise die westeuropäische und vor allem westdeutsche Politik beeinflußt, trotz der sichtbaren Unfruchtbarkeit der bisherigen kaltkriegerischen Konzeptionen von diesen nicht Austand nehmen. Immer wieder zeugen die von den USA gezogenen Schlüsse davon, daß sie nicht auf der Suche nach radikal veränderten Ideen sind, sondern die bisherigen wirksam „verbessern" wollen.

Zu den „lokalen" Hindernissen muß die Politik der Bundesrepublik gezählt werden, die sich — wie ich bereits aufwies — in einem unwirklichen, auf illusionären

Voraussetzungen fußenden Programm äußert. Ein Mangel an politischem Realismus ist, wie bekannt, in seinen Folgen immer gefährlich. In der Bundesrepublik wird seit einiger Zeit ein Bedarf an einer „beweglicheren", „operativen" Außenpolitik angemeldet. Ich bin weit davon entfernt, diejenigen Kräfte in der Bundesrepublik zu übersehen, die ihren Standpunkt aus einer wirklichkeitsnahen Einschätzung der Lage beziehen. Leider üben aber diese Kreise keinen größeren Einfluß auf die Politik der Bundesrepublik aus. Was dagegen die Regierungskreise betrifft, so können ihre Anstrengungen mit dem französischen Sprichwort beschrieben werden: „Plus ça change — plus c'est la même chose." Ein klassisches Beispiel war hier die bekannte „Friedensnote" der Bundesregierung vom 25. März 1966, die allenthalben als Versöhnungsgeste gepriesen wurde. Anzunehmen ist, daß infolge des voranschreitenden Dialogs zwischen West- und Osteuropa die Bundesregierung sich gezwungen sah, ihrerseits auch „etwas" zu tun, um sich nicht außerhalb der Strömung zu befinden. Den Adressaten der Note wurde außer dem wertlosen — da die DDR übergehenden — Vorschlag gegenseitiger Gewaltverzichterklärungen, wovon schon die Rede war, die Entatomisierung des europäischen Teils der Sowjetunion vorgeschlagen, ohne dabei irgendwelche Veränderungen im nuklearen Status der zweiten Atommacht — der USA — ins Auge zu fassen. Auch sollten als Ausgangspunkt für eine Normalisierung der Verhältnisse in Europa und Lösung der deutschen Frage die deutschen Grenzen von 1937 anerkannt werden.

Das oben erwähnte französische Sprichwort hat sich noch einmal am Beispiel der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers als zutreffend erwiesen.

Der Leser findet dort u. a. die allgemeine Erklärung: „Die deutsche Regierung tritt für eine konsequente und wirksame Friedenspolitik ein . . ." und die Feststellung, daß der Bundesregierung daran liegt „. . . das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn . . . zu verbessern . . .", da Deutschland die Brücke zwischen Ost und West sein möchte (diese Formulierung klingt anders als die bisherige von Deutschland als der Vormauer des Westens). Der Leser findet auch die gewiß der Wahrheit entsprechende Behauptung: „In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafte Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen . . ." und auch das Verständnis für die „leidvolle Geschichte" Polens.

Schließlich findet er die richtige Feststellung über die Regierungserklärung selbst, nämlich daß ihr „. . . eine lange, schwelende Krise vorausgegangen ist . . ." und daß die neue Bundesregierung Neues sagen wollte, „. . . wo jetzt Neues zu sagen und zu wagen ist . . ." Das Exposé äußerte sich auch über die „Sorgen vieler" und über die „befürchteten Gefahren". Man muß zugeben, daß das Gesagte diese Sorgen aufrechterhält. Obwohl der neue Kanzler — indirekt — von einer Krise der bundesdeutschen Außenpolitik sprach, beschränkte sich der Mut „Neues zu sagen", nur auf Änderungen in der Melodie und Ausführung. Verbeugungen werden nach vielen Seiten gerichtet, aber die Worte des Liedes blieben die gleichen. Die gleichen gegenüber den wichtigsten Fragen der europäischen Sicherheit: der Anerkennung des politischen und territorialen Status quo in Europa als wichtigster Voraussetzung für weitere Entspannungsmaßnahmen und die Lösung der deutschen Frage und in der Frage der Atombewaffnung der Bundesrepublik. Im Lichte der Regierungserklärung der neuen Bundesregierung muß ihre Haltung als unverändert erklärt werden.

Als einzig realer Ausgangspunkt einer Sanierung der Lage in Europa und Begründung seiner Sicherheit kann nur die Anerkennung des gegenwärtig beste-

henden Status quo gelten. Als weiteres sind Schritte zur Bewältigung der Teilung Europas und zur Gewährleistung gleicher Sicherheitsbedingungen für alle europäischen Staaten zu erwähnen.

Wiederholt wurden z. B. Vorschläge für eine Beseitigung der unmittelbarsten und schlimmsten Gefahren der Teilung Europas gemacht — Vorschläge eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages. Im Mai 1966 regte der polnische Außenminister Adam Rapacki bilaterale Nichtangriffsabkommen zwischen Ländern beider Gruppierungen an. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Wirksamkeit solcher Abkommen praktisch erst dann gewährleistet wäre, wenn sie alle direkt benachbarten Mitgliedsstaaten der einander gegenüberstehenden Gruppierungen umfassen würden. Auf der Bukarester Juli-Sitzung des Beratenden Politischen Komitees der Staaten des Warschauer Vertrages wurde schließlich der Vorschlag unterbreitet, gleichzeitig die NATO und den Warschauer Vertrag aufzuheben, oder, falls die westlichen Staaten vorläufig einen solchen Schritt als verfrüht ansehen, in erster Linie die militärischen Organisationen beider Vereinigungen aufzulösen.

Dabei würde jedoch die Normalisierung gegenseitiger Beziehungen der europäischen Länder im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich keineswegs von der Tagesordnung verschwinden. Diese Beziehungen müssen auf der Anerkennung der politischen Realitäten in Europa, auf dem Grundsatz der Souveränität und Gleichheit aller Staaten, auf Interessenausgleich und auf der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten aufgebaut werden. Ein wichtiges Element eines dauerhaften Friedens in Europa wäre ein mit beiden deutschen Staaten abzuschließender Friedensvertrag.

IV

Eines der Elemente der gegenwärtigen Lage in Europa ist die außergewöhnliche und gefährliche Konzentration von Streitkräften. Das ist natürlich die Konsequenz des Bestehens von einander gegenüberstehenden militär-politischen Gruppierungen, deren Geltungsbereiche sich in diesem Teil der Welt berühren. Daraus ergibt sich jedoch in keinem Fall der Schluß, daß die militärische Spannung solange anhalten muß, solange diese Gruppierungen bestehen. Die Normalisierung der Verhältnisse in Europa wird bestimmt nicht von einem Tag zum anderen stattfinden und kann von verschiedenen Initiativen eingeleitet werden, die die einzelnen Aspekte der europäischen Sicherheit betreffen, u. a. den Rüstungsaspekt. Es ziemt sich, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß zum Zeitpunkt, in dem es zu einer direkten Berührung der Geltungsbereiche der NATO und des Warschauer Vertrages kam, die politische Lage in Europa vom Westen gerade unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wurde. Man sah damals in verschiedenen, nicht immer konstruktiven „Disengagementsvorschlägen" den Weg zur Abhilfe. Die Anzahl dieser Ideen spricht für sich.

Zahlreiche Rüstungsstopp-Vorschläge wurden von den sozialistischen Staaten unterbreitet. Polen maß diesem Aspekt auch große Bedeutung bei und machte seinerseits entsprechende Vorschläge, die unter dem Namen „Rapacki-Plan" oder „Gomulka-Plan" bekannt sind. Diese Pläne trafen in der Welt auf großen Widerhall und weckten das Interesse sowohl bei Freunden wie auch bei Gegnern solcher Ideen. Sie regten auch andere Staaten zu analogen Initiativen für weitere Regionen der Welt an.

Eine umfassende Behandlung jener Vorschläge überstiege den Rahmen dieser Arbeit. Man darf jedoch die unbegründeten Vorwürfe nicht übergehen, die behaupten, daß diese Vorschläge das bestehende Gleichgewicht zuungunsten des Westens ändern würden. Vor allem muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die vorgeschlagene Zone auf östlicher Seite eine größere Fläche umfassen würde als auf westlicher, und das sowohl hinsichtlich ihrer Tiefe wie auch der Bevölkerungszahl. Der Status der Zone wäre auf beiden Seiten der gleiche, auch würde der militärische Status der ostwärts oder westwärts der Zone gelegenen Gebiete unverändert bleiben. Die Gegner der polnischen Vorschläge haben im Übereifer sogar gegenüber denjenigen polnischen Vorschlägen den Vorwurf einer Gleichgewichtsstörung in Europa erhoben, die ausschließlich eine Einfrierung der gegenwärtigen Atomrüstungen in dieser Zone vorsahen. Um alle Zweifel wegen einer Übermacht konventioneller Kräfte des Ostens zu zerstreuen, die angeblich im Resultat der polnischen Vorschläge eintreten würde, hat Polen zusätzlich die vereinbarte Reduktion konventioneller Kräfte in dieser Zone zur Diskussion gestellt.

Gegenüber den polnischen Vorschlägen wurde auch der Vorwurf erhoben, daß sie die Teilung Deutschlands zementierten. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß weder der „Rapacki-Plan" noch der „Gomulka-Plan" Vorschläge für die Lösung der deutschen Frage sind. Die Teilung Deutschlands ist eine Tatsache, und sie wird von den andauernden internationalen Spannungen und der Spaltung Europas zementiert. Die polnischen Vorschläge könnten durch eine Minderung dieser Spannungen auch zur friedlichen Lösung der deutschen Frage beitragen. Jedenfalls hat ihre Verwerfung die Gegner dieser Vorschläge weder der Lösung der deutschen Frage noch der Beseitigung der Spaltung Deutschlands näher gebracht.

Man kann noch hervorheben, daß zahlreiche weltweite Abrüstungsmaßnahmen — wie ein Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen oder über den Abzug fremder Truppen und die Auflösung von militärischen Basen auf fremden Territorien — vor allem in Europa positiv spürbar wären.

Schon aus diesen wenigen Feststellungen sind die vielseitigen Möglichkeiten ersichtlich (die noch durch zahlreiche Vorschläge ergänzt werden können), denen die sozialistischen Länder stets ohne Vorurteile begegneten und die sie weiterhin nach ihrem sachlichen Wert einzuschätzen bereit sind.

Aus diesem Grunde hat Polen vor über zwei Jahren die Einberufung einer internationalen Sicherheitskonferenz vorgeschlagen, die keine vorher festgelegte Tagesordnung haben sollte. Niemand macht sich jedoch irgendwelche Hoffnungen, daß eine einzige Konferenz den Nachlaß einer zwanzigjährigen kaltkriegerischen Epoche beseitigen könnte. Wenn jedoch in Europa die ziemlich allgemeine Erkenntnis einer notwendigen Neugestaltung der europäischen Verhältnisse vorherrscht, so könnte eine solche Konferenz die Wege dazu eröffnen. Sie könnte z. B. eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage, der aktuellen Standpunkte und Vorschläge vornehmen, sie könnte solche Ideen abzweigen, die zur erstrangigen Lösung geeignet sind, und sie könnte vor allem allgemeine vereinbarte Richtlinien setzen.

Bei der Suche nach Lösungen können auch andere bilaterale und multilaterale Kontakte nützlich sein. Alle europäischen Länder, ob große oder kleine, haben dabei eine wichtige Rolle zu spielen. Man dürfte wohl erwarten, daß die Bundesrepublik zu den ersten Akteuren dieser Handlungen gehört.

Friedhelm Baukloh

Der neue Bundeskanzler

„Wir alle in Deutschland wollen dankbar sein, daß ein Mann solcher Gesinnung an verantwortlicher Stelle wirken kann." [1]

Ludwig Erhard

Der dritte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, aller Welt durch nichts anderes als durch seine Zugehörigkeit zu Ribbentrops Auswärtigem Amt bekannt, ist „ein Affront gegenüber dem Ausland und ... eine Beleidigung",[2] schreibt Karl Jaspers dem neuen Bonner Kabinett und denen, die es unter einen Hut brachten, ins Stammbuch. Beim Blick in die Weltpresse mochte dieser Eindruck vorherrschen, denn von den USA bis nach Griechenland und Dänemark melden sich kritische Stimmen zu Wort und berichten höchst anschaulich von den Taten Kiesingers in der Auslandsrundfunkpropaganda des Dritten Reiches. Die Einzelheiten, die dabei erinnert werden, machen einleuchtend, daß die höheren Interessen eines Staates, der sich von der nationalsozialistischen Vergangenheit unterscheiden möchte, durch einen Kanzler Kiesinger tatsächlich schwer in Mitleidenschaft gezogen würden.

Aus dem bundesdeutschen Blätterwald sind aber auch einige recht andere Töne zu hören, daß nämlich gerade ein Mann wie Kiesinger die „große Aussöhnung" mit unserer Vergangenheit bewirken könne. Und daß das Ende der Nachkriegszeit nunmehr unwiderruflich von den Deutschen die „nationale Würde" verlange, die NS-Vergangenheit eines Bundeskanzlers nicht mehr als Hinderungsgrund für die Ausübung der Richtlinienkompetenz in Bonn gelten zu lassen. Kiesinger wird von solchen Stimmen — von „Christ und Welt" über die „Welt" bis zur „Nationalzeitung" [3] — auch ermahnt, sich nicht etwa nachträglich als Widerstandskämpfer auszugeben, sondern zu bekunden, daß er über sein NS-Engagement (und er war kein kleiner Nazi), mit niemandem zu diskutieren beabsichtige.

Da auch Vizekanzler Willy Brandt für die mit Kiesinger koalitionswilligen Sozialdemokraten versicherte — als ehemaliger aktiver Antifaschist — die Stunde der „Versöhnung" mit Leuten der politischen Vergangenheit Kiesingers habe geschlagen, wird hier, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerkte, offenbar an einem neuen „National-Profil gebastelt" [4]. Um so mehr Aufmerksamkeit verdient das Porträt des Politikers Kiesinger, dessen Machtübernahme so viel schreckensvolle Erinnerungen, aber auch so manche Bekundung markiger Genugtuung auslöste.

---

1) Geleitwort zur Festschrift „Führung und Bildung in der heutigen Welt", herausgegeben zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger, Stuttgart, 1964.
2) „Panorama" vom 2. Januar 1967, Fernsehinterview mit Karl Jaspers.
3) Vgl. „Christ und Welt", Stuttgart, 18. 11. 1966: „Der braune Fleck — Zweite Denazifizierungswelle ist unwürdig", wo es u. a. heißt: „Man hat es einfach nicht gewagt, dem Ausland, wir meinen, dem befreundeten, deutlich genug zu sagen, daß wir nicht gesonnen sind, weiterhin über die Vergangenheit von Männern, die in den letzten zwanzig Jahren große Leistungen vollbracht haben, auch nur zu diskutieren."
4) Jürgen Tern, Von Erhard zu Kiesinger, in: FAZ, 2. 12. 1966.

Zu den bemerkenswerten persönlichen Eigenschaften Kiesingers gehört ein geschmeidiges Durchsetzungsvermögen, das er unter den schwierigen Verhältnissen seiner Kindheit und Jugend sich aneignete und das später der Stil wurde, in dem er seine politische Karriere unter Ribbentrop in Angriff nahm, unter Adenauer fortführte, mit dem Umweg über Stuttgart vor den Erschütterungen der ausgehenden Adenauerära bewahrte und jetzt als Kandidat der CSU mit dem Besitz des angestrebten Amtes krönte.

Als der am 6. April 1904 in Ebingen am Rande der Schwäbischen Alb geborene Kurt Georg Kiesinger ein halbes Jahr alt war, starb seine Mutter. Kurt Georg Kiesinger wurde zu den mütterlichen Großeltern in Pflege gegeben. „Welten trennte, wie Kiesinger erzählt, die väterlichen und mütterlichen Familien",[5]) berichtet in einer biographischen Studie Walter Henkels. Ausführlich sind die wirtschaftlich und konfessionell bedingten Gegensätze zwischen den bäuerlich-katholischen Großeltern und dem evangelischen kleinen Angestellten einer Baumwollfirma Christian Kiesinger, Kurt Georgs Vater, in einer Studie „Schwäbische Kindheit" [6]) nachzulesen, die Kiesinger selbst verfaßte. Als das Kind ein Jahr alt war, heiratete der Vater zum zweitenmal. Er nahm den Sohn zu sich, der mit sechs Stiefgeschwistern aufwuchs. Kurt Georg Kiesinger wurde katholisch getauft. Unterstützt von den Großeltern besuchte er nach Volksschule und Realschule das katholische Lehrerseminar in Rottweil. In Kirchenzeitungen erschienen damals schwärmerische religiöse Verse Kiesingers, die dann unter dem Titel „Wallfahrt zu Gott" als Gedichtband von dem Zwanzigjährigen veröffentlicht wurden. Der auf den jungen Mann aufmerksam gewordene Fabrikant Friedrich Haux [7]) erkannte, daß in Kurt Georg Kiesinger eine Begabung stecke, die dem politischen Konservatismus noch einmal nützlich werden könnte. Er riet ihm, das Dichten zarteren Gemütern zu überlassen und sich den weltlichen Geschäften zuzuwenden. Haux finanzierte das Jurastudium. Unter Kiesingers Examen in Rechts- und Staatswissenschaft, die er in Berlin ablegte, stand die Note „Sehr gut". Zudem war Kiesinger im Verband Katholischer Studentenvereine (K. V.) und im akademischen Görres-Ring in Führungsgremien tätig, damals ein Anhänger Papens. Mit 28 Jahren trat er am 1. März 1933 in die NSDAP ein. Nach Abschluß seiner Studien ließ er sich 1934 zunächst als Rechtsanwalt in Würzburg nieder, doch Berlin behielt seine Anziehungskraft für ihn. Der Röhmputsch hatte ihn zwar unsicher gemacht. Doch 1935 war er wieder in der Hauptstadt, begründete dort endgültig seine Rechtsanwaltspraxis und wartete auf seine politische Chance, die sich ihm 1940 mit der Berufung zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter (wie die amtliche Bezeichnung lautete) ins Auswärtige Amt bot.

Wenn Kiesinger heute erklärt, im nationalsozialistischen Machtapparat „nur ein unbedeutendes Rädchen" [8]) gewesen zu sein, so ist das entschieden zu bescheiden. Der Europa-Verlag, Wien, bereitet zur Zeit eine Dokumentation vor „Mißbrauchte Mikrofone", die den Rundfunk als politische Waffe des Dritten Reiches darstellen will. Die „Weltwoche" (Zürich) [9]) wies auf diese Dokumentation hin, die mit einer Fülle von Aktenmaterial über die nationalsozialistische Strategie in der Handhabung des Massenmediums Funk Aufschluß geben wird. Folgende Tatsachen, in bezug auf die Tätigkeit Kiesingers im Auswärtigen Amt, sind

---

5) Walter Henkels, Der dritte Bundeskanzler, in: FAZ, 2. 12. 1966.
6) Kurt Georg Kiesinger, Schwäbische Kindheit, in: Kurt Georg Kiesinger, „Ideen vom Ganzen — Reden und Betrachtungen", Tübingen 1964, S. 137—163.
7) Kiesingers Buch „Ideen vom Ganzen" trägt die Widmung „In Memoriam Friedrich Haux".
8) „Weltwoche", Zürich, 25. 11. 1966.
9) Vgl. „Kiesingers Dossier" in: „Weltwoche", Zürich, 25. 11. 1966.

aktenkundig nachweisbar: Kiesinger trat 1940 in die Rundfunkpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes ein. Er verblieb in dieser Abteilung bis zum Kriegsende, war also für den Frontdienst unabkömmlich. Ziel der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war im Zweiten Weltkrieg: „Beeinflussung und Steuerung des ausländischen Rundfunks im Sinne der Absichten und Weisungen des Reichsaußenministers".[10]) Ein „Führererlaß" vom 8. 9. 1939 hatte dem Reichsaußenminister dafür Vollmacht erteilt. Diese Arbeit mußte abgestimmt werden mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Leitung von Dr. Josef Goebbels. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Kiesinger bekam gleich bei seinem Eintritt in den Stab des Ministeriums eine besonders qualifizierte Aufgabe. Er wurde stellvertretender Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung, als solcher ausgewiesen in der „Geschäftsübersicht für das Auswärtige Amt". Somit war er der zweite Mann hinter dem Abteilungsleiter Ministerialdirigent Rühle. In dieser Eigenschaft betreute Kiesinger selbständig das Referat „Rundfunkeinsatz: internationale Rundfunkbeziehungen und Rundfunkrecht, technische Rundfunkangelegenheiten" sowie das Referat „Allgemeine Propaganda, Koordinierung der Arbeit der Länderreferate, Verbindungsmann zum Propagandaministerium".

Ende 1941 wurde Kiesinger zusätzlich Vertreter des Reichsaußenministers im Vorstand des Aufsichtsrats der Interradio AG (Deutsche Auslands-Rundfunk-Gesellschaft), die gemeinsam vom Reichsaußenministerium und vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegründet worden war. Der Arbeits- und Finanzplan für die Deutsche Auslands-Rundfunk-Gesellschaft Interradio AG" ist ein zentrales Dokument zu dem Kapitel „Mißbrauchte Mikrofone" der Geschichte der NS-Kriegs-Propaganda. Es seien daraus nachfolgend nur die politisch charakteristischen Strukturelemente durch Zitat verdeutlicht: „Durch Abkommen vom 22. Oktober 1941 haben der Herr Reichsminister des Auswärtigen und der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vereinbart, mit je gleichem Anteil zur Zusammenfassung der vorhandenen deutschbeeinflußten Rundfunksender im Auslande und zur Errichtung und zum Betrieb weiterer Rundfunksender im Auslande sowie zur Errichtung diesbezüglicher ausländischer Gesellschaften und zur Beteiligung an solchen die Interradio AG mit dem Sitz in Berlin zu gründen und gemeinsam zu betreiben.

Dieses Abkommen gewährleistet die Zusammenfassung der in den beiden Ministerien vorhandenen Kräfte und technischen Möglichkeiten zur Erzielung einer intensiven deutschen Rundfunkarbeit im Auslande und beseitigt in diesem großen Arbeitsbereiche jedwede Doppelarbeit." In einem Schreiben des Abteilungsleiters Rühle vom 18. 11. 1941 wird als „AA-Vertreter im Aufsichtsratvorstand" der Interradio AG „Herr Rechtsanwalt Kiesinger" benannt.

Kiesinger hätte, bei einem für das Hitlerregime siegreichen Ausgang des Zweiten Weltkrieges, sein Tätigkeitsfeld in der Interradio AG ausbauen können zur wichtigsten propagandistischen Einflußnahme auf das nationalsozialistische Imperium. Das geht aus dem Abschnitt über „Die politischen Aufgaben" von Interradio eindeutig hervor: „Die entweder ganz im deutschen Besitz befindlichen oder deutschbeeinflußten Sender im Ausland werden — gelenkt von der Zentrale in Berlin — zunächst ein Instrument der Kriegsführung sein und späterhin im wahrsten Sinne

10) Alle nachfolgend zitierten Texte gehören zu den Dokumenten des Auswärtigen Amtes, die der im Europa-Verlag, Wien, vorbereiteten zeitgeschichtlichen Darstellung „Mißbrauchte Mikrofone" zur Rundfunkpolitik des Hitlerregimes zugrundeliegen.

des Wortes Pionierarbeit für deutsche Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft leisten und damit die große Politik des Reiches maßgebend unterstützen."

Bei Interradio machte sich Kiesinger auch bereits mit jenem „europäischen" Denken vertraut, daß ihm seitdem — unter jeweils aktuell angepaßter Akzentsetzung — eigen ist. Der „europäische Gedanke" wird im Blick auf die Nachkriegszeit in dem Leitfaden für Kiesingers Arbeit bei Interradio wie folgt präzisiert: „Nach der siegreichen Beendigung des Krieges werden die freiwerdenden und jetzt allein auf den Kampf ausgerichteten Energien für den Aufbau eines neuen Europa unter deutscher Führung eingesetzt werden. In jahrzehntelanger unermüdlicher politischer und kulturpolitischer Arbeit werden die dem Deutschtum und dem Nationalsozialismus feindlichen Kräfte und Ideologien ausgemerzt werden müssen. Die alten Generationen vieler europäischer Völker werden nur schwer für eine aktive Aufbauarbeit unter deutscher Führung zu gewinnen sein. Um so hartnäckiger wird der Kampf um den Geist der Jugend geführt werden müssen, die im Bewußtsein eines europäischen Gemeinschaftsgefühls heranwachsen muß, um dereinst Träger der neuen europäischen Ordnung zu sein."

Die Gesellschaft Interradio AG war zwar zunächst, wie aus dem „Arbeitsplan" hervorgeht, ein Instrument im Rahmen der „Rundfunkrüstung", aber es war doch zugleich — die künftige Entwicklung des Fernsehens übrigens vorsorglich miteinplanend — das Lenkungsmittel imperialen Charakters, um die „Völker Europas und der Welt mit den neuen Ideen vertraut zu machen". Daß Kiesinger zum Dirigenten dieses vielschichtigen und komplizierten Beeinflussungsmittels auserwählt wurde, verdankt er seinen Fähigkeiten als propagandistischer Koordinator, die sowohl Ribbentrop wie Goebbels schon gleich bei seinem Eintritt ins Auswärtige Amt bewogen hatten, ihn zu dem Verbindungsmann zwischen ihren Ministerien zu machen. Nach den Berichten eines früheren Mitarbeiters von Kiesinger gefiel Goebbels an Kiesinger vor allem die „sanfte Entschiedenheit", mit der dieser NS-Auslandspropagandist „in vorzüglicher gesellschaftlich und kulturell taktvoller und Sympathie weckender Art" die „weiche Welle" der „NS-Gemeinschaftsideologie" verfocht.

In diesem Zusammenhang muß man auch das Dokument sehen, das Kiesinger sich aus Washingtoner Archiven von dem stellvertretenden Spiegel-Redakteur Conrad Ahlers zuspielen ließ [11]) (Ahlers beobachtete im Kriege in Oslo die deutsche Auslandspressearbeit in Norwegen als Angehöriger des SD und war Kiesinger, der ihn als Kanzler nun zum stellvertretenden Bundespressechef ernannte, schon damals kameradschaftlich verbunden). Dieses „Entlastungsdokument" enthält Aussagen, die Kiesingers Untergebene in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst Otto Dörries und Dr. Ahrens, am 3. 11. 1944 beim Reichssicherheitshauptamt zu Protokoll gaben. Sie beschwerten sich darüber, Kiesinger hemme „die antijüdische Aktion nachweislich systematisch". Diese Aussage gehörte zu dem Kleinkrieg, der in der Hitlerregierung ständig zwischen Goebbels und Göring ausgefochten wurde. Göring, dem die Sonderdienststelle der innerdeutschen Abwehr unterstand, veranlaßte nämlich daraufhin die Überwachung des Goebbels-Proteges Kiesinger, vor allem um Interna aus dem unmittelbaren Wirkungskreis von Goebbels zu erfahren. Goebbels und Ribbentrop wiesen die Anschuldigung als unsinnig zurück und versicherten Kiesinger, daß er seine propagandistische Arbeit genau der Auslandspsychologie ent-

[11]) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, 28. 11. 1966.

sprechend weisungsgerecht und bravourös handhabe. So warnte denn auch der einstige freie Mitarbeiter Kiesingers in Nahostpropaganda und heutige Chefredakteur von „Christ und Welt", Giselher Wirsing, unmißverständlich Kiesinger, er solle sich nicht nachträglich zum Widerstandskämpfer stilisieren, das habe ein nationalbewußter deutscher Mann 1966 nicht mehr nötig. Conrad Ahlers hingegen erläuterte Freunden, dieses Dokument sei vorgezeigt worden „mit Rücksicht auf die Zusammenarbeit mit Brandt".

In einem Schreiben vom März 1942 erläutert Ministerialdirigent Rühle, Kiesingers Vorgesetzter als Abteilungsleiter, die Aufgaben von Kiesinger bei Interradio wie folgt: „Herrn Kiesinger obliegt im Zusammenwirken mit der Leitung der Interradio und mit der Nachrichten- und der Programmabteilung die Vermittlung der allgemeinen außenpolitischen Propagandarichtlnien sowie die Behandlung jener Fälle, in denen das Zusammenwirken zwischen den Länderreferaten der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und den unmittelbar zuständigen Einrichtungen der Interradio nicht zur Durchsetzung der außenpolitischen Richtlinien führen sollte."

Kiesinger bestimmte also den Kurs der Auslandspropaganda mit und schaltete sich als oberster Zensor ein, wenn sich etwa ein Mitarbeiter einmal außerhalb der NS-Propaganda bewegte. In diesen Fällen war Kiesinger unnachsichtig, und wer immer, vor allem von den ausländischen Mitarbeitern, versuchte, ein auch nur nicht ganz „linientreues" Wort über den Äther zu schicken, der zog sich zumindest eine scharfe Verwarnung zu, in der Regel wurde er ausgeschlossen von weiterer Mitarbeit.

Ein Beispiel, wie genau Kiesinger seine Aufsichtspflicht nahm, ist seinem Schreiben vom 8. 6. 1941 zu entnehmen, in dem er sich darüber beschwert, daß eine politische Sendung, die unter seine Zensur fiel, ihm nicht zur Freigabe vorgelegen hat:

„Betrifft: Schwede Molund

Die Reichsrundfunkgesellschaft hat den schwedischen Staatsangehörigen Molund am 19. Mai über den Sender Königsberg sprechen lassen. Entgegen der bestehenden Vereinbarung ist das Auswärtige Amt Kult R mit der Angelegenheit nicht befaßt worden. Wäre dies geschehen, so wäre in Anbetracht der politischen Position Molunds in Schweden sein Einsatz als unzweckmäßig bezeichnet worden. Es wird erneut hiermit gebeten, die Reichsrundfunkgesellschaft anzuhalten, in künftigen Fällen ähnlicher Art sich vorher mit Kult R in Verbindung zu setzen. Kiesinger"

In einer Aktennotiz vom gleichen Tage verzeichnet Kiesinger befriedigt: „Dr. Weyermann entschuldigte sich für den Fall und versprach, die Reichsrundfunkgesellschaft entsprechend anzuweisen." (Weyermann war der Kontaktmann zum AA im Propagandaministerium.) Selbstverständlich nahm Kiesinger auch täglich an den Besprechungen bei Goebbels zur Ausarbeitung der Tagesparolen und Pressesprachregelungen aktiv teil. Er wurde darüber hinaus häufig von Goebbels zu persönlichem Vortrag gebeten. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes bemängelten gelegentlich, er arbeite enger mit Goebbels als mit Ribbentrop zusammen. Doch sein Vorgesetzter Ribbentrop fand daran nichts zu bemängeln, da er sich nicht als Fachmann in Propagandataktik verstand, worin Kiesinger den Außenminister beriet.

Kiesingers Aufgaben bestanden nicht nur in Zensur und Wahrung der Richtlinienkompetenz der NS-Auslandspropaganda, sondern auch in selbständigen Arrangements, um Auslandsjournalisten auf gesteuerten Besichtigungsfahrten das von Ribbentrop und Goebbels gewünschte Bild der von Deutschland überfallenen und besetzten Gebieten zu vermitteln. Ein Beispiel dafür, das manchen Auslandsjournalisten in lebhafter Erinnerung ist und an das die Schweizer „Weltwoche" anläßlich der Machtergreifung Kiesingers in Bonn ausführlich erinnerte,[12]) war die von Kiesinger inszenierte Fahrt mit Presse- und Rundfunkberichterstattern durch Belgien und Frankreich vom 25. 7. bis zum 4. 8. 1940. Abteilungschef Kiesinger verfaßte darüber einen Bericht, der vom 2. 8. 1940 datiert.

Zu der unter Kiesingers Leitung stehenden Rundreise waren Reporter aus Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Italien und Spanien vom AA eingeladen worden. „Es wurden insgesamt 63 Aufnahmen gemacht, die sämtlich anschließend über den Rundfunk liefen", berichtet Kiesinger. Der Reiseweg führte über Lüttich—Löwen—Brüssel—Dünkirchen—Amiens nach Paris, dann über Epernay—Chalons sur Marne—Verdun—Metz nach Straßburg. Die Schlußreportage aus dem Straßburger Münster galt der „Heimkehr von Elsaß-Lothringen ins Großdeutsche Reich". Schon bei der Festlegung der Reiseroute sprach Kiesinger von einer Reise durch Belgien und Frankreich zum Elsaß.

Die „Würdigung der Ergebnisse" der Reise durch Kiesinger in dem Bericht vom 21. 8. 1940 gibt Aufschluß über die straffe, zielstrebige Propagandarbeit: „Die Reportagen verfolgten den Zweck 1. den Hörern einen Eindruck zu geben von der unwiderstehlichen Kraft der deutschen Waffen im Kriege und 2. von Haltung und Leistung des Siegers während des Krieges und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Damit im Zusammenhang sollte all den Hörern — insbesondere im Südosten und in Lateinamerika — die gewohnt waren, in Frankreich die europäische Vormacht in politischer und zivilisatorischer Hinsicht zu sehen, in eindringlicher Weise klargemacht werden, daß und warum diese Vorstellung falsch war."

Über die „Betreuung" der ausländischen Berichterstatter verbreitet sich Kiesinger in dem Bericht folgendermaßen: „Die Betreuung der Berichterstatter geschah derart, daß während der gesamten Reise in vielen Einzelunterhaltungen Gelegenheit genommen wurde, in unaufdringlicher Weise die wichtigsten Gesichtspunkte mit den Sprechern zu erörtern." Dabei bemerkte Kiesinger sehr bald, „daß die Sprecher den Fähigkeiten und dem Bildungsgrad nach außerordentlich verschieden waren." Es „bestand die Gefahr einer bloßen oberflächlichen und zusammenhanglosen Zustandsschilderei, durch die der erstrebte Zweck der Reise nicht hätte erreicht werden können". Darum schritt Kiesinger zur dezenten und individuell „in zahlreichen Einzelunterhaltungen" vorgenommenen Gehirnwäsche. „Die Sprecher zeigten sich für Hinweise und Unterrichtung, die, wie gesagt, in zahlreichen Einzelgesprächen erfolgte, dankbar." Zusätzlich vermerkt Kiesinger: „In Straßburg nahm ich Gelegenheit, einen allgemeinen kurzen Vortrag über die Geschichte Elsaß-Lothringens zu halten, der ebenfalls dankbar begrüßt wurde." Nachdem Kiesinger noch als „die fähigsten Berichterstatter" unter den ausländischen Rundfunkjournalisten „die Herren Kyriakis und Pavese" hervorgehoben hat, schließt er mit der Feststellung: „Sämtliche zuständigen Stellen, d. h. die Sachbearbeiter von Kult R beim OKW und KWS äußerten sich anerkennend über das Ergebnis der Reise."

---

12) Siehe Anmerkung 9.

Die Zürcher „Weltwoche" allerdings meint im Zusammenhang mit der Erinnerung an diese von Kiesinger arrangierte Propagandareise, es sei eine merkwürdige Vorstellung, wenn man daran denke, daß Kiesinger als Bundeskanzler in Paris mit de Gaulle verhandle, „mit dem gleichen de Gaulle, der am 18. Juni 1940 seinen großen Appell von London aus an die Widerstand leistenden Franzosen richtete, der gleiche Kiesinger, der am 18. Juli 1940 die Leitung einer Propagandareise durch Frankreich und die politische Zensur übernahm!" [13])

Ähnliche Reisen wie ins besetzte Frankreich bereitete Kiesinger auch nach Rußland vor. So heißt es in einer Aufzeichnung des Referats Kiesinger „Betr.: Besuch von sowjetischen Kriegsgefangenen" vom 4. 7. 1941: „Nach Mitteilung des Referats V hat sich der Vertreter des OKW-KPR, von Grothe, bereit erklärt, zwecks rundfunkpropagandistischer Auswertung den Besuch gefangener Sowjet-Soldaten zu vermitteln. Um eine eventuelle gemeinsame Aktion sämtlicher interessierter Referate zu organisieren, werden die Herren Ministerreferenten gebeten, dem Referat B (Kiesinger) Mitteilung zu machen, ob sie von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen wollen."

Kiesinger fügt gleich methodische Vorschläge an: „Die Kenntnis der russischen Sprache dürfte nicht unbedingt Voraussetzung sein. Erfahrungen beim Besuch von Gefangenenlagern anläßlich des Westfeldzuges haben gezeigt, daß unter einer größeren Anzahl von Gefangenen immer Leute angetroffen wurden, die eine der europäischen Hauptsprachen wenigstens zur Not beherrschen." In der Tat wurde bei diesen Besuchen im Gefangenenlager von der deutschen Regie immer vorausbestimmt, mit welchen Gefangenen die Reporter sprechen durften.

Im August 1941 hatte Kiesinger dann folgenden „eindrucksvollen" dreiteiligen Reiseplan für Auslandsberichterstatter zum Besuch der Ostfront entwickelt:

„1. Flug über die Stalin-Linie

2. Besuch in einem Gefangenenlager (Flintenweiber)

3. Gottesdienst in Smolensk."

Kiesinger wird übrigens von einstigen Mitarbeitern nachgerühmt, er habe immer in der NS-Auslandspropaganda „die Dome des Abendlandes miteinbezogen in unser Sendungsbewußtsein".

Freilich gehörte zur Auslandsrundfunkarbeit Kiesingers auch die Ausstrahlung der imperialen Parolen des Nationalsozialismus in die übrigen Kontinente. Ein Beispiel dafür ist der deutsche Kurzwellensender für Sendungen nach Indien. Die Sendungen nach Indien wurden von Indern gestaltet und sollten, taktisch angepaßt an nationalindische Freiheitsstrebungen, im Kern die indische Freiheitsbewegung mit NS-Gedankengut infizieren und auf NS-Absichten hinlenken. Zu diesem Zweck wurde verfügt: „Die Zensur der Sendungen" — die Kiesinger unterstand — „soll außerordentlich vorsichtig vorgenommen werden." Der indische Mitarbeiter durfte „keinesfalls davon etwas merken". Der „einzige Weg ist der, daß die Aufnahme zur Sendung jeweils am Vormittag um 10 Uhr stattfindet" — Sendetermin war 17.15 Uhr — „so daß am selben Tage die Vertreter

---

13) A. a. O., vgl. Anm. 9.

des AA, des VPM und der RRG gemeinsam die Zensur vornehmen können". Man versteht, warum ein in solchen Praktiken eingefuchster Propagandafachmann wie Kiesinger sich den ehemaligen SD-Mann Ahlers vom „Spiegel" ins Bundespresseamt holt für die speziellen Meinungsbeeinflussungsaufgaben der von ihm geleiteten Bundesregierung.

Es werden noch etliche Dokumente über Kiesingers interessante und einflußreiche Tätigkeit als Verbindungsmann von Ribbentrop und Goebbels und als Richtlinienkompetenzler der NS-Auslandspropaganda im Jahre 1967 vorgelegt werden, wenn der Europa-Verlag, Wien, die zeitgeschichtlich so bedeutsame Studie über „Mißbrauchte Mikrofone" im Dritten Reich veröffentlicht. Im Rahmen dieses Porträts konnte es nur darum gehen, die Grundzüge der propagandistischen Arbeit Kiesingers für das nationalsozialistische Regime und seine Stellung in deren Propagandaapparat zu verdeutlichen. Das Bild, das sich dabei ergibt, mutet, was die Taktik und Methodik Kiesingers angeht, durchaus vertraut an, denn alle Taktiken, die dabei hervorstechen, finden sich auch, auf die Situation nach 1945 bezogen, bei dem Nachkriegspolitiker und Hochrüstungs-Apologeten: Überredung unter reichlicher Verwendung aller traditionalistischen, folkloristischen und gefühlsintensiven Requisiten.

Ein Mitarbeiter Kiesingers, der heutige Chefredakteur der CDU-nahen „Ruhrnachrichten" in Dortmund und frühere Chefredakteur der unter dem deutschen Besatzungsregime erschienenen „Brüsseler Zeitung", Robert Schmelzer, schrieb aus intimer Kenntnis bei der Berufung Kiesingers zum Bundeskanzler, das sei der genau richtige Mann als Chef einer Koalition mit den Sozialdemokraten zur Wahrung des Führungsprimats der CDU, denn Kiesinger sei, nach dem schwäbischen Sprichwort, gleichzeitig ein „Gassenengel" und ein „Hausteufel" — freundlich und milde nach außen argumentierend, auch die bitterste Medizin liebenswürdig verabreichend und andererseits gegenüber seinen „Untergebenen" ein rücksichtslos druchgreifender „Feldwebel".[14]) Das scheint mir eine schlüssige Charakterisierung zu sein.

Als „Hausteufel" erwies er sich auch bei der sogenannten „Arisierung" ausländischer Rundfunksender in den besetzten Gebieten. Kiesinger war aktiv daran beteiligt, daß der französische Privatsender Radio Cite, in der Nähe von Paris gelegen, von der NS-Rundfunkgesellschaft Interradio auf dem Wege der „Arisierung" erworben wurde. In der Aufzeichnung über die Besprechung, die zum Beschluß der Übernahme von Radio Cite durch Interradio führte, werden Kiesinger und Gesandter Rühle als Vertreter des Auswärtigen Amtes genannt sowie Ministerialdirektor Hans Fritzsche und Dr. Scharping vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

Der Mittelwellensender Radio Cite befand sich zu jenem Zeitpunkt, am 27. 12. 1943, noch im Besitz der Gesellschaft S. A. Publicis. Kiesinger schlug laut Aktennotiz vor: „Es besteht nun die Möglichkeit, im Zuge der seit langem geplanten Arisierung der Publicis die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft zu erwerben. Nach Erwerb der Majorität der Aktien der S.A. Publicis ist es ein leichtes, in einer Generalversammlung der Gesellschaft den Verkauf des Senders Radio Cite an die Interradio selbst oder an eine von der Interradio geschaffene Organisation (z. B. eine französische Aktiengesellschaft) oder von ihr benannte Person zu

14) „Ruhrnachrichten", Dortmund, 2. 12. 1966.

beschließen. Das Aktienkapital der S.A. Publicis befindet sich überwiegend in jüdischem oder englischem Besitz. Von den insgesamt 14 000 Aktien gehören 2880 dem Juden Bleustein und 135 dem Juden Bernheim. Es sind also 3015 Aktien bestimmt jüdisch." Als „bedingt jüdisch anzusehen" machte Kiesinger noch weitere 3818 Aktien aus, die „durch Scheinkäufe in arische Hände gelangt sind" und „nach Annullierung dieser Scheinkäufe" ebenso „ohne weiteres" erworben werden könnten, wie die direkt „im Besitz der Juden befindlichen Aktien". Die Aktennotiz schließt mit der Mitteilung, daß „nach Zustimmung der aufsichtsführenden Ministerien die Angelegenheit sofort in Angriff genommen" würde. Kiesinger sorgte dafür, daß die „Arisierung" von Radio Cite Anfang 1944 „vollzogen" wurde. Kiesinger zeigte bei solchen Maßnahmen der „Arisierung" so wenig Hemmungen wie irgendein anderer Schreibtischstratege des nationalsozialistischen Feldzuges gegen das Judentum. Er darf sich über die auch persönlich gemeinten Proteste jüdischer Verbände und Organisationen in der ganzen Welt gegen seine Machtübernahme in Bonn nicht wundern. Nicht zuletzt in Kenntnis solch einschlägiger „Verdienste" erhofft sich die „Nationalzeitung" von Kiesingers Regime ein „Ende der Wiedergutmachungszahlungen". Kiesinger versprach in seiner Regierungserklärung, die Wiedergutmachungszahlungen „zum Abschluß" zu bringen, um dadurch nicht gehindert zu werden an den Aufgaben, die sich unter seiner Führung der „Zukunft" des deutschen Volkes stellen.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, dem Kiesinger bis zum letzten Tag mit Eifer und Überzeugung gedient hatte, wurde er von der amerikanischen Militärregierung 18 Monate interniert. Die Haft verbrachte er in Ludwigsburg mit anderen „prominenten" Nazis. „Kiesinger war ... Vertrauter von Verbrechern. Natürlich hat er die Strafe, die ihm für diese Gehilfenschaft aufgebrummt worden ist, abgesessen", schreibt die Zürcher „Weltwoche" und knüpft daran die Betrachtung: „Anderthalb Jahre war er in einem amerikanischen Internierungslager festgehalten worden. Immerhin wird einem Arzt, der sich in seinem Beruf Verfehlungen zuschulden kommen ließ, in der Regel das Patent entzogen. Mit Politikern sollte es nicht anders sein." [15])

Doch die Regierungs- und Wirtschaftspresse der Bundesrepublik sieht das anders. Wo die Haft nicht ganz verschwiegen wird, da heißt es — vom „Spiegel" bis zur „Nationalzeitung" — die „Sieger" hätten Kiesinger „nach Kriegsende in automatischen Arrest genommen".[16]) Als sei das für einen gut national beleumundeten Mann damals eine Ehrensache gewesen. Damit wird bewußt verschleiert, daß es, wie die Schweizer Zeitung und viele andere Zeitungen in aller Welt unmißverständlich zum Ausdruck bringen, die wohlverdiente Haft für einen skrupellosen Kriegspropagandisten war sowie für seine Mithilfe an „Arisierungs"-Unternehmungen gegenüber Juden im Sinne der Hitlerschen Politik. Die Lagerinsassen in Ludwigsburg wußten den NS-Kameraden Kiesinger auf ihre Weise zu ehren. Als vordem engen Vertrauten von Josef Goebbels wählten sie ihn zum Organisator ihrer Kulturveranstaltungen.

Nach der achtzehnmonatigen Haft ernährte Kiesinger sich zunächst, von NS-Freunden materiell unterstützt, als Repetitor für Jurastudenten in Würzburg. Nach Tübingen zu gehen und eine Rechtsanwaltspraxis dort zu eröffnen, wagte er erst 1948. Aus den „kargen Jahren" half ihm „die eben entstandene CDU her-

---

15) A. a. O., vgl. Anm. 9.
16) Vgl. „Spiegel" vom 28. 11. 1966.

aus", wie Wolfgang Höpker in „Christ und Welt" [17]) den Vorgang umschreibt. Die CDU bot Kiesinger das Amt des Landesgeschäftsführers in Württemberg-Hohenzollern an. Zuvor hatte die CDU bei der französischen Besatzungsmacht erwirkt, daß gegen Kiesinger wegen seiner antifranzösischen Kriegspropaganda und den Praktiken geschäftlicher Art von Interradio gegenüber französischem, vor allem jüdischem Eigentum, keine Maßnahmen ergriffen wurden. In der Angelegenheit wurde damals auch der CDU-Funktionär und spätere Botschafter in Paris, Blankenhorn, tätig, dem im durch Vergleich beendeten Schmeisserprozeß bekanntlich Verbindungen zum französischen Geheimdienst nachgesagt wurde.

„Kiesinger tat zunächst noch alles mit Verhaltenheit", schreibt Walter Henkels, „wenn auch der Unionsgedanke ihn begeisterte." [18]) Für den Wahlkreis Tettnang-Ravensburg-Wangen wurde er von der CDU zu den Bundestagswahlen 1949 nominiert und zog in den ersten deutschen Bundestag ein, eine beachtliche demokratische Frühkarriere für den Mann aus der Führungscrew des Auswärtigen Amtes von Ribbentrop, der drei Jahre zuvor noch als NS-Politiker interniert war.

Adenauer erkannte gleich die propagandistische Geschultheit Kiesingers und seine organisatorischen Fähigkeiten, förderte seinen Aufstieg zum Starredner der Fraktion bei den außenpolitischen und später vor allem bei den Debatten über die Remilitarisierung der Bundesrepublik. 1950 wünschte Adenauer, daß Kiesinger zum Generalsekretär der CDU auf dem Parteitag in Goslar gewählt werden sollte. Mit einer Stimme Mehrheit gewann Kiesinger auch die Wahl, doch da er damals noch Befürchtungen hatte, Gegnerschaft in der Partei würde seine politische Vergangenheit ihm ungünstig anlasten, verzichtete er darauf, die Wahl anzunehmen. Adenauer respektierte diesen taktischen Verzicht. Später stand Kiesinger als Bundestagspräsident (zuerst nach dem Rücktritt von Köhler, dann nach dem Tode von Ehlers) zur Debatte, sowie als Bundespressechef, als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als Botschafter in Washington, 1957 als Justizminister und schließlich auch als Bundespräsident und Nachfolger von Theodor Heuß 1959. Aber Kiesinger hat all diese Posten nie ernstlich angestrebt. Bis 1958 hat er dem Bundestag angehört, und in dieser Zeit war er mit einer Aufgabe beschäftigt, die niemand besser und umfassender gewürdigt hat als General Speidel: mit der politischen Vorbereitung und Durchführung der deutschen Wiederbewaffnung. In der Militärpolitik sah Kiesinger das Fundament des „Wiedererstarkens Deutschlands" und auch den „Schlüssel zur Wiedervereinigung". Wenn heute seine offiziellen Biographen es so darstellen, als seien die Jahre in Bonn bis 1958 von Kiesinger gleichsam im Wartezustand auf höhere Staatsämter verbracht worden, so wird diese gewiß rührend zu lesende Story von seinem geduldigen Ausharren in parlamentarischer Pflichterfüllung im zweiten Glied — obwohl zu Höherem prädestiniert — den Tatsachen keineswegs gerecht und stellt Einfluß und Wirksamkeit von Kiesinger in der Blütezeit des Kalten Krieges und der Wiederaufrüstung unter den Scheffel.

In der den „Führerqualitäten" Kiesingers gewidmeten Festschrift zu seinem 60. Geburtstag „Führung und Bildung in der heutigen Welt" schreibt hingegen General Hans Speidel in seinem Huldigungsbeitrag „Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas" [19]) über Kiesinger: „Es mag vielleicht merkwürdig anmuten, daß

---

17) Wolfgang Höpker, Schwabens Serenissimus, in: „Christ und Welt", Stuttgart, 18. 11. 1966.
18) Walter Henkels, Der Dritte Bundeskanzler, in: FAZ, 2. 12. 1966.
19) Hans Speidel: Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas, in der Festschrift zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger „Führung und Bildung in der heutigen Welt", Stuttgart, 1964, S. 264—272, dort auch alle folgenden Zitate.

ein Soldat in die Runde der Gratulanten zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger tritt. Das staatsmännische und politische Wirken unseres badisch-württembergischen Ministerpräsidenten ist aber seit eh und je mit der Atlantischen Verteidigung eng verbunden. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und als Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat er sich in Tat, Wort und Schrift für einen sinnvollen Schutz unserer Heimat, für die Verteidigung unserer abendländischen Welt zur Sicherung von Frieden und Freiheit eingesetzt. Die von Scharnhorst einst in anderer Lage geforderte innige Verbindung von Armee und Nation liegt ihm am Herzen. Kurt Georg Kiesinger hat frühzeitig erkannt, daß die Verbindung mit der jungen Bundeswehr Pflege nötig hat, der Soldat nicht in die Vereinsamung getrieben werden darf, daß seine Einbeziehung in das Volksganze eine ernste soziologische, politische und menschliche Aufgabe ist."

Auch als Kiesinger sich 1958 — zur Bildung einer Hausmacht und um den Querelen der endenden Adenauerära zu entgehen, damit er einst unverbraucht nach Bonn in die Führungsposition kommen konnte — auf den Sessel des Ministerpräsidenten in Stuttgart zurückzog,[20]) blieb er in verteidigungspolitischen Fragen in engstem Kontakt mit der NATO und ein hinter den Kulissen weiterhin in Militär-Außenpolitik einflußreicher Ratgeber, wie Speidel bestätigt: „Während meiner nahezu sechseinhalbjährigen Kommandoführung als Oberbefehlshaber der Verbündeten Landstreitkräfte Europa-Mitte wurde ich von dem badisch-württembergischen Regierungschef wiederholt gebeten, sein Kabinett über die Lage zu unterrichten und militärpolitische Gedanken vorzutragen." Speidel entwickelt dann in seinem Beitrag in der Festschrift jene „Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas", in denen er „als Soldat" sich mit dem „planenden Politiker" Kiesinger einig weiß. Einig ist man sich zunächst einmal über den „möglichen Gegner" eines von Speidel und Kiesinger für „möglich" gehaltenen Krieges. Das kann nur die Sowjetunion sein.

Speidel wie Kiesinger sind sich auch einig, daß die Schaffung einer reinen „Verteidigungszone" in Mitteleuropa „keinen Raum ließe zur Erhaltung der Bereitschaft zum Gegenschlag". Deshalb hält Speidel mit Kiesinger eine „offensive Verteidigung" für notwendig, einschließlich der Bereitschaft zum „vorbeugenden" Angriff auf den „einzig möglichen Gegner". Die politische Einsatzbereitschaft Kiesingers für die Ziele der NATO nach deutschem Verständnis hat, laut Speidel, erfolgreich dazu beigetragen, „die Vorwärtsverteidigung an den Eisernen Vorhang zu verlegen". Freilich unterstreicht Speidel, daß diese „Vorwärtsverteidigung" den Einsatz von Atomwaffen erfordert. „Die augenblickliche Unzulänglichkeit der Kräfte kann den sofortigen Nuklearkrieg notwendig machen."

Für die strategische Planung werden folgende Grundforderungen gestellt:

„Niemand kann die Formen künftiger Kriege voraussagen. Wir müssen deshalb für alle Fälle gerüstet und flexibel in der Planung sein. Wir müssen uns vorbereiten

auf einen allgemeinen Krieg, der von Anfang an mit nuklearen Waffen jeder Art geführt wird,

---

20) Kiesinger übernahm, als Nachfolger des zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählten Ministerpräsidenten Gebhard Müller, unverändert eine Regierung der Großen Koalition CDU/SPD/FDP, die er aber nach den nächsten — erfolgreichen — Landtagswahlen in eine kleine Koalition CDU/FDP umwandelte.

auf Konflikte, die nur mit konventionellen Waffen oder mit konventionellen und sogenannten taktischen Atomwaffen geführt werden,

auf die Möglichkeit, daß sich aus einem konventionellen lokalen Konflikt ein nuklearer Krieg entwickelt."

Speidel weist auch darauf hin, daß die Bevölkerung für einen Kriegsfall schon im voraus organisiert sein muß, wie es mit den Notstandsgesetzen von der Regierung Kiesinger jetzt unter Zuhilfenahme des Koalitionspartners SPD realisiert werden soll bei Suspendierung der demokratischen Bürgerrechte des Grundgesetzes:

„Was nicht bei Ausbruch des Krieges steht, kommt für die entscheidende erste Phase zu spät." Daher: „Dieses dringende Anliegen nach Verstärkung wird sich immer wieder an die politische Führung richten. Die Zeiten einer klassischen Mobilmachung gehören der Vergangenheit an. Auf allen zivilen und militärischen Ebenen ist für einen Ernstfall unendlich wichtige Vorarbeit zu leisten. Unverantwortlich wäre es, die Umstellung aller Lebensbereiche von Friedens- auf Kriegserfordernisse, die unter Umständen ohne langen Vorlauf abrollen muß, der Gunst oder Ungunst der Verhältnisse am Tage M zu überlassen."

Daß die Vorbereitung des ganzen Volkes auf den Kriegsfall „steigende finanzielle Lasten" mit sich bringt, kalkuliert Speidel ein. Doch hält er das „Phänomen des materialistischen Glücksbegriffs" für „eine Krankheit" unserer Zeit, der mit Parolen gewehrt werden müsse, wie der des Perikles: „Das Glück liegt in der Freiheit — die Freiheit aber in der Tapferkeit." Und Speidel meint: „Handeln wir danach, dann schaffen wir auf allen Gebieten staatlichen Seins und menschlicher Gemeinschaft eine Elite . . ., die frei im Geist und fest im Charakter in die Zukunft schreitet. Kurt Georg Kiesinger ist uns hier stets Partner und Beispiel." Prägnanter als es eine Aufzählung der Reden und Interventionen Kiesingers als Bundestagsabgeordneter — und auch noch von Stuttgart aus als Ministerpräsident und zeitweiliger Bundesratspräsident — zugunsten einer Militärpolitik nach innen und außen offenbaren könnte, zeigt dieses „Führungszeugnis" für den Politiker Kiesinger durch General Speidel, was der neue Bundeskanzler will und was von seinem Regiment zu erwarten ist. Daß sich Franz Josef Strauß und die „Nationalzeitung" darin einig waren, in Kiesinger den „besten Mann" an die Spitze einer großen Koalition zu loben, den die CDU/CSU zur militanten Fortsetzung ihrer Politik gegen die internationale Entspannung und für das Primat der Militär-Außenpolitik der Hochrüstung aufzuweisen hat, das kann niemand verwundern, der die ungebrochene Grundlinie dieses bewährten ehemaligen Nationalsozialisten über die Jahrzehnte hinweg verfolgt. „Die Hoffnung aller Nationalen", so schrieb die „Nationalzeitung",[21] richtet sich auf Kiesinger. Der neue Bundeskanzler ist entschlossen, diese „Hoffnungen" nicht zu enttäuschen. „Man muß eben versuchen, wie man überein kommt mit dem Osten. Das ist genau die Auffassung, die ich für falsch halte",[22] erklärte er seinem damaligen Gegner und heutigen (Bundesrats-)Minister Carlo Schmid am 2. 12. 1955 im Bundestag. Ihm komme es hingegen auf die „Schaffung von Verteidigungsrealitäten" an. „Denn die Welt ist nun einmal in zwei Lager gespalten, und wenn ich von den kolonialen oder bisher kolonialen Gebieten absehe, dann gibt es nur eine kommunistische und eine nichtkommunistische Welt; dazwischen drin gibt es gar nichts."[23]

---

21) „Der beste Mann hat eine Chance" — „Nationalzeitung", München, 18. 11. 1966.
22) Zitiert nach „Das Parlament", Bonn, 7. 12. 1955.
23) A. a. O.

Noch 1964 bescheinigte Speidel dem zur „Führung in der heutigen Welt" besonders befähigten Kurt Georg Kiesinger die Treue zu der „Idee" — nach der „unsere Streitkräfte erzogen" würden — „daß unser nationales Schicksal . . . Behauptung der freien Welt gegen die Weltmacht des Kommunismus" ist, „im Leben und Streben: Pro patria".

Der erste Bundeskanzler, Adenauer, der als Weimarer Politiker dem Nationalsozialismus mit Distanz gegenübergestanden hatte, rief mit der Remilitarisierung die Geister eines neuen militanten Nationalismus und setzte auf die verhängnisvolle Karte des Kalten Krieges. Der zweite Bundeskanzler, der Wirtschaftsberater der Nationalsozialisten gewesen war, allerdings 1944, als ihm der Ausgang des Kriegsabenteuers klar war, den Kontakt zu den USA suchte, beharrte auf dem Kalten-Kriegs-Kurs gegen die internationale Entspannungspolitik. Der dritte Kanzler, der Ex-Nazi-Prominente und Favorit sowohl der Kreise um die Nationalzeitung wie der auf totale Mobilisierung und Notstand drängenden Generalität und gewisser Kreise der Großindustrie und der Banken (Abs), von Strauß in den Sattel gehoben, von der SPD-Führung unterwürfig unterstützt, will nun das Volk in Waffen, die militant formierte Gesellschaft verwirklichen. Dieser Mann beschwört die Vergangenheit endgültig wieder herauf mit seiner Machtübernahme und seinen Volksgemeinschaftsparolen sowie seiner Absicht, das demokratische Grundgesetz zu suspendieren. Die Zukunft aber, auf die er zusteuert, erinnert in ihrer Kriegsgefahr nur allzusehr an das Regime, das ihn politisch, propagandistisch und charakterlich prägte. Der dritte Bundeskanzler wirft die Frage nach dem Weiterbestand der Demokratie auf. Und wer immer, innen und außen, mit Kiesinger paktiert, statt dieses Kabinett rücktrittsreif zu machen, bevor es sich in den Besitz der Notstandsvollmachten setzen kann — auf quasi „legale" Weise, mit Hilfe der erhofften SPD-Stimmen — der muß wissen, daß damit weder Deutschland noch dem Weltfrieden gedient sein kann. Gegen Militärpolitiker dieser Vergangenheit und dieser Zukunftsabsichten helfen nur entschieden opponierende Demokraten im Innern und eine diesmal illusionslose Betrachtung im Ausland.

Prof. Dr. Werner Hofmann

Notstandsplanung — Wirtschaft — Arbeitnehmerschaft

Der Verfasser nahm am Kongreß „Notstand der Demokratie" am 30. Oktober 1966 in Frankfurt/Main teil. Im nachfolgenden veröffentlichen wir den Wortlaut der Rede, die er in einem Arbeitskreis dieses Kongresses gehalten und vor der Drucklegung noch einmal überarbeitet und leicht erweitert hat. *D. Red.*

Kommentare und Berichte

„Offenes Europa"

Ein Europa der Intellektuellen, ein „offenes Europa" von Irland bis zum Ural — diese Idee wurde an drei langen Abenden in der Münchner Universität (neben ihr fungierten als Veranstalter ein britisches und ein belgisches Hochschulinstitut) von prominenten Leuten aus West und Ost diskutiert. Ungeachtet aller politischen und gesellschaftlichen Differenzen versuchte man — gleichsam unter dem Motto: „Intellektuelle aller Länder vereinigt euch!" — die geistigen Schranken niederzureißen und eine gemeinsame Plattform zu finden, um die Idee von der europäischen Einheit in neuer, größerer, gewissermaßen „gaullistischer" Vorstellung weiterzuentwickeln.

Was bisher um Europa geschah, hat die Intellektuellen nicht befriedigen können. Schriftsteller Carl Amery, Linkskatholik, umriß die Zwangslage: Gerade die Intellektuellen in Deutschland, in der ersten Nachkriegszeit vorwiegend um die Zeitschrift „Ruf" geschart, hatten die Europa-Idee als erste propagiert, mußten dann aber bald erleben, daß sie von den Politikern als Alibi („Wir sind bereit, euch alles zu verzeihen") mißbraucht wurde und daß das „Abendland" über den europäischen Sozialismus triumphierte. So wurde die Idee Europa nicht mehr vom „fünften Stand" der Intellektuellen weitergetragen, sondern von den Konservativen und von neofaschistischen Organen wie der Zeitschrift „Nation Europa".

Damit freilich wurden die Intellektuellen in Westeuropa wesentlicher Möglichkeiten eines Einflusses auf die internationale politische Entwicklung beraubt. Anders in Osteuropa. Die dort allmählich erkämpfte intellektuelle Freiheit, die wachsende, freilich ohne Entwurzelung erfolgte Distanz zur politischen Hierarchie hat eine geistige Auseinandersetzung in Gang gesetzt, die auch im nichtsozialistischen Teil Europas immer mehr Beachtung, ja Teilnahme findet. Die Schriftsteller Joseph Breitbach (Paris), Erich Fried (London), Hans Werner Richter (München) und Walter Jens (Tübingen) meinten übereinstimmend, daß die Intellektuellen etwa in der Tschechoslowakei und Jugoslawien ihren Geistesverwandten im Westen heute „voraus" seien. Gemeint war offenbar: voraus im progressiven Denken, in der geistigen Unabhängigkeit und in der politischen Wirksamkeit.

Die geistigen Errungenschaften im Osten seien viel funktioneller, begründete Fried, während ein Teil der Toleranz im Westen doch nur eine „Pinscherfreiheit" sei. Gruppe-47-Chef Richter fügte an, es werde zu wenig übersetzt und immer noch seien viele Intellektuelle in Westdeutschland durch die zögernde Liberalisierung in Ostdeutschland verschreckt. Aber Fried verwies auf den jüngsten Kongreß der DDR-Schriftsteller, bei dem erstmals jeder dogmatische Einwand entschieden zurückgewiesen worden sei. Ein neues Selbstbewußtsein der Intellektuellen in der DDR — wo doch bisher noch jedes Aufmucken in Selbstkritik erstickt wurde? Die interessante Frage wurde nicht weiter diskutiert, zumal vom anderen deutschen Staat keine Meinung aus erster Hand zu hören war. Auch meinte Diskussionsleiter Jens, man solle das „provinzielle" deutsche Sonderproblem nicht überbewerten.

So zog man sich von den deutschen Querelen auf die europäischen Gemeinsamkeiten zurück. Was verbindet heute die Intellektuellen in Ost und West? Der schwedische Germanist

Gustav Korlén („Ich komme aus einem Land, wo das Wort Intellektueller kein Schimpfwort ist") wies den Weg von der neutralen Warte aus: „Die gemeinsame Aufgabe liegt in der Bekämpfung der Technokratie, die das Übel der heutigen Situation ist. Der Intellektuelle in Ost und West muß ein Ketzer sein, ein Moralist, ein Störenfried, ein Spielverderber, ein Mensch, der die sokratische Würde des Neinsagens für sich in Anspruch nimmt." Wo bleibt das Positive, Herr K.? Nun, fügte Korlén hinzu, der Intellektuelle sei auch ein Neugieriger, ein Mensch, der Bücher lese, ohne dazu gezwungen zu sein. Ein konstruktives Gesamteuropa-Programm ließ sich aus solchen Aphorismen allerdings noch nicht ableiten. Zwei jugoslawische Gäste gingen ein Stück weiter. Der Intellektuelle müsse heute so weit sehen wie ein Kosmonaut, erklärte Ljubomir Tadić, Dozent der Philosophie in Belgrad. Lebenserhaltung sei die oberste Zielsetzung dieses neuen „Planetenbewußtseins", das uns durch die Entwicklung der Technik, durch die Gefahr des „Robotismus" aufgezwungen werde. Wer nicht in diesem weltweiten Maßstab denke, bleibe unter dem geschichtlichen Wirkungsraum. In diesem Sinne habe der Intellektuelle in Ost und West für Europa eine besondere Verantwortung.

Lebenswichtig sei heute der Kampf der humanistischen Intelligenz in ganz Europa gegen die bürokratische Hierarchie, gegen die politischen Strukturen, die sich den progressiven gesellschaftlichen Veränderungen entgegensetzten, sagte Rudi Supek, Professor für Soziologie in Zagreb und Mitarbeiter der international vielbeachteten Zeitschrift „Praxis", der allerdings ab Jahreswende die staatlichen Zuschüsse gesperrt werden sollen (weil sie sich wohl schon zu weit vorgewagt hat).

Der Intellektuelle sei dazu bestimmt, Tagträume anzubieten, und einer dieser Tagträume sei Europa. So Manés Sperber, Schriftsteller in Paris. Der Europa-Gedanke sei für die Intellektuellen wieder positiv interessant geworden, weil er heute seine polemischen Spaltungsabsichten verloren habe. Bei Reisen durch Polen und die CSSR begegnete Sperber einem „grenzenlosen Heimweh nach einem europäischen Zusammenwirken in der geistigen Schöpfung". Doch Diskussionsteilnehmer Josef Bzoch, zweiter Vorsitzender des Slowakischen Schriftstellerverbandes, äußerte sich skeptischer. Er sprach von der „Machtlosigkeit" der Intellektuellen überall in Europa und von einem „langwierigen Prozeß", dessen zügiger Ablauf nicht allein vom Willen einzelner abhänge. Es komme nicht auf eine Infiltration an, sondern auf gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen.

Im weiteren Verlauf des „Europäischen Seminars 1966" bot sich den westeuropäischen Teilnehmern vor allem Gelegenheit, die erstaunlichen Wandlungen im europäischen Marxismus kennenzulernen. András Hegedüs, bis zur Revolution von 1956 „stalinistischer" Ministerpräsident Ungarns und heute als Leiter der Soziologischen Forschungsgruppe an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften einer der führenden Theoretiker der Gesellschaftsreform, wies in seinem Manuskript — er hatte keine Ausreisegenehmigung erhalten — auf die geschichtliche Zwangsläufigkeit von Konflikten hin zwischen dem staatlichen Verwaltungs- und Leitungsapparat, der in erster Linie an der Steigerung der Produktivität interessiert sei, und der außerhalb dieser Institutionen tätigen Schriftsteller, Journalisten, Ärzte, Sozialforscher usw., denen es vor allem um die Humanisierung der sozialen Verhältnisse gehe. Nur wenn der Sozialismus außer dem dynamischeren Wirtschaftssystem zugleich die Möglichkeit für die Humanisierung der Leitung und Verwaltung der Gesellschaft schaffe, könne er auch in den kapitalistischen Ländern Einfluß gewinnen.

Eine vielbahnige Straße zu einem europäischen Sozialismus offerierte in seiner „Theorie einer offenen Revolution" Lucio Lombardo-Radice, Mathematik-Professor in Rom und Mitglied des Zentralkomitees der KP Italiens, die derzeit als fortschrittlichste aller Kommunistischen Parteien gilt: Auf diesen Weg komme man aus einer grundsätzlichen Freiheitsforschung, aus einer radikalen Offenheit zum Menschen, Leben und Frieden oder auch aus einem konsequenten christlichen Gewissen. Lombardo ging so weit, den geschichtlich belasteten Begriff Marxismus-Leninismus abzulehnen und durch „wissenschaftlichen Sozialismus" zu ersetzen. Er forderte die „vollständige Freiheit des Wissens und Gewissens", den Mehrparteien-Staat und die öffentliche Kritik. Statt der bürgerlichen Demokratie die proletarische Rätedemokratie entgegenzusetzen, erscheine es heute notwendig, die sozialistische Ordnung als „Vollendung der Parteien- und Parlamentsdemokratie" zu verstehen.

Karl Stankiewitz

Großbritannien und die EWG

Eine allgemeine Überzeugung in Großbritannien wird in der Presse nicht ausgesprochen, im Parlament nur angedeutet, allerdings häufig in privaten Gesprächen unter Parlamentsmitgliedern aller Parteien geäußert: die Ansicht, daß das plötzliche Umschwenken der Labour-Regierung auf den Gemeinsamen Markt und die Aufnahme von Verhandlungen aus einer Position äußerster wirtschaftlicher Schwäche heraus auf amerikanischen Druck zurückzuführen ist. Man glaubt, daß dadurch Zement in die sich vertiefenden Risse im politischen Fundament der NATO gegossen werden soll und daß dieser Versuch ebenso fehlschlagen wird wie die Bemühungen damals, als die Konservativen unter ähnlichen Umständen begannen, geradezu mit der Flinte um die EWG zu werben — wobei die Flinte von Washington geliefert worden war. Wegen der Unterwürfigkeit des Vereinigten Königreichs gegenüber den USA oder, wenn man das vorzieht, seiner unwandelbaren Loyalität gegenüber dem Bündnis mit den USA (in dem diese als der Verbündete mit 98 Prozent der nuklearen Macht und einer ungeheuren Überlegenheit an Reichtum und konventionellen Waffen alle wichtigeren politischen Entscheidungen allein fällen) dürfte Präsident de Gaulle gegen den britischen Antrag auch diesmal ein Veto einlegen, wie er es aus dem gleichen Grunde schon beim letztenmal tat. Er wünscht in der Europäischen Gemeinschaft keinen Partner, den er als Marionette des State Department betrachtet.

Die Parallelen liegen wirklich ungewöhnlich nahe: Am 2. August 1961 beantragte der konservative Ministerpräsident Harold MacMillan eine Entschließung, die die Aufnahme von Verhandlungen durch die Tory-Regierung guthieß, „um festzustellen, ob befriedigende Übereinkünfte zur Wahrung der besonderen Interessen des Vereinigten Königreichs, des Commonwealth und der EFTA-Länder getroffen werden könnten" als Voraussetzung des britischen Eintritts in die EWG. Damals bestand er ebenso wie die heutige Labour-Regierung auf der Behauptung, das seien nur vorsorgliche „Sondierungen"; nichts solle ohne Billigung des Parlaments entschieden werden. Er sprach vom großen Defizit in der Zahlungsbilanz und der Währungskrise, mit der die Regierung durch eine 700-Millionen-Pfund-Anleihe bei ausländischen Banken fertigzuwerden versuche, vom hohen Diskontsatz, vom Lohnstopp, von

der Kreditverknappung, die zur Stagnation der Produktion und zur Arbeitslosigkeit führten. Insgesamt schilderte er eine Situation, die eine starke Ähnlichkeit mit der heutigen aufweist, nur daß die britische Auslandsanleihe diesmal 900 Millionen Pfund beträgt.

Heute machen die britische und die amerikanische Presse kein Geheimnis aus der Tatsache, daß die US-Politik bestrebt war und ist, Großbritannien und mit ihm die EFTA in die EWG zu treiben, weil die sich vertiefende wirtschaftliche Spaltung „Europas" — in die industrielle Freihandelszone der Sieben und den Gemeinsamen Markt der Sechs — die Risse in der NATO verbreitern würde. Auch wollen die USA Großbritannien auf Biegen oder Brechen als Spitzel des State Department in die EWG bringen, um zu gewährleisten, daß sich Westeuropa nicht durch die Machenschaften de Gaulles und seine Politik des „Europa-den-Europäern", das heißt eines Europas, das sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt und nicht 60 Meilen westlich der Elbe endet, dem amerikanischen Einfluß entzieht.

Der gut informierte Korrespondent der „Sunday Times" in Washington, Henry Brandon, berichtete am 20. 11. 1966, die USA bemühten sich ängstlich, keinen Einfluß in Europa zu verlieren: „Die Beteiligung Großbritanniens an einem neuen Europa wird als beste Garantie dafür angesehen, daß sich dieses neue Europa nicht gegen die USA wendet."

Bei der Eröffnung der zweitägigen Debatte über den Gemeinsamen Markt am 11. 11. 1966 beteuerte Außenminister George Brown noch einmal, daß die Regierung, komme was wolle, treu zum Bündnis mit Amerika stehen werde, und er bekannte, er finde von der Basis dieser standhaften und allumfassenden Loyalität gegenüber der Allianz mit den USA aus keine unüberwindliche Schwierigkeit für den EWG-Beitritt.

Nicht nur Hinterbänkler, sondern Oppositionsführer Heath selbst wies darauf hin, daß man hier die Haltung Präsident de Gaulles zu leichtfertig abtue. De Gaulle behaupte eine Schlüsselstellung in der EWG und habe in seinem Presseinterview Ende Oktober ganz klar zu verstehen gegeben, daß er unnachgiebig wie eh und je entschlossen sei, einem EWG-Beitritt Großbritanniens, dessen vorrangige Loyalität der NATO und seiner angeblichen „besonderen Rolle" im amerikanischen Bündnis gehöre, Widerstand entgegenzusetzen.

All dies begründet ausreichend, warum die „Sondierungen" der Labour-Regierung in der Frage des Beitritts zum Gemeinsamen Markt vermutlich auf dieselbe Art enden werden wie die ihrer konservativen Vorgängerin. Aber es erklärt noch nicht, aus welchem Grund die Labour-Führung ihre Haltung in dieser Frage revidiert hat.

Denn als Harold MacMillan das Parlament um Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen ersuchte, legte Harold Wilson im Namen der Labour-Opposition zu der Entschließung der Tory-Regierung einen Änderungsentwurf vor, in dem bedauert wurde, daß die Verhandlungen „aus einer Position schwerwiegender wirtschaftlicher Schwäche heraus" geführt würden. Wilson fügte hinzu: „Es nützt nichts, diese Tatsache zu verheimlichen. Sie wird die Verhandlungen tiefgreifend beeinflussen ... Lähmende Schläge, denen unsere Wirtschaft ausgesetzt war und ausgesetzt ist, haben uns auf die Knie gezwungen; das ist nicht die richtige Haltung für Verhandlungen, die über unsere ganze Zukunft entscheiden können."

Ferner kritisierte Wilson die Kurzsichtigkeit, als Wirtschafts- und Handelsgespräche auszugeben, was in Wirklichkeit Verhandlungen über Außen- und Verteidigungspolitik seien; er be-

tonte die unausweichlichen politischen Folgen eines EWG-Beitritts und verlangte ausdrückliche Vorbehalte von Anfang an gegen die Einbeziehung Großbritanniens in alle späteren Schritte der EWG in Richtung auf eine politische Vereinigung, eine Föderation oder eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Wenn Großbritannien jetzt darüber schweige und das Thema erst anschneide, wenn es EWG-Mitglied sei, werde es sich dem Vorwurf aussetzen, gegen Treu und Glauben verstoßen zu haben.

Heute jedoch nimmt Wilson aus einer Position äußerster wirtschaftlicher Schwäche heraus Verhandlungen auf und behauptet, die EWG sei eine rein wirtschaftliche Organisation ohne politische Nebenwirkungen und Folgen; er erklärt, daß Großbritannien, wenn es erst einmal Mitglied sei, gegen jede Entwicklung in Richtung auf eine politische Einigung, mit der es nicht einverstanden sei, ein Veto einlegen könne.

Die Linke in England betrachtet diese Politik im ganzen als einen verzweifelten letzten Versuch, die NATO zu stützen und zusammenzuhalten und den Kalten Krieg fortzusetzen. Sie ist der Ansicht, daß diese Bemühungen fehlschlagen werden und daß sich in der daraus entstehenden Lage — verstärkt durch die Wirtschaftskrise, die lauter werdende Forderung nach Kürzung der Verteidigungsausgaben und Rückkehr der britischen Rheinarmee — genügend Unterstützung im Parlament und im Land für eine von der Linken befürwortete Alternativpolitik finden wird, um die Regierung zu zwingen, dieser Richtung zu folgen.

Die Linke will, daß die Regierung östliche und westliche Unterstützung sowohl in Europa als auch in den USA und der Sowjetunion dafür gewinnt, daß die Gesamteuropäische Wirtschaftskommission der UNO die Macht und Autorität dazu erhält, als wirksames Bindeglied zwischen EFTA und EWG im Westen und COMECON im Osten fungieren zu können und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet (d. h. auf den Sektoren des Ost-West-Handels, der Kredit- und Finanzwirtschaft, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Verteilung von Öl, Gas und elektrischer Energie, der wissenschaftlichen und technischen Kooperation) aktiv zu fördern. Die Linke weist darauf hin, daß diese Politik beinahe allgemein in Ost und West, von Befürwortern und Gegnern der Marktwirtschaft unterstützt werden würde, da sie Verhältnisse schüfe, unter denen viele Hindernisse, die heute dem Eintritt Großbritanniens und der EFTA-Länder in die EWG entgegenstehen, leicht zu überwinden wären.

Grundbedingung einer solchen Politik wäre es jedoch, daß die Labour-Regierung auf die Dauer der offiziellen Parteilinie des Disengagement, der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands folgte. Auch hierzu schüfe der Zusammenbruch der NATO und das Fehlen jeder Alternative wachsende Zustimmung der Öffentlichkeit in allen NATO-Ländern, zumal eine schnelle und positive Antwort der Sowjetunion darauf sicher wäre: Nicht nur die Sowjetregierung, sondern der ganze Warschauer Pakt hat wiederholt Verhandlungen zur Auflösung der rivalisierenden Bündnisse und ihrer Ersetzung durch gesamteuropäische Übereinkünfte für Disengagement, Abrüstung, friedliche Beilegung von Konflikten und kollektive Sicherheit gefordert, Übereinkünfte, mit denen man die aus der Charta der Vereinten Nationen hervorgehenden diesbezüglichen Verpflichtungen erfüllen und einen Rahmen schaffen würde, in dem Deutschland innerhalb seiner bestehenden Grenzen ohne Gefahr für den Frieden wiedervereinigt werden könnte.

Konni Zilliacus, M. P., London

Nennis großes Wagnis

Die obersten Führungsgremien der PSI, der Sozialistischen Partei Italiens, und der PSDI, der Sozialdemokratischen Partei Italiens, haben mit einiger Begeisterung von oben herunter die Wiedervereinigung unter dem vorläufigen Arbeitstitel PSU, Vereinigte Sozialistische Partei, beschlossen. Man legte die gemeinsamen Ziele in einer Charta fest, die unteren Kader beider Parteien folgten, ohne die Begeisterung der Leader zu teilen, aber auch ohne Rebellion, und nahmen die Fusion als einen natürlich-historischen Akt hin. In den Ortsgruppen der PSI hat es zwar an Diskussionen und Analysen nicht gefehlt, aber die Parteidisziplin und die Einsicht in den Schachzug des alten, eigensinnigen Leaders Pietro Nenni überwogen, die Zahl der Austritte ist gering. Die örtlichen Organisationen der Sozialdemokraten hatten nichts einzuwenden, und die provisorische Parteimaschinerie, improvisiert aus der Parität der Partner — in den Ortsgruppen mit jeweils zwei Sekretären auf ein halbes Jahr an der Spitze — wartet mit der Demokratisierung der Fusion bis zu den Wahlen 1968. Danach wird ein ordentlicher Parteikongreß die endgültige Organisation bestimmen. In der Spitze der Nenni-Partei war für die Fusion ein Preis zu zahlen, der sich diesmal — im Gegensatz zum Schisma von 1964, als Nenni in die Zentrum-Linksregierung eintrat, was zur Gründung der PSIUP, der Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit, und zum Verlust von über zwanzig nicht der schlechtesten Köpfe in Parlament und Senat (von achtzig Abgeordneten und Senatoren überhaupt) führte — in erträglichen Grenzen hält. Drei Mitglieder des Zentralkomitees, der Abgeordnete Anderlini, die Senatorin Carrettoni und der Senator Simone Gatto, gründeten eine unabhängige sozialistische Bewegung, während die linke innere Opposition mit Lombardi, Giolitti und Santi wie stets Vorbehalte machte, aber in der Partei verblieb.

Die Oktoberfusion der Sozialisten unter der Direktion Nennis kittet das Schisma von 1947. Damals, im besonderen Klima des Nachkriegsitaliens, als sich aus den Beschlüssen von Jalta die Aufteilung der Interessensphären zwischen den USA und der UdSSR abzeichnete, nach der Reise de Gasperis nach Amerika, welche zum Bruch der antifaschistischen Regierung (Christliche Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Aktionspartei) und auf eine lange Strecke praktischer Alleinherrschaft der Christdemokraten führte, schieden sich die sozialistischen Brüder. Vorstehende und andere ideologische Gründe rissen die damals beachtlich starke sozialistische Partei auseinander. Der konziliante Saragat schlug sich auf die Atlantikpaktseite und nahm damit die analoge Haltung der Wehner, Erler und Brandt lange vorweg. Der stärkere Teil unter Pietro Nenni ging die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten ein. Unter allen marxistischen Bewegungen halten die italienischen Sozialisten den absoluten Rekord an inneren Spaltungen. Dies ist einmal auf die Intensität des politischen Kampfes gegen die den Sozialismus kontrastierenden Kräfte und deren Geschicklichkeit zurückzuführen, zum anderen aber auch auf den stark ausgeprägten Individualismus der Italiener. Nach der Spaltung von 1947 vermieden die feindlichen Bruderparteien jede frontale Auseinandersetzung. Nach dem beiderseitigen Erfolg bei den Kommunalwahlen von 1956 begegneten sich Saragat und Nenni. Wie es heute rückschauend heißt, legten sie schon damals den Grundstein für eine Wiedervereinigung. Was ihnen vorschwebte, war die Gründung einer Art von Labour-Party, in der als Fernziel alle Sozialisten ein gemeinsames Dach finden könnten. Zweifellos hat die Präsidentschaft Saragats die jetzige

Versöhnung gefördert, parallel zum Frontwechsel Nennis, der nach der anfänglich wohlwollenden Neutralität gegenüber der ersten Zentrum-Linksregierung die Freundschaft zu den Kommunisten aufkündigte und nach den Parlamentswahlen von 1963 mit der Niederlage der Christdemokraten selbst in die Regierung einstieg. „Wir wollen ins Zimmer der Knöpfe," formulierte er die Forderung, mit an den Kommandostand zu kommen, wo die Knöpfe gedrückt werden. Der alte Fuchs fand die Zeit für gekommen, an der Verantwortung teilzunehmen, die Demokratisierung des Landes voranzutreiben, den Kapitalismus zurückzudrängen, die Gesellschaft durch Reformen zu transformieren. Im gleichen Maße erstarkten freilich bei den Christdemokraten, besonders auf dem rechten Flügel dieser heterogenen Partei, die alten, konservativen Gegenkräfte, die in den Sozialisten das Trojanische Pferd sehen, in dessen Bauch sie Karl Marx und die Kommunisten vermuten. So sind Hände im Spiel, die den Griff der Sozialisten auf die Knöpfe zu verlangsamen und unwirksam zu machen versuchen. Andererseits berufen sich die noch keinesfalls erschlafften sozialistischen Partner auf die einst gemeinsam mit den Christlichen Demokraten und Kommunisten erarbeitete Verfassung, die, im Geist des Widerstands und der Erneuerung geschrieben, die Forderung nach einem modernen, demokratischen Italien erhebt, das Ziel, wofür die Partisanen kämpften und starben.

Manche Reformen, wie die Verstaatlichung der Energiewirtschaft und die Schulreform, gingen mit Nachhilfe der Sozialisten über die Runden, andere tragen den Stempel des Kompromisses oder werden durch Gummitaktik verzögert. Noch drängen die Sozialisten und erklären: Die Macht um ihrer selbst willen interessiert uns überhaupt nicht, auch nicht die Ministerposten. Was uns interessiert, sind die Reformen, die Erneuerung Italiens. Die Gründung der Einheitspartei, von den Sozialisten als Alternative zur Democrazia Cristiana deklariert, hat dort keine Freude ausgelöst. In der Tat sehen sich die Sozialisten einem verschärften Zweifrontenkampf gegenüber, gegen ihre Freunde in der Regierung, den Christdemokraten, und nach links gegen die Kommunisten, die ihnen Selbstaufgabe für ein Linsengericht vorwerfen. Nenni hat eine große Karte gespielt. Entweder gelingt es den Sozialisten, die italienische Gesellschaft in Bewegung zu bringen (an Zustimmung von intellektueller Seite hat es dabei nicht gefehlt) und nach Nennis Konzeption auf die politisch isolierten Kommunisten als Magnet zu wirken, um die ‚weltliche' Plattform im Kommandostand zu verbreitern, oder sie werden nach einem durch die Mitregierung bedingten Verschleiß zwischen den katholischen und kommunistischen Blöcken aufgerieben. Genau das würde unter bestimmten Umständen die Aussichten auf einen katholisch-kommunistischen Dialog eröffnen, wie er Togliatti vorschwebte und auf den seine Nachfolger hinzielen, und genau das ist es, was Nenni durch die gemeinsame sozialistische Initiative verhindern will. Dazu droht den Sozialisten die Gewöhnung an Sessel und Ämter, die immer zum Abbröckeln der Ideale führt. Dieser Fall würde neuen Zuwachs für die Kommunisten bedeuten. Nenni weiß es und drängt ungestüm gegen die christlich-demokratische Gummimauer. Übersteht die ungleiche Regierungskoalition die vielen drohenden Krisen und verbessern die vereinigten Sozialisten, die im Moment etwa zwanzig Prozent der Wähler repräsentieren, bei den Parlamentswahlen von 1968 ihre Positionen, so könnte das zu außenpolitischen Überraschungen führen, wenn 1969 der NATO-Vertrag ausläuft, denn die von Nenni eingebrachte Masse der Sozialisten hat ihre Tradition nicht aufgegeben. Man ist stolz darauf, im Ersten Weltkrieg

in den Fragen der Kriegskredite und der Intervention als einzige der Sozialistischen Internationale festgeblieben zu sein, man ist gegen den Vietnam-Krieg der Amerikaner, gegen das Pakt- und Blocksystem, für die Aufnahme Rot-Chinas in die Vereinten Nationen (was sicher auch Fanfanis Vermittlungsvorschlag dort beeinflußt hat). In einem für Nenni positiven Ausgang auf weite Sicht wäre es denkbar, daß sein außenpolitisches Gepäck einen für die Bundesrepublik schweren Brocken enthielte, nämlich die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze. Dazwischen steht noch das von Nenni eingegangene Risiko.

Innenpolitisch hat es seinen ersten, nicht allzu rosigen Niederschlag in den Teilwahlen auf Gemeinde- und Provinziallandtagsebene vom 27. November gefunden, die anderthalb Millionen Wähler an die Urnen brachten. Zweifellos hatte sich das Parteisekretariat in Rom gerade in dieser Phase ein besseres Ergebnis erhofft als ein Abbröckeln der Positionen bis zu vier Prozent in Städten wie Triest, Ravenna und Massa Carrara, denen in 63 Gemeinden des Südens ein leichter Gewinn von 0,8 Prozent gegenübersteht. Von diesen Verlusten profitierten die abgespaltenen Sozialisten der Proletarischen Einheit (PSIUP). Obwohl die gesamte Linke in eine gewisse Bewegung geraten ist, blieb doch die Sensation aus. Nenni beeilte sich, zu versichern, daß die Partei aufgrund örtlicher Gegebenheiten da und dort leichte Schwankungen zu verzeichnen gehabt hätte, im Süden jedoch positive Ergebnisse erzielt habe und daß die Partei von den Wahlen in einer Phase des Aufbaus überrascht worden sei.

Einige Tage nach der Vereinigung von PSI und PSDI konnten die Kommunisten bei den Betriebsratwahlen im FIAT-Konzern frühere Einbußen wettmachen und erhebliche Stimmengewinne buchen. Der Eisenbahnerstreik kurz vor Weihnachten wurde von den katholischen und kommunistischen Gewerkschaften gemeinsam ausgerufen. Als schwere Hypothek aber lastet die Naturkatastrophe vom November 66 auf der Zukunft. Auch den sozialistischen Ministern wird im Volk der Vorwurf nicht erspart, ihre Pflicht bei den notwendigen Präventivmaßnahmen versäumt zu haben. Das wird sich in der Politik der nächsten Jahre niederschlagen. Wie auch Nennis Experiment mit den Knöpfen nun immer ausgehen mag, so ist es als Paradigma zu den letzten Ereignissen in der Bundesrepublik aus tausend Gründen untauglich. Abgesehen davon, daß ein Nenni aus anderem Stoff gemacht ist als Wehner und Brandt (er hat Gefängnisse kennengelernt, eine Tochter in Auschwitz verloren und bei vielen Gelegenheiten Profil bewiesen), daß in weiten Zentrum-Linkskreisen die Bonner Rechts/Rechts-Koalition unter dem Ex-Pg. Kiesinger mit geringem Zutrauen, ja Argwohn beobachtet wird, daß sich generell die Gesamtlage in Italien von jener der Bundesrepublik unterscheidet, so steht in Italien bei dem möglichen Mißlingen des Nenni-Experiments im Gegensatz zur Bundesrepublik links ein gewaltiger Block. Wenn auch vergleichsweise zwei ähnliche Koalitionen aus verschiedenen Anlässen heraus entstanden sind, so bestimmen doch die in der Struktur andersgearteten Komponenten auseinanderstrebende Richtungen, ein Vergleich, der zuungunsten der SPD ausfällt. Mit anderen Worten: wo in der Bundesrepublik dank der Wehner-Strömung ein Tiefpunkt an Stagnation auf dem traditionellen Grund der Rechten erreicht worden ist, herrscht demgegenüber in Italien die reine Fluktuation. In der Bundesrepublik mit ihrem ewigen Rechts-Trend muß erst wieder eine gesunde Opposition entstehen, die das Vakuum ausfüllt, das die SPD-Notständler mit ihrem Rechtsruck geschaffen haben. Erleidet Nennis Politik eine Niederlage, so wird das nicht zur Schwächung der Linken führen. Im Gegenteil.

Wilfrid Schilling

Prof. Dr. Harold Rasch

Auf dem Wege zur Diktatur

Absichten und Aussichten des schwarz-roten Kartells

I

Werfen wir zu Beginn des neuen Jahres noch einmal den Blick zurück: Mit Hilfe ihrer Wahllokomotive „Ludwig Erhard" und eines Milliardensegens von „Wahlgeschenken" hatten die Regierungsparteien der CDU/CSU und FDP im Herbst 1965 erneut die Mehrheit im Deutschen Bundestag erlangt. Ein Jahr später war der Zusammenbruch ihrer Politik nicht mehr zu verschleiern. Die Freien Demokraten kündigten die Koalition auf, Erhard wollte zunächst allein weiter wursteln, dann gaben ihm seine eigenen Freunde einen Fußtritt. Die Sternstunde der SPD schien gekommen, ein paar Tage konnte man den Eindruck haben, daß sie sie nutzen würde. Das vorläufige Ende der Krise aber war dann die Sanierung der Bankrotteure durch die Kontrollinstanz auf dem Weg einer „Großen Koalition".

Nichts im allgemeinen gegen die Personen der jetzt amtierenden sozialdemokratischen Bundesminister, im Gegenteil: Karl Schiller, im nationalökonomisch-theoretischen Denken erzogen, dürfte keinen schlechteren Bundeswirtschaftsminister abgeben als Kurt Schmücker (freilich wenig Rückhalt in seiner Partei finden) und sicher einen besseren, als es Erhard seit dem Ende der fünfziger Jahre war. Der gebildete und humane Gustav Heinemann ist uns als Bundesjustizminister sehr viel lieber als der Todesstrafen-Jaeger der CSU. Carlo Schmid kann jedem Kabinett nur zur Zierde dienen. Und Willy Brandt hat als Regierender Bürgermeister von Berlin manchen Ansatz zu realistischerem Denken in der „Deutschland-Frage" gezeigt als der frühere Außenminister Gerhard Schröder. Nur von Herbert Wehner wollen wir lieber nicht sprechen.

Aber es geht hier nicht in erster Linie um Personen. Wenn der Verfasser in anderem Zusammenhang von einem „schmählichen Verrat" der SPD gesprochen hat (FAZ vom 3. 12.) und diesen Vorwurf hier wiederholt, so sollte nicht die persönliche Integrität der führenden Männer der SPD in Zweifel gezogen werden. Ein moralisches Werturteil wäre ebenso anmaßend wie ungerecht und liegt uns völlig fern. Es geht allein um die Sache, um die Preisgabe der demokratischen Ordnung durch diejenigen, die sie hätten schützen sollen, um die Mißachtung des Auftrags, den die Wähler der SPD gegeben hatten. In diesem Sinne freilich kann an der Tatsache eines scheußlichen Verrats kein Zweifel sein, soviel menschliche Entschuldigungsgründe man im einzelnen auch finden mag.

Weiteste Kreise der deutschen Öffentlichkeit haben hierfür allerdings kein Verständnis. Sie begrüßen es, daß nun endlich einmal das „Parteigezänk aufhört" und „gemeinsam sachliche Arbeit geleistet" wird. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", sagte schon Wilhelm II, von zeitlich näher

liegenden Vorbildern ganz zu schweigen. Es muß schließlich regiert werden, und wer das nicht wahrhaben will, der ist, wie schon Joseph Goebbels seligen Angedenkens feststellte, nicht mehr als ein Nörgler und Kritikaster, Hetzer und Meckerer.

Diese Meinung ist, wie gesagt, weit verbreitet. Daß in einer Demokratie die Aufgabe der „Opposition" nicht so sehr darin besteht, zu opponieren, als vielmehr darin, die Herrschenden zu kontrollieren, und daß diese ihre Funktion nicht um einen Deut unwichtiger ist als die der Regierung, das ist nur wenigen klar. Und von denen, die es wissen, sind die entscheidenden Personen wiederum an der Erhaltung einer demokratischen Ordnung vielfach gar nicht interessiert.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten hatten sich zusammengefunden, um Erhard aufzufordern, die Vertrauensfrage zu stellen. Sie konnten die CDU/CSU auflaufen lassen und dadurch in kurzer Zeit Neuwahlen erzwingen. Sie konnten aber auch Erhard abwählen und durch Willy Brandt ersetzen. Gewiß, diese Koalition hätte zunächst nur eine schwache Mehrheit gehabt. Aber daß man auch mit einer kleinen Mehrheit regieren kann, wenn man nur dazu entschlossen ist, hat erst vor kurzem der Sozialist Harold Wilson eindrucksvoll gezeigt. Ein Jahr wirklich neuer Politik im Innern und nach außen — Ausbau statt Abbau des sozialen Rechtsstaats, ehrliche Friedenspolitik anstelle fruchtlosen Revisionismus' —, dann hätte die Regierung alle Chancen gehabt, bei Neuwahlen eine breite Mehrheit hinter sich zu bringen. Aber es fehlte ganz einfach an Mut und an wirklichem Willen zur Macht. Die sichere Aussicht auf ein paar Pfründen war verlockender als die Chance zu befreiender Tat. Herbert Wehner wollte Minister werden, wollte es jetzt und um jeden Preis werden, und die Mehrheit seiner kleinbürgerlichen Parteigenossen hat es ihm ermöglicht. So hat die „Opposition" einmal mehr ihre Seele verkauft und ihren Judaslohn in Empfang genommen.

Daß die großen politischen Aufgaben, die vor uns liegen, nur mit Hilfe einer „Großen Koalition" gelöst werden könnten, — diesen Unsinn wird uns niemand weismachen. Als wenn nicht das Grundgesetz bereits ein dutzendmal mit Zweidrittelmehrheit geändert und nicht zahllose einfache Gesetze mit Zustimmung der SPD beschlossen worden wären. Das Argument von der sachlichen Notwendigkeit dieser Koalition im Interesse der Bewältigung gemeinsamer Ziele ist zu dumm, als daß es sich lohnte, noch ein Wort darüber zu verlieren.

Herbert Wehner hat sein Ziel erreicht, das ist sicher, aber er und seine Freunde werden nur „Mitläufer" sein, und es bleibt durchaus ungewiß, ob die zukünftige Geschichtsschreibung sie nach bewährtem Muster als „entlastet" einstufen wird. Die entscheidenden Machtpositionen liegen weiterhin bei der CDU/CSU, die Richtlinienkompetenz bei Bundeskanzler Kiesinger, die Polizei-, Notstands- und Bunkergewalt bei Innenminister Lücke, der Oberbefehl über die Wehrmacht bei Gerhard Schröder und vor allem der Schlüssel zur Kasse bei Franz Josef Strauß. Schade um Willy Brandt, dem wir, nicht nur wegen der häßlichen Angriffe, die Konrad Adenauer in früheren Jahren gegen ihn gerichtet hat, viel Sympathie entgegengebracht haben und der sich nun zwischen den Richtlinien eines früheren PG und der Taktik eines ehrgeizigen Renegaten nutzlos verschleißen wird.

Wir bezweifeln nicht, daß die schwarz-rote Koalition ziemlich bald einige „Erfolge" wird melden können. Selbstverständlich hat eine Regierung, die keiner

nennenswerten Kontrolle und Kritik unterliegt, eine leichtere Arbeit als eine andere, die sich echter Auseinandersetzung stellen muß, — Kritik auszuschalten ist schließlich der Zweck der ganzen Übung. Man wird den Bundeshaushalt — im wesentlichen zu Lasten des kleinen Mannes — mehr oder weniger gut zum Ausgleich bringen, man wird ohne große Schwierigkeiten dieses oder jenes sonstige Gesetz beschließen und dabei gewiß auch durchaus vernünftige Maßnahmen treffen. Das hat die Regierung Adolf Hitlers ebenfalls getan. Aber die eigentlichen Probleme der Bundesrepublik wird diese Regierung nicht lösen können, ja gar nicht lösen wollen.

In der Erklärung Bundeskanzler Kiesingers vom 13. Dezember 1966 fehlt es nicht an dem Bekenntnis zur Entschlossenheit, „mit allen Völkern Beziehungen zu unterhalten, die auf Verständigung, auf gegenseitiges Vertrauen und auf den Willen zur Zusammenarbeit gegründet sind". Wir wollen mit der Sowjetunion „in guter, friedlicher Nachbarschaft leben" und haben den lebhaften Wunsch, „einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früherer Zeit begreifen". Niemand wird dem widersprechen, und wir dürfen sicher sein, daß sich in dieser Hinsicht, wie man so sagt, auch einiges tun wird.

Doch eine gewisse Auflockerung der unsinnigen Hallstein-Doktrin, der Austausch von Botschaftern mit dem einen oder anderen osteuropäischen Staat, auch einige „neue Akzente" sonst, wie sie Willy Brandt in Aussicht gestellt hat, sind wertlos, solange sie nicht mehr als taktische Konzessionen darstellen. Nicht einmal eine einseitige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung würde heute noch honoriert werden, denn was nützt sie Polen, solange die Bundesrepublik die rechtliche Existenz der DDR, deren Grenze die Oder-Neiße-Linie ebenfalls ist, in Zweifel zieht. Ohne eine Befriedung unseres Verhältnisses zur DDR, und zwar eine Befriedung nicht nur aus taktischen Erwägungen, sondern aus der ehrlich gewonnenen Einsicht heraus, daß die Folgen der deutschen Niederlage im Osten sich durch keinerlei juristische Kniffe aus der Welt schaffen lassen, — ohne eine solche kann es keine Befriedung in Mitteleuropa geben. Den entscheidenden Schritt in dieser Richtung zu tun, ist unsere, der Bundesrepublik Sache. Und gerade das lehnt die Bundesregierung mit ihrem erneuten Hinweis darauf, daß „die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands ... nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt" werden können, ausdrücklich ab. Die Befriedung Europas wird erneut in eine in nebelhafter Ferne liegende Zukunft verschoben.

Aber auch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird keinen nachhaltigen Erfolg haben. Wir stimmen Bundeskanzler Kiesinger durchaus zu, wenn er eine „mittelfristige Finanzplanung" fordert, eine „vertikale Rangliste der Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden" erarbeiten lassen und dafür sorgen will, „daß vorrangige Aufgaben besser erfüllt werden". Doch die entscheidende Frage ist eben: was ist vorrangig? Wir erachten die Finanzierung der Infrastruktur unserer Wirtschaft, die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Verkehr und der unmittelbar produktiven Investitionen der Industrie als vorrangig, die Bundesregierung aber wird — und muß auf Grund ihrer verfehlten Deutschland- und Außenpolitik — der ständigen Erhöhung der Ausgaben für die Wehrmacht und die zivile „Verteidigung" den Vorzug geben. Das bedeutet, da dem

Wachstum Grenzen gesetzt sind, daß sie entweder den Ast absägen wird, auf dem wir alle sitzen, oder den Sozialaufwand radikal kürzen oder aber beides tun muß. Wahrscheinlich ist, daß sie wie eh und je das Dilemma möglichst „geräuschlos", d. h. durch weitere Inflation lösen wird, sofern man hierein eine „Lösung" des Problems erblicken will. Noch kämpft die Bundesbank, allein auf weiter Flur, einen tapferen Kampf. Auf längere Sicht freilich werden die Kräfte der Inflation sich nach allen Erfahrungen als die stärkeren erweisen, die Fanatiker des „Wachstums" werden siegen. Sie werden die Gespenster der Jahre 1929 ff. an die Wand malen (obwohl die Verhältnisse heute völlig anders liegen) und „Vollbeschäftigung" um jeden Preis fordern, nachdem gerade jetzt die Politik der Bundesbank begonnen hat, durch Eindämmung der Übernachfrage ihre Wirkungen in Gestalt höherer Arbeitsleistungen und weniger „Krankfeierns" zu entfalten. Das Direktorium der Bundesbank, fürchten wir, wird nicht stark genug sein, sich dem zu widersetzen.

III

Wie auch immer die Sachfragen der deutschen Politik jetzt angepackt werden mögen, ein nüchternes Urteil kann dieser Regierung kaum eine gute Prognose stellen. Die Addition einander widerstrebender Kräfte ergibt noch keine neue, stärkere Kraft, sondern setzt nur die Lähmung der alten in anderer Weise fort. Das werden wir bald zu spüren bekommen.

Viel schlimmer freilich noch, obwohl nur wenigen bewußt, ist die fortschreitende Zerstörung der demokratischen Ordnung, deren Zeugen wir bereits in den letzten Jahren gewesen sind und die nach Bildung einer „Großen Koalition" rapide Fortschritte machen wird. Ein neues Wahlrecht, das nach der Regierungserklärung „grundgesetzlich verankert werden" soll, eine tiefgreifende Finanzreform und andere Pläne der Bundesregierung erfordern Dutzende von Änderungen des Grundgesetzes, die auf eine mehr oder weniger vollständige Änderung der Grundstruktur unserer Verfassung hinauslaufen. Über die Notwendigkeit hierzu läßt sich im einzelnen durchaus reden, auch wir halten eine Stärkung der Bundesgewalt in mancher Hinsicht für unerläßlich, und für die Einführung eines Mehrheitswahlrechts der einen oder anderen Art können gewiß gute Gründe geltend gemacht werden. Aber das sind doch Fragen, die, solange wir noch eine demokratische Verfassung haben, in breitester Öffentlichkeit diskutiert, unserem Volk wenigstens in ihrer Grundproblematik von den Parteien näher gebracht und zum Gegenstand der Auseinandersetzung in einem Wahlkampf gemacht werden sollten. Nun aber ist beabsichtigt, sie durch einen kleinen Klüngel von Politikern, der keinerlei Auftrag hierzu hat, entscheiden zu lassen und damit die Demokratie auf kaltem Wege autoritär zu beseitigen. Das Bonner Grundgesetz ist seinerzeit auf Empfehlung des Parlamentarischen Rats durch die Parlamente der deutschen Länder (mit Ausnahme Bayerns) beschlossen worden. Nun soll es nicht nur in einzelnen Punkten geändert, sondern grundlegend umgestaltet werden, ohne daß der Bürger auch nur die geringste Möglichkeit hat, hierauf Einfluß zu nehmen. Kann man ein solches Verfahren noch als demokratisch bezeichnen?

Wir wissen, daß die Bonner Auguren für derartige Einwände nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben werden, — was liegt ihnen schon an der Erhaltung der demokratischen Struktur der Verfassung? Aber sie werden gestatten müssen, daß wir ihre Versicherungen einigermaßen kritisch unter die Lupe nehmen.

Das gilt zunächst von der Erklärung Bundeskanzler Kiesingers, es sei „der feste Wille der Partner der Großen Koalition, diese nur auf Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode, fortzuführen". Daß ein autoritäres — um nicht zu sagen: totalitäres — Regime freiwillig wieder abtritt, ist wenig wahrscheinlich. Hat es „Erfolg" gehabt, dann wird es weiter mit Erfolg regieren wollen. Andernfalls wird es die Fortsetzung seiner Herrschaft noch für einige Zeit als um so dringlicher hinstellen. Natürlich ist es möglich, daß die „Große Koalition" schon bald an unüberbrückbaren Gegensätzen auseinanderbricht. Das gemeinsame Interesse der Herrschenden an der Erhaltung ihrer Herrschaft legt jedoch viel eher die Annahme nahe, daß man diese Gegensätze weiterhin verkleistern und möglichst lange zusammen bleiben wird. Schließlich hat die SPD vor Eingehung der jetzigen Ehe ja schon einige Jahre lang ein Verhältnis mit ihrem Partner gehabt, und solche Verbindungen halten erfahrungsgemäß ganz gut.

Wie sollen wir uns eigentlich die Wahlen des Jahres 1969 praktisch vorstellen? Sollen CDU/CSU und SPD, nachdem sie in schöner Eintracht zusammengearbeitet haben, ein Jahr oder auch nur sechs Monate vor dem Wahltermin über Nacht die Koalition beenden und neue Stellungen beziehen? Was kann der Bürger, der sich ja schließlich entscheiden muß, von den so bezogenen Positionen ernstlich halten? Die Möglichkeit zu einer auf rationalen Überlegungen beruhenden Wahl — Grundlage jeder wahren Demokratie — wird doch auf diese Weise noch illusorischer, als sie bei der bisherigen Methode unserer „Wahlkämpfe" jetzt schon war. Dabei darf man nicht vergessen, daß das neue „Mehrheitswahlrecht" nach den vorläufigen Mitteilungen erstmals für die Wahlen von 1973 gelten, für den nächsten sechsten Bundestag aber nach irgend einem Übergangssystem gewählt werden soll.

Gewiß, es wird auch weiter Machtkämpfe zwischen den politischen Gruppen, Diskussionen im Parlament und in der Öffentlichkeit geben (wie es sie übrigens in der DDR und allen anderen autoritären Staaten ebenfalls gibt). Nur werden die Kämpfe sich ganz hinter den Kulissen abspielen und die Diskussionen ohne Bedeutung sein. Was fängt der Wahlberechtigte mit noch so überzeugenden Argumenten des Vertreters der einen oder anderen Partei an, wenn keine der beiden großen Gruppen mehr die politische Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen zu übernehmen hat, weil die Koalition verantwortlich, d. h. in Wahrheit unverantwortlich ist? Nein, unsere Demokratie, von Anfang an nur schwach entwickelt, inzwischen immer schwächer geworden, liegt nunmehr vollends danieder, und es besteht wenig Aussicht, daß sie zu neuem Leben erwachen wird.

Noch einmal: für ein Mehrheitswahlrecht mit oder ohne Stichwahl (nach dem Muster des Reichstags der Kaiserzeit bzw. des britischen Parlaments) lassen sich gute Gründe geltend machen. Von Übel aber ist die Manipulation des Wahlrechts im Hinblick auf die — wirkliche oder vermeintliche — akute Interessenlage der einzelnen Partei. Hat die SPD einmal bedacht, daß 1969 sehr wohl die Neonazis in den Bundestag einziehen und daß Franz Josef Strauß sich mit diesen verbünden könnte? Das wäre vermutlich zwar keine „Große Koalition", aber von Demokratie bliebe dann ebenfalls kaum mehr viel übrig.

Vorerst wird gewiß der Weizen der politischen Geschäftemacher blühen. „In dieser Koalition werden keine Macht und Pfründen zwischen Parteien geteilt, keine Mißstände vertuscht und die Kräfte des parlamentarischen Lebens nicht durch Absprachen hinter den Kulissen gelähmt werden ... Die Opposition wird

alle parlamentarischen Möglichkeiten haben, ihre Auffassung zur Darstellung und Geltung zu bringen", sagte Kiesinger in seiner Regierungserklärung. Seine Versicherungen in Ehren; alle geschichtlichen Erfahrungen sprechen dafür, daß sie auch bei gutem Willen einzelner nicht erfüllt werden können. Mit der Ernennung von einem halben Dutzend neuer parlamentarischer Staatssekretäre oder „Staatsminister" hat man bereits begonnen. Wir werden sehen, wie man jetzt den Starfighter-Skandal und die Affäre Schützenpanzer HS 30 behandeln wird, um von den Komplexen Fibag und Onkel Aloys gar nicht zu reden.

Eine Schlüsselfigur ist hier der neue Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Knieper, der Nachfolger auf dem Sessel der Herren Globke und Westrick. Knieper war früher Ministerialdirektor im Bundesverteidigungsministerium unter Franz Josef Strauß und dürfte über alle diese Angelegenheiten bestens unterrichtet sein. Wird er schweigen und damit seinem früheren Chef den weiteren Aufstieg erleichtern? Oder wird er einen Teil seines Wissens seinem neuen Herrn offenbaren und ihm damit vielleicht ein Mittel in die Hand geben, den aufstrebenden Rivalen zu bremsen? Strauß hat Kiesinger zum Kanzler „gemacht", aber schwerlich ohne Hintergedanken auf beiden Seiten. Wie immer Knieper handeln möge, von seiner, eines Beamten, Haltung hängt möglicherweise das Schicksal der Bundesrepublik während der nächsten Jahre ab.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: die heutige Lage der Bundesrepublik ist nicht der des Deutschen Reichs im Jahre 1932 gleichzusetzen. Wenn auch ein gewisser Rückgang der Nachfrage sich im Wirtschaftsleben bemerkbar macht, der übrigens nur erwünscht sein kann, — eine Massenarbeitslosigkeit wie damals ist in keiner Weise zu befürchten. Auch ist die Regierung der „Großen Koalition" gewiß kein „Kabinett der Barone", wie es die Regierung Franz von Papens war. Obwohl die außerparlamentarische Opposition wachsen wird, wird sie keinen neuen braunen Horden die Bahn frei machen. Es wird im Gegenteil äußerlich zunächst alles recht manierlich zugehen: Wir werden keinen 30. Juni erleben wie anno 34, diese „Blätter" werden nicht einfach verboten werden, man wird niemand in eine neue Massenorganisation hineinpressen. Sogar nach der Verabschiedung der „Notstandsgesetze" wird es mit der Einrichtung von Konzentrationslagern noch gute Weile haben. Nicht ein Regime des offenen Terrors sehen wir heraufziehen, sondern viel eher eine Diktatur, die unter Benutzung von Glacéhandschuhen erstickt, was sich an selbständigen Regungen etwa zeigen sollte. Wer sich hübsch brav verhält, wird zwar kräftig zahlen müssen, aber sonst nichts zu leiden haben, — selbst im Dritten Reich konnte man, wenn man sich nicht mausig machte, bis 1939 noch ganz ordentlich leben, und „Arier" sind wir heute ja schließlich fast alle.

Den breiten Massen unseres Volkes ist die „Große Koalition" völlig gleichgültig. Sie wollen in Frieden „panem et circenses" genießen, und wer kann es wagen, deshalb auf sie herabzusehen? Die wenigen, die stärker an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens interessiert sind, ohne dem Kurs der Herrschenden aus Überzeugung oder Interesse verbunden zu sein, werden zu schweigen lernen. Sie werden sich in ihre Berufsarbeit oder einfach in die „innere Emigration" flüchten und je nach persönlichem Temperament politisch resignieren oder sich vollendetem Zynismus hingeben. Hier bleiben dem einzelnen viele Wege offen. Ein Gefühl aber wird alle verbinden, die heute abseits stehen: Trauer um Deutschland.

Dennoch wollen wir uns, so sehr wir solche Empfindungen verstehen, nicht entmutigen lassen. Die Zeiten ändern sich rasch, neue Kräfte im Innern, der Sach-

zwang von außen her können Bewegung in die jetzt im Kartell- und Pfründendenken erstarrten Fronten des politischen Lebens bringen. Noch ist nicht alles verloren. Es ist eine gute Sache, für die wir gekämpft haben: die Erhaltung und Festigung einer freiheitlichen demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik und die Herstellung und Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen zu allen unseren Nachbarn, besonders aber zur Deutschen Demokratischen Republik. Wir wollen ihr auch in Zukunft nach besten Kräften dienen.

Dr. Arno Klönne

Nuklearpolitik unter Kiesinger-Brandt

I

Selbst skeptische Beobachter der Bonner Politik waren beim Zerfall des Kabinetts Erhard der Meinung, eine neue Regierung werde, wenn schon nicht auf anderen Gebieten der Politik, so doch wenigstens im Feld der Außen- und Militärpolitik sich von bisher gehegten Illusionen und Fehlkalkulationen trennen und den längst fälligen Anschluß an die Politik der internationalen Entspannung und Rüstungsbeschränkung vollziehen. Solcherart Erwartungen fanden u. a. ihren Ausdruck in einem Artikel von Fritz Baade im SPD-Pressedienst, in dem Baade drei Illusionen beschrieb, die von einer neuen Regierung als solche erkannt und abgeschrieben werden müßten: „Die Illusion, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund einer Politik der Stärke möglich sei . . .; die Illusion, daß nur eine starke Rüstung uns militärische Sicherheit geben könne . . .; die Illusion, das Defizit im Bundeshaushalt sei ohne Rüstungsbeschränkung zu beseitigen."

Während Baade der Auffassung war, die Offenlegung des Defizits der bisherigen Bonner Außenpolitik und die Ablösung von den genannten Illusionen sei am ehesten auf der Basis einer Großen Koalition möglich, ließen die während der Koalitionsverhandlungen veröffentlichten Sachvorschläge der SPD und der FDP eine bessere Außen- und Militärpolitik eher von einem Bündnis dieser beiden Parteien erwarten: Sowohl SPD wie FDP forderten den Verzicht auf atomaren Mitbesitz, vorbehaltlose Teilnahme an der Entspannungspolitik und Normalisierung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarstaaten. Die FDP forderte ferner die Diskussion über eine neue, defensive Militärkonzeption; SPD-Politiker (so u. a. der Bundestagsabgeordnete Wienand) verlangten die Prüfung von Disengagement-Konzepten, so etwa des Gomulka-Planes.

Die Kampagne für Abrüstung formulierte drei Kriterien für das Urteil über die kommende Regierungspolitik:

„Wird auch die neue Bundesregierung die Störversuche gegen die Entspannungspolitik in Europa fortsetzen — oder wird sie sich den Bemühungen um Entspannung, um ein neues System europäischer Sicherheit, um Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung anschließen?

Wird auch die neue Bundesregierung die Politik der Notstandsgesetzgebung, der Militarisierung und ‚Formierung' der Gesellschaft fortsetzen — oder wird sie sich für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat entscheiden und dem Auftrag des Grundgesetzes folgen, ‚dem Frieden der Welt zu dienen'? Wird auch die neue Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam moralisch, finanziell und politisch unterstützen — oder wird sie von diesem Krieg abrücken und bei den verbündeten USA auf seine Beendigung hinwirken?"

Prüft man unter solchen Gesichtspunkten die Regierungserklärung und die bisher sichtbar gewordene Regierungspolitik des Kabinetts Kiesinger, so erweist sich, abgesehen von einigen Randproblemen, das Ergebnis als eindeutig negativ. Kiesinger macht sich freilich ein neues, dem internationalen Entspannungstrend angepaßtes Vokabular zunutze, und die CDU/CSU hat durch die Hineinnahme von Sozialdemokraten in die Bonner Regierung ihrer Politik eine attraktivere Optik verschafft. Die Regierungserklärung enthält in reichlichem Maße Begriffe („konsequente Friedenspolitik", „Deutschland — Brücke zwischen Ost und West" etc.), die vor einiger Zeit noch der CDU/CSU als Beweis kommunistischer Infiltration galten. Hier macht sich der zweifache Druck bemerkbar, dem die Bonner Außenpolitik seit einiger Zeit ausgesetzt ist; sowohl die internationale, zumal die westliche öffentliche Meinung wie auch ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik verlangen seit längerem eine Neuorientierung Bonns. Die Zugeständnisse der Regierung Kiesinger an derartige Erwartungen sind allerdings weitgehend nur verbal, hinter dem neuen Verkaufsstil verbirgt sich ein großer Teil der alten politischen Ladenhüter — das neue Kabinett bedeutet keine neue Politik. Gewiß — die Regierungserklärung erwähnte die Möglichkeit der Durchlöcherung der Hallstein-Doktrin, sie erklärte das Münchener Abkommen für ungültig und zeigte sich zur Abgabe von Gewaltverzichterklärungen auch im Hinblick auf das Problem der deutschen Spaltung bereit. Aber diese Modifikationen im Detail sind nicht einbezogen in eine gesamtpolitische Kursänderung, sie müssen eher als kleine Konzessionen an die Sozialdemokraten oder an die westliche Öffentlichkeit gelten. Mit derartigen Schönheitsreparaturen kann die Bonner Politik nicht den vielzitierten „neuen Spielraum" gewinnen, sie nähren eher — da sie als weltpolitisch abgenötigt erscheinen — die nationalistischen, gegen Ost und West gerichteten Ressentiments. Ganz unrealistisch aber ist die Vorstellung, daß auf solche Weise bedeutsame „Gegenleistungen des Ostens" zu erhalten seien. Hier werden alte Illusionen durch neue ersetzt. Man kann annehmen, daß es im neuen Kabinett Kräfte gibt, die dies mit Befriedigung registrieren; wer sich von einigen Detailkorrekturen und verbalen Friedensbeteuerungen ein Entgegenkommen des Ostblocks verspricht, wird im sicheren Falle der Enttäuschung dann reumütig in das Gehege des Kalten-Kriegs-Denkens zurückkehren, — so etwa mag Franz Josef Strauß kalkulieren ... In der Substanz enthielt die Regierungserklärung Kiesingers keine Revision der bisherigen Außen- und Rüstungspolitik. Auf wohlabgewogene und wohlklingende Weise verweigerte sie die Antwort auf alle entscheidenden Fragen, zugleich für den nicht allzu kritischen Hörer im In- und Ausland den Eindruck erweckend, es sei „ein neuer Anfang" gemacht worden.

Kiesinger betonte, die Bundesrepublik verzichte auf nationalen Besitz und nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen, — ein wohlfeiler Verzicht, da unter den westlichen Verbündeten der BRD zur Zeit ohnehin keiner ist, der die nationale Atombewaffnung Westdeutschlands tolerieren würde. Den Anspruch auf atomare Mitverfügung, auf Mitbesitz von Atomwaffen hielt sich die Regierung offen; genau um diesen Punkt bewegt sich aber zur Zeit die internationale Debatte.

Kiesinger hob das Bündnis mit Frankreich hervor, aber es war keine Rede davon, daß sich die Bundesregierung der Kritik de Gaulles an der amerikanischen Vietnam-Politik anzuschließen gedenkt. Im Gegenteil, die Regierungserklärung proklamierte mit Blick auf die USA, daß Bündnispartner gegenseitig „Verständnis für ihre vitalen Interessen" zeigen müßten. Das „vitale Interesse" der US-Regierung ist, wie man weiß, der Vietnam-Krieg.

Keinen Hinweis auf eine neue Politik enthielt die Regierungserklärung, soweit es um die Möglichkeit und Notwendigkeit eines neuen europäischen Sicherheitssystems, um Verhandlungen über atomwaffenfreie Zonen, um die Ablösung der ruinösen und explosiven „Vorwärtsstrategie" durch eine kostensparende und Verständigung bewirkende Defensivkonzeption geht. Die Regierungserklärung verschwieg den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Belastungen und einer bestimmten Militär- und Notstandspolitik; der Rüstungsetat dürfe, so Kiesinger, nicht als „Reservekasse" angesehen werden.

War die Regierungserklärung noch auf freundlich gestimmt, so ließen die nachfolgenden Willensäußerungen der Regierung und der Regierungskoalition den harten Kern der Politik des neuen Kabinetts offenbar werden. In der Debatte über die Regierungserklärung stellten Barzel (für die CDU/CSU) und Schmidt (für die SPD) fest, daß die neue Koalition nicht daran denke, auf jene in Europa zur Zeit einzigartige Demonstration militanter Geschlossenheit zu verzichten, nämlich die Notstandsgesetzgebung. Bundeskanzler Kiesinger erklärte in einem Fernsehinterview, die Bundesrepublik wolle sich auf jeden Fall die Option für eine spätere westeuropäische gemeinsame Atommacht offenhalten. Der Sache nach ist dies eine erneute Absage an das Projekt eines Atomwaffensperrvertrages. Auf der Tagung des NATO-Ministerrats in Paris forderte Verteidigungsminister Schröder größere Kompetenzen für die „nukleare Planungsgruppe" der NATO, der die Bundesrepublik nun (neben den USA, Großbritannien und Italien) als ständiges Mitglied angehört. Dieser Planungsgruppe müsse, so verlangte Schröder, direkte Mitentscheidung über den Einsatz von Atomwaffen zugestanden werden, wozu zur Zeit allerdings USA und Großbritannien nicht bereit sind. Auch in diesem Punkt blieb also alles beim alten: Schröder will die Bundesrepublik über den zunächst konsultativen in den späteren physischen Mitbesitz an Atomwaffen innerhalb der NATO bringen, eine Ambition, die sich aktuell wiederum gegen den beabsichtigten Atomwaffensperrvertrag richtet. Die Tageszeitung „Die Welt", die mehr und mehr zum authentischen Interpreten der Politik der Großen Koalition wird, hat Ende Dezember in einer Reihe von Leitartikeln folgende Argumentation zur künftigen westdeutschen Nuklearpolitik entwickelt: Mit Hilfe des (durch Gebrauch des Entspannungsvokabulars) „neugewonnenen deutschen Ansehens im Bündnis" müsse sich die Bundesregierung darum bemühen, der nuklearen Planungsgruppe der NATO „wirkliche Kompetenzen" zu verschaffen. Andererseits müsse die europäische Option, d. h. die Entwicklung eines westeuropäischen gemeinsamen atomaren Waffensystems, offen bleiben. Ein Atomwaffensperrvertrag würde die Bewegungsfähigkeit „zur Vertretung

einer nationalen Politik" erheblich einengen, die Bundesrepublik (so meint die „Welt") würde nach Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages „mehr und mehr uninteressant werden und mit ihr auch die legitime Vertretung des deutschen Interesses an der Wiedervereinigung".

Der „Welt"-Leitartikler zieht die Konsequenz: „Ernste Vorstellungen in Washington werden nicht zu vermeiden sein — spätestens dann, wenn die USA ihren neuen Entwurf für einen Atomwaffensperrvertrag vorlegen ..." (Ausgabe vom 20. 12. 66) Zwei Tage später gab „Die Welt" auch einen Hinweis, wie man solchen ernsten Vorstellungen politischen Nachdruck verleihen könne: „Schon wird aber deutlich, daß die Amerikaner eine Gegenleistung der Europäer verlangen würden, wenn auch ihre strategischen Atomwaffen, die dem Bündnis nicht unterstellt sind, entsprechend den Vorstellungen des deutschen Verteidigungsministers in die gemeinsame Planung einbezogen werden sollen. Dies hätte zu bedeuten, daß die europäischen Verbündeten die besonderen Interessen der Vereinigten Staaten außerhalb der Paktzone, also vor allem in Asien und im Pazifik, anerkennen müßten ... Die Europäer werden sich also um so stärker für die amerikanischen Interessen und Positionen im Fernen Osten einsetzen müssen, je mehr Einfluß sie auf die globale amerikanische Strategie und die Streitkräfte der Vereinigten Staaten gewinnen wollen."

Im Klartext bedeutet dies: Die Bundesrepublik (denn andere „Europäer" kommen für dieses Kalkül nicht in Betracht) soll den USA massive Unterstützung für Vietnam und mögliche ähnliche außereuropäische Konflikte zusagen, um in Kompensation dazu Einfluß auf die amerikanische Nuklearpolitik und das amerikanische Nuklearwaffenpotential zu erhalten.

II

Als Ersatzlösung — oder als Ergänzung hierzu steht ein zweites, von Franz Josef Strauß und Baron von und zu Guttenberg (den Kiesinger sich als Staatssekretär ins Kanzleramt wünschte) seit langem propagiertes Projekt bereit, nämlich die von Kiesinger zur offiziellen Regierungspolitik erhobene „europäische Option". Dahinter verbirgt sich die Absicht, n a c h de Gaulle zu einer westeuropäischen politischen Gemeinschaft mit eigener Atomwaffe zu kommen, in der die Bundesrepublik materiell, politisch und militärisch den Ton angeben soll. Das erklärte Ziel dieser geplanten westeuropäischen Atommacht ist es, durch militärpolitische Pression „notwendige Veränderungen in der politischen Landschaft Osteuropas" (Guttenberg) herbeizuführen, d. h. die osteuropäischen Randstaaten aus dem kommunistischen System herauszubrechen, die Sowjetunion zur „Kapitulation ohne Krieg" zu zwingen und auf diese Weise sowohl die deutsche Wiedervereinigung wie auch die deutsche Hegemonie in Europa zu erreichen. (Eine solche Zielsetzung wird auch von Franz Josef Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa", Stuttgart 1966, kaum verhüllt formuliert.)

Diese Politik, die mit dem vagen Begriff der „europäischen Option" gemeint ist, unterscheidet sich von der Ambition nach Mitverfügung über das NATO-Atomwaffenpotential durch Langfristigkeit der Kalkulation. Der irreale Charakter der Zielsetzung macht die „europäische Option" nicht weniger gefährlich, sondern begründet gerade die Explosivität dieser Politik, verursacht das extreme Risiko, das hier für die Sicherheit in Europa zu entstehen droht. Daß auch die Anhänger

dieser europäischen Variante des westdeutschen nuklearen Machtanspruchs sich zur Zeit mehr und mehr der Entspannungsterminologie zu bedienen wissen, ist alles andere als ein Trost. Sie folgen hier — wie die CDU/CSU unter Kiesinger überhaupt — nur jenen Empfehlungen, die geschicktere Theoretiker des Kalten Krieges Bonn schon seit einiger Zeit geben und die darauf hinauslaufen, zur Taktik der „verbalen, aber nicht realen Anpassung an die Entspannungspolitik" überzugehen. (Vgl. dazu u. a. Dietrich Schwarzkopf und Olaf von Wrangel, Chancen für Deutschland, Hamburg 1965.)

III

Die Frage ist nun, welche Möglichkeiten und Konsequenzen in dieser Konstellation die Beteiligung der SPD am Kabinett Kiesinger hat. Hier sei zunächst noch einmal daran erinnert, daß die vor der Regierungsbildung von der SPD veröffentlichten Forderungen im In- und Ausland die Hoffnung erwecken mußten, die SPD werde zumindest in der Frage des nuklearen Ehrgeizes eine Revision der bisherigen Bonner Politik durchsetzen. Die Rede des Außenministers Brandt vor der Versammlung der WEU in Paris konnte diese Hoffnung vielleicht noch teilweise wach halten. Die nähere Analyse der Regierungserklärung Kiesingers (worauf in der Bundestagsdebatte sogar Helmut Schmidt in vorsichtiger Form aufmerksam machte) und mehr noch die politischen Stellungnahmen der neuen Regierung in den Tagen danach lassen jedoch nur den Schluß zu, daß es Brandt (dem man den Wunsch danach wohl nicht bestreiten kann) nicht gelungen ist, sich in der Sache der Nuklearpolitik (und damit im harten Kern der Außen- und Rüstungspolitik) gegenüber Kiesinger, Schröder und Strauß durchzusetzen. Schon vor der Regierungserklärung wußte „Die Welt" zu melden, daß es im Kabinett zwischen Brandt und Schröder zu einer Auseinandersetzung über die atomare Politik gekommen sei, daß Kiesinger gezwungen gewesen sei, eine Entscheidung herbeizuführen, und daß diese gegen Brandt gefallen sei. Auf der NATO-Ministerratstagung, die gleichzeitig mit der WEU-Versammlung in Paris stattfand, vertrat Brandt denn auch schon die bisherige Linie der Bonner Politik, und die ausländische Presse registrierte verwundert die Differenz zwischen Brandt vor der WEU und Brandt vor dem NATO-Ministerrat. Brandt sprach vor dem NATO-Ministerrat von der „deutschen Sorge", daß die Entspannung das Problem der deutschen Teilung zu kurz kommen lasse. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete: „Die Rede Außenministers Brandt im NATO-Ministerrat hinterließ einen etwas sonderbaren Eindruck, weil er recht entschieden für eine west-östliche Entspannung eintrat und gleichzeitig die Gefahren dieser Entspannung für die Wiedervereinigung stark betonte."

Befriedigt meldete „Die Welt", daß „Brandt den von seiner Partei noch im Koalitionspapier geforderten Verzicht auch auf den ... Mitbesitz nicht ausspricht, (sondern) sich an die alte Formel hält, daß die Bundesrepublik keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstrebe". Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zeigte ihre Zufriedenheit darüber, daß die Äußerungen des neuen Bundesaußenministers zur Atomwaffenpolitik „hinter wohlfeilen Erwartungen zurückblieben". Die „Zeit" kommentierte: „Brandt hat sich in dieser Frage (des atomaren Mitbesitzes) Schröder angenähert und will heute von seinen Verzichtforderungen während der Koalitionsverhandlungen nichts mehr wissen." In der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung zog sich Brandt aus der Affäre, indem er die Frage eines nuklearen Mitbesitzes zu einem „eher theoreti-

schen Problem" erklärte, das zur Zeit nicht „sinnvoll" diskutiert werden könne. In einem anderen, noch schwerer wiegenden Punkt aber strich Brandt in derselben Debatte die Segel vor Kiesinger-Strauß: Ein Atomwaffensperrvertrag, so Brandt, dürfe „das Recht auf kollektive Selbstverteidigung nicht beeinträchtigen und einem vereinten Europa ... die Entscheidungsfreiheit über seine Sicherheitspolitik nicht nehmen". Brandt wich binnen weniger Tage noch weiter zurück. In einem Gespräch mit Werner Höfer („Die Zeit", 23. 12. 66) sagte der Bundesaußenminister: „Wir würden gewiß Abmachungen über die Nonproliferation nicht stören, wenn damit keine Diskriminierung der Deutschen ... verbunden ist." Wie stellt sich Brandt einen Atomwaffensperrvertrag ohne „Diskriminierung", d. h. zu deutsch: ohne Unterscheidung zwischen bestehenden Atommächten und anderen Staaten, die nicht zu weiteren Atommächten werden sollen, vor?

Es bleibt nur die Feststellung, daß die SPD die in ihrem Acht-Punkte-Programm erhobene Forderung nach Verzicht auch auf den Mitbesitz von Atomwaffen nach der Regierungsbildung aufgegeben hat. Der SPD wohlwollende Stimmen knüpfen nicht zuletzt daran die Schlußfolgerung, daß „die mächtige SPD bei der CDU/CSU nicht erkennbar mehr durchgesetzt hat als früher die schmächtige FDP" („Die Zeit") und daß „eine Wende in der Außen-, der Sicherheits- und damit auch der Deutschlandpolitik sich keinesfalls ankündigt" („Westfälische Zeitung").

Die SPD gerät damit in eine fatale Lage: Einen neuen außenpolitischen Kurs kann sie in Bonn nicht durchsetzen, hinter einigen Modifikationen und hinter verbalem New Look wird im Kern die alte Politik fortgesetzt, die mit Sicherheit auch weiterhin ohne Erfolg bleiben wird. Dieses politische Debakel aber wird die CDU/CSU dann künftig der SPD anlasten, auf deren „Entspannungswünsche" man habe „Rücksicht nehmen müssen", und am Ende werden so die nationalistischen Ressentiments gegen die angeblichen Verursacher der deutschen Misere in Ost und West (und damit zugleich die Ressentiments gegen die SPD) noch forciert. Hier rächt sich, daß die SPD die Kritik an der Politik der CDU/CSU nicht durchhielt (man denke etwa daran, daß die SPD auf ihrem Karlsruher Parteitag sich für die MLF aussprach), daß sie politischen Sachforderungen nicht Priorität gab gegenüber dem Wunsch nach Regierungsteilhabe und daß sie die CDU/CSU nicht zur Offenlegung auch des außenpolitischen Bankrotts zwang.

Daß der Widerstand Bonns gegen den Atomwaffensperrvertrag den Abschluß desselben noch weiter hinauszögern könnte, kann inzwischen zumindest als unwahrscheinlich gelten. Damit erhielt Brandt innerhalb des Kabinetts wieder etwas mehr Spielraum, um seinen — zweifellos ernst gemeinten — Sympathien für einen solchen Vertrag Ausdruck zu geben (man vergleiche dazu etwa Brandts Äußerungen beim Treffen der Sozialistischen Internationale in Rom). Dieser Vorgang kann indessen nicht als politischer Geländegewinn einer durch Brandt vertretenen Alternativpolitik im Kabinett betrachtet werden, da die geringere Lautstärke der Bonner Vorbehalte gegenüber dem Sperrvertrag eine Folge vor allem des Drucks der USA ist und keinen Wandel der politischen Argumentation und Ambition beinhaltet. Nach wie vor stehen die Sprecher der CDU/CSU auf dem Standpunkt (und deklarieren diesen Standpunkt als Bestandteil der Regierungspolitik), daß jede Maßnahme zur Rüstungskontrolle, die von der Anerkennung des Status quo in Mitteleuropa ausgehe, dem „deutschen Interesse" zuwiderlaufe. Unter dem Eindruck der Politik Washingtons gegenüber der UdSSR verlagert die CDU/CSU noch mehr als bisher das Gewicht auf die „europäische atomare Option" — ohne daß die SPD ihr dies verwehrt.

Mehr noch als bisher liegt angesichts dessen politische Verantwortung in der Bundesrepublik bei der außerparlamentarischen Opposition.

Horst Heiden

Bemerkenswerte NATO-Tagung

Die zentrale Vokabel, die die interne Diskussion der NATO über Aufgabe und Funktion des Paktes bestimmt, heißt Entspannung. Sie ist an die Stelle jenes unbegrenzt ausdeutungsfähigen Schlagwortes von der militärischen Abschreckung getreten. Dieser terminologische Wechsel reflektiert tiefgreifende Veränderungen im politischen Selbstverständnis des Paktes. Die Dezembertagung des NATO-Ministerrates — seine letzte Zusammenkunft in Paris — hat diese innere Entwicklung eindrucksvoll verdeutlicht.

Das Grundmotiv des von der überwiegenden Mehrheit der Paktsstaaten befürworteten Wandlungsprozesses der NATO ist die Erkenntnis, daß sich die Sicherheit vor allem der europäischen Partner durch militärische Machtmittel allein nicht garantieren läßt. Eine dauerhafte friedliche Ordnung in Europa bedarf einer tragfähigen politischen Fundierung. Sie läßt sich nur durch den Abbau der starren militärischen Konfrontation und durch das Bemühen um eine politische Verständigung mit dem Osten realisieren. Zwischen den beiden Führungsmächten der NATO und des Warschauer Paktes gibt es seit Jahren einen engen bilateralen Kontakt, der den Sicherheitsbedürfnissen beider Staaten wirkungsvoll dient. Es ist ohne Frage das Verdienst des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, das amerikanische Monopol auf unmittelbare politische Konsultation mit dem Osten in Sicherheitsfragen gebrochen zu haben.

Seine drastische Absage an die militärische Integration im Rahmen der NATO, seine Weigerung, die Aufnahme enger politischer Beziehungen zur UdSSR und anderen Staaten des Ostens von der Genehmigung der NATO — und das heißt de facto von der Erlaubnis Washingtons — abhängig zu machen, hat anderen westeuropäischen Staaten ein positives Beispiel gegeben. In dieser Zeitschrift ist von vornherein die Auffassung vertreten worden, daß die anfängliche Abneigung der NATO-Staaten gegenüber dem Alleingang de Gaulles sehr bald einer objektiveren Betrachtung und schließlich einer vorsichtigen Nachahmung weichen werde. Diese Tendenz ist auf der Dezembertagung des NATO-Rats voll bestätigt worden.

Das Schlußkommuniqué der Tagung betont wie keine Verlautbarung des Pakts zuvor die überragende Funktion des politischen Verständnisses zwischen Ost und West und registriert ausdrücklich die in dieser Richtung erzielten Fortschritte. Da heißt es:

„Die Mitglieder des atlantischen Bündnisses haben ihrerseits die Absicht bestätigt, ihre Bemühungen um bessere Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich fortzusetzen. Die Minister prüften den Bericht über Ost-West-Beziehungen, der gemäß den Weisungen der letzten Ministertagung vom Juni 1966 verfaßt worden ist. Sie begrüßten die vielfältigen Anregungen des Berichts und betonten ihre Bereitschaft, Wege zur Entwicklung der Zusammen-

arbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten bei Aufgaben zu erforschen, die für alle Beteiligten interessant und nutzbringend sind. Außerdem stellten sie fest, daß sich die Zahl der Kontakte, Gespräche und Vereinbarungen in letzter Zeit vermehrt hat."

Die Bedeutung solcher Formulierungen in einem offiziellen NATO-Kommuniqué kann kaum überschätzt werden. Vor allem beweisen sie den am Beispiel Frankreichs geschulten, schnell wachsenden politischen Einfluß einer Reihe europäischer Paktstaaten. Ihnen ist es auch zu danken, daß die Schlußerklärung allen Mitgliedern ausdrücklich freie Hand bei der Wahl des Rahmens und der Ebene läßt, in denen die Kontakte zum Osten aufgenommen oder weitergeführt werden. Unmißverständlich heißt es dazu:

„In den Ost-West-Beziehungen sind offensichtlich verschiedene Methoden des Vorgehens sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch in einem größeren internationalen Rahmen denkbar."

Es entspricht der Dialektik dieser Entwicklung, daß das starke Bemühen um politischen Ausgleich begleitet wird von intensiven Überlegungen, wie sich die militärische Konfrontation in Europa reduzieren ließe. Die Antwort darauf kann nur in einer meßbaren materiellen Verminderung der Waffenarsenale vor allem im mitteleuropäischen Raum liegen. Auch auf diesem von mannigfachen Widerständen verminten Gebiet zeigten sich im Verlaufe der NATO-Ratstagung bemerkenswerte Ansätze zu greifbaren Fortschritten. Besondere Beachtung fand hier der britische Verteidigungsminister Healey. Ausgehend von der in der NATO generell akzeptierten Erkenntnis, daß der Osten keinerlei Aggression zur Veränderung des Status quo in Europa plane, schlug er einen Abbau der NATO-Streitkräfte vor. In der strategischen Grundsatzdiskussion näherte er sich auffällig dem französischen Standpunkt, indem er die These vertrat, daß strategische Entscheidungen künftig auf nationaler Ebene nach Maßgabe der politischen und finanziellen Situation des betreffenden Staates getroffen werden müßten.

Offiziell setzte sich Healey mit dieser mancherorts als sensationell empfundenen Auffassung noch nicht durch. Jedoch ist es kein Geheimnis, daß in der militärpolitischen Alltagspraxis der NATO nicht allein Frankreich nach diesem Rezept verfährt. Die Vereinigten Staaten selbst gehen hier beispielhaft voran: Sie weigern sich nach wie vor, ihr nukleares Potential dem rein nationalen Kommando entziehen zu lassen (auch die in Paris beschlossene Gründung einer Kommission für Nuklearplanung ändert daran nichts). Vor allem aber bereiten sie schrittweise und ohne ernsthafte Konsultation ihrer Partner die sogenannte Big-Lift-Strategie vor, in deren Endphase — die zeitlich in die ersten siebziger Jahre fallen mag — die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik nach Vermutungen gut unterrichteter Kreise auf zwei Divisionen reduziert sein werden. Diese Maßnahmen laufen eindeutig auf eine Desintegration der Militärpolitik der NATO hinaus. Sie ermunterten den britischen Verteidigungsminister nicht allein zur Publizierung seiner weitreichenden Vorschläge; sie werden in diesem Jahr auch in einer fühlbaren Verringerung der britischen Rheinarmee ihr praktisches Echo finden.

Jeder unvoreingenommene Beobachter der NATO-Dezembertagung wird bestätigen, daß die Mehrzahl der Verbündeten diese Tendenz zur Stärkung der nationalen Komponente in der Militärpolitik des Westens mit Sympathie begrüßte.

Kanada, die skandinavischen Länder, Belgien und Italien gehören seit geraumer Zeit zu den aktiven Förderern einer solchen Entwicklung. Sie versprechen sich davon nicht allein einen besseren sicherheitspolitischen Status und größere politische Handlungsfreiheit gegenüber dem Osten, wie sie von Frankreich verlokkend demonstriert wird, sondern auf längere Sicht auch eine fühlbare finanzielle Entlastung.

Diesen letzten Gesichtspunkt sollte man nicht geringschätzen: etatpolitische Solidität ist nicht allein für die Bundesrepublik eine Existenzfrage. Die meisten NATO-Staaten sind heute durch die Aufblähung der Rüstungsbudgets an den Rand ernster staatspolitischer Krisen gedrängt worden. Nicht weniger als 4 Billionen Mark hat die NATO seit ihrer Gründung für militärische Zwecke ausgegeben. Niemand kann sich heute der Illusion hingeben, daß auch in Zukunft eine solche exzessive Ausgabenpolitik volkswirtschaftlich und politisch für längere Zeit zu verkraften wäre. Dieser Zwang zur Sparsamkeit auf dem Rüstungssektor übt einen immer deutlicher werdenden Impuls auf die Bereitschaft der Staaten zur Rüstungbegrenzung aus. Mit Sicherheit wird sich die stärkere Betonung der nationalen Interessen auf die praktische Politik der NATO-Staaten im vor uns liegenden Jahr positiv auswirken.

Leider fällt es noch immer schwer, eine solche optimistische Prognose auch auf die Bundesrepublik zu beziehen. Die ersten Erfahrungen mit der aus CDU/CSU und SPD gebildeten Regierung rechtfertigen keine zuversichtliche Vorausschau. Das Debüt des sozialdemokratischen Außenministers Willy Brandt vor dem NATO-Rat brachte nicht die von den Partnern erhoffte Neuorientierung der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Insonderheit in der Atomfrage unterwarf sich der SPD-Politiker in fataler Weise dem Diktat der Union. (Siehe dazu den Beitrag von Dr. Arno Klönne in diesem Heft.) Die „neuen Akzente", die der sozialdemokratische Koalitionspartner in der Außen- und Militärpolitik zu setzen versprochen hatte, lagen außerhalb jeder relevanten politischen Kategorie. Die rhetorische Anpassung an den starken Entspannungstrend innerhalb der NATO ist jedenfalls kein ausreichender deutscher Beitrag zu dieser gerade für unsere nationalen Interessen so eminent wichtigen Entwicklung. Akzentverschiebungen sind vor allem keine gültige Antwort auf die in das NATO-Kommuniqué erstmals aufgenommene, von de Gaulle seit Jahren verfochtene These, daß die Lösung der deutschen Frage nur „durch die Schaffung einer Atmosphäre der Entspannung auf dem Kontinent unter Bedingungen erfolgen (kann), welche die Sicherheit aller Staaten gewährleisten".

Damit ist der Vorrang der europäischen Entspannung vor der Wiedervereinigung Deutschlands postuliert. Im NATO-Kommuniqué finden sich zahlreiche Hinweise darauf, wie sich die Paktstaaten den Weg zu einer europäischen Sicherheitsordnung vorstellen. Wichtigster Punkt ist hier die Nichtverbreitung von Kernwaffen; ein späteres Ziel die „stufenweise und ausgewogene Änderung des Streitkräfteniveaus auf beiden Seiten". — Die Bundesregierung wird sich hier sehr bald zu einer verbindlichen Antwort entschließen müssen. Im Falle des Nonproliferationsabkommens wird ihr die Entscheidung sehr wahrscheinlich noch im ersten Halbjahr 1967 abverlangt.

Nun ist es nicht etwa so, daß man sich heute noch irgendwelchen Zweifeln über die nuklearpolitischen Absichten der Unionsparteien hingeben müßte. Die Erklärungen ihrer Sprecher, die verzweifelte Kampagne ihrer Presseorgane gegen

einen Atomsperrvertrag machen nach wie vor den Anspruch auf eine „kollektive", im äußersten Falle wohl auch eigenständige atomare Aufwertung deutlich. Die Frage ist nur: Wird sich die Führung der SPD diesem Standpunkt unterwerfen? Wird sie die politische Demütigung in der Koalition einem klaren Bruch mit der Union in dieser für Deutschland existentiellen Frage vorziehen?

Die Antwort darauf kann heute nicht gegeben werden. Sie hängt — beglückenderweise — nicht nur von jenen sozialdemokratischen Kreisen ab, die die SPD in diese Koalition manövriert haben. Eines jedoch läßt sich nach dieser Dezembertagung der NATO mit Sicherheit sagen: Wenn die Bundesrepublik nicht sehr bald den auf Entspannung in Europa gerichteten Kurs steuert, der heute in den politischen Gremien der NATO anliegt, wird sie in eine verzweifelte Isolierung geraten. Die politischen Brücken zwischen West und Ost würden über sie hinweg geschlagen, die Probleme der militärischen Sicherheit der verständigungsbereiten europäischen Staaten ohne jede Rücksicht auf die nationalen Interessen der Deutschen gelöst werden. Eine Regierung, die in voller Kenntnis dieser Entwicklungstendenzen eine nationalistische Machtpolitik einschließlich ihrer atomaren Komponente treibt, würde sich selbst das Todesurteil sprechen.

Dr. Jerzy Sztucki, Warschau

Europas Sicherheit und die deutsche Frage aus polnischer Sicht

I

Es ist eine alte Binsenwahrheit, daß der Frieden unteilbar ist. Gegenwärtig tritt diese Erkenntnis mit besonders großer Kraft zum Vorschein. Ganz gleich, ob es sich um den Suez-Konflikt oder den Konflikt in der Schweinebucht handelte, auf der Tagesordnung stand sofort das Problem des Weltfriedens. Heute, angesichts der Eskalation der amerikanischen Vietnam-Intervention, sehen wir uns wieder in aller Deutlichkeit vor dieses Problem gestellt. Diese Handlungen haben beträchtlich die gesamten Beziehungen zwischen Ost und West, die in den Jahren 1963 bis 1964 einige Anzeichen einer Verbesserung aufwiesen, belastet, ihre Abkühlung verursacht und die Lösung anderer politischer Probleme — auch in Europa — erschwert.

Die besondere Besorgnis um europäische Sicherheit steht ganz gewiß nicht im Widerspruch zur These vom unteilbaren Frieden, sondern ist ihre Ergänzung. Es wäre nämlich nicht so einfach, eine andere Region der Welt zu finden, in der die

direkte Gefahr einer schnellen Transformation eines lokalen Waffenkonfliktes in einen nuklearen Weltkrieg so groß wäre wie in Europa.

In diesem Artikel möchte ich mich mit aller Aufmerksamkeit der deutschen Frage zuwenden, die ein integraler Bestandteil (und zwar einer der wichtigsten) des europäischen und globalen Sicherheitsproblems ist. In solchem Zusammenhang wurde die deutsche Frage in Potsdam betrachtet, und in diesem Zusammenhang entwickelte sie sich während der folgenden 20 Jahre, sogar in jenen Momenten ihrer Geschichte, da sie von den Potsdamer Richtlinien abwich. Solche Maßnahmen wie die Gründung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen oder die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO konnten nicht als Lösung der deutschen Frage angesehen werden, was klar aus der Tatsache hervorgeht, daß sie bis heute noch ungelöst blieb. Im Grunde genommen haben sie die Lösung der deutschen Frage verzögert, da sie nämlich gar nicht darauf ausgerichtet waren. Sie waren ausschließlich ein Bestandteil der vom Westen gegen die sozialistischen Länder unternommenen Eskalation des Kalten Krieges und standen demzufolge wiederum im Zusammenhang zu einer breiteren internationalen Sicherheitsproblematik, nur daß sie vom Westen falsch verstanden wurde. Auch heute, angesichts der unternommenen Versuche, einen Ausweg aus der Sackgasse des Kalten Krieges zu finden, bleibt dieser Kontext der deutschen Frage unverändert. Nur im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit kann ihre Lösung gefunden werden.

Sowohl in Jalta wie auch in Potsdam wurde beschlossen, den Nachkriegsfrieden durch die Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus zu begründen und die Sicherheit zu gewähren, daß Deutschland niemals mehr zur Gefahr für seine Nachbarn und den Weltfrieden wird. Ein Zurückgreifen auf diese Formulierungen könnte 21 Jahre danach peinlich anmuten, wenn es nicht die bisher ungelöste deutsche Frage gäbe und wenn die damals gestellten Forderungen nicht weiterhin aktuell wären.

Die These, daß, solange keine Garantie für Frieden und internationale Sicherheit bestehe, Deutschland eine Gefahr für Frieden und Sicherheit seiner Nachbarn bilde, ist weiterhin zutreffend, und sie wäre es auch hinsichtlich eines jeden anderen Staates, der auf Grund entsprechender Machtstellung seine Nachbarn gefährdet. Auch besteht die Bedrohung des Friedens seitens der Bundesrepublik weiterhin, und von einer Vernichtung des Militarismus und Faschismus kann dort nicht die Rede sein.

Die Bedrohung entspringt hauptsächlich der revisionistischen Außenpolitik der Bundesrepublik, welche die Ablehnung des politischen und territorialen, nach dem Zweiten Weltkrieg oder in dessen Gefolge gestalteten Status Europas zu ihrem Programm erhob. Dieses Programm enthält die Behauptung vom Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937, negiert den endgültigen Charakter der polnischen Westgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße sowie das Bestehen der DDR und ihren Grenzen.

Man muß hervorheben, daß die Westmächte — und vor allem die USA, die seit Jahren entschieden die westliche Politik beeinflußten — generell zur Entstehung dieser Lage beigetragen haben. Der Wiederaufbau des deutschen Revisionismus und Militarismus in der Bundesrepublik wurde zum integralen Bestandteil der Eskalation des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder, und zwar

hauptsächlich wegen der strategischen Lage der Bundesrepublik und der dieser zugedachten Rolle in den Kriegsvorbereitungen des Westens. Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO war ein zusätzlicher Ansporn für die weitere Entwicklung der militärischen Kräfte und revanchistischen Tendenzen in Westdeutschland.

Im Ergebnis hat keiner der westlichen Verbündeten der Bundesrepublik — mit Ausnahme Frankreichs — offiziell den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Grenze bestätigt. Auch die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens enthielten sich dessen. Obwohl dadurch der endgültige Charakter der polnischen Westgrenze und das Bestehen der DDR effektiv nicht angefochten wurde, fördert das stillschweigende Dulden der westdeutschen revisionistischen Forderungen gewiß die politische Stabilität in Europa nicht.

Es handelt sich dabei nicht um eine Gefährdung der individuellen staatlichen Interessen Polens oder der DDR, die in genügendem Maße vom Warschauer Vertrag geschützt werden. Auf dem Spiel stehen hier weder die Grenzen Polens noch die der DDR, sondern der Weltfrieden — und das vor allem deshalb, weil infolge der bestehenden Bündnisse die Forderungen der Bundesrepublik direkt zu einem Weltkrieg führen können, der für alle europäischen und außereuropäischen Völker fatal enden würde. Demzufolge wären, ungeachtet des direkten Adressaten der bundesdeutschen Forderungen, die Interessen aller Staaten betroffen. Die westdeutschen Publizisten beklagen nicht von ungefähr das im Westen herrschende Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik und ihrer Politik. Dieses Mißtrauen ist nämlich nicht unbegründet.

II

Die bundesdeutschen Politiker behaupten unentwegt, daß sie ihre politischen Ziele nur auf friedlichem Wege erreichen wollen.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die Bundesrepublik als einziger europäischer Staat den politischen und territorialen Status von Europa in Frage stellt und gleichzeitig als einziger Staat in Europa — und abgesehen von den fünf Großmächten sogar in der Welt — den Zutritt zu Atomwaffen zum Hauptpunkt ihres politischen Programms erhoben hat. Diese Konvergenz der politischen Ansprüche und militärischen Bestrebungen bewirkt, daß die westdeutschen Beteuerungen der Glaubwürdigkeit entbehren. Diese Konvergenz steigert außerordentlich die Gefährlichkeit ihrer politischen Forderungen.

Die friedlichen Versicherungen der Bundesrepublik werden auch durch den in der sogenannten Bonner „Friedensnote" vom 24. März 1966 enthaltenen Vorschlag eines Austausches gegenseitiger Gewaltverzichterklärungen mit den sozialistischen Ländern nicht glaubwürdiger, zumal er bei der Aufzählung der eventuellen Kontrahenten sorgsam den nächsten Nachbarn — die DDR — übergeht.

Angesichts der Tatsache, daß die politischen und territorialen Ansprüche der Bundesrepublik auch durch politische Verhandlungen keineswegs evident befriedigt werden können, lassen die friedlichen Versicherungen der Bundesrepublik einzig und allein den Schluß zu, daß sie entweder falsch oder — im besten Fall — gefährlich und unreal sind.

Während des ganzen Bestehens der Bundesrepublik trat ihre Regierung in der Rolle eines fanatischen Gegners aller die internationale Entspannung und Normalisierung der Verhältnisse in Europa anstrebenden Vorschläge und Entwürfe auf. Man hat den Eindruck, als ob diejenigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, auf die die USA und ihre Verbündeten während des Anwachsens und Andauerns des Kalten Krieges ihre Erwartungen setzten, in dieser Ehrenerweisung ihrer ehemaligen Kriegsgegner eine Chance sahen, die politischen Folgen des verlorenen Krieges auszulöschen. Diese als Träger des deutschen Militarismus und Imperialismus auftretenden Kräfte wollten in den fünfziger Jahren politisch die Verluste des deutschen Imperialismus aus den vierziger Jahren ausgleichen und verhalten sich auch heute noch gewissermaßen als Vorhut des Kalten Krieges, der ihnen diese Chance gewährleisten sollte. Kein Wunder, wenn sie befürchten, daß die internationale Entspannung und wiederhergestellte Aktionseinheit der europäischen Länder diese Chance vereiteln könnte. Wenn dem so ist, muß eine Tatsache besonders deutlich hervorgehoben werden: Von einer Chance für die Verwirklichung der Erwartungen des 1945 besiegten deutschen Militarismus und Revisionismus — denn nur diese Aspirationen und keine anderen Interessen des deutschen Volkes wurden damals besiegt oder zunichte gemacht — kann überhaupt keine Rede sein, da es genügend starke Kräfte gibt, die entschlossen und fähig sind, sich diesen Zielsetzungen zum Schutze der Existenz ihrer eigenen Völker entgegenzusetzen. Es geht heute nicht darum, ob und wie die Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus realisiert werden können, sondern darum, ob sie unter friedlichen Umständen vom Erdboden verschwinden oder erst im Ergebnis eines alle Völker vernichtenden Waffenkonflikts, den sie inzwischen heraufbeschwören.

Die negative Haltung der Bundesrepublik gegenüber allen Entspannungs- und Abrüstungsvorschlägen wird von den Bonner Politikern stets mit dem Argument motiviert, daß diese Vorschläge ohne eine Lösung der deutschen Frage — worunter man vor allem die Wiedervereinigung versteht — nicht verwirklicht werden können. Die Parole von der Wiedervereinigung klingt aber im Munde westdeutscher Politiker eher als ein Deckname, denn als ein reales Aktionsprogramm. Der Begriff der Wiedervereinigung setzt nämlich das Bestehen von wenigstens zwei zu vereinigenden Elementen voraus. Die Regierung der Bundesrepublik (und auch ihre Verbündeten) wollen jedoch das Bestehen des zweiten Partners einer eventuellen Wiedervereinigung — der DDR — nicht anerkennen. Demzufolge sagen sie sich vom eigentlichen Sinn der Wiedervereinigung los und enthüllen unzweideutig den wahren Charakter ihrer Absichten: die Erweiterung des bundesdeutschen Territoriums.

Die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist nicht nur eine Trennungslinie in Deutschland. Sie ist auch — wenn nicht vor allem — eine Linie der anhaltenden Teilung Europas und der Welt, sowie ein Ergebnis und Attribut dieser Teilung. Falls jemand Zweifel daran hegt, genügt es, sich bewußt zu machen, daß infolge der Existenz einander gegenüberstehender militär-politischer Gruppierungen, denen beide deutsche Staaten angehören, ihre Wiedervereinigung praktisch nur eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Warschauer Vertrages bis an den Rhein oder des Geltungsbereiches der NATO bis an die Oder bedeutet. Schon die Formulierung einer solchen Alternative allein verdeutlicht ihre Absurdität. Mit anderen Worten — die Beseitigung der Trennungslinie in Deutschland kann erst dann erfolgen, wenn im Ergebnis entsprechend radikaler Veränderungen in der internationalen Lage diese Linie vom Standpunkt des politischen und strategischen Kräfteverhältnisses in der Welt an Bedeutung verliert.

III

Der Kernpunkt der deutschen Frage liegt, vom Standpunkt der internationalen Beziehungen und der europäischen Sicherheit aus betrachtet, nicht im Osten — im Bestehen der DDR —, sondern im Westen, in der von der Bundesrepublik geführten Politik. Aber wenn wir schon bei der Wiedervereinigung sind, so muß in diesem Zusammenhang mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es kein wiedervereinigtes Deutschland geben wird, das Gebietsansprüche gegenüber seinen Nachbarn erheben könnte, Zutritt zu Atomwaffen hätte, um diese Ansprüche zu „unterstützen", und über dem das wachsende Gespenst des Neonazismus kreisen würde.

Eine solche Haltung gegenüber der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit ist auf keinen Fall das Resultat einer „deutschen Zwangsvorstellung" der Polen. Gewiß darf ein vernünftiger Mensch geschichtliche Erfahrungen nicht unterschätzen, aber bei unserem Standpunkt handelt es sich um eine reale Einschätzung der Gegenwart und der Zukunftsperspektiven. Ein Beweis sind die seit langem friedlichen Beziehungen zur DDR und die dadurch zum ersten Mal in unserer Geschichte erlangte friedliche Grenze im Westen. Das entspricht dem lebenswichtigen außenpolitischen Sicherheitsinteresse Polens, und man kann mit Genugtuung feststellen, daß die Idee, bei politischen Lösungen in Europa die Sicherheitsinteressen aller Nachbarn Deutschlands — in Ost und West — wahrzunehmen, den politischen Kreisen — auch in Westeuropa — immer stärker ins Bewußtsein dringt. Wir sind bereit, auf einer friedlichen Basis — also bei der Anerkennung der Grenzen der sozialistischen Länder Polen und DDR — und bei einem Verzicht auf nukleare Forderungen sofort unsere Beziehungen auch zur Bundesrepublik zu normalisieren, was bereits in der Deklaration Polens von 1947 vorgeschlagen wurde. Die Perspektiven der Wiedervereinigung Deutschlands liegen natürlich nicht im Bereich bilateraler Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik. Sie hängen — wie bereits gesagt wurde — vor allem von der Entwicklung der Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten und von der allgemeinen politischen Lage in Europa ab.

In den letzten Jahren war in Europa eine wachsende politische Aktivität bemerkbar, die zur Bewältigung des entstandenen Dilemmas und zur Suche nach neuen, konstruktiven Lösungen für diesen Kontinent drängt. Polen und andere sozialistische Länder unterstützen nicht nur mit aller Kraft diese Bemühungen, sondern sind auch bestrebt, konkrete Beiträge zu leisten.

Die Hürden, die sich auf dem Wege zur europäischen Sicherheit auftürmen, kann man im großen und ganzen in „allgemeine" und „lokale" (europäische) einteilen. Beide Faktoren beeinflussen sich gegenseitig.

Zu den allgemeinen Hindernissen muß der Umstand gezählt werden, daß die USA als mächtigster Partner des Westens, der weiterhin in starker (obgleich indirekter) Weise die westeuropäische und vor allem westdeutsche Politik beeinflußt, trotz der sichtbaren Unfruchtbarkeit der bisherigen kaltkriegerischen Konzeptionen von diesen nicht Austand nehmen. Immer wieder zeugen die von den USA gezogenen Schlüsse davon, daß sie nicht auf der Suche nach radikal veränderten Ideen sind, sondern die bisherigen wirksam „verbessern" wollen.

Zu den „lokalen" Hindernissen muß die Politik der Bundesrepublik gezählt werden, die sich — wie ich bereits aufwies — in einem unwirklichen, auf illusionären

Voraussetzungen fußenden Programm äußert. Ein Mangel an politischem Realismus ist, wie bekannt, in seinen Folgen immer gefährlich. In der Bundesrepublik wird seit einiger Zeit ein Bedarf an einer „beweglicheren", „operativen" Außenpolitik angemeldet. Ich bin weit davon entfernt, diejenigen Kräfte in der Bundesrepublik zu übersehen, die ihren Standpunkt aus einer wirklichkeitsnahen Einschätzung der Lage beziehen. Leider üben aber diese Kreise keinen größeren Einfluß auf die Politik der Bundesrepublik aus. Was dagegen die Regierungskreise betrifft, so können ihre Anstrengungen mit dem französischen Sprichwort beschrieben werden: „Plus ca change — plus c'est la même chose." Ein klassisches Beispiel war hier die bekannte „Friedensnote" der Bundesregierung vom 25. März 1966, die allenthalben als Versöhnungsgeste gepriesen wurde. Anzunehmen ist, daß infolge des voranschreitenden Dialogs zwischen West- und Osteuropa die Bundesregierung sich gezwungen sah, ihrerseits auch „etwas" zu tun, um sich nicht außerhalb der Strömung zu befinden. Den Adressaten der Note wurde außer dem wertlosen — da die DDR übergehenden — Vorschlag gegenseitiger Gewaltverzichterklärungen, wovon schon die Rede war, die Entatomisierung des europäischen Teils der Sowjetunion vorgeschlagen, ohne dabei irgendwelche Veränderungen im nuklearen Status der zweiten Atommacht — der USA — ins Auge zu fassen. Auch sollten als Ausgangspunkt für eine Normalisierung der Verhältnisse in Europa und Lösung der deutschen Frage die deutschen Grenzen von 1937 anerkannt werden.

Das oben erwähnte französische Sprichwort hat sich noch einmal am Beispiel der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers als zutreffend erwiesen.

Der Leser findet dort u. a. die allgemeine Erklärung: „Die deutsche Regierung tritt für eine konsequente und wirksame Friedenspolitik ein . . ." und die Feststellung, daß der Bundesregierung daran liegt „. . . das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn . . . zu verbessern . . .", da Deutschland die Brücke zwischen Ost und West sein möchte (diese Formulierung klingt anders als die bisherige von Deutschland als der Vormauer des Westens). Der Leser findet auch die gewiß der Wahrheit entsprechende Behauptung: „In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafte Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen . . ." und auch das Verständnis für die „leidvolle Geschichte" Polens.

Schließlich findet er die richtige Feststellung über die Regierungserklärung selbst, nämlich daß ihr „. . . eine lange, schwelende Krise vorausgegangen ist . . ." und daß die neue Bundesregierung Neues sagen wollte, „. . . wo jetzt Neues zu sagen und zu wagen ist . . ." Das Exposé äußerte sich auch über die „Sorgen vieler" und über die „befürchteten Gefahren". Man muß zugeben, daß das Gesagte diese Sorgen aufrechterhält. Obwohl der neue Kanzler — indirekt — von einer Krise der bundesdeutschen Außenpolitik sprach, beschränkte sich der Mut „Neues zu sagen", nur auf Änderungen in der Melodie und Ausführung. Verbeugungen werden nach vielen Seiten gerichtet, aber die Worte des Liedes blieben die gleichen. Die gleichen gegenüber den wichtigsten Fragen der europäischen Sicherheit: der Anerkennung des politischen und territorialen Status quo in Europa als wichtigster Voraussetzung für weitere Entspannungsmaßnahmen und die Lösung der deutschen Frage und in der Frage der Atombewaffnung der Bundesrepublik. Im Lichte der Regierungserklärung der neuen Bundesregierung muß ihre Haltung als unverändert erklärt werden.

Als einzig realer Ausgangspunkt einer Sanierung der Lage in Europa und Begründung seiner Sicherheit kann nur die Anerkennung des gegenwärtig beste-

henden Status quo gelten. Als weiteres sind Schritte zur Bewältigung der Teilung Europas und zur Gewährleistung gleicher Sicherheitsbedingungen für alle europäischen Staaten zu erwähnen.

Wiederholt wurden z. B. Vorschläge für eine Beseitigung der unmittelbarsten und schlimmsten Gefahren der Teilung Europas gemacht — Vorschläge eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages. Im Mai 1966 regte der polnische Außenminister Adam Rapacki bilaterale Nichtangriffsabkommen zwischen Ländern beider Gruppierungen an. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Wirksamkeit solcher Abkommen praktisch erst dann gewährleistet wäre, wenn sie alle direkt benachbarten Mitgliedsstaaten der einander gegenüberstehenden Gruppierungen umfassen würden. Auf der Bukarester Juli-Sitzung des Beratenden Politischen Komitees der Staaten des Warschauer Vertrages wurde schließlich der Vorschlag unterbreitet, gleichzeitig die NATO und den Warschauer Vertrag aufzuheben, oder, falls die westlichen Staaten vorläufig einen solchen Schritt als verfrüht ansehen, in erster Linie die militärischen Organisationen beider Vereinigungen aufzulösen.

Dabei würde jedoch die Normalisierung gegenseitiger Beziehungen der europäischen Länder im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich keineswegs von der Tagesordnung verschwinden. Diese Beziehungen müssen auf der Anerkennung der politischen Realitäten in Europa, auf dem Grundsatz der Souveränität und Gleichheit aller Staaten, auf Interessenausgleich und auf der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten aufgebaut werden. Ein wichtiges Element eines dauerhaften Friedens in Europa wäre ein mit beiden deutschen Staaten abzuschließender Friedensvertrag.

IV

Eines der Elemente der gegenwärtigen Lage in Europa ist die außergewöhnliche und gefährliche Konzentration von Streitkräften. Das ist natürlich die Konsequenz des Bestehens von einander gegenüberstehenden militär-politischen Gruppierungen, deren Geltungsbereiche sich in diesem Teil der Welt berühren. Daraus ergibt sich jedoch in keinem Fall der Schluß, daß die militärische Spannung solange anhalten muß, solange diese Gruppierungen bestehen. Die Normalisierung der Verhältnisse in Europa wird bestimmt nicht von einem Tag zum anderen stattfinden und kann von verschiedenen Initiativen eingeleitet werden, die die einzelnen Aspekte der europäischen Sicherheit betreffen, u. a. den Rüstungsaspekt. Es ziemt sich, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß zum Zeitpunkt, in dem es zu einer direkten Berührung der Geltungsbereiche der NATO und des Warschauer Vertrages kam, die politische Lage in Europa vom Westen gerade unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wurde. Man sah damals in verschiedenen, nicht immer konstruktiven „Disengagementsvorschlägen" den Weg zur Abhilfe. Die Anzahl dieser Ideen spricht für sich.

Zahlreiche Rüstungsstopp-Vorschläge wurden von den sozialistischen Staaten unterbreitet. Polen maß diesem Aspekt auch große Bedeutung bei und machte seinerseits entsprechende Vorschläge, die unter dem Namen „Rapacki-Plan" oder „Gomulka-Plan" bekannt sind. Diese Pläne trafen in der Welt auf großen Widerhall und weckten das Interesse sowohl bei Freunden wie auch bei Gegnern solcher Ideen. Sie regten auch andere Staaten zu analogen Initiativen für weitere Regionen der Welt an.

Eine umfassende Behandlung jener Vorschläge überstiege den Rahmen dieser Arbeit. Man darf jedoch die unbegründeten Vorwürfe nicht übergehen, die behaupten, daß diese Vorschläge das bestehende Gleichgewicht zuungunsten des Westens ändern würden. Vor allem muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die vorgeschlagene Zone auf östlicher Seite eine größere Fläche umfassen würde als auf westlicher, und das sowohl hinsichtlich ihrer Tiefe wie auch der Bevölkerungszahl. Der Status der Zone wäre auf beiden Seiten der gleiche, auch würde der militärische Status der ostwärts oder westwärts der Zone gelegenen Gebiete unverändert bleiben. Die Gegner der polnischen Vorschläge haben im Übereifer sogar gegenüber denjenigen polnischen Vorschlägen den Vorwurf einer Gleichgewichtsstörung in Europa erhoben, die ausschließlich eine Einfrierung der gegenwärtigen Atomrüstungen in dieser Zone vorsahen. Um alle Zweifel wegen einer Übermacht konventioneller Kräfte des Ostens zu zerstreuen, die angeblich im Resultat der polnischen Vorschläge eintreten würde, hat Polen zusätzlich die vereinbarte Reduktion konventioneller Kräfte in dieser Zone zur Diskussion gestellt.

Gegenüber den polnischen Vorschlägen wurde auch der Vorwurf erhoben, daß sie die Teilung Deutschlands zementierten. In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß weder der „Rapacki-Plan" noch der „Gomulka-Plan" Vorschläge für die Lösung der deutschen Frage sind. Die Teilung Deutschlands ist eine Tatsache, und sie wird von den andauernden internationalen Spannungen und der Spaltung Europas zementiert. Die polnischen Vorschläge könnten durch eine Minderung dieser Spannungen auch zur friedlichen Lösung der deutschen Frage beitragen. Jedenfalls hat ihre Verwerfung die Gegner dieser Vorschläge weder der Lösung der deutschen Frage noch der Beseitigung der Spaltung Deutschlands näher gebracht.

Man kann noch hervorheben, daß zahlreiche weltweite Abrüstungsmaßnahmen — wie ein Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen oder über den Abzug fremder Truppen und die Auflösung von militärischen Basen auf fremden Territorien — vor allem in Europa positiv spürbar wären.

Schon aus diesen wenigen Feststellungen sind die vielseitigen Möglichkeiten ersichtlich (die noch durch zahlreiche Vorschläge ergänzt werden können), denen die sozialistischen Länder stets ohne Vorurteile begegneten und die sie weiterhin nach ihrem sachlichen Wert einzuschätzen bereit sind.

Aus diesem Grunde hat Polen vor über zwei Jahren die Einberufung einer internationalen Sicherheitskonferenz vorgeschlagen, die keine vorher festgelegte Tagesordnung haben sollte. Niemand macht sich jedoch irgendwelche Hoffnungen, daß eine einzige Konferenz den Nachlaß einer zwanzigjährigen kaltkriegerischen Epoche beseitigen könnte. Wenn jedoch in Europa die ziemlich allgemeine Erkenntnis einer notwendigen Neugestaltung der europäischen Verhältnisse vorherrscht, so könnte eine solche Konferenz die Wege dazu eröffnen. Sie könnte z. B. eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage, der aktuellen Standpunkte und Vorschläge vornehmen, sie könnte solche Ideen abzweigen, die zur erstrangigen Lösung geeignet sind, und sie könnte vor allem allgemeine vereinbarte Richtlinien setzen.

Bei der Suche nach Lösungen können auch andere bilaterale und multilaterale Kontakte nützlich sein. Alle europäischen Länder, ob große oder kleine, haben dabei eine wichtige Rolle zu spielen. Man dürfte wohl erwarten, daß die Bundesrepublik zu den ersten Akteuren dieser Handlungen gehört.

Friedhelm Baukloh

Der neue Bundeskanzler

„Wir alle in Deutschland wollen dankbar sein, daß ein Mann solcher Gesinnung an verantwortlicher Stelle wirken kann." [1])

Ludwig Erhard

Der dritte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, aller Welt durch nichts anderes als durch seine Zugehörigkeit zu Ribbentrops Auswärtigem Amt bekannt, ist „ein Affront gegenüber dem Ausland und ... eine Beleidigung",[2]) schreibt Karl Jaspers dem neuen Bonner Kabinett und denen, die es unter einen Hut brachten, ins Stammbuch. Beim Blick in die Weltpresse mochte dieser Eindruck vorherrschen, denn von den USA bis nach Griechenland und Dänemark melden sich kritische Stimmen zu Wort und berichten höchst anschaulich von den Taten Kiesingers in der Auslandsrundfunkpropaganda des Dritten Reiches. Die Einzelheiten, die dabei erinnert werden, machen einleuchtend, daß die höheren Interessen eines Staates, der sich von der nationalsozialistischen Vergangenheit unterscheiden möchte, durch einen Kanzler Kiesinger tatsächlich schwer in Mitleidenschaft gezogen würden.

Aus dem bundesdeutschen Blätterwald sind aber auch einige recht andere Töne zu hören, daß nämlich gerade ein Mann wie Kiesinger die „große Aussöhnung" mit unserer Vergangenheit bewirken könne. Und daß das Ende der Nachkriegszeit nunmehr unwiderruflich von den Deutschen die „nationale Würde" verlange, die NS-Vergangenheit eines Bundeskanzlers nicht mehr als Hinderungsgrund für die Ausübung der Richtlinienkompetenz in Bonn gelten zu lassen. Kiesinger wird von solchen Stimmen — von „Christ und Welt" über die „Welt" bis zur „Nationalzeitung" [3]) — auch ermahnt, sich nicht etwa nachträglich als Widerstandskämpfer auszugeben, sondern zu bekunden, daß er über sein NS-Engagement (und er war kein kleiner Nazi), mit niemandem zu diskutieren beabsichtige.

Da auch Vizekanzler Willy Brandt für die mit Kiesinger koalitionswilligen Sozialdemokraten versicherte — als ehemaliger aktiver Antifaschist — die Stunde der „Versöhnung" mit Leuten der politischen Vergangenheit Kiesingers habe geschlagen, wird hier, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerkte, offenbar an einem neuen „National-Profil gebastelt" [4]). Um so mehr Aufmerksamkeit verdient das Porträt des Politikers Kiesinger, dessen Machtübernahme so viel schreckensvolle Erinnerungen, aber auch so manche Bekundung markiger Genugtuung auslöste.

---

1) Geleitwort zur Festschrift „Führung und Bildung in der heutigen Welt", herausgegeben zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger, Stuttgart, 1964.
2) „Panorama" vom 2. Januar 1967, Fernsehinterview mit Karl Jaspers.
3) Vgl. „Christ und Welt", Stuttgart, 18. 11. 1966: „Der braune Fleck — Zweite Denazifizierungswelle ist unwürdig", wo es u. a. heißt: „Man hat es einfach nicht gewagt, dem Ausland, wir meinen, dem befreundeten, deutlich genug zu sagen, daß wir nicht gesonnen sind, weiterhin über die Vergangenheit von Männern, die in den letzten zwanzig Jahren große Leistungen vollbracht haben, auch nur zu diskutieren."
4) Jürgen Tern, Von Erhard zu Kiesinger, in: FAZ, 2. 12. 1966.

Zu den bemerkenswerten persönlichen Eigenschaften Kiesingers gehört ein geschmeidiges Durchsetzungsvermögen, das er unter den schwierigen Verhältnissen seiner Kindheit und Jugend sich aneignete und das später der Stil wurde, in dem er seine politische Karriere unter Ribbentrop in Angriff nahm, unter Adenauer fortführte, mit dem Umweg über Stuttgart vor den Erschütterungen der ausgehenden Adenauerära bewahrte und jetzt als Kandidat der CSU mit dem Besitz des angestrebten Amtes krönte.

Als der am 6. April 1904 in Ebingen am Rande der Schwäbischen Alb geborene Kurt Georg Kiesinger ein halbes Jahr alt war, starb seine Mutter. Kurt Georg Kiesinger wurde zu den mütterlichen Großeltern in Pflege gegeben. „Welten trennte, wie Kiesinger erzählt, die väterlichen und mütterlichen Familien",[5]) berichtet in einer biographischen Studie Walter Henkels. Ausführlich sind die wirtschaftlich und konfessionell bedingten Gegensätze zwischen den bäuerlich-katholischen Großeltern und dem evangelischen kleinen Angestellten einer Baumwollfirma Christian Kiesinger, Kurt Georgs Vater, in einer Studie „Schwäbische Kindheit" [6]) nachzulesen, die Kiesinger selbst verfaßte. Als das Kind ein Jahr alt war, heiratete der Vater zum zweitenmal. Er nahm den Sohn zu sich, der mit sechs Stiefgeschwistern aufwuchs. Kurt Georg Kiesinger wurde katholisch getauft. Unterstützt von den Großeltern besuchte er nach Volksschule und Realschule das katholische Lehrerseminar in Rottweil. In Kirchenzeitungen erschienen damals schwärmerische religiöse Verse Kiesingers, die dann unter dem Titel „Wallfahrt zu Gott" als Gedichtband von dem Zwanzigjährigen veröffentlicht wurden. Der auf den jungen Mann aufmerksam gewordene Fabrikant Friedrich Haux [7]) erkannte, daß in Kurt Georg Kiesinger eine Begabung stecke, die dem politischen Konservatismus noch einmal nützlich werden könnte. Er riet ihm, das Dichten zarteren Gemütern zu überlassen und sich den weltlichen Geschäften zuzuwenden. Haux finanzierte das Jurastudium. Unter Kiesingers Examen in Rechts- und Staatswissenschaft, die er in Berlin ablegte, stand die Note „Sehr gut". Zudem war Kiesinger im Verband Katholischer Studentenvereine (K. V.) und im akademischen Görres-Ring in Führungsgremien tätig, damals ein Anhänger Papens. Mit 28 Jahren trat er am 1. März 1933 in die NSDAP ein. Nach Abschluß seiner Studien ließ er sich 1934 zunächst als Rechtsanwalt in Würzburg nieder, doch Berlin behielt seine Anziehungskraft für ihn. Der Röhmputsch hatte ihn zwar unsicher gemacht. Doch 1935 war er wieder in der Hauptstadt, begründete dort endgültig seine Rechtsanwaltspraxis und wartete auf seine politische Chance, die sich ihm 1940 mit der Berufung zum wissenschaftlichen Hilfsarbeiter (wie die amtliche Bezeichnung lautete) ins Auswärtige Amt bot.

Wenn Kiesinger heute erklärt, im nationalsozialistischen Machtapparat „nur ein unbedeutendes Rädchen" [8]) gewesen zu sein, so ist das entschieden zu bescheiden. Der Europa-Verlag, Wien, bereitet zur Zeit eine Dokumentation vor „Mißbrauchte Mikrofone", die den Rundfunk als politische Waffe des Dritten Reiches darstellen will. Die „Weltwoche" (Zürich) [9]) wies auf diese Dokumentation hin, die mit einer Fülle von Aktenmaterial über die nationalsozialistische Strategie in der Handhabung des Massenmediums Funk Aufschluß geben wird. Folgende Tatsachen, in bezug auf die Tätigkeit Kiesingers im Auswärtigen Amt, sind

5) Walter Henkels, Der dritte Bundeskanzler, in: FAZ, 2. 12. 1966.
6) Kurt Georg Kiesinger, Schwäbische Kindheit, in: Kurt Georg Kiesinger, „Ideen vom Ganzen — Reden und Betrachtungen", Tübingen 1964, S. 137—163.
7) Kiesingers Buch „Ideen vom Ganzen" trägt die Widmung „In Memoriam Friedrich Haux".
8) „Weltwoche", Zürich, 25. 11. 1966.
9) Vgl. „Kiesingers Dossier" in: „Weltwoche", Zürich, 25. 11. 1966.

aktenkundig nachweisbar: Kiesinger trat 1940 in die Rundfunkpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes ein. Er verblieb in dieser Abteilung bis zum Kriegsende, war also für den Frontdienst unabkömmlich. Ziel der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war im Zweiten Weltkrieg: „Beeinflussung und Steuerung des ausländischen Rundfunks im Sinne der Absichten und Weisungen des Reichsaußenministers".[10]) Ein „Führererlaß" vom 8. 9. 1939 hatte dem Reichsaußenminister dafür Vollmacht erteilt. Diese Arbeit mußte abgestimmt werden mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Leitung von Dr. Josef Goebbels. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Kiesinger bekam gleich bei seinem Eintritt in den Stab des Ministeriums eine besonders qualifizierte Aufgabe. Er wurde stellvertretender Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung, als solcher ausgewiesen in der „Geschäftsübersicht für das Auswärtige Amt". Somit war er der zweite Mann hinter dem Abteilungsleiter Ministerialdirigent Rühle. In dieser Eigenschaft betreute Kiesinger selbständig das Referat „Rundfunkeinsatz: internationale Rundfunkbeziehungen und Rundfunkrecht, technische Rundfunkangelegenheiten" sowie das Referat „Allgemeine Propaganda, Koordinierung der Arbeit der Länderreferate, Verbindungsmann zum Propagandaministerium".

Ende 1941 wurde Kiesinger zusätzlich Vertreter des Reichsaußenministers im Vorstand des Aufsichtsrats der Interradio AG (Deutsche Auslands-Rundfunk-Gesellschaft), die gemeinsam vom Reichsaußenministerium und vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegründet worden war. Der Arbeits- und Finanzplan für die Deutsche Auslands-Rundfunk-Gesellschaft Interradio AG" ist ein zentrales Dokument zu dem Kapitel „Mißbrauchte Mikrofone" der Geschichte der NS-Kriegs-Propaganda. Es seien daraus nachfolgend nur die politisch charakteristischen Strukturelemente durch Zitat verdeutlicht: „Durch Abkommen vom 22. Oktober 1941 haben der Herr Reichsminister des Auswärtigen und der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vereinbart, mit je gleichem Anteil zur Zusammenfassung der vorhandenen deutschbeeinflußten Rundfunksender im Auslande und zur Errichtung und zum Betrieb weiterer Rundfunksender im Auslande sowie zur Errichtung diesbezüglicher ausländischer Gesellschaften und zur Beteiligung an solchen die Interradio AG mit dem Sitz in Berlin zu gründen und gemeinsam zu betreiben.

Dieses Abkommen gewährleistet die Zusammenfassung der in den beiden Ministerien vorhandenen Kräfte und technischen Möglichkeiten zur Erzielung einer intensiven deutschen Rundfunkarbeit im Auslande und beseitigt in diesem großen Arbeitsbereiche jedwede Doppelarbeit." In einem Schreiben des Abteilungsleiters Rühle vom 18. 11. 1941 wird als „AA-Vertreter im Aufsichtsratvorstand" der Interradio AG „Herr Rechtsanwalt Kiesinger" benannt.

Kiesinger hätte, bei einem für das Hitlerregime siegreichen Ausgang des Zweiten Weltkrieges, sein Tätigkeitsfeld in der Interradio AG ausbauen können zur wichtigsten propagandistischen Einflußnahme auf das nationalsozialistische Imperium. Das geht aus dem Abschnitt über „Die politischen Aufgaben" von Interradio eindeutig hervor: „Die entweder ganz im deutschen Besitz befindlichen oder deutschbeeinflußten Sender im Ausland werden — gelenkt von der Zentrale in Berlin — zunächst ein Instrument der Kriegsführung sein und späterhin im wahrsten Sinne

---

10) Alle nachfolgend zitierten Texte gehören zu den Dokumenten des Auswärtigen Amtes, die der im Europa-Verlag, Wien, vorbereiteten zeitgeschichtlichen Darstellung „Mißbrauchte Mikrofone" zur Rundfunkpolitik des Hitlerregimes zugrundeliegen.

des Wortes Pionierarbeit für deutsche Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft leisten und damit die große Politik des Reiches maßgebend unterstützen."

Bei Interradio machte sich Kiesinger auch bereits mit jenem „europäischen" Denken vertraut, daß ihm seitdem — unter jeweils aktuell angepaßter Akzentsetzung — eigen ist. Der „europäische Gedanke" wird im Blick auf die Nachkriegszeit in dem Leitfaden für Kiesingers Arbeit bei Interradio wie folgt präzisiert: „Nach der siegreichen Beendigung des Krieges werden die freiwerdenden und jetzt allein auf den Kampf ausgerichteten Energien für den Aufbau eines neuen Europa unter deutscher Führung eingesetzt werden. In jahrzehntelanger unermüdlicher politischer und kulturpolitischer Arbeit werden die dem Deutschtum und dem Nationalsozialismus feindlichen Kräfte und Ideologien ausgemerzt werden müssen. Die alten Generationen vieler europäischer Völker werden nur schwer für eine aktive Aufbauarbeit unter deutscher Führung zu gewinnen sein. Um so hartnäckiger wird der Kampf um den Geist der Jugend geführt werden müssen, die im Bewußtsein eines europäischen Gemeinschaftsgefühls heranwachsen muß, um dereinst Träger der neuen europäischen Ordnung zu sein."

Die Gesellschaft Interradio AG war zwar zunächst, wie aus dem „Arbeitsplan" hervorgeht, ein Instrument im Rahmen der „Rundfunkrüstung", aber es war doch zugleich — die künftige Entwicklung des Fernsehens übrigens vorsorglich miteinplanend — das Lenkungsmittel imperialen Charakters, um die „Völker Europas und der Welt mit den neuen Ideen vertraut zu machen". Daß Kiesinger zum Dirigenten dieses vielschichtigen und komplizierten Beeinflussungsmittels auserwählt wurde, verdankt er seinen Fähigkeiten als propagandistischer Koordinator, die sowohl Ribbentrop wie Goebbels schon gleich bei seinem Eintritt ins Auswärtige Amt bewogen hatten, ihn zu dem Verbindungsmann zwischen ihren Ministerien zu machen. Nach den Berichten eines früheren Mitarbeiters von Kiesinger gefiel Goebbels an Kiesinger vor allem die „sanfte Entschiedenheit", mit der dieser NS-Auslandspropagandist „in vorzüglicher gesellschaftlich und kulturell taktvoller und Sympathie weckender Art" die „weiche Welle" der „NS-Gemeinschaftsideologie" verfocht.

In diesem Zusammenhang muß man auch das Dokument sehen, das Kiesinger sich aus Washingtoner Archiven von dem stellvertretenden Spiegel-Redakteur Conrad Ahlers zuspielen ließ [11]) (Ahlers beobachtete im Kriege in Oslo die deutsche Auslandspressearbeit in Norwegen als Angehöriger des SD und war Kiesinger, der ihn als Kanzler nun zum stellvertretenden Bundespressechef ernannte, schon damals kameradschaftlich verbunden). Dieses „Entlastungsdokument" enthält Aussagen, die Kiesingers Untergebene in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst Otto Dörries und Dr. Ahrens, am 3. 11. 1944 beim Reichssicherheitshauptamt zu Protokoll gaben. Sie beschwerten sich darüber, Kiesinger hemme „die antijüdische Aktion nachweislich systematisch". Diese Aussage gehörte zu dem Kleinkrieg, der in der Hitlerregierung ständig zwischen Goebbels und Göring ausgefochten wurde. Göring, dem die Sonderdienststelle der innerdeutschen Abwehr unterstand, veranlaßte nämlich daraufhin die Überwachung des Goebbels-Proteges Kiesinger, vor allem um Interna aus dem unmittelbaren Wirkungskreis von Goebbels zu erfahren. Goebbels und Ribbentrop wiesen die Anschuldigung als unsinnig zurück und versicherten Kiesinger, daß er seine propagandistische Arbeit genau der Auslandspsychologie ent-

[11]) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, 28. 11. 1966.

sprechend weisungsgerecht und bravourös handhabe. So warnte denn auch der einstige freie Mitarbeiter Kiesingers in Nahostpropaganda und heutige Chefredakteur von „Christ und Welt", Giselher Wirsing, unmißverständlich Kiesinger, er solle sich nicht nachträglich zum Widerstandskämpfer stilisieren, das habe ein nationalbewußter deutscher Mann 1966 nicht mehr nötig. Conrad Ahlers hingegen erläuterte Freunden, dieses Dokument sei vorgezeigt worden „mit Rücksicht auf die Zusammenarbeit mit Brandt".

In einem Schreiben vom März 1942 erläutert Ministerialdirigent Rühle, Kiesingers Vorgesetzter als Abteilungsleiter, die Aufgaben von Kiesinger bei Interradio wie folgt: „Herrn Kiesinger obliegt im Zusammenwirken mit der Leitung der Interradio und mit der Nachrichten- und der Programmabteilung die Vermittlung der allgemeinen außenpolitischen Propagandarichtlnien sowie die Behandlung jener Fälle, in denen das Zusammenwirken zwischen den Länderreferaten der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und den unmittelbar zuständigen Einrichtungen der Interradio nicht zur Durchsetzung der außenpolitischen Richtlinien führen sollte."

Kiesinger bestimmte also den Kurs der Auslandspropaganda mit und schaltete sich als oberster Zensor ein, wenn sich etwa ein Mitarbeiter einmal außerhalb der NS-Propaganda bewegte. In diesen Fällen war Kiesinger unnachsichtig, und wer immer, vor allem von den ausländischen Mitarbeitern, versuchte, ein auch nur nicht ganz „linientreues" Wort über den Äther zu schicken, der zog sich zumindest eine scharfe Verwarnung zu, in der Regel wurde er ausgeschlossen von weiterer Mitarbeit.

Ein Beispiel, wie genau Kiesinger seine Aufsichtspflicht nahm, ist seinem Schreiben vom 8. 6. 1941 zu entnehmen, in dem er sich darüber beschwert, daß eine politische Sendung, die unter seine Zensur fiel, ihm nicht zur Freigabe vorgelegen hat:

„Betrifft: Schwede Molund

Die Reichsrundfunkgesellschaft hat den schwedischen Staatsangehörigen Molund am 19. Mai über den Sender Königsberg sprechen lassen. Entgegen der bestehenden Vereinbarung ist das Auswärtige Amt Kult R mit der Angelegenheit nicht befaßt worden. Wäre dies geschehen, so wäre in Anbetracht der politischen Position Molunds in Schweden sein Einsatz als unzweckmäßig bezeichnet worden. Es wird erneut hiermit gebeten, die Reichsrundfunkgesellschaft anzuhalten, in künftigen Fällen ähnlicher Art sich vorher mit Kult R in Verbindung zu setzen. Kiesinger"

In einer Aktennotiz vom gleichen Tage verzeichnet Kiesinger befriedigt: „Dr. Weyermann entschuldigte sich für den Fall und versprach, die Reichsrundfunkgesellschaft entsprechend anzuweisen." (Weyermann war der Kontaktmann zum AA im Propagandaministerium.) Selbstverständlich nahm Kiesinger auch täglich an den Besprechungen bei Goebbels zur Ausarbeitung der Tagesparolen und Pressesprachregelungen aktiv teil. Er wurde darüber hinaus häufig von Goebbels zu persönlichem Vortrag gebeten. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes bemängelten gelegentlich, er arbeite enger mit Goebbels als mit Ribbentrop zusammen. Doch sein Vorgesetzter Ribbentrop fand daran nichts zu bemängeln, da er sich nicht als Fachmann in Propagandataktik verstand, worin Kiesinger den Außenminister beriet.

Kiesingers Aufgaben bestanden nicht nur in Zensur und Wahrung der Richtlinienkompetenz der NS-Auslandspropaganda, sondern auch in selbständigen Arrangements, um Auslandsjournalisten auf gesteuerten Besichtigungsfahrten das von Ribbentrop und Goebbels gewünschte Bild der von Deutschland überfallenen und besetzten Gebieten zu vermitteln. Ein Beispiel dafür, das manchen Auslandsjournalisten in lebhafter Erinnerung ist und an das die Schweizer „Weltwoche" anläßlich der Machtergreifung Kiesingers in Bonn ausführlich erinnerte,[12]) war die von Kiesinger inszenierte Fahrt mit Presse- und Rundfunkberichterstattern durch Belgien und Frankreich vom 25. 7. bis zum 4. 8. 1940. Abteilungschef Kiesinger verfaßte darüber einen Bericht, der vom 2. 8. 1940 datiert.

Zu der unter Kiesingers Leitung stehenden Rundreise waren Reporter aus Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Italien und Spanien vom AA eingeladen worden. „Es wurden insgesamt 63 Aufnahmen gemacht, die sämtlich anschließend über den Rundfunk liefen", berichtet Kiesinger. Der Reiseweg führte über Lüttich—Löwen—Brüssel—Dünkirchen—Amiens nach Paris, dann über Epernay—Chalons sur Marne—Verdun—Metz nach Straßburg. Die Schlußreportage aus dem Straßburger Münster galt der „Heimkehr von Elsaß-Lothringen ins Großdeutsche Reich". Schon bei der Festlegung der Reiseroute sprach Kiesinger von einer Reise durch Belgien und Frankreich zum Elsaß.

Die „Würdigung der Ergebnisse" der Reise durch Kiesinger in dem Bericht vom 21. 8. 1940 gibt Aufschluß über die straffe, zielstrebige Propagandarbeit: „Die Reportagen verfolgten den Zweck 1. den Hörern einen Eindruck zu geben von der unwiderstehlichen Kraft der deutschen Waffen im Kriege und 2. von Haltung und Leistung des Siegers während des Krieges und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Damit im Zusammenhang sollte all den Hörern — insbesondere im Südosten und in Lateinamerika — die gewohnt waren, in Frankreich die europäische Vormacht in politischer und zivilisatorischer Hinsicht zu sehen, in eindringlicher Weise klargemacht werden, daß und warum diese Vorstellung falsch war."

Über die „Betreuung" der ausländischen Berichterstatter verbreitet sich Kiesinger in dem Bericht folgendermaßen: „Die Betreuung der Berichterstatter geschah derart, daß während der gesamten Reise in vielen Einzelunterhaltungen Gelegenheit genommen wurde, in unaufdringlicher Weise die wichtigsten Gesichtspunkte mit den Sprechern zu erörtern." Dabei bemerkte Kiesinger sehr bald, „daß die Sprecher den Fähigkeiten und dem Bildungsgrad nach außerordentlich verschieden waren." Es „bestand die Gefahr einer bloßen oberflächlichen und zusammenhanglosen Zustandsschilderei, durch die der erstrebte Zweck der Reise nicht hätte erreicht werden können". Darum schritt Kiesinger zur dezenten und individuell „in zahlreichen Einzelunterhaltungen" vorgenommenen Gehirnwäsche. „Die Sprecher zeigten sich für Hinweise und Unterrichtung, die, wie gesagt, in zahlreichen Einzelgesprächen erfolgte, dankbar." Zusätzlich vermerkt Kiesinger: „In Straßburg nahm ich Gelegenheit, einen allgemeinen kurzen Vortrag über die Geschichte Elsaß-Lothringens zu halten, der ebenfalls dankbar begrüßt wurde." Nachdem Kiesinger noch als „die fähigsten Berichterstatter" unter den ausländischen Rundfunkjournalisten „die Herren Kyriakis und Pavese" hervorgehoben hat, schließt er mit der Feststellung: „Sämtliche zuständigen Stellen, d. h. die Sachbearbeiter von Kult R beim OKW und KWS äußerten sich anerkennend über das Ergebnis der Reise."

---

12) Siehe Anmerkung 9.

Die Zürcher „Weltwoche" allerdings meint im Zusammenhang mit der Erinnerung an diese von Kiesinger arrangierte Propagandareise, es sei eine merkwürdige Vorstellung, wenn man daran denke, daß Kiesinger als Bundeskanzler in Paris mit de Gaulle verhandle, „mit dem gleichen de Gaulle, der am 18. Juni 1940 seinen großen Appell von London aus an die Widerstand leistenden Franzosen richtete, der gleiche Kiesinger, der am 18. Juli 1940 die Leitung einer Propagandareise durch Frankreich und die politische Zensur übernahm!" [13])

Ähnliche Reisen wie ins besetzte Frankreich bereitete Kiesinger auch nach Rußland vor. So heißt es in einer Aufzeichnung des Referats Kiesinger „Betr.: Besuch von sowjetischen Kriegsgefangenen" vom 4. 7. 1941: „Nach Mitteilung des Referats V hat sich der Vertreter des OKW-KPR, von Grothe, bereit erklärt, zwecks rundfunkpropagandistischer Auswertung den Besuch gefangener Sowjet-Soldaten zu vermitteln. Um eine eventuelle gemeinsame Aktion sämtlicher interessierter Referate zu organisieren, werden die Herren Ministerreferenten gebeten, dem Referat B (Kiesinger) Mitteilung zu machen, ob sie von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen wollen."

Kiesinger fügt gleich methodische Vorschläge an: „Die Kenntnis der russischen Sprache dürfte nicht unbedingt Voraussetzung sein. Erfahrungen beim Besuch von Gefangenenlagern anläßlich des Westfeldzuges haben gezeigt, daß unter einer größeren Anzahl von Gefangenen immer Leute angetroffen wurden, die eine der europäischen Hauptsprachen wenigstens zur Not beherrschen." In der Tat wurde bei diesen Besuchen im Gefangenenlager von der deutschen Regie immer vorausbestimmt, mit welchen Gefangenen die Reporter sprechen durften.

Im August 1941 hatte Kiesinger dann folgenden „eindrucksvollen" dreiteiligen Reiseplan für Auslandsberichterstatter zum Besuch der Ostfront entwickelt:

„1. Flug über die Stalin-Linie

2. Besuch in einem Gefangenenlager (Flintenweiber)

3. Gottesdienst in Smolensk."

Kiesinger wird übrigens von einstigen Mitarbeitern nachgerühmt, er habe immer in der NS-Auslandspropaganda „die Dome des Abendlandes miteinbezogen in unser Sendungsbewußtsein".

Freilich gehörte zur Auslandsrundfunkarbeit Kiesingers auch die Ausstrahlung der imperialen Parolen des Nationalsozialismus in die übrigen Kontinente. Ein Beispiel dafür ist der deutsche Kurzwellensender für Sendungen nach Indien. Die Sendungen nach Indien wurden von Indern gestaltet und sollten, taktisch angepaßt an nationalindische Freiheitsstrebungen, im Kern die indische Freiheitsbewegung mit NS-Gedankengut infizieren und auf NS-Absichten hinlenken. Zu diesem Zweck wurde verfügt: „Die Zensur der Sendungen" — die Kiesinger unterstand — „soll außerordentlich vorsichtig vorgenommen werden." Der indische Mitarbeiter durfte „keinesfalls davon etwas merken". Der „einzige Weg ist der, daß die Aufnahme zur Sendung jeweils am Vormittag um 10 Uhr stattfindet" — Sendetermin war 17.15 Uhr — „so daß am selben Tage die Vertreter

---

13) A. a. O., vgl. Anm. 9.

des AA, des VPM und der RRG gemeinsam die Zensur vornehmen können". Man versteht, warum ein in solchen Praktiken eingefuchster Propagandafachmann wie Kiesinger sich den ehemaligen SD-Mann Ahlers vom „Spiegel" ins Bundespresseamt holt für die speziellen Meinungsbeeinflussungsaufgaben der von ihm geleiteten Bundesregierung.

Es werden noch etliche Dokumente über Kiesingers interessante und einflußreiche Tätigkeit als Verbindungsmann von Ribbentrop und Goebbels und als Richtlinienkompetenzler der NS-Auslandspropaganda im Jahre 1967 vorgelegt werden, wenn der Europa-Verlag, Wien, die zeitgeschichtlich so bedeutsame Studie über „Mißbrauchte Mikrofone" im Dritten Reich veröffentlicht. Im Rahmen dieses Porträts konnte es nur darum gehen, die Grundzüge der propagandistischen Arbeit Kiesingers für das nationalsozialistische Regime und seine Stellung in deren Propagandaapparat zu verdeutlichen. Das Bild, das sich dabei ergibt, mutet, was die Taktik und Methodik Kiesingers angeht, durchaus vertraut an, denn alle Taktiken, die dabei hervorstechen, finden sich auch, auf die Situation nach 1945 bezogen, bei dem Nachkriegspolitiker und Hochrüstungs-Apologeten: Überredung unter reichlicher Verwendung aller traditionalistischen, folkloristischen und gefühlsintensiven Requisiten.

Ein Mitarbeiter Kiesingers, der heutige Chefredakteur der CDU-nahen „Ruhrnachrichten" in Dortmund und frühere Chefredakteur der unter dem deutschen Besatzungsregime erschienenen „Brüsseler Zeitung", Robert Schmelzer, schrieb aus intimer Kenntnis bei der Berufung Kiesingers zum Bundeskanzler, das sei der genau richtige Mann als Chef einer Koalition mit den Sozialdemokraten zur Wahrung des Führungsprimats der CDU, denn Kiesinger sei, nach dem schwäbischen Sprichwort, gleichzeitig ein „Gassenengel" und ein „Hausteufel" — freundlich und milde nach außen argumentierend, auch die bitterste Medizin liebenswürdig verabreichend und andererseits gegenüber seinen „Untergebenen" ein rücksichtslos druchgreifender „Feldwebel".[14]) Das scheint mir eine schlüssige Charakterisierung zu sein.

Als „Hausteufel" erwies er sich auch bei der sogenannten „Arisierung" ausländischer Rundfunksender in den besetzten Gebieten. Kiesinger war aktiv daran beteiligt, daß der französische Privatsender Radio Cite, in der Nähe von Paris gelegen, von der NS-Rundfunkgesellschaft Interradio auf dem Wege der „Arisierung" erworben wurde. In der Aufzeichnung über die Besprechung, die zum Beschluß der Übernahme von Radio Cite durch Interradio führte, werden Kiesinger und Gesandter Rühle als Vertreter des Auswärtigen Amtes genannt sowie Ministerialdirektor Hans Fritzsche und Dr. Scharping vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

Der Mittelwellensender Radio Cite befand sich zu jenem Zeitpunkt, am 27. 12. 1943, noch im Besitz der Gesellschaft S. A. Publicis. Kiesinger schlug laut Aktennotiz vor: „Es besteht nun die Möglichkeit, im Zuge der seit langem geplanten Arisierung der Publicis die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft zu erwerben. Nach Erwerb der Majorität der Aktien der S.A. Publicis ist es ein leichtes, in einer Generalversammlung der Gesellschaft den Verkauf des Senders Radio Cite an die Interradio selbst oder an eine von der Interradio geschaffene Organisation (z. B. eine französische Aktiengesellschaft) oder von ihr benannte Person zu

14) „Ruhrnachrichten", Dortmund, 2. 12. 1966.

beschließen. Das Aktienkapital der S.A. Publicis befindet sich überwiegend in jüdischem oder englischem Besitz. Von den insgesamt 14 000 Aktien gehören 2880 dem Juden Bleustein und 135 dem Juden Bernheim. Es sind also 3015 Aktien bestimmt jüdisch." Als „bedingt jüdisch anzusehen" machte Kiesinger noch weitere 3818 Aktien aus, die „durch Scheinkäufe in arische Hände gelangt sind" und „nach Annullierung dieser Scheinkäufe" ebenso „ohne weiteres" erworben werden könnten, wie die direkt „im Besitz der Juden befindlichen Aktien". Die Aktennotiz schließt mit der Mitteilung, daß „nach Zustimmung der aufsichtsführenden Ministerien die Angelegenheit sofort in Angriff genommen" würde. Kiesinger sorgte dafür, daß die „Arisierung" von Radio Cite Anfang 1944 „vollzogen" wurde. Kiesinger zeigte bei solchen Maßnahmen der „Arisierung" so wenig Hemmungen wie irgendein anderer Schreibtischstratege des nationalsozialistischen Feldzuges gegen das Judentum. Er darf sich über die auch persönlich gemeinten Proteste jüdischer Verbände und Organisationen in der ganzen Welt gegen seine Machtübernahme in Bonn nicht wundern. Nicht zuletzt in Kenntnis solch einschlägiger „Verdienste" erhofft sich die „Nationalzeitung" von Kiesingers Regime ein „Ende der Wiedergutmachungszahlungen". Kiesinger versprach in seiner Regierungserklärung, die Wiedergutmachungszahlungen „zum Abschluß" zu bringen, um dadurch nicht gehindert zu werden an den Aufgaben, die sich unter seiner Führung der „Zukunft" des deutschen Volkes stellen.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, dem Kiesinger bis zum letzten Tag mit Eifer und Überzeugung gedient hatte, wurde er von der amerikanischen Militärregierung 18 Monate interniert. Die Haft verbrachte er in Ludwigsburg mit anderen „prominenten" Nazis. „Kiesinger war ... Vertrauter von Verbrechern. Natürlich hat er die Strafe, die ihm für diese Gehilfenschaft aufgebrummt worden ist, abgesessen", schreibt die Zürcher „Weltwoche" und knüpft daran die Betrachtung: „Anderthalb Jahre war er in einem amerikanischen Internierungslager festgehalten worden. Immerhin wird einem Arzt, der sich in seinem Beruf Verfehlungen zuschulden kommen ließ, in der Regel das Patent entzogen. Mit Politikern sollte es nicht anders sein." [15])

Doch die Regierungs- und Wirtschaftspresse der Bundesrepublik sieht das anders. Wo die Haft nicht ganz verschwiegen wird, da heißt es — vom „Spiegel" bis zur „Nationalzeitung" — die „Sieger" hätten Kiesinger „nach Kriegsende in automatischen Arrest genommen".[16]) Als sei das für einen gut national beleumundeten Mann damals eine Ehrensache gewesen. Damit wird bewußt verschleiert, daß es, wie die Schweizer Zeitung und viele andere Zeitungen in aller Welt unmißverständlich zum Ausdruck bringen, die wohlverdiente Haft für einen skrupellosen Kriegspropagandisten war sowie für seine Mithilfe an „Arisierungs"-Unternehmungen gegenüber Juden im Sinne der Hitlerschen Politik. Die Lagerinsassen in Ludwigsburg wußten den NS-Kameraden Kiesinger auf ihre Weise zu ehren. Als vordem engen Vertrauten von Josef Goebbels wählten sie ihn zum Organisator ihrer Kulturveranstaltungen.

Nach der achtzehnmonatigen Haft ernährte Kiesinger sich zunächst, von NS-Freunden materiell unterstützt, als Repetitor für Jurastudenten in Würzburg. Nach Tübingen zu gehen und eine Rechtsanwaltspraxis dort zu eröffnen, wagte er erst 1948. Aus den „kargen Jahren" half ihm „die eben entstandene CDU her-

---

15) A. a. O., vgl. Anm. 9.
16) Vgl. „Spiegel" vom 28. 11. 1966.

aus", wie Wolfgang Höpker in „Christ und Welt" [17]) den Vorgang umschreibt. Die CDU bot Kiesinger das Amt des Landesgeschäftsführers in Württemberg-Hohenzollern an. Zuvor hatte die CDU bei der französischen Besatzungsmacht erwirkt, daß gegen Kiesinger wegen seiner antifranzösischen Kriegspropaganda und den Praktiken geschäftlicher Art von Interradio gegenüber französischem, vor allem jüdischem Eigentum, keine Maßnahmen ergriffen wurden. In der Angelegenheit wurde damals auch der CDU-Funktionär und spätere Botschafter in Paris, Blankenhorn, tätig, dem im durch Vergleich beendeten Schmeisserprozeß bekanntlich Verbindungen zum französischen Geheimdienst nachgesagt wurde.

„Kiesinger tat zunächst noch alles mit Verhaltenheit", schreibt Walter Henkels, „wenn auch der Unionsgedanke ihn begeisterte." [18]) Für den Wahlkreis Tettnang-Ravensburg-Wangen wurde er von der CDU zu den Bundestagswahlen 1949 nominiert und zog in den ersten deutschen Bundestag ein, eine beachtliche demokratische Frühkarriere für den Mann aus der Führungscrew des Auswärtigen Amtes von Ribbentrop, der drei Jahre zuvor noch als NS-Politiker interniert war.

Adenauer erkannte gleich die propagandistische Geschultheit Kiesingers und seine organisatorischen Fähigkeiten, förderte seinen Aufstieg zum Starredner der Fraktion bei den außenpolitischen und später vor allem bei den Debatten über die Remilitarisierung der Bundesrepublik. 1950 wünschte Adenauer, daß Kiesinger zum Generalsekretär der CDU auf dem Parteitag in Goslar gewählt werden sollte. Mit einer Stimme Mehrheit gewann Kiesinger auch die Wahl, doch da er damals noch Befürchtungen hatte, Gegnerschaft in der Partei würde seine politische Vergangenheit ihm ungünstig anlasten, verzichtete er darauf, die Wahl anzunehmen. Adenauer respektierte diesen taktischen Verzicht. Später stand Kiesinger als Bundestagspräsident (zuerst nach dem Rücktritt von Köhler, dann nach dem Tode von Ehlers) zur Debatte, sowie als Bundespressechef, als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als Botschafter in Washington, 1957 als Justizminister und schließlich auch als Bundespräsident und Nachfolger von Theodor Heuß 1959. Aber Kiesinger hat all diese Posten nie ernstlich angestrebt. Bis 1958 hat er dem Bundestag angehört, und in dieser Zeit war er mit einer Aufgabe beschäftigt, die niemand besser und umfassender gewürdigt hat als General Speidel: mit der politischen Vorbereitung und Durchführung der deutschen Wiederbewaffnung. In der Militärpolitik sah Kiesinger das Fundament des „Wiedererstarkens Deutschlands" und auch den „Schlüssel zur Wiedervereinigung". Wenn heute seine offiziellen Biographen es so darstellen, als seien die Jahre in Bonn bis 1958 von Kiesinger gleichsam im Wartezustand auf höhere Staatsämter verbracht worden, so wird diese gewiß rührend zu lesende Story von seinem geduldigen Ausharren in parlamentarischer Pflichterfüllung im zweiten Glied — obwohl zu Höherem prädestiniert — den Tatsachen keineswegs gerecht und stellt Einfluß und Wirksamkeit von Kiesinger in der Blütezeit des Kalten Krieges und der Wiederaufrüstung unter den Scheffel.

In der den „Führerqualitäten" Kiesingers gewidmeten Festschrift zu seinem 60. Geburtstag „Führung und Bildung in der heutigen Welt" schreibt hingegen General Hans Speidel in seinem Huldigungsbeitrag „Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas" [19]) über Kiesinger: „Es mag vielleicht merkwürdig anmuten, daß

---

17) Wolfgang Höpker, Schwabens Serenissimus, in: „Christ und Welt", Stuttgart, 18. 11. 1966.
18) Walter Henkels, Der Dritte Bundeskanzler, in: FAZ, 2. 12. 1966.
19) Hans Speidel: Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas, in der Festschrift zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger „Führung und Bildung in der heutigen Welt", Stuttgart, 1964, S. 264—272, dort auch alle folgenden Zitate.

ein Soldat in die Runde der Gratulanten zum 60. Geburtstag von Kurt Georg Kiesinger tritt. Das staatsmännische und politische Wirken unseres badisch-württembergischen Ministerpräsidenten ist aber seit eh und je mit der Atlantischen Verteidigung eng verbunden. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und als Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat er sich in Tat, Wort und Schrift für einen sinnvollen Schutz unserer Heimat, für die Verteidigung unserer abendländischen Welt zur Sicherung von Frieden und Freiheit eingesetzt. Die von Scharnhorst einst in anderer Lage geforderte innige Verbindung von Armee und Nation liegt ihm am Herzen. Kurt Georg Kiesinger hat frühzeitig erkannt, daß die Verbindung mit der jungen Bundeswehr Pflege nötig hat, der Soldat nicht in die Vereinsamung getrieben werden darf, daß seine Einbeziehung in das Volksganze eine ernste soziologische, politische und menschliche Aufgabe ist."

Auch als Kiesinger sich 1958 — zur Bildung einer Hausmacht und um den Querelen der endenden Adenauerära zu entgehen, damit er einst unverbraucht nach Bonn in die Führungsposition kommen konnte — auf den Sessel des Ministerpräsidenten in Stuttgart zurückzog,[20]) blieb er in verteidigungspolitischen Fragen in engstem Kontakt mit der NATO und ein hinter den Kulissen weiterhin in Militär-Außenpolitik einflußreicher Ratgeber, wie Speidel bestätigt: „Während meiner nahezu sechseinhalbjährigen Kommandoführung als Oberbefehlshaber der Verbündeten Landstreitkräfte Europa-Mitte wurde ich von dem badisch-württembergischen Regierungschef wiederholt gebeten, sein Kabinett über die Lage zu unterrichten und militärpolitische Gedanken vorzutragen." Speidel entwickelt dann in seinem Beitrag in der Festschrift jene „Gedanken zur Verteidigung Mitteleuropas", in denen er „als Soldat" sich mit dem „planenden Politiker" Kiesinger einig weiß. Einig ist man sich zunächst einmal über den „möglichen Gegner" eines von Speidel und Kiesinger für „möglich" gehaltenen Krieges. Das kann nur die Sowjetunion sein.

Speidel wie Kiesinger sind sich auch einig, daß die Schaffung einer reinen „Verteidigungszone" in Mitteleuropa „keinen Raum ließe zur Erhaltung der Bereitschaft zum Gegenschlag". Deshalb hält Speidel mit Kiesinger eine „offensive Verteidigung" für notwendig, einschließlich der Bereitschaft zum „vorbeugenden" Angriff auf den „einzig möglichen Gegner". Die politische Einsatzbereitschaft Kiesingers für die Ziele der NATO nach deutschem Verständnis hat, laut Speidel, erfolgreich dazu beigetragen, „die Vorwärtsverteidigung an den Eisernen Vorhang zu verlegen". Freilich unterstreicht Speidel, daß diese „Vorwärtsverteidigung" den Einsatz von Atomwaffen erfordert. „Die augenblickliche Unzulänglichkeit der Kräfte kann den sofortigen Nuklearkrieg notwendig machen."

Für die strategische Planung werden folgende Grundforderungen gestellt:

„Niemand kann die Formen künftiger Kriege voraussagen. Wir müssen deshalb für alle Fälle gerüstet und flexibel in der Planung sein. Wir müssen uns vorbereiten

auf einen allgemeinen Krieg, der von Anfang an mit nuklearen Waffen jeder Art geführt wird,

---

20) Kiesinger übernahm, als Nachfolger des zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählten Ministerpräsidenten Gebhard Müller, unverändert eine Regierung der Großen Koalition CDU/SPD/FDP, die er aber nach den nächsten — erfolgreichen — Landtagswahlen in eine kleine Koalition CDU/FDP umwandelte.

auf Konflikte, die nur mit konventionellen Waffen oder mit konventionellen und sogenannten taktischen Atomwaffen geführt werden,

auf die Möglichkeit, daß sich aus einem konventionellen lokalen Konflikt ein nuklearer Krieg entwickelt."

Speidel weist auch darauf hin, daß die Bevölkerung für einen Kriegsfall schon im voraus organisiert sein muß, wie es mit den Notstandsgesetzen von der Regierung Kiesinger jetzt unter Zuhilfenahme des Koalitionspartners SPD realisiert werden soll bei Suspendierung der demokratischen Bürgerrechte des Grundgesetzes:

„Was nicht bei Ausbruch des Krieges steht, kommt für die entscheidende erste Phase zu spät." Daher: „Dieses dringende Anliegen nach Verstärkung wird sich immer wieder an die politische Führung richten. Die Zeiten einer klassischen Mobilmachung gehören der Vergangenheit an. Auf allen zivilen und militärischen Ebenen ist für einen Ernstfall unendlich wichtige Vorarbeit zu leisten. Unverantwortlich wäre es, die Umstellung aller Lebensbereiche von Friedens- auf Kriegserfordernisse, die unter Umständen ohne langen Vorlauf abrollen muß, der Gunst oder Ungunst der Verhältnisse am Tage M zu überlassen."

Daß die Vorbereitung des ganzen Volkes auf den Kriegsfall „steigende finanzielle Lasten" mit sich bringt, kalkuliert Speidel ein. Doch hält er das „Phänomen des materialistischen Glücksbegriffs" für „eine Krankheit" unserer Zeit, der mit Parolen gewehrt werden müsse, wie der des Perikles: „Das Glück liegt in der Freiheit — die Freiheit aber in der Tapferkeit." Und Speidel meint: „Handeln wir danach, dann schaffen wir auf allen Gebieten staatlichen Seins und menschlicher Gemeinschaft eine Elite . . ., die frei im Geist und fest im Charakter in die Zukunft schreitet. Kurt Georg Kiesinger ist uns hier stets Partner und Beispiel." Prägnanter als es eine Aufzählung der Reden und Interventionen Kiesingers als Bundestagsabgeordneter — und auch noch von Stuttgart aus als Ministerpräsident und zeitweiliger Bundesratspräsident — zugunsten einer Militärpolitik nach innen und außen offenbaren könnte, zeigt dieses „Führungszeugnis" für den Politiker Kiesinger durch General Speidel, was der neue Bundeskanzler will und was von seinem Regiment zu erwarten ist. Daß sich Franz Josef Strauß und die „Nationalzeitung" darin einig waren, in Kiesinger den „besten Mann" an die Spitze einer großen Koalition zu loben, den die CDU/CSU zur militanten Fortsetzung ihrer Politik gegen die internationale Entspannung und für das Primat der Militär-Außenpolitik der Hochrüstung aufzuweisen hat, das kann niemand verwundern, der die ungebrochene Grundlinie dieses bewährten ehemaligen Nationalsozialisten über die Jahrzehnte hinweg verfolgt. „Die Hoffnung aller Nationalen", so schrieb die „Nationalzeitung",[21]) richtet sich auf Kiesinger. Der neue Bundeskanzler ist entschlossen, diese „Hoffnungen" nicht zu enttäuschen. „Man muß eben versuchen, wie man überein kommt mit dem Osten. Das ist genau die Auffassung, die ich für falsch halte",[22]) erklärte er seinem damaligen Gegner und heutigen (Bundesrats-)Minister Carlo Schmid am 2. 12. 1955 im Bundestag. Ihm komme es hingegen auf die „Schaffung von Verteidigungsrealitäten" an. „Denn die Welt ist nun einmal in zwei Lager gespalten, und wenn ich von den kolonialen oder bisher kolonialen Gebieten absehe, dann gibt es nur eine kommunistische und eine nichtkommunistische Welt; dazwischen drin gibt es gar nichts." [23])

[21]) „Der beste Mann hat eine Chance" — „Nationalzeitung", München, 18. 11. 1966.
[22]) Zitiert nach „Das Parlament", Bonn, 7. 12. 1955.
[23]) A. a. O.

Noch 1964 bescheinigte Speidel dem zur „Führung in der heutigen Welt" besonders befähigten Kurt Georg Kiesinger die Treue zu der „Idee" — nach der „unsere Streitkräfte erzogen" würden — „daß unser nationales Schicksal ... Behauptung der freien Welt gegen die Weltmacht des Kommunismus" ist, „im Leben und Streben: Pro patria".

Der erste Bundeskanzler, Adenauer, der als Weimarer Politiker dem Nationalsozialismus mit Distanz gegenübergestanden hatte, rief mit der Remilitarisierung die Geister eines neuen militanten Nationalismus und setzte auf die verhängnisvolle Karte des Kalten Krieges. Der zweite Bundeskanzler, der Wirtschaftsberater der Nationalsozialisten gewesen war, allerdings 1944, als ihm der Ausgang des Kriegsabenteuers klar war, den Kontakt zu den USA suchte, beharrte auf dem Kalten-Kriegs-Kurs gegen die internationale Entspannungspolitik. Der dritte Kanzler, der Ex-Nazi-Prominente und Favorit sowohl der Kreise um die Nationalzeitung wie der auf totale Mobilisierung und Notstand drängenden Generalität und gewisser Kreise der Großindustrie und der Banken (Abs), von Strauß in den Sattel gehoben, von der SPD-Führung unterwürfig unterstützt, will nun das Volk in Waffen, die militant formierte Gesellschaft verwirklichen. Dieser Mann beschwört die Vergangenheit endgültig wieder herauf mit seiner Machtübernahme und seinen Volksgemeinschaftsparolen sowie seiner Absicht, das demokratische Grundgesetz zu suspendieren. Die Zukunft aber, auf die er zusteuert, erinnert in ihrer Kriegsgefahr nur allzusehr an das Regime, das ihn politisch, propagandistisch und charakterlich prägte. Der dritte Bundeskanzler wirft die Frage nach dem Weiterbestand der Demokratie auf. Und wer immer, innen und außen, mit Kiesinger paktiert, statt dieses Kabinett rücktrittsreif zu machen, bevor es sich in den Besitz der Notstandsvollmachten setzen kann — auf quasi „legale" Weise, mit Hilfe der erhofften SPD-Stimmen — der muß wissen, daß damit weder Deutschland noch dem Weltfrieden gedient sein kann. Gegen Militärpolitiker dieser Vergangenheit und dieser Zukunftsabsichten helfen nur entschieden opponierende Demokraten im Innern und eine diesmal illusionslose Betrachtung im Ausland.

Prof. Dr. Werner Hofmann

Notstandsplanung — Wirtschaft — Arbeitnehmerschaft

Der Verfasser nahm am Kongreß „Notstand der Demokratie" am 30. Oktober 1966 in Frankfurt/Main teil. Im nachfolgenden veröffentlichen wir den Wortlaut der Rede, die er in einem Arbeitskreis dieses Kongresses gehalten und vor der Drucklegung noch einmal überarbeitet und leicht erweitert hat. *D. Red.*

I

Notstandsplanung, Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft — das scheint zunächst ein Dreiecksverhältnis zu sein: Auf der einen Seite der Staat, der für den Notstand Vorsorge trifft, auf der anderen Seite zwei Gruppen von jeweils mehr oder minder unbeteiligten Zuschauern: „die Wirtschaft", d. h. das Unternehmertum, und die Unselbständigen.

Sehen wir aber genauer zu, so zeigt sich: Der für seinen Notstand planende Staat steht nicht irgendwo in der Mitte zwischen den gegensätzlichen Positionen der Unternehmerschaft und der Arbeitenden, und er schwebt auch nicht unberührt über beiden. Vielmehr hat, in einem Maße wie nie zuvor in Deutschland, der führende Teil der Privatwirtschaft selbst sich des Staates bemächtigt. Die vielberedete „Herrschaft der Verbände" ist allen voran Herrschaft der Wirtschaftsverbände: Sie finanzieren die Parteien, die ihnen nahestehen; sie entsenden ihre Vertreter in den Bundestag und in die Länderparlamente. Sie äußern sich zu Gesetzentwürfen, noch bevor diese dem Parlament zugehen. Ja, nach ihren Wünschen werden Gesetze gemacht. Die Großen der Wirtschaft beraten den Kanzler und die Minister; und machtvolle Konzerne unterhalten heute ihre ständigen Vertretungen in Bonn, wie auswärtige Staaten ihre Botschaften. Hier fallen die großen öffentlichen Aufträge ab; hier werden immer neue Subventionen geheckt. Hier, in den abgedichteten Büros der Ministerien, und nicht auf der offenen Walstatt der sogenannten freien Konkurrenz, fallen die Entscheidungen über das Gedeihen zahlreicher Unternehmungen und ganzer Wirtschaftszweige.

Die Privatwirtschaft hält auch die Presse in ihren Händen — eine Presse, die im übrigen selbst als privates Gewerbe betrieben wird. Die „öffentliche Meinung", die „Stimme des Volkes" ist weithin das Echo der Wünsche des Unternehmertums selbst.

So verraten auch alle Gesetze, die heute bei uns verabschiedet werden und die irgendwie das Unternehmertum berühren, die Handschrift der privaten Interessen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmungen — soweit sie Gewinn abwerfen —, die Freigabe der Mietpreise und die vollkommene Untätigkeit unserer Wirtschaftspolitik gegenüber der blühenden Bodenspekulation, die Steigerung der Heizölpreise durch ein Kartell, das von der Regierung selbst aus der Taufe gehoben worden ist, das sogenannte Wirtschaftsstabilisierungsgesetz, das allerdings nicht die Preise, sondern vielmehr die Gewinne stabilisieren soll, die Gestaltung unseres Steuerrechts — wohin Sie sich wenden, bis in Detailfragen hinein entdecken Sie die Hand, welche den Ministerien die Feder geführt hat.

Allein für die wenigen Gesellschaften des krisengeschüttelten Kohlebergbaus ist ein ganzes System von Schutz- und Hilfsmaßnahmen aufgebaut worden, das die Verbraucher und den Staat jährlich mit Milliarden belastet. Und schon hat auch die Stahlindustrie ihre Hände fordernd aufgetan, ungerührt von der trostlosen Lage des öffentlichen Haushalts. 180 Millionen soll auch sie erhalten, während gleichzeitig heute für alle sichtbar die ganze Wucht eines zerrütteten Staatshaushalts auf die Schultern des breiten Volkes gewälzt wird.

Der Privatwirtschaft bringen die Aufträge der Bundeswehr große unkontrollierte Gewinne, und die Kette der Korruptionsaffären reißt nicht ab. Die gleiche Privatwirtschaft, die bei der Sozialversicherung die Rückkehr zur Selbstverantwortung der Arbeitenden verlangt, drängt mit wachsender Begehrlichkeit an die gedeckten Tafeln des Staates, sie ist zum Kostgänger der Allgemeinheit geworden.

II

Auch in Fragen der Notstandsgesetzgebung besteht zwischen Privatwirtschaft und Staat seit langem eine enge Zusammenarbeit. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schrieb hierüber bereits in seinem Jahresbericht für 1958/59 das folgende: „Die verantwortlichen Bundesressorts befassen sich zur Zeit mit den Vorarbeiten am 2. Luftschutzgesetz ... Die verantwortlichen Persönlichkeiten des Bundesministeriums des Innern bringen diesem Wunsche der Industrie (den BDI sehr frühzeitig in diese Gesetzesarbeit einzuschalten, d. Verf.) Verständnis entgegen und haben frühzeitige Beteiligung der Gremien des BDI immer wieder zugesichert." (S. 258) — Und: „Es ist für die gesamte gewerbliche Wirtschaft ungeheuer wichtig und nützlich, daß wir in die Planungen und Arbeiten der Bundesregierung gerade auf diesem Gebiet von allem Anfang an eingeschaltet werden, denn wenn sich gewisse Vorstellungen und Gedanken bereits zu Gesetzentwürfen verdichtet haben, dann ist es nicht mehr so leicht, Änderungen herbeizuführen." (S. 259) — „Der BDI hat eigens für die fachlich-technische Beratung der Behörden seinen Ausschuß für verteidigungswirtschaftliche Fragen und Arbeitsgruppen geschaffen und sie den Behörden zur Verfügung gestellt." (S. 253) — „Auf dem Gebiete der Entwicklung und Fertigung von Luftschutzgeräten und -mitteln haben sich die Fachgremien des BDI schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Planungen und Überlegungen der einzelnen Bundesministerien und der zuständigen Dienststellen eingeschaltet in der Erkenntnis, daß die Behörden nicht ohne den Sachverstand der Industrie sinnvoll planen können ... Es darf festgestellt werden, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Behörden und BDI im großen und ganzen gut eingespielt hat... Der BDI hat es sich sehr angelegen sein lassen, die Fühlung zu diesen und anderen wichtigen Einrichtungen zu pflegen und in Verhandlungen und Gesprächen das Vorgehen abzustimmen." (S. 259/60) Im Jahresbericht für 1962 heißt es: „In Erkenntnis der aus dem Osten drohenden Gefahren hat die Industrie vor mehr als zehn Jahren ein Selbstschutzorgan geschaffen, das dieser Bedrohung durch vorsorgliche Maßnahmen entgegentritt und bereits erhebliche Erfolge erzielt hat. Im Berichtsjahr hat es mit der Ausbildung von Angehörigen der Werkschutzdienste begonnen ... Es ist festzustellen, daß sich nunmehr auch die Bundesregierung zur Notwendigkeit eines verstärkten zivilen Bevölkerungsschutzes bekannt hat ... Die Beschlußorgane des BDI halten mit den Ministerien enge Verbindung und haben von diesen die Zusicherung erhalten, sie rechtzeitig und ausreichend bei der Behandlung dieser Gesetzentwürfe einzuschalten." (S. 159/60) — „Darüber besteht in den mit diesen Fragen befaßten Organen des BDI Klarheit, daß die Kosten für einen wirksamen Sachschutz nicht der Industrie durch Gesetze und Verordnungen aufgelastet werden dürfen. Ob und in welchem Umfang derartige Maßnahmen durchgeführt werden, sollte der Entscheidung der verantwortlichen Unternehmensleiter überlassen bleiben ... Das Bundesministerium für Wirtschaft beabsichtigt, demnächst Richtlinien für eine ‚Grobzuteilung' herauszugeben, in denen den Industrie- und Handelskammern eine Entscheidungsbefugnis zuerkannt wird. Wir haben dem BWM gegenüber den Standpunkt vertreten, daß eine solche Entscheidung nur den fachlichen Organen der gewerblichen Wirtschaft möglich ist." (S. 162) — „Der BDI hat in den Arbeitsgruppen des Verteidigungswirtschaftlichen Ausschusses Organe geschaffen, die nach seiner Ansicht bestens für eine objektive fachliche Beratung der Behörden geeignet sind. Die Mehrheit dieser über 100 Arbeitsgruppen und Untergruppen ist je nach den Gegebenheiten bereits mehr oder weniger stark eingeschaltet worden und hat fruchtbare Arbeit geleistet." (S. 158).

Im Bericht für 1964 wird gemeldet: „Der BDI-Arbeitskreis ‚Richtlinien für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzeinheiten' hat nach fast einjähriger Arbeit in engster Fühlung mit der betrieblichen Praxis einen ersten Entwurf solcher Richtlinien vorgelegt ... Auf Anregung aus der Industrie wurde ferner mit der Arbeit an einer einheitlichen Anleitung für einen Zivilverteidigungsplan (Modellplan) für den einzelnen Betrieb begonnen." (S. 172/73)

Im gleichen Jahre referierte H. A. Thomsen, Ministerialdirektor im Bundesministerium des Inneren, Abteilung Zivilschutz und Wirtschaft, über „Ausblick auf Aufgaben im Rahmen der Zivilverteidigung" (zitiert nach „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 192, Bonn, Dezember 1964, S. 1775): „Hierbei werden Sie erkennen, daß der Zivilschutz nicht nur unter dem Aspekt eines zukünftigen Krieges, sondern auch für die Gegenwart der Wirtschaft positive Momente in sich birgt ... Alles in allem haben die Gesamtausgaben für die zivile Verteidigung — also nicht nur die Aufträge an die Wirtschaft — einschließlich 1963 rund 3 Mrd. DM betragen. Neben diesen profitablen Auswirkungen gibt der Aufbau des Zivilschutzes der gewerblichen Wirtschaft wertvolle Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung auf den verschiedensten Gebieten der Technik."

Wohin man also heute blickt, die Privatwirtschaft mischt in Bonn mit, übrigens bis in die Zusammensetzung der Regierung hinein. Was wiegen alle Deklamationen im Bundestag gegen eine Willensbekundung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie? Was vermag ein Finanzminister auf Abruf gegen den olympischen Wink eines Hermann Abs, des jahrzehntelangen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank? Mit vollem Recht hat Fritz Berg, der Präsident des Industriellenverbandes, schon vor Jahren es öffentlich aussprechen können: Dieser Staat ist unser Staat. „Wir müssen zu diesem Staate stehen." So belehrt ein geradezu überwältigender Augenschein den, der unbefangen in unsere Welt blickt, über die wahren Machtverhältnisse in unserem Lande. Der Staat — das ist heute bis an die Grenze des Möglichen und darüber hinaus, bis zur Zerreißprobe der einander im einzelnen widerstreitenden Teilinteressen, der Staat der Privatwirtschaft selbst.

III

Und eine zweite Einsicht schließt sich an: Ein unternehmerisch besetzter Staat ist auch im sozialen Interessenkampf Partei. Und in diesem Zusammenhang ist die angestrebte Notstandsordnung zu sehen. — Es ist eine wiederkehrende Erfahrung der neueren Geschichte, vollends in unserem Lande: Ein Staat des Unternehmertums ist regelmäßig ein gegen die Freiheit gerichteter Staat, ein Staat des sozialen Beharrens, der Abwehr, der gesamtgesellschaftlichen Reaktion. Das hat die Zusammenarbeit des deutschen Unternehmertums mit der Monarchie gezeigt, ebenso wie ihr Kampf gegen die Weimarer Republik und schließlich die Unterstützung Hitlers. Um nur einen einzigen Beleg anzuführen: Ende 1932, kurze Zeit vor Hitlers Machtübernahme, schrieb Max Schlenker, einer der führenden Wirtschaftspolitiker der Schwerindustrie, in der Zeitschrift „Stahl und Eisen" unter dem Titel „Gesunde Wirtschaft im starken Staat": „Gottlob, die Blüte des Parteiwesens scheint vorüber zu sein ... Es gilt nun, Sicherungen dagegen zu schaffen, daß diese wenigstens im Augenblick überwundenen Zustände jemals wiederkehren ... Sinn und Zweck der Verfassungsreform ist schließlich die Sicherung einer machtvollen, von den Parteien unabhängigen Regierung ..." (S. 1169)

Das Unternehmertum hat einst nach Hitler gerufen. Es hat seiner Partei in kritischer Zeit finanziell über den Berg geholfen. Es hat ihm die Wirtschaftsführer gestellt. Die erste Tat des Nationalsozialismus wiederum war nach seinem Herrschaftsantritt die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung. Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Unternehmertum das staatlich gesicherte Führerprinzip im Betrieb gebracht. Er hat ihm Rüstungsgewinne beschert und schließlich neue Felder der Kapitalanlage erobert. — Aus dem gleichen Unternehmerlager aber erschallt auch heute wieder der Ruf nach dem starken Mann; und man hat ihn gefunden. — Es zeigt sich damit heute wie einst: Inhaltlich erfüllte Demokratie und Unternehmergewalt sind Widersprüche. Das Unternehmertum braucht für seine Zwecke keine politische Demokratie.

Man versichert uns, die Notstandsplanung diene der Abwehr eines äußeren Angriffs; sie sei eine Sache des nationalen Selbstschutzes. — Lassen wir uns hierüber nicht täuschen: Während die herrschenden Kreise bei uns wie gebannt auf ihre Notstandsordnung starren, während bei den Oktobermanövern bereits der Verfassungsbruch statuiert wurde, stehen rings in der Welt um uns die Zeichen auf Entspannung in Europa. Frankreich, England und selbst die USA suchen den Ausgleich mit der Sowjetunion. Niemand in der Umwelt glaubt heute ernstlich an eine kriegerische Absicht der Hauptmacht des Sowjetblockes. Die NATO befindet sich in offener Krise. Und schon erwägt man die Möglichkeit einer Auflösung der ost- und westeuropäischen Militärbündnisse.

Im übrigen sollte es ins allgemeine Bewußtsein gedrungen sein, daß im Zeitalter der Atomraketen Sicherheit nicht mehr mit militärischen, sondern nur noch mit politischen Mitteln erreicht werden kann. Unter diesen Umständen bedeutet das Starren auf den militärischen Notstandsfall eine Verzichterklärung unserer Politik.

Mit einer äußeren Gefahr, die etwa größer wäre als zu irgendeiner Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg, kann allerdings ernstlich die fieberhafte Ungeduld nicht erklärt werden, mit der fast die gesamte Regierungspolitik heute um den Notstandsfall kreist. Der besessene Eifer, die Vorsorge bis ins kleinste, die Vorbereitung von mehr als 40 geheimen Schubladengesetzen, wo von der Ausgabe von Lebensmittelkarten bis zur Dienstpflicht alles vorbedacht, alles geregelt ist, das stille Betreiben, die Notstandsordnung unauffällig zum Abschluß zu bringen, bevor das Volk viel merkt — das alles ist verdächtig. Es läßt ganz andere Absichten vermuten, fernab aller erklärten äußeren Gefahr.

Die Gewalt, die der Verfassung nach vom Volke ausgeht, hat sich seit längerem vom Volke ziemlich weit entfernt. Sie steht heute im Begriff, sich gegen das Volk selbst zu kehren.

Hier mag man erstaunt fragen: Warum so viel Sorge vor dem eigenen Volk? Sind wir nicht politisch leichtgläubig und lenkbar wie die Kinder? Sind wir nicht vollauf beschäftigt mit unserer Arbeit, unserem Schrebergarten, unserem Fernsehgerät, mit Geldverdienen und Geldausgeben? Kümmern wir uns etwa um die Pläne der Großen? Zählt unser Land nicht unter die streikruhigsten des Westens, wie Spanien und Portugal? Und spricht man denn etwa auch in einer geordneten Ehe ständig von der Scheidung, oder legt man sich Gift zu für den „Ernstfall"?

Dennoch sei wiederholt: Der Notstandsplanung ist allem voran eine innenpolitische, eine innergesellschaftliche Rolle zugedacht. Und das hat seine Gründe.

Die Bundesrepublik hat während der fünfziger Jahre und noch bis in die ersten sechziger Jahre hinein eine fast ununterbrochene wirtschaftliche Hochkonjunktur erlebt. Diese Hochkonjunktur wurde gespeist aus anhaltenden Überschüssen des Außenhandels und der Zahlungsbilanz. Die Ausfuhrüberschüsse wiederum waren vor allem ein Ergebnis davon, daß die Preise in den meisten wichtigsten Partnerländern rascher stiegen als bei uns. Die Exportwirtschaft der Bundesrepublik und mittelbar die Gesamtwirtschaft unseres Landes sind Nutznießer der rascheren Inflation der anderen gewesen.

Mit diesen Verhältnissen ist es nun vorbei. Die Preise sind auch bei uns in schnellere Gangart gekommen. Eine schwache Außenpolitik, die heute jeder afrikanische Zwergstaat mit der Drohung erpressen kann, man werde sich mit dem deutschen Nachbarstaat einlassen, riesige Zahlungsverpflichtungen, vor allem gegenüber den USA, haben zu Milliarden-Belastungen geführt. Sie verleihen unserer öffentlichen Finanzwirtschaft gegenwärtig geradezu bankrottäre Züge.

Auch für die Privatwirtschaft sind die Zeiten des flotten Geschäfts vorbei. Eine Reihe von Wirtschaftszweigen steht in einer Strukturkrise. Die Automation, im Verein mit einem Nachlassen der Konjunktur, hat zu ersten größeren Entlassungen geführt. Damit drohen soziale Konflikte, die man überwunden glaubte. Der Gedanke der Partnerschaft hält nicht mehr stand: Dem „Mitarbeiter" wird gekündigt.

Der verschärfte internationale Kampf um die Preise setzt sich im Inland fort als verschärfter Kampf um die Kosten. Hier soll allem voran den Lohnforderungen der Gewerkschaften Schach geboten werden. Schon ruft man nach Staatskontrolle über die Gewerkschaften. So schrieb der „Industriekurier", das Blatt der Industrie, am 14. Juni 1966: Auf dem Arbeitsmarkt „haben die Gewerkschaften eine praktisch unbegrenzte Macht. Sie sind Lohnkartelle am Verkäufermarkt, sie verwalten damit die schärfste Kartellmacht, die überhaupt möglich ist ... Der Staat sollte wie für die Waren- so auch für die Arbeitsmärkte die rechte ‚Ordnung' schaffen, d. h. Machtzusammenballungen ... zumindest unter Kontrolle bringen. ... Der Staat sollte auf die Wiederherstellung seiner Autorität auch in diesem Bereiche bestehen ... Es dürfte in unserem Staat überhaupt keinen starken Arm geben, der alle Räder anhalten könnte." Das heißt für jeden, der lesen kann: Der Staat soll mit dem Streikrecht Schluß machen. — Im Kampf gegen das Lohnbegehren der Arbeitenden scheut die Gegenseite auch den Konflikt mit der Verfassung nicht: In Hessen hat sie bei den kürzlichen Auseinandersetzungen mit der IG Metall schon angedroht, sie werde sich auch über das Aussperrungsverbot der Hessischen Verfassung hinwegsetzen.

Wie die Industrie selbst die gegenwärtige Lage ansieht, hat wiederum der „Industriekurier" (22. 9. 1966) zum Ausdruck gebracht: Es steht zu erwarten, „daß die Bundesrepublik nach übereinstimmendem Urteil im nächsten Frühjahr die härtesten Tarifkämpfe seit ihrem Bestehen erleben wird ... Es wird für die Unternehmer eine Zeit kommen, in der sie wahrhaftig politische Unsicherheit nicht brauchen können. Im Interesse des ganzen Volkes müssen sie sich auf eine intakte Regierung stützen können."

Also: die Konjunktur ist unsicher geworden, der soziale Konflikt wird sich verschärfen, die Arbeitenden könnten unruhig werden. Auf die Partnerschaftsideologie ist kein Verlaß mehr. Dann aber braucht man die Polizei. (Und: man braucht einen sozialdemokratischen Komplizen in der Bundesregierung!)

IV

Es läßt sich nicht länger verhehlen: Der eigentliche Sinn der Notstandsordnung ist ein innenpolitischer, ein innergesellschaftlicher: die Absicherung, Vervollständigung, Totalisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse.

Im übrigen liegt es in der Natur der Sache, daß schon die auf allen Gebieten betriebene Vorbereitung für den vorgeblichen Ernstfall von größter Wirkung auf unser ganzes öffentliches Leben sein muß. Die Notstandsverfassung bedeutet mit ihren Einzelseiten: Selbstschutz und Schutzraumbau, Bevorratung von Waren, Zivilschutzkorps, Notstandsausschuß, Erweiterung der Zuständigkeit der Exekutive gegenüber dem Parlament, Erweiterung der Rechte der Bundesregierung gegenüber Ländern und Gemeinden, eine Zentralisierung der öffentlichen Gewalt und eine Durchmilitarisierung des gesamten öffentlichen Lebens schon in Friedenszeiten.

Die Notstandsverfassung wird im übrigen von ihren Befürwortern als der tragende Teil eines gesamtgesellschaftlichen Umbaus im Sinne der Formierten Gesellschaft betrachtet, einer Gesellschaft, deren Verkehrsformen zugeschnitten sind auf die Bedürfnisse der Wirtschaftsgewaltigen und der Militärs.

Nun meinen selbst einige Gewerkschaftsführer, solange nicht das Streikrecht der Arbeitnehmer formell angetastet werde, könne man den Notstandseiferern immerhin ein wenig entgegenkommen. Verkannt wird dabei die gesamtgesellschaftliche Natur und der innere Zusammenhang aller Teile des Notstandskomplexes. In der Tat braucht man auch das Streikrecht nicht mehr ausdrücklich abzuschaffen. Man hat es bereits durch die verabschiedeten „einfachen" Notstandsgesetze weithin eingekreist: Wenn etwa aufgrund des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes von 1965 den Betrieben von Staats wegen Produktionsauflagen gemacht werden können, so ist klar, daß die Erfüllung solcher Auflagen den Streik ausschließt. Dasselbe tritt ein, wenn Betriebe vorübergehend in öffentliche Verwaltung genommen werden.

Auch im Gesetz über das Zivilschutzkorps von 1965 findet sich ein ominöser Satz: Danach kann die oberste Landesbehörde „für Dienstpflichtige die Teilnahme auch an anderen dienstlichen Veranstaltungen anordnen", also etwa auch den Einsatz als Streikbrecher. — Vollends nach dem bereits im Entwurf vorliegenden Dienstpflichtgesetz würde ein Streik kaum mehr vorstellbar sein. Hier ist nämlich auch die Dienstverpflichtung in bestehende Arbeitsverhältnisse vorgesehen. Ein Streik wäre dann Auflehnung gegen die Staatsgewalt, die sich schützend vor die Unternehmerinteressen stellt.

Im übrigen: Wird die Notstandspsychose in unserem Volke weiter geschürt, so wird man die öffentliche Meinung bald dahin gebracht haben, jeden Streik als eine Gefährdung der nationalen Sache zu betrachten. In Hessen hat schon im Herbst 1965 der Bundesgrenzschutz die Auflösung von Streiks geübt. Und hierzu schrieb die Wochenzeitung „Die Zeit" vom 19. 11. 1965: „Der Grenzschutz ging wohl von der Voraussetzung aus, daß die Notstandsgesetze bereits verabschiedet seien, und zwar in der radikalen Form." In der Tat gehört zu den streng geheimgehaltenen Schubladengesetzen der Bundesregierung auch eine „Notverordnung für den Bundesgrenzschutz", in deren § 2 es heißt: „Der Bundesgrenzschutz kann ... auch zur Abwehr von Gefahren, durch die die öffentliche Sicherheit oder

Ordnung bedroht wird, eingesetzt werden" — also im Inneren des Landes. Und Ende 1965 veranstaltete in Lahr auch die Bereitschaftspolizei eine Nachtübung, der (laut „Lahrer Zeitung") folgender Gedanke zugrundelag: „Eine schwere Wirtschaftskrise hatte Massenentlassungen von Arbeitern zur Folge, die sich zusammenrotteten, sich bewaffneten und gegen die Schwerpunkte der städtischen Versorgung vorgingen. Aufgabe der eingesetzten Hundertschaft war es, das Wasserwerk vor Zerstörung zu schützen und die Verseuchung des Wassers durch biologische Kampfmittel zu verhindern. Von fünf ‚Störern' wurden drei geschnappt und zum Verhör abgeführt. ‚Visitation wird hart und ohne großes Federlesen durchgeführt — und sie ist erfolgreich. Gift wird gefunden, mit dem das Wasser verseucht werden sollte.'"

Unsere Notstandseiferer sind so blind versessen auf das, was die Absicherung der bestehenden sozialen Herrschaft vervollständigen soll, daß sie ihre wirklichen Gedanken nicht nur durch Handlungen, sondern gelegentlich auch durch Worte verraten. Nach einer Rede, die der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, vor einigen Jahren in Nürnberg gehalten hatte und worin er auf die Verbindung wirtschaftlicher Machtgruppen mit dem Staatsapparat hingewiesen hatte, antwortete der damalige Bundesinnenminister Schröder, als man ihn fragte, wozu man eigentlich Notstandsgesetze brauche: „Wenn der Brenner solche Reden hält ..."

Und der damalige Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Konstantin Paulssen, erklärte schon 1962 vor Kieler Studenten auf die Frage, warum denn die Unternehmer immer so nachgiebig gegenüber den gewerkschaftlichen Lohnforderungen seien: Das müssen wir eben, solange es keine Notstandsgesetze gibt. Da sind wir denen wehrlos ausgeliefert, bei dieser Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Und schließlich: Als vor kurzem das Bundesverteidigungsministerium den sogenannten Kasernenerlaß herausgab, wonach die Gewerkschaft unter den Soldaten Mitglieder werben darf, da schrieb die Zeitschrift „Der Arbeitgeber" vom 5. September 1966 voller Sorge: „Wozu könnte ein falscher Einfluß der ÖTV führen, wenn der Bundeswehr eine Aktion zur Beilegung eines etwa von Gewerkschaftsseite heraufbeschworenen inneren Notstandes befohlen werden müßte?" (S. 495) Das heißt in schlichtem Deutsch: Eine Gewerkschaftsvertretung in den Kasernen stört, wenn eines Tages Truppen gegen Arbeiter eingesetzt werden sollten.

Die Natur der geplanten Notstandsordnung wird mit alledem überdeutlich: Sie hat gesellschaftliche Funktion; sie ist der Griff nach der Diktatur, nach der unmittelbaren sozialen Gewalt. Man plant nicht für den Notstand; man plant den Notstand selbst. Unseren herrschenden Kreisen, das lehrt auch die Geschichte, wird Demokratie immer ein Fremdwort bleiben.

V

Was ist zu tun? — Hier wende ich mich an die Gewerkschaften, an die Betriebsräte, an die Menschen, auf welche die ganze Last der Diktatur abermals fallen würde und auf die sich in diesen Monaten auch die Hoffnungen von vielen Hundert Hochschullehrern, gleich mir, gerichtet haben. Die Befürworter der Notstandsgesetze selbst weisen den Gewerkschaften den Weg. Nach dem Berliner

Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1966), auf dem der Rütlischwur gegen die Notstandsordnung wiederholt wurde, schrieb die Zeitung „Das Handelsblatt" (16. 5. 1966): „Wenn die Gewerkschaften der Auffassung sind, daß die bereits erlassenen Notstandsgesetze verfassungswidrig sind, so muß man sich fragen, was sie dagegen getan haben, außer daß sie lamentierten. Es ist unerfindlich, wie die Gewerkschaften die Demokratie auch im Notstandsfall bewahren wollen, wenn sie tatenlos zusehen, wie andere die entsprechenden Gesetze machen ... Nein, hier heißt es Farbe bekennen! Wenn die Notstandsgesetze, wie in Berlin behauptet, verfassungswidrig sind und die Demokratie aushöhlen, dann müssen die Gewerkschaften auf die Barrikaden steigen. Tun sie dies nicht, so verlieren sie als Papiertiger jedes Vertrauen ..."

Müssen die Gewerkschaften sich durch ihre Gegenspieler zu ihrer Beschämung sagen lassen, welche Folgerungen von ihnen zu erwarten sind? Der Zeitpunkt ist vielmehr gekommen, wo die Gewerkschaften sich auf das Wort besinnen sollten, das ihr erster Nachkriegs-Vorsitzender Hans Böckler auf dem Münchener Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 gesprochen hat: „In einem wird man die Gewerkschaften zum äußersten entschlossen finden: in der Verteidigung der demokratischen Einrichtungen, auf denen unser aller Wohl beruht, gegen jede Autokratie und gegen jede Totalität. Ein zweites 1933 darf und wird es nie mehr geben."

Wir stehen an einer geschichtlichen Wende. Nun muß es sich zeigen, ob unser Staat endgültig übergehen soll an die Militärs, die Polizei, die Geheimdienste und unkontrollierte Wirtschaftsgewaltige. Nun muß es sich erweisen, ob jene Hoffnung trog, daß es in unserem Lande einmal mehr Volksschullehrer als Soldaten geben würde. In unsere Hände ist es gegeben, ob Millionen Menschen, die vor zwei Jahrzehnten im Kampf gegen Hitler und seinen totalen Notstandsstaat ihr Leben gelassen haben, ob die Blutzeugen einer demokratischen Hoffnung in Deutschland sich umsonst geopfert haben. Bei uns liegt es, ob Mitteleuropa endlich aus einem Herd der Unruhe zu einem gesitteten Glied der Weltgesellschaft wird. In dieser Hoffnung sind die Augen der Welt heute auf uns gerichtet.

Darum wollen wir nicht auseinandergehen, ohne daß nicht ein jeder sich selbst gelobt, das Seine zu tun, um das Bewußtsein der ungeheuren Gefahr, die allen demokratischen Hoffnungen in unserem Lande droht, in unseren Mitmenschen zu wecken. Lassen Sie den Geist von Frankfurt in Ihrer Stadt, in Ihrer Gemeinde, an Ihrem Arbeitsplatz weiterwirken, damit die Bewegung, die von hier ihren Ausgang nimmt, sich vervielfache!

Die demokratische Sache ist keine Frage der Zuständigkeit, sie ist in unser aller Hände gegeben. Und die Kräfte der Diktatur können nicht übermütiger sein, als unsere Duldung ihnen erlaubt.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth

Recht und Ideologie

Thesen zu ihrer Verschränkung in den Diskussionen über die Strafrechtsreform

I

Die Verselbständigung von Rechtsverhältnissen gegenüber anderen Formen gesellschaftlicher Bindung, die das Zusammenwirken der Individuen in einer gesellschaftlichen Gruppe verbürgen, wird dadurch notwendig, daß der Tausch von produzierten Gebrauchsgegenständen (beziehungsweise in der Folge auch von Produktionsgütern) in der Gesellschaft an Bedeutung gewinnt.

Erweitert sich der Bereich von Tauschbeziehungen, sei es zwischen verschiedenen Gesellschaften, sei es in einer Gesellschaft zwischen den Individuen, in dem Maße, daß das Geld die Funktion eines allgemeinen Tauschvermittlers übernimmt, die Gesellschaft also mindestens partiell Marktgesellschaft wird, so wird es erforderlich, die durch Tauschbeziehungen entstehenden Rechtsverhältnisse zu systematisieren und durch den nächsten Schritt der Abstraktion aus diesen Rechtsverhältnissen, durch Rechtsnormen, in welcher konkreten Form sie auch immer erscheinen mögen, zu regulieren.

II

Das Denken in Rechtsnormen führt zur Erweiterung dieses Denkens in einer geschlossenen Rechtsordnung. Dessen Grundfigur bleibt jedoch — solange und soweit nicht auf sehr viel höheren und komplizierteren Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung diese Beziehung kritisch eingeordnet und aufgelöst werden kann — der Tausch und also die Äquivalenz ausgetauschter Werte. In komplizierteren Gesellschaften mit höherem kulturellen Niveau dringt das auf dieser Basis entwickelte Rechtsdenken auch in solche Bereiche gesellschaftlicher Beziehungen ein, denen es zunächst nicht adäquat ist, oder die — wie das werdende Strafrecht — vorher von sakralen Gesichtspunkten beherrscht waren.

III

Da sich in komplizierteren Gesellschaften die öffentliche Gewalt als Stabilisator der gesellschaftlichen Beziehungen aus deren sonstigem Geflecht als besondere Gewalt abstrahiert, wird sie — wiederum in den verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung in sehr verschiedener Weise — zum Träger und zum Exekutor dieser Rechtsordnung. Im modernen Staat — dem vorläufigen historischen Endprodukt dieser Entwicklung auf der Grundlage der sich verbürgerlichenden und zuletzt der bürgerlichen Gesellschaft — identifizieren sich Rechts-

ordnung und öffentliche Gewalt in der Weise, daß dieser Staat die Rechtsnormen setzt, ihre Einheit in einem Normensystem garantiert und die Geltung dieser Normen in der Gesellschaft mit Zwangsmitteln durchsetzt.

IV

Die Verletzung des Integritätsbereiches von Individuen oder von gesellschaftlichen Institutionen durch andere Individuen wird in der Rechtsgeschichte fast aller bekannten primitiveren Gesellschaften zunächst dem Äquivalenzdenken des Tausches entsprechend behandelt und gesehen. Derartige Rechtsverletzung erzeugt also in der ersten Stufe der Entwicklung Ansprüche des Verletzten gegenüber dem Rechtsverletzer.

In dem gleichen Maße, in dem sich das Rechtsfriedensbedürfnis innerhalb der Gesellschaft ausdehnt und die öffentliche Gewalt ihr Monopol der Verwendung physischer Gewaltsamkeit zur Gewährleistung dieses Rechtsfriedens in der Gesellschaft durchsetzt, ist diese öffentliche Gewalt genötigt, auch die Regelung dieser Form innergesellschaftlicher Streitigkeiten an sich zu ziehen und die Strafansprüche gegen Rechtsverletzer zu monopolisieren.

Damit entsteht notwendig das Strafrecht als besonderer Zweig der Rechtsordnung.

V

Dabei wird zunächst die ursprüngliche Rechtsfigur — wenn auch in veränderter Funktion — bewahrt. Der objektiven Rechtsverletzung ist eine Strafe äquivalent, die nach der Vorstellung des Rechtsnormen setzenden Staates der Schwere der Rechtsverletzung entspricht.

Dieses Äquivalenzverhältnis besteht also zunächst zwischen dem Erfolg (dann auch zwischen dem erstrebten Erfolg) der strafbaren Handlung und dem Strafmaß. Mit zunehmender rationaler Analyse und Berücksichtigung der menschlichen Individualität wird es möglich, Erfolg und subjektive Schuld des Täters voneinander zu unterscheiden und bei der Berechnung des Strafanspruchs die Schuldproblematik einzubeziehen.

Die weitere Analyse des Schuldproblems führt jedoch dann unvermeidlich zu Überlegungen darüber, ob und wie weit der jeweilige Täter durch seine gesellschaftliche Lage, durch sozialpsychologisch kaum aufhebbare Zwänge oder durch Besonderheiten seiner individuellen psychischen Situation zu seinem Verhalten motiviert worden ist.

So beginnt der alte Schuldbegriff fragwürdig zu werden und sich aufzulösen. So diskutabel er als moralischer Begriff noch weiterhin sein mag — als Rechtsbegriff, der mit normativem Anspruch von der Gesellschaft dem einzelnen entgegengehalten wird, ist er lediglich ideologisch.

VI

Das ändert zunächst nichts daran, daß der strafrechtliche Schutz der Individuen und gesellschaftlicher Institutionen durch die öffentliche Gewalt gewährleistet bleiben muß, um den Rechtsfrieden innerhalb der Gesellschaft zu garantieren.

Aber Mittel und Aufgaben dieses Schutzes beginnen sich zu verschieben: Einerseits werden Maßnahmen notwendig, um vorbeugend die Motivation zu Straftaten durch gesellschaftliche Maßnahmen unwahrscheinlicher zu machen, zu denen als letztes Mittel auch die generalpräventive Wirkung der drohenden Strafe gehört. Andererseits muß der Träger der Strafgewalt dem Täter konzedieren, daß der Tatbestand, daß er straffällig wurde, mindestens in erheblichem Maße auf mangelnder Vorsorge des Staates und der Gesellschaft selbst beruht.

Damit wird dem früheren Äquivalenzdenken des Strafrechts die rechtfertigende Grundlage weithin entzogen. Tendenziell müssen an Stelle des früheren Begriffs der Strafe (als der äquivalenten Rechtsfolge der Rechtsverletzung) neue Begriffe mit dem wesentlichen Inhalt von Zwangsmaßnahmen zur gesellschaftlichen Anpassung und psychologischen Einordnung, also Erziehung, des Täters treten. Wäre also die öffentliche Gewalt zur rationalen Gewalt einer nicht mehr in sich widersprüchlichen Gesellschaft geworden, so bestünde für ein Strafrecht im traditionalen Sinne kein Raum mehr. Strafe und Strafrecht sind falsche Idologie bei der Behandlung in ihrem sozialen Verhalten abnormer Individuen geworden. Aber diese falsche Ideologie bleibt partiell noch notwendig.

VII

In der Realität ist der Staat noch immer eine Zwangsorganisation in einer von antagonistischen Interessengegensätzen sozialer Klassen mindestens partiell, tatsächlich vorwiegend bestimmten Gesellschaft, die zudem stets von der Identifikation mit einer dieser sozialen Klassen bestimmt ist und von der Gefahr bedroht ist, sich zum totalitären Manipulator aller individuellen und gesellschaftlichen Beziehungen zu entfremden.

Der Staat dient insbesondere in der auf Grundlage der Entfaltung des industriellen Kapitalismus entstandenen Gesellschaft geschichtlich vor der Demokratisierung der staatlichen Institutionen fast ausschließlich der Sicherung der Vorherrschaft der Oberklassen. In der Periode nach dieser Demokratisierung bleibt infolge der Weiterwirkung von vorher entstandenen Traditionen der im Staatsapparat tätigen Berufsgruppen, die sich in bestimmten Ideologien äußern, weitgehend diese Funktion der Staatsgewalt erhalten, nämlich der Aufrechterhaltung sozialer Privilegien der vor der Demokratisierung auch der Rechtsordnung nach herrschenden Klassen zu dienen. Allerdings widerspricht diese Funktion nun der Konzeption der demokratisierten Verfassung. Bei der Behandlung strafrechtlicher Probleme wird diese Situation der Weiterführung verfassungsrechtlich nicht mehr vertretbarer Vorstellungen in Normensystem und Rechtsanwendung z. B. dadurch verdeutlicht, daß das durch den Staat normierte Strafrecht dazu neigt, grobe Rechtsverletzungen durch Angehörige der privilegierten Schichten, die sich gegen Angehörige von Unterschichten oder unteren Mittelschichten richten, nur sehr zurückhaltend zu pönalisieren. Für die typischen Oberschichts-Delikte werden nur zögernd strafrechtliche Normen entwickelt, die dann auch nur sehr zurückhaltend zur Anwendung gelangen. Dagegen neigt das Strafrecht angesichts der Verschärfung sozialer Gegensätze dazu, den Bereich des politischen Strafrechts mit in der Rechtsanwendung einseitigem Akzent, der sich auch bei neutraler Formulierung der Normen in der Praxis fast ausschließlich gegen Gegner der traditionellen Klassenprivilegien, also gegen die Linke, wendet, erheblich auszudehnen. So erlangt das Strafrecht eine politische Unterdrückungsfunktion, im Extremfall eine politische Terrorfunktion. Der Übergang zum Schulddenken im

Strafrecht bietet dabei die Chance, politisches Verhalten oder soziales Verhalten, das ohne konkret erstrebten unmittelbaren Erfolg auf Veränderung der Gesellschaftsstruktur gerichtet ist, unter dem Gesichtspunkt der Betätigung in bloßer Richtung auf bestimmte mißliebige Anschauungen als strafwürdiges Delikt zu formulieren (Beispiel: Staatsgefährdungsdelikte).

Deshalb kann im Interesse der Freiheit der Individuen in der Gesellschaft und also auch im Interesse potentieller Täter diesem Staat keine abstrakte, allgemeine und unbegrenzte Zwangserziehungsgewalt gegenüber solchen Tätern zugebilligt werden, weil sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu freiheitsfeindlicher mißbräuchlicher Anwendung tendieren würde.

Eine demokratisch-rechtsstaatliche Normierung des Strafrechts, die dessen Funktion zwar darin erkennt, daß das Strafrecht neben seiner begrenzt weiterwirkenden general-präventiven Funktion vor allem die Aufgabe hat, solche Individuen, die durch ihr Verhalten andere Individuen erheblich gefährden oder objektiv notwendige gesellschaftliche Institutionen verletzen, an die Gesellschaft anzupassen, muß zusätzlich berücksichtigen, daß in der Gegenwart damit zu rechnen ist, daß erhebliche Teile der Richterschicht, die diese Normen zur Anwendung bringt, aus den gesellschaftlichen Oberklassen oder den oberen Mittelschichten rekrutiert sind. Die Richter sind also häufig der Versuchung ausgesetzt, ihre besonderen Ideologien und Traditionen bei der Anwendung dieser Normen in deren Interpretation hineinzutragen. Deshalb darf die Gefahr nicht übersehen werden, daß unbegrenzte Extension des Schuldgedankens und finaler Denkmethoden die Terrorfunktion des Strafrechts in innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen ausdehnen muß und zur Aufhebung der Rechtssicherheit für Anhänger mißliebiger Denkrichtungen und also zu einem Gesinnungsstrafrecht führen würde.

Infolgedessen muß das Strafrecht bei der Normierung der Straftatbestände und ihrer Rechtsfolgen Restbestände eines am Erfolgsprinzip ausgerichteten Äquivalenzdenkens vorläufig beibehalten. Der Schuldgedanke darf seine Funktion nur darin haben, die Behandlung der Täter bei eingetretenem Erfolg oder konkret versuchter Erfolgsverwirklichung in ihrem Umfang einzuschränken und die Richtung ihrer Behandlung — nämlich die Erziehung zu künftigem sozialadäquatem Verhalten — zu bestimmen. Der Strafanspruch des Staates muß also ein rechtsstaatlich begrenzter Erziehungsanspruch in Richtung auf soziale Anpassung bleiben und von verfehlter Moralisierung befreit werden. Dem Entwurf 1962 und den Erwägungen der Großen Strafrechtskommission ist vorzuwerfen, daß sie unkritisch und eklektisch verschiedene Denkformen widerspruchsvoll vermengt und nicht unter dem Gesichtspunkt des Auftrages des Strafrechts in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat logisch geordnet und durchdacht haben. Sie haben darüber hinaus auch im besonderen Teil des Strafrechts die Tendenz erkennen lassen, Pönalisierungen beizubehalten, die traditionellen Vorurteilen vor allem der oberen Mittelschichten, aber nicht der realen Situation einer industriellen Gesellschaft, die nach dem Grundgesetz demokratisch organisiert sein soll, entsprechen.

VIII

Im Laufe der Entwicklung des modernen Strafrechts haben sich eine große Anzahl von Ideologien aus früheren Stufen gesellschaftlicher Entwicklung in das geltende Strafrecht und leider auch in das Denken der Strafrechtskommission und

des Entwurfes 1962 fortgeschleppt. In einem demokratisch organisierten Rechtsstaat einer modernen Industriegesellschaft, der den Freiheitsbereich des Individuums (Art. 2 des Grundgesetzes) grundsätzlich respektiert und nur insoweit beschränkt, als es zur Aufrechterhaltung eben dieser Freiheit der Individuen gegenüber anderen Individuen und der Rechtssicherheit auch zugunsten der gesellschaftlichen Institutionen, die in dieser Gesellschaft unbedingt notwendig sind, erforderlich ist, darf für Strafnormen, die lediglich der Privilegierung bestimmter Ideologien dienen, grundsätzlich kein Raum sein.

Wenn sich auch geschichtlich die Entwicklung des modernen Staates mit bestimmten (z. B. gewohnheits-„christlichen") Ideologien, die für seine Vorgeschichte große Bedeutung hatten, unzweifelhaft verwebt, so entsteht, wenn man das Denken in den Grundrechtsnormen des Grundgesetzes ernst nimmt, aus dieser geschichtlich gegebenen Situation kein Anspruch darauf, diese Ideologien der Gesellschaft aufzuzwingen. Das bedeutet, daß für den privilegierten Schutz bestimmter Vorstellungen — zum Beispiel derjenigen Gottes (Entwurf § 187) oder bestimmter Glaubensgemeinschaften, aber nicht der Gemeinschaften derjenigen, die jede religiöse Vorstellung ablehnen (Entwurf § 188) — ebensowenig Raum sein dürfte wie für den Versuch, das Leben der Individuen durch Normen einzuschränken, die ihren privatesten Bereich, den Bereich des Geschlechtslebens, auch für solche Handlungen unter Strafe stellen, durch die weder die Existenz der Gesellschaft noch andere Individuen gefährdet werden können. Man denke z. B. an das Problem der Homosexualität (Entwurf § 203) und der künstlichen Insemination (§ 216). Damit sind exemplarisch nur wenige Fragen des besonderen Teils des Strafrechtsentwurfs angesprochen, der insgesamt keinerlei kritische Trennung zwischen um der Existenz der Gesellschaft und der Individuen willen erforderlichen Schutzmaßnahmen und der Weiterführung traditionaler, in der gesellschaftlichen Praxis der Majorität des Volkes längst überholter Ideologien vollzogen hat.

IX

Daher ergeben sich aus diesen Überlegungen und aus demokratisch-rechtsstaatlichem Denken für die Reform des Strafrechts in der Gegenwart folgende Mindestforderungen:

1) Das Strafrecht dient dem Schutz der Individuen der Gesellschaft und jenes Minimums an gesellschaftlichen Institutionen, das zur demokratischen Fortentwicklung der Gesellschaft erforderlich ist, vor besonders gefährlichen Handlungen anderer Individuen. Es dient nicht dem Schutz bloßer Ideologien. Es ist darauf gerichtet, straffällig gewordenene Individuen an die Gesellschaft anzupassen. Es muß sich also von moralisierenden Verwerfungsurteilen über die Täter emanzipieren.

2) Die Zwangsmaßnahmen gegen die Täter, die das Strafrecht durch seine Normen ermöglicht, müssen im Interesse der Sicherung der Freiheit in der Gesellschaft rechtsstaatlich begrenzt bleiben. Das ist nur möglich, wenn der Erfolg der Straftat oder der durch konkrete Handlungen versuchte Erfolg, nicht aber bloße potentielle Gefährdung durch Gesinnung oder nicht auf unmittelbare Erfolgsverwirklichung gerichtetes Handeln des Täters Ausgangspunkt des Strafanspruchs des Staates bleibt.

3) Enge Begrenzung und Minimalisierung der unter diesen Gesichtspunkten unbedingt erforderlichen strafrechtlichen Normen und deren Formulierung in einer Weise, die jede extensive Interpretation unmöglich macht, ist schon deshalb dringend erforderlich, weil in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage die Rekrutierung des Richterstandes aus Oberklassen und oberen Mittelschichten ständig zu der Gefahr führt, daß deren besondere Traditionen und Ideologien zuungunsten sozialer Gruppen und der diesen Gruppen angehörenden Täter die Anwendung des Strafrechts erheblich beeinflussen. Die Umwandlung des Strafrechts in ein Gesinnungsstrafrecht würde jedoch die Freiheit der Individuen und damit die freie Entfaltung der demokratischen Gesellschaft und ihrer Fortentwicklung unmöglich machen. Der Extremfall der vollen Umwandlung des Strafrechts in eine beliebig manipulierbare terroristische Waffe im nationalsozialistischen Strafrecht muß gerade in jenem Teil Deutschlands als warnendes Beispiel stets in Erinnerung bleiben, in dem noch zahlreiche Staatsanwälte, Richter und Professoren der Rechtswissenschaft amtieren, die einst im Dritten Reich tätig gewesen sind.

Dr. Wilhelm Raimund Beyer

Revolutionäre Rechtsphilosophie: Hegel - 1817, Lenin - 1917

Anläßlich des 125. Todesjahres Hegels wurde 1956 in Nürnberg die „Deutsche Hegel-Gesellschaft e. V." gegründet, die aus örtlichen Ansätzen eines „Hegelianum" hervorging und später in die internationale „Hegel-Gesellschaft e. V." umgewandelt wurde. Dem Willen ihres Gründergremiums gemäß setzte sich die Gesellschaft von vornherein die Aufgabe, die Philosophie Hegels nicht nur historisch, sondern auch als eine gedankliche Realität aktuell zu begreifen. Der Gründung einer Institution, die sich mit Hegel und seinem Erbe beschäftigt, lag die Einsicht zugrunde, daß die Philosophie Hegels entscheidend zur Bildung des Weltverständnisses unserer Epoche beitrug und daß sich die Positionen gegenwärtigen Philosophierens in der Auseinandersetzung mit ihr konkretisieren. Wollte sie dieses Programm einer aktuellen Wirklichkeitsbeziehung durchhalten, so mußte sich die Gesellschaft allen philosophischen Richtungen öffnen, die sich in irgendeiner wesentlichen Weise zu Hegel in Beziehung setzen. Dazu gehört auch der Marxismus-Leninismus, dessen Vertreter sich an den seit 1956 in zweijährigem Abstand stattfindenden Tagungen der Gesellschaft stets aktiv beteiligten. Diese Bereitschaft, in die Diskussionen auch Philosophen aus den osteuropäischen Ländern einzubeziehen, hat der Hegelgesellschaft und ihrem Vorstand zeitweilig heftige Anfeindungen seitens einiger Kreise der bundesrepublikani-

schen Universitätsphilosophie eingetragen. Der unermüdlichen Tätigkeit ihres ersten Vorsitzenden, Dr. Wilhelm R. Beyer, gelang es jedoch, den internationalen Wirkungskreis der Gesellschaft von Jahr zu Jahr zu erweitern, wovon die wachsende Teilnehmer- und Referentenzahl der Kongresse über Hegels Logik in Genf 1962, über Hegels Ästhetik 1964 in Salzburg und über Hegels Rechtsphilosophie 1966 in Prag Zeugnis ablegt. So wurde die „Hegel-Gesellschaft" zu einem wichtigen Forum konkreter wissenschaftlicher Auseinandersetzung auf einem zentral gelegenen Felde des ideologischen Bereichs. Der Prager Kongreß im September 1966 vereinigte 220 Philosophen aus fast allen wichtigen Ländern der Welt und brachte Vorträge von 52 Referenten. Das internationale Echo ist u. a. durch ganzseitige Berichte in der „Neuen Zürcher Zeitung" und in der Basler „Nationalzeitung" charakterisiert. Nachstehend drucken wir den Vortrag ab, den Wilhelm R. Beyer zur Eröffnung des VI. internationalen Hegel-Kongresses in Prag hielt.

D. Red.

Revolutionäre Rechtsphilosophie — meint nicht oder nicht nur den juristischen Aspekt einer Philosophie der Revolution; sie erschöpft sich und ihre Funktion auch nicht im Aufzeigen des Beitrages (als „Anleitung") zu einer politisch notwendigen Revolution. Sie nimmt darüber hinaus die revolutionären Erscheinungen und Chancen ihres eigenen spezifischen Gebiets in den Griff, und das heißt philosophisch: in den Begriff und als Begriff. Dadurch zeigt sie den Bruch mit bisherigem Denken von Recht und gleichzeitig damit die Wandlung des Denkens des Rechts als Recht des Denkens. Sie fordert also Abwerfen verbrauchter und Aufzeigen neuer, kategorial neuer Rechtsaspekte.

Revolutionäre Rechtsphilosophie hat neue Sachverhalte und neuartige Rechtsbereiche zum Inhalt. Sie abstrahiert aus vorgegebenem Neuen. Sie setzt neue Begriffe. Sie hat die Elastizität der Begriffe für die Widerspiegelung neuer Bereiche, letzten Endes sogar für ein neuartiges Widerspiegelungsverhältnis zu öffnen. Sie hat neue Beziehungsverhältnisse entsprechend den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen in Allgemein-Sicht zu übernehmen und diese ihre Erkenntnisse wiederum als Vorlauf dem tatsächlich politischen Geschehen bereit zu halten. Und gerade in Zeiten des Umbruchs gilt dies betont. In den „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie" [1]) sagt Hegel: „In solchen Zeiten, wo die politische Existenz sich umkehrt, hat die Philosophie ihre Stelle . . ., dann geht der Gedanke voran und bildet die Wirklichkeit um." Der Satz leistet genau das Gegenteil zum Bild des Grau-in-Grau-Malens und des Alt-Werdens-der-Gestalt in der Vorrede zur „Rechtsphilosophie". Er belegt den „revolutionären" Hegel. Und meines Erachtens den echten Hegel. Nehmen wir nur den herrlichen Satz aus der Bamberger Zeit: „Ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht stand." [2]) Hier wieder ein Revolutionsbekenntnis Hegels, das die herrschende Hegel-Interpretation des Idealismus lange Zeit unterschlug, und als es nicht mehr zu verbergen war, abbog und abwegig eingliederte. Bewußt sagt Hegel mit diesem Gedanken, daß Wissenschaft Produktivkraft zu werden vermag, daß eine Revolution im Reich der Vorstellung eine Revolution der Wirklichkeit herbeiführen kann. Der Vorlauf des Denkens vor dem Tun schließt keineswegs das Spiegelungsverhältnis zwischen gesellschaft-

1) Ed. Hoffmeister, Bd. I. Meiner-Verlag, Leipzig 1944, S. 371.
2) Briefe von und an Hegel, Bd. I. Meiner-Verlag.

lichem Sein und der Rechtsordnung als Moment gesellschaftlichen Bewußtseins aus. Die Kraft des Rückspiegels, des ein Gespiegeltes spiegelnden Warnspiegels (z. B. im Straßenverkehr), des fotomechanischen Zweckspiegels usw. rückt das jeweils Abgespiegelte in die Position eines das Spiegelungsverhältnis selbst wiederum Beeinflussenden. Als revolutionäres Recht wirkt gerade das Recht, dem diese Rückwirkungskraft auf die sozialen Verhältnisse konstitutiv eignet.

Hegel hat in der „Landständeschrift" von 1817 [3]) den Akzent auf das Abwerfen alter, Lenin genau 100 Jahre später in der Schrift „Staat und Revolution" [4]), die zuerst „Marxismus und Staat" heißen sollte und den als Praxis-Bezug aller Theorie dokumentierenden Untertitel „Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution" trägt, auf das Aufzeigen neuer Rechtsaspekte gelegt. Beide Autoren aber haben das jeweils Nicht-Akzentuierte keineswegs außer Betracht gelassen. Die Knotenpunkte differieren. Heute, ein halbes Jahrhundert nach dem Erscheinen der Leninschen Arbeit, werden sich für eine revolutionäre Rechtsphilosophie weitere und anders geknüpfte Verdichtungsstellen ergeben. Denn: während Hegel aus der Französischen Revolution schöpfte, Lenin die große sozialistische Oktober-Revolution vorbereitete und ihre theoretischen Gehalte praktisch auffing, stehen wir heute mitten in einer ebenso wichtigen anderen Revolution, die trotz ihrer zunächst nicht politisch ausgerichteten Grundlage doch von gleichen Prinzipien des Revolutionären und des Beitrags von Recht zur Revolution geleitet ist: der technisch-industriellen Revolution [5]). Für alle drei Revolutionen muß die Rolle des Rechts als formlogische Konzeption von Revolution in einem strukturell einheitlichen und in einem qualitativ differenzierenden Gewicht aufgezeigt werden können. Deshalb lehnen wir die zusammenfassende Bezeichnung der Untersuchung dieser Erscheinungen unter dem Titel „Die revolutionäre Rolle des Rechts und des Staates", wie sie 1925 P. Stutschka in Moskau vortrug, ab und glauben eine Berechtigung für eine Korrektur dahingehend auflegen zu können, daß es gilt, die Rolle des revolutionären Rechts (und Staates) philosophisch, und das heißt in diesem Falle sowohl praktisch als auch theoretisch, zu erhärten. Denn andernfalls würde es sich um eine Revolution der Begriffe handeln, eine Revolution, die weder historisch noch philosophisch genügt.[6])

Hegel kommt an die Grenz-Situation einer ungenügenden Revolutionstheorie mit schwacher praktischer Stoßkraft heran. Lenin muß sich, da Philosophie für ihn immer Praxis zugleich bedeutet, bemühen, im Herankommen an sie das theoretisch Eigenständige nicht ganz zuzudecken.

Vorweg gilt es für Hegel festzuhalten: innerhalb des deutschen Idealismus ist er nicht der Philosoph der Revolution. Das ist Fichte. Manfred Buhr hat dies einwandfrei belegt.[7]) Ferner: innerhalb des Hegelschen Revolutions-Denkens darf nicht immer einzig und allein „Hegel und die Französische Revolution" angezielt

---

3) Zitate nach dem Abdruck in der Jubiläumsausgabe von Glockner, Bd. 6. Frommanns Verlag, Stuttgart 1956, S. 349.
4) Zitate nach Lenin, Werke, Bd. 25, S. 392 ff.
5) Zum Thema „Technische Revolution und Philosophie" siehe meinen Bericht über den Philosophischen Kongreß in Berlin vom 22. bis 24. 4. 1965 in „Marxistische Blätter", Frankfurt am Main 1965, Heft 4, S. 45 ff.
6) Das hatte schon E. Paschukanis in „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus", deutsche Ausgabe: Verlag der „Neuen Kritik", Frankfurt am Main 1966, S. 35, in schwachen Zügen angedeutet. Da er „Recht" vor allem als „Rechtsform" sieht, kann Paschukanis den allein entscheidenden Inhalt von Recht, der ja wiederum „seine" Form als inhalts-bezogen und damit inhalts-erfüllt zur Schau stellt, nicht reich genug in den Rechts-Begriff einbringen.
7) In „Revolution und Philosophie", VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965. Manfred Buhr hätte noch Kurt Eisner, den Revolutionär des Jahres 1918, erwähnen können, der stark von Fichte beeinflußt war.

werden. Hierzu haben Joachim Ritter [8]), Jürgen Habermas [9]) und auch Eric Weil [10]) Wichtiges, vielfach sogar Endgültiges gesagt.

Wird das Denken des Revolutionären, nicht der Französischen Revolution, die wohl im Unterbewußtsein bei Hegel immer Fallbeispiel, ja mehr: das Exemplar von politischer Revolution blieb (für die geistesgeschichtliche Revolution wählte er weltanschauliche, in der Jugend vor allem religiöse Beispiele!) mit ausgreifender Thematisierung angegangen, so begegnet als Summa in etwa ein Satz aus der Naturphilosophie der Berliner Enzyklopädie:

„Alle Revolutionen, in den Wissenschaften nicht weniger als in der Weltgeschichte, kommen nur daher, daß der Geist jetzt zum Verstehen und Vernehmen seiner, um sich zu besitzen, seine Kategorien geändert hat, sich wahrhaftiger, sich inniger und einiger mit sich erfassend." [11])

Dieser typisch hegelische Satz ist wichtig, will das Hegel-Verständnis nicht nur Hegel, sondern die Revolution als zentrale Reinigungsinstanz des „Geistes" erfassen. Der Satz enthält zugleich den Beweis, daß die Gedanken des reifen, des „klassischen" Hegel mit denen des jungen keineswegs in Widerspruch stehen. In nuce hat dies Hegel schon in den Jugendschriften gesagt. Dort heißt es: „Die Verdrängung der heidnischen Religion durch die christliche ist eine von den wunderbaren Revolutionen, deren Ursache den denkenden Geschichtsforscher beschäftigen muß. Den großen, in die Augen fallenden Revolutionen muß eine stille, geheime Revolution in dem Geiste des Zeitalters vorhergegangen sein, die nicht jedem Auge sichtbar ... ist. Die Unbekanntschaft mit diesen Revolutionen in der Geisterwelt macht dann das Resultat anstaunen; eine Revolution von der Art, wie die, daß eine einheimische, uralte Religion von einer fremden verdrängt wird, eine solche Revolution, die sich unmittelbar im Geisterreich zuträgt, muß um so unmittelbarer in dem Geist der Zeit selbst ihre Ursache finden." [12])

Man kann den Satz sehr leicht so deuten: eine idealistische Geschichtsphilosophie kommt mit den Revolutionen einfach nicht zurecht. Sie „staunt" das Ergebnis nur an, weil sie es in seinem letzten Grunde nicht versteht. Man muß tiefer forschen: das Stille, Geheime der echten Revolution liegt vor ihrem Geschehen, liegt im Wandel, nach Hegel im Wandel des „Geistes" der Zeit, also der gesellschaftlichen Anschauungen. Wird der Grund dieses Wandels hinwiederum untersucht und in der Veränderung der Arbeitsbedingungen, der ökonomischen Grundlagen einer bestimmten Gesellschaft erkannt, so kann die Geschichtsforschung auch die echten, wahren Gründe einer Revolution erkennen. Hegel hätte nur eine Denk-Etappe weiter zurück fragen sollen: warum denn nun die gesellschaftlichen Anschauungen sich geändert haben, warum „der Geist" sich wandelte — und er hätte die richtige Antwort bekommen.

So aber blieb Hegel immer auf der Stufe, daß falsche Begriffe und Vorurteile die Misere herbeiführen und daß die Übereinstimmung von gesellschaftlich bedingter Situation mit dem „Geist", die Versöhnung des Begriffes mit der Wirklichkeit die Heilung bringe. Für dieses Ziel bleiben Hegel die schärfsten Mittel zulässig,

8) In „Hegel und die französische Revolution", Westdeutscher Verlag, Köln 1957, 2. Aufl., Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1965.
9) In „Theorie und Praxis", Luchterhand-Verlag, Neuwied 1963.
10) In „Hegel et l'Etat", Librairie Vrin, Paris 1950.
11) Jubiläumsausgabe, Bd. 9, S. 45.
12) In „Hegels Jugendschriften", hrsg. von H. Nohl, S. 220.

um die falschen Rechtsbegriffe, die falschen Verfassungsbegriffe auszumerzen. Das ist ihm Aufgabe der Revolution. In der „Landständeschrift" heißt es im Rückblick auf die Französische Revolution: „Es konnte kaum einen furchtbareren Mörser geben, um die falschen Rechtsbegriffe und Vorurteile über Staatsverfassungen zu zerstampfen, als das Gericht dieser 25 Jahre." [13])

Dieser Kampf gegen den ungenügenden Verfassungsbegriff, der deshalb ungenügend bleibt, weil er die Wirklichkeit nicht richtig widergibt und sohin eben doch die Wirklichkeit das wichtigere, das Begriffs-Bildende ist, durchzieht die ganze „Landständeschrift" und empfiehlt sich als Korrektur-Mittel realer Verfassungsverhältnisse in der „Verfassungsbegriffs-Schrift" des Jahres 1818. [14])

Der ganzen Hegelschen Revolutions-Konzeption mangelt das, was Marx in der 1. Feuerbach-These noch vorsichtig, aber bereits umsichtig bemerkte, daß zur „Bedeutung des Revolutionären die praktisch-kritische Tätigkeit" kategorial rechnet. Wird den Hegelschen Kategorien das vorgeschaltet, was letzten Endes Ursache aller Revolutionen ist: die Unausgeglichenheit, die Nicht-Entsprechung der für das Gleichgewicht relevanten Faktoren, die Diskrepanz zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, die im Rahmen der alten Produktionsweise nicht mehr gelöst werden kann, so empfängt die „geistige" Umwälzung ihre richtige Position. Der Bruch mit dem Bisherigen erscheint dann in ihr als Abspiegelung, als begriffliche Wiedergabe, als theoretische Zusammenfassung eines wachen Vorgangs unter Aufzeigen des Allgemeinen im Konkreten und des Konkreten im Allgemeinen, so daß das Ergebnis selbst als wissenschaftliches Operat das Volumen der Produktivkräfte vermehrt.

Den revolutionären Prozeß nennt Hegel ein „Zerstampfen" der Begriffe, der Vorurteile. Hegels treffsichere Tätigkeitsworte erfreuen immer. Eine Nuance weiter geht García Lorca, wenn er in „Granada und andere Prosadichtungen" sagt: „Man muß alles zertrümmern, damit die Dogmen gereinigt werden und die Normen neu erbeben."

Das klingt an Lenin an. Nein, das „ist" Lenin. Das Erbeben der Normen, das Zertrümmern, das Reinigen, das alles drückt die Möglichkeit aus, das elementare „Tun" der Revolution verbal in Tätigkeitsworten anzusiedeln.

Hegel liebte diese Tätigkeitsworte weit mehr als die heutige Philosophie, die vor allem „sein" und „werten", „gelten" und „bedeuten" als Ausdruck rechtlicher Norm-Bezüge zuläßt. Der ganze Normativismus und auch nicht das moderne Naturrecht käme je auf den Gedanken, daß eine Norm „erbeben" muß, daß sie „zertrümmert" werden muß, wenn ihr Inhalt zum Unrecht geworden ist. Verflacher und Reformatoren lieben nur farblose Zeitworte.

Wenn Hegel — beispielsweise — in der „Landständeschrift" von der „Sicherstellung des Rechts des Volkes" [15]) abhandelt, so meint er die aktive politische Handlung, die dieses Ziel erreichen soll. Hierfür empfiehlt Hegel Reform und Revolution, beide als welthistorisch und philosophisch gerechtfertigte Wege. Er wägt in der „Philosophie der Weltgeschichte" beide Entwicklungs- und Abände-

---

13) Landständeschrift, a. a. O., S. 396.
14) Zur Verfassungsbegriffs-Schrift siehe meinen Aufsatz in DZfPh 1966, S. 709 ff, „Hegels Mitarbeit am Württembergischen Volksfreund. Zu einem unbekannten Hegel-Text".
15) Landständeschrift, a. a. O., S. 430.

rungsmöglichkeiten und betont gerade für dieses Abwägen, daß dabei „die Philosophie in dem Staatsleben zum Vorschein kommen muß".[16]) Charakteristisch für seine Philosophie bleibt, daß bei aller Betonung des revolutionären Moments, bei aller Ableugnung des „harm- und kampflosen bloßen Hervorgehens" und bei seiner Vorliebe für „harte, unwillige Arbeit" letzten Endes doch das Ergebnis der Gleichwertigkeit beider Phänomene gilt, daß „das formelle Prinzip der Entwicklung überhaupt ... der einen Gestalt (keinen) Vorzug vor der anderen zusprechen" kann.[17]) Das Facit lautet: Hegel sind Reformation und Revolution weltgeschichtlich gleichwertig. Philosophisch deckt sich dieser Schluß mit seinem ganzen System: es kommt ihm darauf an, daß sich der „Geist" seiner selbst bewußt wird und dieses Bewußtsein immer höhere, reichere Stufen bis zur „Freiheit" vollendet. Die „Vorzüge", die etwa die eine oder die andere Veränderungs- und Entwicklungsweise aufweist, bleiben Hegel „relativ". „Die Entwicklung ist das letzte." [18])

Konkret-politisch aber weiß Hegel mit der Revolution zu drohen. Falls die Reformation versagt, ihr Ziel nicht erreicht, dann muß — es ist dies ein Hegelsches „Müssen"! — die Revolution die notwendig gewordene Veränderung erzwingen. Die letzten Worte der zum Weiter-Druck verbotenen Schrift „Über die englische Reformbill" lauten: „Die andere Macht (sc. gegen die „Interessen der positiven Privilegien") würde das Volk sein, und eine Opposition, die, auf einen, dem Bestand des Parlaments bisher fremden, Grund gebaut, im Parlamente der gegenüberstehenden Partei sich nicht gewachsen fühlte, würde verleitet werden können, im Volke ihre Stärke zu suchen und dann statt einer Reform eine Revolution herbeiführen." [19])

Die gleichen Gedanken wurzeln bereits in der „Landständeschrift" von 1817. Gewiß: das württembergische „Volk" war damals noch nicht politisch so reif wie das englische des Jahres 1831. Das erkannte Hegel sehr wohl. Das Volk muß daher zu einem Staatsbewußtsein erzogen werden.

All die Vorwürfe, die vielfach gegen Hegel erhoben werden, dies, daß er das Volk, „das nicht wisse, was es will", vernachlässige, zerfallen in ein Nichts, wenn man sie den Zitaten aus der „Landständeschrift" gegenüber stellt. Oft und eindringlich erhebt Hegel immer wieder die Forderung, daß das Volk „erzogen" werden müsse, damit es erfahre, was es will. Dies sein Wissen des Willens wollte er aktiv in die Waagschale der zeitgenössischen Politik werfen. Das Volk hat ein „Recht" darauf, zu erfahren, wie es um den Staat und seine Beteiligung an und in ihm steht. Volkstümlich sagt Hegel in der „Landständeschrift" die sich fast wörtlich mit der kürzlich veröffentlichten Schrift über die „Begriffe der Verfassung" deckt: „bei dem mit allem guten Willen gewöhnlichen Unverstande des sogenannten Volkes, wenn es über allgemeine Angelegenheiten zu sprechen kommt, noch mehr bei der Neuheit der Lage, dem Mangel der Begriffe im Volke über eine Staatsverfassung, da es die Sache noch nie gehabt hatte, bei dem Übergang aus seiner politischen Nullität in einen bisher unbekannten Anteil und Einfluß auf das Ganze eines Staates ..." [20])

Dem Volk muß der „Begriff" seiner „Staatsverfassung" geläufig werden. Ein staatsrechtliches Programm wird damit in rechtsphilosophischer Sicht postuliert.

16) Ausgabe Meiner-Verlag, Hamburg 1955, unter dem Titel „Die Vernunft in der Geschichte", S. 173.
17) ebenda, S. 152.
18) a. a. O., S. 153.
19) Jubiläumsausgabe Bd. 20, S. 518.
20) a. a. O., S. 424.

Das Volk muß den Staat als possesivum ergreifen. Das sagte Hegel im Jahre 1817! Es wird an der Zeit sein, daß die Hegel-Interpreten die „Landständeschrift" lesen!

Weiter: der allgemeine Wille muß auch „von der letzten Klasse des Volkes" [21]) mitgebildet werden. Das forderte Hegel im Jahre 1817! Heute, nach fast 150 Jahren, gibt es noch viele Staaten, in denen „die letzte Klasse des Volkes" sich politisch nicht zusammenschließen darf oder ihre Vertretung als „verfassungswidrige" Partei verboten ist. Wer solche Verbote ausspricht, dem mangelt der richtige „Begriff der Verfassung". Kann die Rechtsphilosophie einen böseren Schimpf erheben als diesen, daß der „Begriff der Verfassung" verletzt wird, wenn im politischen Leben Verfassungsverstöße und Verfassungsverletzungen aufkommen? Eine altmodische Verfassung, die solche Unebenheiten duldet, ist für Hegel „die Pest", eine „Landplage" (S. 414). Noch schlimmer wird es, wenn solche Notstände dazu ausgenützt werden, „um Vorteile für sich der Regierung abzudringen" (S. 408), ein Vorgang, der heute Lobbyismus heißt. Daß in solch krassen Verfassungsverletzungsfällen der „einzelne Untertan" das Recht zur Verfassungsbeschwerde dann haben sollte, das leitete Hegel wörtlich im Jahre 1817 aus der Vernünftigkeit des Staates ab (S. 358). Es muß für den vernünftigen Staat eine Instanz her, die solche Beschwerden entgegen nimmt, „wenn bescheinigtermaßen die Staatsbehörden sich geweigert haben, sie anzunehmen".

Hegels Kampf für die Grundrechte könnte mit ganz leichten Korrekturen für gegenwartsnahe Jurisprudenz fruchtbar gemacht werden. Wörtlich heißt es: „es ist ein unendlich wichtiger Fortschritt der Bildung, daß sie zur Erkenntnis der einfachen Grundlagen der Staatseinrichtungen vorgedrungen ist, und diese Grundlagen in einfache Sätze als einen elementarischen Katechismus zu fassen gewußt hat" (S. 380). Wenn nun aber — bei aller „Vernunft" der Staatsverfassung — die Wirklichkeit diesen Anforderungen nicht entspricht, so ist nach Hegel in erster Linie die Bürokratie, der Bürokratismus, der Bürokratenstand daran schuld. Diese geben „den Petitionen des Volkes keine objektive Achtung" (S. 425). Sie haben — zu verschwinden. Und ihr Abtreten wird: „der Triumph des neuen Rechts" (S. 455). Das — das ist revolutionäre Rechtsphilosophie im wahrsten Wortsinn, die die Kategorie des Triumphes einzuführen weiß. Für das Staatsrecht hat Lenin dann diese Kategorie des Triumphes mit aktuellem Inhalt erfüllt und als „das Zerbrechen des Staates" konkretisiert.

Die Kategorie des Triumphes wurzelt zutiefst im Marxismus. Er weiß, daß sie auch in anderen Elementen des ideologischen Überbaus sich ansiedeln läßt. Engels hat ihre Heimat vor allem in dem ihm besonders nahegelegenen Gebiet der Kunst, in der Ästhetik, gesehen. Mehrfach spricht er von dem „Triumph des Realismus" und hebt dabei diese Erscheinung zu kategorialem Rang. Triumph, das ist ein, möglicherweise der etappenmäßige Abschluß der Bewegungen des Denkens, die Modernisierung des Denkens an zeitgenössischen, neuen, eben „modernen" Ursachen. Das Beherrschen neuer Ursachen, das „In-den-Griff-Nehmen" des Neuen und das „Auf-den-Begriff-Bringen" dieser neuen, manchmal dazu noch neuartigen Ursachen, ein „Können" im wahrsten Wortsinn, das ist Triumph, Triumph des Menschen und Triumph des Gedankens. Nur der Marxismus als die Philosophie des auf Fortschritt ausgerichteten Denkens vermag ganz und ausgiebig das Phänomen „Triumph" kategorial einzubringen.

---

[21]) a. a. O., S. 450.

Die Algebra-Funktion der Hegelschen Philosophie für die Revolution (Alexander Herzen!) liefert mit den Rechen-Gesetzen auch die Rechen-Größen. Die vorerst Unbekannte, der Sieg, der Triumph, läßt sich dialektisch ermitteln und konkretisieren. Der dialektische Materialismus kann mit solchen Kategorien „rechnen". Leibnizens Wort, von Heidegger gerne im Seins-Frage-Spiel verkürzt und typischer Weise ohne die „cogitatio" serviert, das Wort: „dum deus calculat et cogitationem exercet, fit mundus" verdient ebenfalls eine Modernisierung. Es darf heute lauten: dum philosophus calculat et cogitationem exercet, fit revolutio.

Bereits bei Hegel verlangen die „Grundsätze des vernünftigen Rechts und das allgemeine Wohl" [22]) die Vernichtung aller Klassen-Privilegien. Die Durchsetzung solcher Forderungen sind „Fälle großer politischer Bewegung". Das Volk muß diese Bewegung durchführen. Das bisher „betrogene Volk", das Volk, das gar nicht das „ekelhafte Schauspiel" merkt, wenn ihm „hundert Jahre geheißenes Recht", also „wirkliches Unrecht", als Recht vorgesetzt worden, ein Recht, das das „Volk zur Verzweiflung gebracht hat".[23])

Immer wiederholt Hegel in der „Landständeschrift": Recht und Staat müssen „mit dem Begriff vereinbar sein".[24]) Hierzu bedarf es „der politischen Erziehung" [25]), da die alten Begriffe „zerstampft" werden müssen. In der „Landständeschrift" wie in der Verfassungsbegriffs-Schrift wird „die Verkehrtheit von Begriffen über Staats- und Freiheitsrechte" gegeißelt.[26]) Die Korrektur, die zu erfolgen hat, ist geboten, „damit die Bestimmungen der Verfassung ... Gemeingut des Volkes werden können".[27])

Philosophisch ausgedrückt, heißt dies: dem Subjekt darf das ihm Gegenüberstehende nichts Fremdes sein. Dem Volk muß der Staat gehören. Der Staat gehört nicht der Regierung, nicht den Verbänden, den „alten Kassen" — wie Hegel so schön sagte! —, der Staat muß dem „Subjekt" gehören, also dem Staatsvolk. Dies allein ist „Freiheit". Und wer den Freiheitsbegriff bei Hegel richtig faßt, weiß dann auch, was ein „freier Staat" ist. In der Logik: „Freiheit ist eben dies, in seinem Andern bei sich selbst zu sein." [28]) In der Geschichtsphilosophie: „Frei bin ich, wenn ich bei mir selbst bin." [29]) Noch besser in der Ästhetik: „Freiheit (nach der formellen Seite) besteht darin, daß das Subjekt in dem, was demselben gegenübersteht, nichts Fremdes, keine Grenze und Schranke hat, sondern sich selber darin findet." [30]) Und weiter: „Im wahrhaft vernünftig gegliederten Staat sind alle Gesetze und Einrichtungen nichts als eine Realisierung der Freiheit nach deren wesentlichen Bestimmungen. Ist dies der Fall, so findet die einzelne Vernunft in diesen Institutionen nur die Wirklichkeit ihres eigenen Wesens und geht, wenn sie diesen Gesetzen gehorcht, nicht mit dem ihr Fremden, sondern nur mit ihrem Eigenen zusammen." [31]) Modern ausgedrückt: Verfassung muß sich mit der Verfassungsrealität decken.[32])

---

22) a. a. O., S. 467.
23) Nebenbei: in vielen Staaten der Gegenwart sind die Strafgesetze 100 Jahre alt, unter ganz anderen wirtschaftlichen Gegebenheiten entstanden!
24) a. a. O., S. 470.
25) a. a. O., S. 473, 483.
26) a. a. O., S. 474.
27) a. a. O., S. 479.
28) Jubiläumsausgabe, Bd. 8, S. 52.
29) Jubiläumsausgabe, Bd. 11, S. 44.
30) Ausgabe Bassenge, Aufbau-Verlag, Berlin 1955, S. 134.
31) a. a. O., S. 135.
32) Sogar die Standard-Kommentare zum bundesdeutschen Grundgesetz halten daran fest, daß eine „Spannung" zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit in der BRD besteht. In Wirklichkeit ist natürlich dieser Gegensatz weit mehr und anderes als eine einfache „Spannung". Auch die Verfassungsverletzung, der Verfassungsbruch sind Symptome einer Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit.

Indem Hegel dies begrifflich unter die Kategorien Freiheit und Wirklichkeit stellt, öffnet er jeder revolutionären Rechtsphilosophie das Tor. Um dieses Ziel der Deckung zu erreichen, empfiehlt Hegel zunächst die reformatio. Er schließt aber die Revolution nicht aus. Das Zusammenfassen der philosophischen Ingredienzien von Revolution bringt Hegel intentional als das Kommen des Geistes zum besseren Verständnis von sich selbst und damit zur Änderung vorhandener Kategorien.

Der Satz darf nicht semantisch ausgelegt werden, etwa, daß mit der Aufnahme einer neuen Kategorie in den Sprachschatz des Philosophen dieses Werk des Geistes vollbracht sei. Umgekehrt würde solch ungenügendes Vorgehen an das Neusprache-Lexikon aus Orwell's „1984" erinnern. Dies wäre Rezeptologie, aber nicht Philosophie: man streiche einfach im Lexikon das Stichwort „Revolution" — und die Sache ist erledigt.

So billig geht es nicht. Die „Arbeit des Geistes" schafft es alleine nicht. Sie muß konkreten Niederschlag finden. Und da kommt Hegel wie so oft ein treffsicheres Tätigkeitswort in den Griff, um seinen Begriff zu unterstützen. Wenn die „Subsistenzweise" einer Klasse den bisherigen Zustand als untragbar belegt, wenn irgend etwas geschehen muß, wenn die „Basis", die Hegel in der Ästhetik als „die Art, unsere äußeren Lebensbedürfnisse zu befriedigen",[33]) beschreibt, eine andere, neue Form der gesellschaftlichen Beziehungen erzwingt, dann sind der Bremsklotz, die alte Klasse, die alten verbrauchten Begriffe, dann ist die diesen Zustand repräsentierende und garantierende staatsrechtliche Institution nach Hegel: „fortzujagen".[34]) Fortjagen — das sollte man: nach Lenin[35]) das Beamtentum, nach Hegel[36]) „die Schreiberei", wohl beides die maßgebenden Institutionen des fortzujagenden Staates. Und ganz scharf faßt es Lenin zusammen: „Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie aber zerschlagen, zerbrechen".

Hegels „Fortjagen", García Lorcas „Zertrümmern", Lenins „Zerschlagen, Zerbrechen" — das sind die juristischen Kategorien von Revolution. Das ist der „Triumph" des neuen Rechts. Die zentrale Kategorie einer revolutionären Rechtsphilosophie heißt: Kategorie des Triumphes.

Lenin weiß diese Kategorie sogar in ein Hegelsches Gewand zu kleiden. Wie so gerne benützt er hierbei Anführungszeichen, wobei er meist auf deutsch „Gänsefüßchen" sagte. In „Staat und Revolution" spricht er vom „Aufheben des Staates als Staat"[37]). Ferner: „Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution ‚aufheben'." Hierzu bedarf es der „gewaltsamen Revolution". Deren Frage stellt Lenin konkret. Die „Kernfrage der Revolution"[38]) aber, die kann philosophisch herausgearbeitet werden. Sie konzentriert sich um den Begriff des Novum, natürlich nur ein echtes, inhaltlich erfülltes Neues, nicht Neuigkeit oder Neuerungssucht. Gegen „verknöchertes Vorurteil", gegen verstaubte Begriffe, gegen das Alte kommt für Lenin als erstes die Frage: „kann denn das nicht auch anders sein?" Hegel fragte akzentuierter: „muß denn das nicht anders sein?" Dieses „Müssen" steckt auch bei Lenin im Zeitwort „Können". Gleichzeitig aber muß

---

33) Augabe Bassenge, a. a. O., S. 948.
34) a. a. O., S. 393.
35) Lenin, Werke, Bd. 25, S. 414, 419.
36) Landständeschrift, S. 467 ff.
37) Siehe Aufsatz „Eine der Kernfragen der Revolution", Lenin, Werke, Bd. 25, S. 378 ff.
38) In „Philosophie der Weltgeschichte", a. a. O., S. 105.

dieses Können auch als Ausdruck der Kraft, der Stärke des Revolutionärs gewertet werden. Die Frage heißt also: hat die revolutionäre Klasse nun die Kraft, die Macht, die Potenz, die Änderung herbeizuführen? Das „Können" wird zur Frage nach der Leistungsmöglichkeit, der Überprüfung der eigenen Kraft — und so wird es — geschichtlich — ein Mehr gegenüber dem Hegelschen Müssen, weil es prüft, ob dieses „Müssen" nun auch gekonnt wird.

Der Sprachschatz der gegenwärtigen idealistischen Rechtsphilosophie kennt solche Probleme nicht. Er verbleibt in den Themen und Wortgefechten, die Hegel in der Vorrede zur „Rechtsphilosophie" deutlich genug „Geschwätz" und „Seichtigkeit" nannte. Eine revolutionäre Rechtsphilosophie muß die zentrale Kategorie des Triumphes als Rechts-Kategorie aufgreifen. Hegel läßt dieses Erfordernis anklingen und gebraucht in der „Landständeschrift" den Terminus. García Lorca nimmt es als menschliche Aufgabe und humanistisches Postulat. Lenin kleidet es bewußt in eine Rechts-Kategorie und nennt es „Zerbrechen des Staates". Das erst wird der Sieg des Rechts, ja der Sieg von Recht, daß der recht-lose, der un-gerechte Staat zerbrochen daliegt und nicht „das Recht", dieses farblose und für Seichtigkeiten offene Gebilde triumphiert, sondern — der Mensch.

Nicht nur die Kunst darf diese Kategorie des Triumphes kennen, obwohl im Bereich idealistischer Weltanschauung ihr bis heute allein hier die Konkretisierung gelang (Beethoven!).

Hegel weiß, daß der Weg zur Revolution und noch mehr der Weg der Revolution Härte heißt. Er sagt: „Der Revolutionär zertritt manche unschuldige Blume, muß auf seinem Weg manches zertrümmern . . ." [39]) Im „Zertrümmern des Staates" wird hingegen alles aufs Spiel gesetzt, das Ganze, die Sammelinstitution der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse. Nur diese Revolution schafft daher grundsätzlich Neues.

Dieses „Zertrümmern", dieses „Zerschlagen" muß heute nicht wörtlich, d. h. buchstäblich genommen werden. Verschiedene Ausformungen sind denkbar. In der industriellen-technischen Revolution der Gegenwart kann dies „Zerschlagen" sogar ganz einfach erfolgen, durch ein „ins Museum stellen". Juristisch können wir heute verschiedene Formen anbieten: absetzen, verdrängen, versetzen, kraftloserklären, einziehen, vernichten, auslöschen. Ja sogar der hegelische Begriff der „Aufhebung", der wohl viel zu oft und manchmal etwas schablonenhaft abstrapaziert und mit Gesten begleitet wird, kann bei richtigem Verständnis einiges hierfür hergeben. Es muß nur der Kern der Kategorie bleiben: die totale Beseitigung des Grundes des Bisherigen. Der alte Grund muß zu-grunde gehen. Das Prinzipielle des Alten hat zu verschwinden. Revolution bringt die totale, nicht mehr zur Rückkehr geeignete Vernichtung zur Geltung.

Dabei ist zu bedenken: der Revolutionsbegriff erwächst als Relationsbegriff. Er weist eine gewisse Relativität auf. Was für manche gesellschaftliche Ordnung nur Entwicklung ist, kann auf anderer Stufe Revolution sein. Als Beispiel mag der socialisme nasseriénne und die „Nationale Charta der Vereinigten Arabischen Republik" von 1962 dienen. Wir dürfen die hier mit „Revolution" apostrophierten Phänomene nicht ausschließlich am Maßstab europäischer Gesellschaftskonstellationen der Gegenwart messen. Doch lehren uns die Häufigkeit der Wort-

[39]) a. a. O., S. 432.

benützung „Revolution" in dieser Charta wie auch Nassers Jugendschrift „Die Philosophie der Revolution", daß mit dem Prädikat „Revolution" sparsam umzugehen ist. Innerhalb der Klasse der Veränderungs-Bezeichnungen gibt es Qualitäts-Unterschiede: Revolution zeigt die krasseste und gründlichste, bis zum Grund gehende Veränderung an.

Auch als staatsrechtliche Kategorie: „Zerschlagen des Staates" erzwingt Revolution nicht nur die Beseitigung eines Bestehenden, sondern die Schöpfung eines Neuen, vollkommen anderen. Lenin vergleicht den Vorgang mit dem Umschlag von Quantität in Qualität. Werden „im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt", so liegt das Ergebnis auf qualitativ anderer, eben höherer Stufe.[40]) Das alles klingt immer wieder an die Hegelsche Kategorie der „Aufhebung" an, die ja von Hegel zuerst als ein „Fertigmachen" in sein System eingeführt worden war. Das Spezifische der Rechts-Kategorie „Aufheben", „Vernichten", „Zerschlagen" der Staatsmacht liegt darin, daß mit dieser „Aufhebung" zugleich „endlich die politische Form entdeckt (wird), unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann".[41]) Oberflächlicher Blick mag eine solche „neue geschichtliche Schöpfung" als ein „Seitenstück" älterer, verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens werten. Das hat schon Karl Marx am Beispiel der Pariser Kommune herausgearbeitet. Rechtsphilosophisch bedeutet dies, daß die Beistellung einer neuen begrifflichen Fassung für die neu entdeckte politische Form unerläßlich ist.

Revolutionäre Rechtsphilosophie geht die Fragen des Staates konkret an. Eine Theorie der Revolution ist heute mehr als „Anleitung" zur Revolution, sie ist Teil der Revolution selbst, mindestens in phänomenaler Sicht als „Vorlauf", und damit zugleich: Verlauf. Daher muß die praktische Tätigkeit im rechtsphilosophischen Element zum Zuge kommen, Ausdruck gewinnen. Hegels Rufe in der „Landständeschrift": „Mein Volk, Deine Führer betrügen Dich, wenn sie vom guten, alten Recht sprechen" (S. 464) fordert die Tat, dahin, daß diese Führer als Verführer entlarvt — und verjagt werden. Hegel schrieb dies am Neckar, da, wo er in den Rhein fließt. An diesen Flüssen werden solche Rufe eh wie je nicht gerne gehört. Hegel hatte denn auch erhebliche Schwierigkeiten mit dieser seiner Schrift. An den Folgen einer Rechtsphilosophie kann ihr echter revolutionärer Gehalt erkannt werden. Eine mit Staatsmitteln gedruckte oder amtlich „geförderte" Rechtsphilosophie kann nur dann revolutionär sein, wenn auch der Staat revolutionären Elan verrät und die Publikationshilfe Ausfluß desselben ist.

Echte revolutionäre Rechtsphilosophie ist Vorstufe, Eingangspforte der Revolution, so, wie Lenins Schrift über „Staat und Revolution" das treffliche Nachwort enthält: „Es ist angenehmer und nützlicher, die Erfahrungen der Revolution durchzumachen, als über sie zu schreiben." Das Handeln, das revolutionäre Handeln steht im Vordergrund. Eine revolutionäre Rechtsphilosophie darf niemals „zu spät kommen", darf niemals „als Gedanke der Welt erst in der Zeit erscheinen, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat".[42]) Sie hat nichts mit Hegels „Eule der Minerva und ihrem Flug bei einbrechender Dämmerung", sie hat wahrlich gar nichts mit dem „Alt-Werden der Gestalt" und dem „Grau-in-Grau"-Malen Hegels in der „Rechtsphilosophie"-Vorrede zu tun. Sollte Hegel, um die eingangs zitierte Stelle aus der

---

40) Von Lenin zitierte Marx-Sätze, a. a. O., S. 445.
41) a. a. O., S. 507.
42) Vorrede zur Rechtsphilosophie, Erstausgabe, Berlin 1821, S. XXIV.

„Geschichte der Philosophie" mit dem kühnen Satz, daß „in Zeiten des Umbruchs die Philosophie ihre Stelle hat und der Gedanke da vorangeht und die Wirklichkeit umbildet" nicht als einfachen Gegenpart im dann unausgeglichenen System zu degradieren, sollte nicht etwa Hegel heimlich und verschmitzt die Stelle in der Rechtsphilosophie-Vorrede nur gegen das „Belehren"-Wollen der Reaktionäre, der Restaurationsphilosophie und der übermüdeten Besserwisser gesprochen, die Rechtsphilosophie der Revolutionäre aber mit der Kraft der Umbildungs-Fähigkeit und des Vorangehens ausgerüstet haben?

Die Rechtsphilosophie aber, die ein Handeln, ein Vorangehen, ein Umbilden der Wirklichkeit in den Griff nimmt und zum Begriff treibt, die — hat wohl höheren Rang als die kontemplativ verbleibende und sich mit dem Gegebenen abfindende. Dabei allerdings muß den Hegel-Kritikern nahegelegt werden, vor dieser Schlußbemerkung Hegels einen Abschnitt zurückzugehen und zu bedenken, daß Hegel die Begründung für einen „Frieden mit der Wirklichkeit" im „Nicht-Besseren-Finden" als „schlecht und mittelmäßig" abtut.

Für uns gilt: revolutionäre Rechtsphilosophie muß die Gedanken bereitstellen, um die faule, überlebte „Wirklichkeit umbilden" zu können. Der arbeitende Mensch, nicht der redende, der photogene oder Lametta-geschmückte, eben der arbeitende und allein der arbeitende Mensch, dem Staat und Recht als sein Eigentum, als sein Besitz gehören, braucht wissenschaftlich erhärtete Gründe, um diesen Besitz als possesivum zu gewinnen, aber auch um ihn zu erhalten, auszubauen und zu erweitern.

Die elementaren Züge des revolutionären Rechts leiten dazu über, auch in anderen als ausgangsmäßig politischen Revolutionen die hierbei auftretenden staatlichen und rechtlichen Komponenten revolutionär zu fassen. Hier fordert dann eine revolutionäre Rechtsphilosophie, daß über die konservierenden, dezisionistischen und vorbeugenden Aufgaben des Rechts hinaus gedacht und aus dem revolutionären Geschehen in anderen gesellschaftlichen Bereichen die gebotenen Schlüsse gezogen werden. Recht wird sich im Hinblick auf die technisch-industrielle Revolution in der Gegenwart revolutionär wandeln, weil das Vernünftige — und Recht fordert immer wieder die Vernunft als ihren Paten heraus! — sich verwirklichen will und muß. Philosophisch versinnbildlicht sich dies in einem Kunstgriff Hegels, dem Lenin erneut das Gepräge eines soziologisch faßbaren Befunds gab: daß nämlich das Überlebte, das Verfaulte, das Dickgewordene, das Verstaubte, das Wunderliche, das Wirtschaftswunderliche „mit Recht zu Grunde geht" — weil einem „Wunder" nie die Vernunft zur Seite stehen kann. „Wunder" bleibt — für Hegel, immer nur „Schein". Aber das Zugrundegehen ist nicht das Wichtige. Das ist das eigentlich rein geschichtliche Geschehen, das Äußerliche. Daß es „mit Recht zugrunde geht" — das ist das Wesentliche. Die Kategorie des Triumphes fordert kein Zugrundegehen. Sie bedingt ein „mit Recht zu Grunde gehen". Staatsrechtlich heißt dies natürlich: auch mit dem betreffenden Recht mit Recht zugrunde gehen. Dieses allein ist der Sieg, der Triumph, dieses „Fertig-Werden" eines abtretungsreifen Staates, so wie das Kontrollratsgesetz Nr. 46 den Staat Preußen „fertig" gemacht hat, d. h. ein für alle Male ausgelöscht. Das „mit Recht zu Grunde gehen" stellt sich auf der anderen Seite als — Gewinn dar, als Gewinn der Menschheit.

Revolutionäre Rechtsphilosophie hat daher gar nichts mit einfacher Negation zu tun, zum mindesten nichts mit dem begrifflichen Fassen dieser als Destruktion,

wie es derzeit eine ganze Schule als „Aufklärung", als „Dialektik", als „Erfahrung" übt. Mag diese Gedankenflut noch so brillant mit zynischer Kritik die „Eigentlichkeit" von Philosophie in Eigenart umdeuten [43]), das eigentliche des Revolutionären vermag sie nicht zu gewinnen. Es liegt im gesellschaftlich bedingten „Müssen", im Vorangehen-Müssen des Gedankens und in der Umbildungsaufgabe der Philosophie.

So lassen sich Hegelsche, und weit mehr noch Leninsche Gedanken zu einer revolutionären Rechtsphilosophie leicht auf die gegenwärtige technisch-industrielle Revolution übertragen. Das „Zerschlagen des Staates" kann in den Vernichtungs-Formen, die heute zuhanden sind, erfolgen. Mit der Gewinnung der für die Leitung der gesellschaftlichen Zusammenschlüsse wichtigen Position, mit der Betätigungsmöglichkeit des Hebels kann im modernen Staat gemäß den Errungenschaften der technischen Revolution auch die rechtliche und staatliche Seite vollkommen umgestaltet werden. Für die Philosophie lassen sich hierfür aus Hegel Pluspunkte aufzeigen. Dies belegt allein schon die Tatsache, daß Hegels Philosophie immer auch — selbst zu den Epochen, da sie verflacht, abgewertet oder neukantianisch verwässert propagiert wurde — den Revolutionären (bis zu Lenin, bis zu Kurt Eisner!) diente. Der preußische Kronprinz hatte am 14. 7. 1838 im „Politischen Wochenblatt" höchst dero selbst geschrieben: „Wir haben eine Revolution zu erwarten, wir haben eine preußische Revolution zu erwarten, von der junghegelischen Rotte."

An ihren Folgen ist eine revolutionäre Philosophie zu erkennen. „Hegel" hatte diese Folgen! Das geschichtlich Richtige muß mit dem Vernünftigen zusammenstimmen und die Wirklichkeit umbilden, wenn nicht anders — dann revolutionär. Hegel hält in der „Philosophie der Weltgeschichte" fest, daß „Vernunft die großen Revolutionen bestimmt hat".[44]) Für den Fortgang der Geschichte gilt ihm: „Der Fortgang ist deswegen nicht ruhige, widerstandslose Entwicklung; der Geist geht nicht ruhig zu seiner Verwirklichung fort." [45]) Vernunft erfordert die Revolution. Die Revolution ist vernünftig.

Rosenkranz zitiert einen Brief Hegels mit dem Satz: „Europa ist ein Käficht, in welchem man sich mit dem Zustand der Dinge wahrhaft nicht vereinbaren kann." [46]) Lenin fragt: „kann denn das nicht anders sein?" Die Vernunft — und die Rechtsphilosophie antworten: dann muß man den Käficht „zerschlagen".

---

43) Siehe: Theodor W. Adorno, „Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie". Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1964.
44) a. a. O., S. 46.
45) a. a. O., S. 255.
46) Rosenkranz, Aus Hegels Leben, Berlin 1844, S. 304.

Sidney Lens, Chikago

Lateinamerika

Eine Übersicht

I

Von den herrlichen Touristenstränden der Copacabana in Rio de Janeiro aus kann man die etwa 300 Favelas, in denen ein gutes Drittel der Bevölkerung der Stadt lebt, nicht sehen. Eine Favela ist ein Slumbezirk — meist auf einem Hügel gelegen —, von dem obdachlose Familien Besitz ergriffen haben. Sie errichten dann dort unzählige improvisierte Hütten, für die sie keine Miete zahlen. Diese Slums sind eine in praktisch allen Großstädten Lateinamerikas anzutreffende Erscheinung, die je nach dem Land, in dem sie liegen, Callampas, Elendsquartiere, Ranchos, Barriadas und anders genannt werden. Sie zeigen den stetigen Zustrom von Dorfbewohnern in die Städte, die Unfähigkeit der Regierungen, Herr über das Wohnungsproblem zu werden, und deren Meinung, es sei aus diesem Grunde klug, die „Schwarzsiedler" bleiben zu lassen, wo sie sind.

In der Formiga-Favela, die ich letzten Sommer in Rio besuchte, hatten sich die Verhältnisse soweit stabilisiert, daß es in den meisten Hütten elektrischen Strom und außerhalb der Häuser Wasserleitungsanschlüsse gab, aus denen die Bewohner der Reihe nach Wasser in Zinnbehälter füllten. Hier und da sah ich eine Fernseh-Antenne, ein Zeichen dafür, daß einige Familien eine oder zwei Stufen aufgestiegen waren, das Geld für den Kauf oder die Miete einer Wohnung im Stadtzentrum aber lieber sparten. Im großen und ganzen jedoch herrschte erdrückende Armut. Ein junger Arbeiter, der erblindet war, verdiente 38 Dollar im Monat und lebte mit seiner Frau und zwei Kindern auf einer Fläche von etwa 15 Fuß im Quadrat; ein Hausierer ernährte mit einem Monatseinkommen von 45 Dollar eine neunköpfige Familie; ein Rentner bekam 27 Dollar im Monat; eine Familie war aus Pernambuco, aus der grauenhaften Armut des Nordostens, gekommen. Lange Zeit werde ich den Anblick einer kleinen alten Dame nicht vergessen, die in einer Hütte von höchstens sechs Fuß im Quadrat an einer Biegung des schmutzigen Weges, der vom Hügel herunterführt, lebte; sie hatte nichts als ein Bett, eine Schüssel und einen Ölbrenner, saß verlassen da, ein Symbol äußerster Hoffnungslosigkeit.

Als ich umherging, sah ich Spalten im Boden des Hügels klaffen und bemerkte einige zerstörte Hütten. Hier wurden im Januar letzten Jahres während der großen Regenfälle 300 Behausungen weggespült; zwei Menschen kamen dabei um, 2000 wurden obdachlos. In der Stadt wurden durch die Überschwemmung Hunderte getötet, Tausende verloren die Wohnung. Weder die Stadt noch die Zentralregierung noch die Landesregierung schienen sich zur Linderung der Not aufraffen zu können. Aus eigener Initiative begannen Gruppen von Bürgern sich der Hilflosen anzunehmen, nachdem ein Journalist in einem Artikel die Einwohner der Stadt aufgefordert hatte, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Ein Mann berichtete mir, daß er und seine Freunde die Tür einer Schule eingeschlagen hätten, um einige obdachlose Familien unterzubringen. Ein anderer holte Medikamente in einer Apotheke und unterschrieb, als der Apotheker Bezahlung verlangte, eine Quittung im Namen der Regierung von Guanabara, die die Regierung später zornig, aber auch verlegen einlösen mußte. Durch diesen impulsiven, unkoordinierten Einsatz der Öffentlichkeit und mit Hilfe später eintreffender Sendungen aus den USA wurde die Lage gebessert.

Nicht lange danach wurde ich an die Überschwemmung von Rio erinnert, als ich mit einem prominenten Amerikaner sprach, der die Politik des State Department guthieß und längere Zeit in diesem Teil der Welt gelebt hatte. Ich wies ihn darauf hin, daß Lateinamerika sehr gut mit den Favelas während der Überschwemmung zu vergleichen sei. In Ecuador leben Zehntausende von Indianern von 30 Cents am Tag und ein oder zwei Acre Land, auf denen sie Getreide bauen konnten (ehe vor ein bis zwei Jahren die „Bodenreform" durchgeführt wurde, waren es 15 Cents täglich). In Kolumbien, wo zwei Millionen Familien auf dem Land im Elend vegetieren, pflücken Landarbeiter den besten Kaffee der Welt für sechs bis sieben Cents Stundenlohn (in vielen Orten ist der Lohn noch niedriger). Mit modernen Geräten (sie müssen nicht so gut wie die in Japan oder den Vereinigten Staaten sein) könnte die Hälfte der Familien doppelt soviel Nahrungsmittel produzieren. Doch selbst wenn das Kapital für diese Veränderung zur Verfügung stände, gäbe es unter den augenblicklichen Verhältnissen keine Arbeitsplätze für eine Million überflüssiger Landarbeiter. In der Dominikanischen Republik sank im letzten Jahr, vor allem wegen der sozialen Unruhen, das Bruttosozialprodukt um volle 15 Prozent; ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos, und ein Fünftel lebt von den Nahrungsmittelpaketen nordamerikanischer, nicht der Regierung unterstehender Organisationen. Nach einem Bericht der Vereinten Nationen ist Lateinamerika das Gebiet mit dem langsamsten wirtschaftlichen Wachstum der Welt, nämlich in der Zeit von 1960 bis 1965 nur 1,7 Prozent pro Kopf und Jahr. Senator Gruening zufolge war es vor dreißig Jahren der größte Getreideexporteur der Welt, in den letzten drei Jahrzehnten aber sank die Pro-Kopf-Erzeugung um 16 Prozent, und heute muß es Getreide importieren. In 34 Jahren werden die 20 Republiken (einschließlich Kubas) 600 Millionen Einwohner haben, während die Bevölkerungszahl heute noch 220 bis 240 Millionen beträgt.

Ich fragte den Amerikaner, ob er nicht angesichts dieser Tatsachen der Meinung sei, daß dieses Gebiet ein umwälzendes Programm brauche, ähnlich den Maßnahmen, zu denen das Volk während einer Überschwemmung gezwungen wird. Wenn die Flut kommt, veranstaltet man keine Ausschreibung für die Lieferung von Decken, man nimmt sie, wo man sie findet. Man kümmert sich nicht um individuellen Profit, sondern um die Linderung der kollektiven Not, und der Einsatz ist kein Wettbewerb, sondern eine Zusammenarbeit. Halte er deshalb nicht, fragte ich den Amerikaner, wenn man doktrinäre Positionen wie „Kommunismus gegen Kapitalismus" beiseite lasse, die Bemühungen des totalen Staates in Kuba z. B. auf lange Sicht für humaner als die von den USA befürworteten und von den meisten lateinamerikanischen Ländern festgehaltenen Konzeptionen der „freien Wirtschaft" und den Plan, den Wohlstand von den oberen zu den unteren Bevölkerungsschichten allmählich „hinabsickern" zu lassen? Welche Vernunftgründe sprächen für den „amerikanischen Weg", gegen den „kubanischen Weg"?

Die meisten amerikanischen Botschaftsbeamten, mit denen ich mich in verschiedenen Ländern unterhalten hatte, wären bei einer solchen Frage empört aufgestanden und gegangen; dieser Amerikaner jedoch sagte zu meiner Überraschung, er habe monatelang über das Problem nachgedacht. „Von Zeit zu Zeit habe ich hier mit einem klugen Marxisten gesprochen", erzählte er, „und bis vor ein oder zwei Wochen war ich wirklich meiner Sache selbst nicht sicher. Ein umwälzendes Programm, das mußte ich zugeben, könnte dafür sorgen, daß etwas geschieht, allerdings geht mit ihm ein Verlust an Freiheit einher. Natürlich weiß ich, daß der Analphabet, der Kleinbauer in Ecuador, von dem Sie mir berichtet haben, weder das Wahlrecht hat noch bei seiner augenblicklichen Armut viel Gebrauch von der Rede- und Versammlungsfreiheit machen kann. Ich bin jedoch in den letzten Tagen zu der Einsicht gekommen, daß unser Weg eine größere Hoffnung auf Freiheit bringt, selbst wenn er viel länger dauert. Als Humanist muß ich die Freiheit wählen."

Als ich ihn verließ, hatte ich den Eindruck, daß er immer noch zweifelte, und ich fragte mich, warum die Liberalen in den USA — oder gar in Washington — so sicher sein können.

II

Hier in den Vereinigten Staaten weckt der Begriff des „amerikanischen Weges" angenehme Assoziationen. Er beschwört das Bild einer großen, freundlichen, ausgabefreudigen Macht herauf, die Schulen, Wohnungen und Straßen für die einheimische Bevölkerung baut, ihr Geld zur Entwicklung ihres Landes ausgibt und sie vorsichtig zu Boden- und Steuerreformen und anderen Fortschritten anleitet. Man schlage nur eine Broschüre der Agency for International Development (AID) auf; man findet im Inhaltsverzeichnis solche wertvollen Projekte wie ein neues wissenschaftliches Labor für die Universität, berufsbildende Schulen, Fonds für Kredite an die Landwirtschaft und für die Bodenreform. Die Allianz für den Fortschritt führte in einem Bericht vom Mai 1966 Ausgaben von 2,3 Mrd. Dollar in den letzten fünf Jahren auf. Diese Summe enthielt die Mittel für 300 000 Wohneinheiten, 22 400 Kilometer neuer und reparierter Straßen, 1 170 Trinkwassernetze, 1 200 Krankenhäuser, Gesundheitszentren und sanitäre Anlagen. Mit diesen Geldern wurden 160 000 Lehrer ganz oder teilweise ausgebildet, 14 Millionen Bücher angeschafft, 100 Millionen Menschen vor Malaria geschützt. Sieht man sich die privaten Investoren aus den USA an, so stellt man fest, daß sie fast immer höhere Löhne zahlen und mehr soziale Leistungen gewähren als die einheimischen Kapitalisten. In der Ölindustrie und dem Bergbau Venezuelas, die zum größten Teil in US-amerikanischen Händen sind, beträgt der Lohn fast sechs Dollar am Tag, in anderen Branchen kaum mehr als einen Halben. Und, was noch wichtiger ist: man hat den Eindruck, daß in all dieser Großzügigkeit kein Jota Heuchelei liegt; sie verfolgt keinen anderen Zweck als das Wohlergehen und die politische Gesundheit des lateinamerikanischen Volkes. Es ist von weitem schwer zu verstehen, warum es „dort unten" soviel heftige „Anti-Yankee-Gefühle" gibt; und man ist leicht geneigt, dieses „Nieder-mit-den-Yankees" als Schwäche übereifriger Studenten abzutun, die leicht Einflüssen aus Havanna, Moskau oder Peking zum Opfer fallen.

Bei der Einschätzung dieses „amerikanischen Weges" muß man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Schließlich leben in den neunzehn Republiken (ausschließ-

lich Kubas) 200 bis 240 Millionen Menschen mit unterschiedlicher Sprache, Kultur, rassischer Zugehörigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung. In Argentinien und Chile gibt es praktisch keine Eingeborenen; in Ecuador und Guatemala besteht mehr als die halbe Bevölkerung aus Indianern oder Mischlingen, Mestizen. In Brasilien, wo über ein Drittel aller Einwohner des gesamten Gebietes lebten, spricht man Portugiesisch; siebzehn andere Nationen sprechen Spanisch in von Land zu Land differierenden Dialekten; in Haiti wird Französisch gesprochen; die Indianer sprechen ihre eigenen Dialekte. In Argentinien, dessen Einwohner zum größten Teil in erster, zweiter oder dritter Generation aus Europa stammen, können 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, in Haiti, nach den Vereinigten Staaten das erste Land, das unabhängig wurde, höchstens fünf bis zehn Prozent. Argentinien hat einen nahezu europäischen Lebensstandard, Haiti fast einen asiatischen.

Die Wirtschaft fast aller lateinamerikanischen Länder basiert im großen und ganzen auf einem einzigen Erzeugnis. In Brasilien ist das der Kaffee (die Hälfte des Gesamtexports); in Venezuela Öl (90 Prozent des Exports); in Chile Kupfer (60 Prozent des Exports); in Bolivien Zinn (zwei Drittel des Exports); in Ecuador Bananen (55 Prozent des Exports). Aber während Bolivien keinen Gewinn aus seinem Zinn ziehen konnte und hinter der industriellen Entwicklung herhinkt, hat Venezuela „Öl gesät" und Stahlwerke, Dämme, Fabriken, Schulen und Wohnungen „geerntet". In Guayana City, 400 Meilen entfernt von Caracas, staut Venezuela das Wasser des Orinoco und des Caroni-Flusses und hofft so, im Jahre 1975 2,1 Millionen Kilowatt Strom, d. h. das Dreifache der augenblicklichen Kapazität, zur Verfügung zu haben. Das regierungseigene Stahlwerk in Venezuela, das heute 475 000 Tonnen Flußstahl liefert, plant eine Produktionserhöhung auf vier Millionen Tonnen in den nächsten zehn Jahren. Auch die Entwicklung großer Industriezweige, wie der Aluminium-, Papier- und Maschinenindustrie, und die Erschließung von 750 000 Acre Boden für intensive Landwirtschaft bei Guayana City durch die Verhinderung von Überschwemmungen und durch Bewässerung sind schon geplant. Das Projekt ist so kühn — es ist das kühnste in Lateinamerika überhaupt —, daß die Einwohnerzahl der Stadt von 4000 im Jahr 1950 bis heute auf 95 000 gestiegen ist und sich vermutlich in den nächsten neun Jahren auf 400 000 erhöhen wird. Vor allem im neuen früher Puerto Ordaz genannten Stadtteil entstehen sehr schnell moderne kleine Wohnungen, Shopping-Centers, Schulen, Krankenhäuser. Offensichtlich kann man also Venezuela und Bolivien nicht gemeinsam als „typisch" für Lateinamerika bezeichnen.

Ähnliche Unterschiede bestehen auf anderen Gebieten. Der Quetzal in Guatemala und der Bolivar in Venezuela sind ebenso gesunde Währungen wie der Dollar und der Schweizer Franken, während der brasilianische Cruzeiro, der argentinische Peso und der chilenische Escudo unter dem Druck der Inflation immer weiter im Wert fallen. Es gibt auch nicht etwa einen harmonischen, spannungsfreien „Block" der lateinamerikanischen Nationen. Territoriale Streitigkeiten werden mit Heftigkeit und Ausdauer ausgetragen, obgleich sie kaum zum Krieg führen. Bolivien unterhält keine diplomatischen Beziehungen zu Chile, weil es Chile vorwirft, sich bolivianisches Land angeeignet zu haben; Paraguay stellt territoriale Forderungen an Brasilien und Argentinien, die auf das Jahr 1870 zurückgehen; Peru und Chile, Mexiko und Guatemala — und andere — streiten um den Grenzverlauf. Obgleich in den meisten Ländern das Militär den anderen Gesellschaftsschichten übergeordnet ist, bedroht das Ungeheuer des Militarismus

nicht ausnahmslos alle Staaten: In Mexiko, Chile und Costa Rica (das nur eine Polizeitruppe hat) ist praktisch kein Staatsstreich der Militärs zu befürchten. Linksradikale Guerillas bilden in Guatemala und in geringerem Maß auch in Peru, Kolumbien und Venezuela ein ernstes Problem; andererseits gibt es in Brasilien und Argentinien, wo brennende politische Fragen anstehen, überhaupt keine Guerillas.

III

Mehr, als man denkt, ist Uneinheitlichkeit ein Kennzeichen Lateinamerikas. Ein Faktor jedoch ist den 19 Republiken gemeinsam: eine bestimmte Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Die USA sind der ausschlaggebende Faktor in ihrer Existenz. Jede wichtigere Entscheidung, sei es in der Innenpolitik, sei es in der Außenpolitik, wird in Beziehung gesetzt zu den Entschlüssen Washingtons. Diese 19 Republiken sind nicht etwa gedankenlose Roboter, die dem Diktat des State Department präzise und mit Vergnügen folgen. Sie diskutieren, sie streiten, sie sind uneins. Aber letzten Endes werden sie unerbittlich in das nordamerikanische Schema gepreßt, unausweichlich nach nordamerikanischem Maß zurechtgestutzt.

Dieser Prozeß ist mit bloßem Auge nicht leicht zu beobachten; denn abgesehen von den Interventionen in der Dominikanischen Republik im Jahr 1965 haben die Vereinigten Staaten lieber mit feinen Nadeln als mit dem Schmiedehammer gearbeitet. Sicher fürchtet man, daß die USA im Falle eines Aufstandes ihre Marine schicken. 1964 lagen z. B. während der Unruhen in Brasilien, die mit einem Staatsstreich der Militärs endeten, amerikanische Kriegsschiffe vor der Küste bereit — ebenso wie in der Dominikanischen Republik —, „um Bürger der USA zu evakuieren". Als in Ecuador eine Einheitsfront von Christlich-Sozialen, Kommunisten, Sozialisten, bürgerlichen Parteien und sogar Geschäftsleuten den Sturz der von den USA stark unterstützten Militärregierung plante, stellte sie vorsichtig bei einem amerikanischen Botschaftsbeamten Nachforschungen darüber an, ob eine militärische Intervention des Kolosses aus dem Norden zu befürchten sei. Als die chilenischen Sozialisten darüber berieten, welche Auswirkungen es haben könnte, wenn sie im Falle ihres Sieges in den Präsidentenwahlen 1964 die amerikanischen Kupferfirmen verstaatlichen würden, kamen sie zu dem Ergebnis, daß sie günstigstenfalls unter Grenzkonflikten mit Peru, Bolivien und Argentinien, die von den USA aufgehetzt würden, zu leiden hätten; schlimmstenfalls ständen sie der amerikanischen Marine gegenüber. Luis Turcios Lima, der charismatische Guerillaführer in Guatemala, sagt offen, daß er einen zweiten Vietnamkrieg in seinem Lande voraussieht, wenn seine Truppen erst einmal schlagkräftig genug sind.

Diese Aussicht bestand und besteht meiner Ansicht nach durchaus. (Vor einigen Jahren besuchte mich in meiner Wohnung in Chicago eine charmante Dame, Professor an der American University in Washington, und bot mir ein Honorar an für die Niederschrift oder das Tonbanddiktat eines Memorandums über das Thema „Welche Maßnahmen die US-Army gegen die brasilianische Arbeiterbewegung im Fall eines Aufstandes in diesem Land ergreifen soll". Wie sie sagte, arbeitete sie an derartigen Berichten auch über eine Anzahl anderer Länder.) Aber die Gefahr offener Intervention der USA ist, obgleich man sie nicht als Phantasie abtun kann, eher latent als akut. Der augenblickliche „amerikanische Weg" ist nicht so brutal, nicht so kunstlos wie unter Teddy Roosevelt.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle besteht gar kein Grund zur Entsendung amerikanischer Truppen bei Aufständen; die nationalen Armeen, die von Uncle Sam ausgebildet und finanziert werden, reichen gewöhnlich bei weitem aus.

Doch wenn auch das Schwert in der Scheide steckt (außer in der Dominikanischen Republik), so heißt das nicht etwa, daß die USA in Lateinamerika keine anderen Ziele als wohltätige Zwecke verfolgten. Washington ist über den Fidelismus wirklich besorgt; es bemüht sich, wie es sagt, „die kommunistische Machtergreifung zu verhindern". Dieses Ziel aber existiert nicht im luftleeren Raum. Eine sogenannte kommunistische Machtergreifung würde Interventionen von 11 Milliarden Dollar und ein Außenhandelsvolumen von 7 bis 8 Milliarden Dollar im Jahr (Import und Export) schwer gefährden. Es liegt auf der Hand, daß die USA in Lateinamerika primär beabsichtigen, diese privaten Investitionen und diesen Handel zu fördern. Die Furcht vor dem Kommunismus und der Revolution ist eine Randerscheinung dieser Zielsetzung. Die heutige Allianz für den Fortschritt ist, wie mir ein christlich-sozialer Gewerkschafter in Huacho/Peru erläuterte, so großzügig sie auch erscheinen mag, nur „Zuckerbrot". Sie ist eine als väterliche Fürsorge getarnte Bestechung, die Lateinamerika im Einflußbereich der USA halten und seine Wirtschaft nach Washingtons Zielen formen soll. Das mag in amerikanischen Ohren hart klingen, ist jedoch die ungeschminkte Wahrheit.

Die Allianz handelt aus denselben Beweggründen, aus denen auch Henry Fords Paternalismus gegenüber seinen Autofabrikarbeitern hervorging. Ford zahlte fünf Dollar am Tag, als das noch ein bisher unbekannter Lohn war; er bot Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten, um den Arbeitern die Freizeit angenehm zu gestalten; er stellte seinen Leuten sogar kleine Grundstücke zur Verfügung, auf denen sie Nahrungsmittel anpflanzen konnten. Doch Fords Wahnsinn hatte Methode: Der Paternalismus war ein Mittel, um die gewerkschaftliche Organisation in seinen Fabriken und den „unmenschlichen" Fortschritt zu verhindern. (Wo das „Zuckerbrot" nicht ausreichte, hatte er seine Schlägertrupps und seine Spitzel in den Werken, die „Unruhestifter" vertrieben.)

Der Vergleich mag hinken, er reicht aber aus, um deutlich zu machen, daß einer an sich guten Handlungsweise nicht unbedingt lautere Motive zugrundeliegen müssen. Niemand kann die Wohnungen, Schulen und Staudämme, die mit US-Geldern in Lateinamerika gebaut werden, als solche ablehnen. Es ist jedoch naiv, anzunehmen, daß diese Mittel gewährt werden, ohne daß an sie Bedingungen geknüpft sind, Bedingungen, die Lateinamerika auf einen neokolonialen Status herabdrücken. Das folgende von zynischen Brasilianern vor einigen Jahren geprägte Wort war mehr als ein guter Witz: „Vermeiden Sie Umwege; wählen Sie Lincoln Gordon (den ehemaligen US-Botschafter) zum Präsidenten."

IV

Zunächst sollte man sich vor Augen halten, daß die Hilfe der Allianz für den Fortschritt bis auf einen kleinen Teil technischer Unterstützung und Nahrungsmitteln nach dem „Public Law 480" nicht als Geschenk, sondern als Kredit gewährt wird. 140 Millionen Dollar für Chile im Jahr 1965 z. B., die als „Hilfe" etikettiert waren, setzten sich zusammen aus einem Kredit von 100 Millionen Dollar, einem Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Wert von 20 Millionen Dollar (warum er als „Hilfe" bezeichnet wird, bleibt unklar) und Bürgschaften für

technische Unterstützung im Wert von 3,5 Millionen Dollar. Die Kredite haben niedrige Zinssätze, oft nur ein Prozent in den ersten zehn und zweieinhalb Prozent in den folgenden Jahren, sind aber trotzdem keine Geschenke eines selbstlosen Onkels; sie müssen zurückgezahlt werden. Außerdem werden sie nur mit gewissen Vorbehalten gegeben. Alle Rohstoffe und Geräte für Projekte, die mit diesen Mitteln finanziert werden, müssen in den USA eingekauft werden, selbst wenn sie wesentlich billiger aus Japan oder England bezogen werden könnten. Die Hälfte der gekauften Waren muß mit US-Schiffen transportiert werden, obgleich die Preise für Schiffsraum in anderen Ländern bedeutend niedriger sind. Wenn man diese zusätzlichen Unkosten einschließlich der höheren Lohnkosten der Baufirmen aus den USA mit in Rechnung stellt, so sind die „niedrigen" Zinssätze gar nicht mehr so niedrig. Ich kenne zwar keine Zahlen; lateinamerikanische Wirtschaftsfachleute beklagten sich bei mir jedoch immer wieder darüber, daß, wenn man alle Faktoren mit einbeziehe, die wirklichen Zinssätze erheblich über den üblichen sechs Prozent lägen.

Es sind noch weitere Bedingungen zu berücksichtigen. Sollte die Regierung eines Schuldnerlandes eine amerikanische Firma ohne die Gegenleistung, die die USA als „faire" Bezahlung ansehen, enteignen, werden alle Kredite sofort vollständig gekündigt. Darüber hinaus muß ein Land, das bei den USA Kredit aufnimmt, sogar von Washington befürwortete Entwicklungspläne annehmen und ihre Durchführung einer gründlichen Kontrolle unterwerfen. Das Geld wird nicht bei einer Bank für die lateinamerikanische Nation — sagen wir, für die Dominikanische Republik — hinterlegt, die dann damit tun könnte, was sie will. Die dominikanische Regierung und AID-Beamte arbeiten gemeinsam einen Plan für die Entwicklung im fraglichen Jahr aus. Der Plan muß den Vorstellungen der AID von „fiskalischer Verantwortung" und anderen Kriterien entsprechen. Dann wird jedes Projekt bis in minutiöse Details dargelegt; die geplante Straße z. B. soll soundsoviel Kilometer lang werden, zu ihrem Bau braucht man soundsoviel Tonnen Zement, sie wird dann und dann fertiggestellt sein und eine bestimmte Summe kosten. Wenn Washington, das selbstverständlich das letzte Wort hat, das Projekt billigt, wird der Betrag immer noch nicht sofort bereitgestellt. Washington wartet, bis dominikanische Importeure die entsprechenden Warenmengen aus den Vereinigten Staaten eingeführt haben; und aus den auf diesem Wege verdienten Dollars deponiert die amerikanische Regierung dann den Kredit bei einer amerikanischen Bank, die ihn nach Bedarf in „Portionen" von 5 Millionen Dollar auszahlt. Allmonatlich müssen die Dominikaner Dokumente über ihre Ausgaben vorlegen, ehe weitere Gelder freigegeben werden. Zur Kontrolle darüber, daß der Plan exakt durchgeführt wird, und zur Beratung setzt die AID einige ihrer Leute direkt in die Büros der dominikanischen Regierung. So wurde im Sommer 66, während ich mich im Lande aufhielt, an 30 AID-Projekten gearbeitet, und 80 Fachleute der USA bevölkerten das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Arbeitsministerium, das Landwirtschaftsministerium usw.

Der Öffentlichkeit wird die US-Hilfe als Geschenk an unglückliche „unterentwickelte" Länder dargestellt, das ihnen hilft, die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen und den „Kommunismus" abzuwehren. Aus Dokumenten mit geringerer Verbreitung aber geht klar hervor, daß man auch andere, ebenso wichtige Ziele damit verfolgt. So heißt es in einer Broschüre über die für Peru geleistete Unterstützung: „Die AID bemüht sich, die Investitionen privater Unternehmen aus den Vereinigten Staaten in Volkswirtschaften unterentwickelter Länder zu erhöhen, indem sie den Investoren Bürgschaften gegen gewisse politische und

geschäftliche Risiken leistet." Mit anderen Worten: eine der Funktionen der AID besteht darin, amerikanische Firmen gegen Verluste zu versichern, die eintreten könnten, wenn es zu einer Revolution käme oder eine Regierung ihnen nicht erlaubte, ihre Gewinne in die USA zu transferieren. Ein von der Botschaft in Chile herausgegebenes hektographiertes Schreiben verzeichnet „Wohltaten der US-Hilfe im Rahmen der Allianz für den Fortschritt für die Privatwirtschaft der USA und Chiles". „Alle AID-Darlehen für Entwicklungsprogramme und Einzelprojekte", liest man in diesem Schreiben, „sind an die Bedingung geknüpft, daß Waren und Dienstleistungen in den USA bezogen werden ..." Und man erfährt: „ ‚Kuli'-Kredite sind Darlehen in Escudo (der Währung des Landes) an chilenische Niederlassungen von Unternehmen aus den USA." Die Kredite dienen zum großen Teil dem nordamerikanischen Export in das Schuldnerland und der Bereitstellung von Geldern in der Landeswährung für US-Firmen.

Hier hört die Einflußnahme der USA nicht auf. In Lima ist es z. B. ein offenes Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten seit zwei Jahren absichtlich die Hilfeleistung für Peru verlangsamen, um das Land zu einem günstigeren Vertrag mit der International Petroleum Company zu zwingen. Nach Aussage eines der Führer der National Revolutionary Movement of Bolivia, die von 1952 bis vor zwei Jahren an der Macht war, verweigerten die Vereinigten Staaten jahrelang die Finanzierung einer Zinnhütte in Bolivien, die das Land dringend wünschte, weil das Unternehmen Eigentum der Regierung sein sollte. „Wenn wir mit einer privaten Hütte einverstanden gewesen wären", berichtete er, „hätten wir das Geld jederzeit bekommen können. So aber mußten wir ohne das Werk auskommen, bis eine westdeutsche Firma sich schließlich bereitfand, es in diesem Jahr für die neue Regierung zu bauen." Die USA lehnten es auch ab, wenige Millionen Dollar zum Bau einer Zuckerfabrik bereitzustellen, weil Bolivien sie als staatliches Unternehmen geplant hatte. Es ist heute in Buenos Aires wohlbekannt, daß die Höhe der von Washington geleisteten Unterstützung in großem Maße davon abhängt, wie die „Standard Oil"-Frage gelöst wird. Ich bin davon überzeugt, daß es in Lateinamerika kein einziges Land gibt, das nicht derartigem zur Förderung privater US-Interessen ausgeübtem Druck ausgesetzt ist. In diesem Punkt gibt es keine Heimlichkeiten — das Gesetz erwartet von Botschaft und AID die Anwendung aller notwendigen Mittel zur Förderung privater US-Investitionen. Heimtückisch aber ist die anmaßende Forderung, daß Lateinamerika eine den privaten Investitionen der USA dienende Politik betreiben — oder ohne sie auskommen muß.

V

Um die amerikanische Hilfe aus der richtigen Perspektive zu betrachten, muß man sie im Zusammenhang mit zwei anderen Phänomenen, den Handelsbedingungen und dem Rücktransfer der Gewinne, sehen. Die USA gewähren Lateinamerika jährlich ungefähr eine halbe Milliarde an Krediten und Bürgschaften. Kredite von etwa einer weiteren halben Milliarde erhält Lateinamerika von Institutionen wie der Export-Import Bank und der Bank of International Development. Beides zusammen aber — eine Milliarde Dollar — ist nur ungefähr die Hälfte der Summe, die amerikanische Privatunternehmen in jedem Jahr aus Lateinamerika herausholen. Ungünstige Geschäftsbedingungen kosten die 19 Republiken — der Schätzung eines US-Botschaftsbeamten zufolge — jährlich eine Milliarde, und der Rücktransfer von Gewinnen entzieht ihnen einen ähnlichen Betrag (im Jahrzehnt

1950 bis 1960 waren es 11 Milliarden). So zahlt die Öffentliche Hand der Vereinigten Staaten eine Milliarde ein— das meiste in Form von Krediten —, und private Geschäftsleute aus den USA entnehmen zwei Milliarden Dollar Bargeld. „Wir brauchen und wollen Ihre sogenannte Allianz nicht", sagte mir ein führender Senator aus Kolumbien, „zahlt uns einfach einen angemessenen Preis für unseren Kaffee." Er wies darauf hin, daß sein Land heute weniger Devisen an seinem wichtigsten Erzeugnis, dem Kaffee, verdient als vor zehn Jahren und nur ebensoviel wie vor fünf Jahren. Die Fertigwaren andererseits, die es aus den USA bezieht, sind im Preis erheblich gestiegen. Diese ungünstigen Geschäftsbedingungen kosten Kolumbien viele Millionen im Jahr, schwächen seine Währung und bremsen seine Entwicklung. Zum Teil kann man die Lücke mit AID-Krediten schließen, aber die Darlehen müssen mit Zinsen zurückgezahlt werden, und je mehr Kolumbien sich borgt (wie der Ratenkäufer in den Vereinigten Staaten), desto tiefer versinkt es im Treibsand. Ein Viertel bis ein Drittel seiner Exportgewinne muß Kolumbien für Zinsen und Rückzahlung seiner Schulden, Lizenzgebühren an amerikanische Firmen und den Rücktransfer von Gewinnen ausgeben. Von jeweils drei Dollar, die es aus dem Verkauf von Kaffee erhält, bleiben ihm nur zwei oder zweieinviertel Dollar für den Import von Nahrungsmitteln und anderen Waren. Wenn man, so sagt dieser Senator, Kolumbien einen um acht oder zehn Cents höheren Preis für das Pfund Kaffee garantierte, brauchte es keine AID-Darlehen mehr. Wenn es den Kaffee zu den Spitzenpreisen, die man vor zehn Jahren erzielte, verkaufen könnte, wäre es auf dem Weg zu wirtschaftlicher Stabilität. Aber die Amerikaner, die den eigenen Farmern über den Weltmarktpreisen liegende Entgelte garantieren, damit sie im Wohlstand leben können, halten es für absurd, mit ihren „Verbündeten" ebenso zu verfahren. Sie finden es auch selbstverständlich, daß sie, wenn sie eine Tasse Kaffee trinken, einem Arbeiter in Kolumbien für das Pflücken dieses Kaffees einen Stundenlohn von sieben Cents zahlen, wenn sie aber Kolumbien einen Traktor verkaufen, dem Land einen Stundenlohn von vier Dollar — 57mal soviel — für einen amerikanischen Arbeiter berechnen.

Der ganze Mechanismus der US-Hilfe führt nicht zu Unabhängigkeit, sondern zu größerer Abhängigkeit der lateinamerikanischen Republiken von den USA. Sie haben sich im Netz verfangen; immerzu bitten sie um größere Kredite und höhere Investitionen, nur um dort zu bleiben, wo sie gestern schon standen. Unweigerlich zahlen sie den politischen Preis für die „Hilfe". Der United States Information Service überschwemmt ihre Länder mit geschickter amerikanischer Propaganda. In Argentinien z. B. vertreibt USIS täglich Pressedienste in spanischer Sprache an 13 Zeitungen allein in Buenos Aires, Informationsdienste, die in größeren Zeitabständen erscheinen, an weitere 200 Zeitungen und Zeitschriften und an 30 Illustrierte. USIS führt nahezu der halben Bevölkerung in jedem Jahr Filme vor und „stellt den Rundfunksendern monatlich Programme für fast 600 Sendestunden kostenlos zur Verfügung". Er vertreibt Bücher mit proamerikanischer Tendenz, unterhält eine Bibliothek und 18 „binationale Zentren", in denen Englisch gelehrt wird und kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Der Prozeß der „Amerikanisierung" wird energisch vorangetrieben.

Eine andere, ebenfalls von Uncle Sam bezahlte, aber unabhängige Institution, das American Institute for Free Labor Development (AIFLD), gibt Zehnmillionenbeträge aus AID-Geldern für spezielle Projekte (wie Wohnungen und Gewerkschaftshäuser) aus, um proamerikanischen Gewerkschaftern zu helfen und vielen Tausenden von Arbeiterführern den „amerikanischen Weg" zu weisen. Das AIFLD,

das von George Meany und Jay Lovestone beherrscht wird, sieht seine Hauptaufgabe in kollektiven Tarifverhandlungen und der nordamerikanischen Art von Gewerkschaftsarbeit. Wenn ein Teil seiner Tätigkeit auch nicht einfach ein Deckmantel für CIA-Aktionen ist, so entspricht er doch sicherlich den Absichten der CIA — z. B. wenn vom AIFLD ausgebildete Funktionäre Geschäftsführer von Gewerkschaften werden, in die sich Castelo Brancos Regime in Brasilien „eingeschaltet" hat, oder wenn sie führende Rollen in einem Generalstreik spielen, der den Sturz der Cheddi-Jagan-Regierung im früheren British Guayana herbeiführen soll. Ich fragte einen AIFLD-Mitarbeiter in Brasilien, was er seinen Studenten erzähle, wenn sie kritisierten, daß es in ihrem Land keine kollektiven Tarifverhandlungen gebe. Sage er ihnen, daß sie eine Revolution machen müßten, um die Militärdiktatur abzuschütteln, oder was sonst? Er antwortete, er könne nicht so weit gehen; er könne ihnen nur erklären, daß ihnen, wenn sie diese Rechte einmal wieder erlangen würden, die von ihm gelehrten Techniken sehr nützlich sein würden. In La Paz/Bolivien referierte George Cabot Lodge (Sohn des Botschafters in Vietnam), der Mitglied des AIFLD-Aufsichtsrates ist, vor 30 von der Botschaft zusammengerufenen Gewerkschaftsführern über die Vorzüge der „Harmonie in der Arbeiterführung". Als ein Zinngrubenarbeiter ihn fragte, wie es zu solcher Harmonie kommen solle, da die Löhne der Mitglieder seiner Gewerkschaft um sage und schreibe 50 Prozent herabgesetzt worden seien, war Cabot Lodge sichtlich verwirrt.

VI

Der verhängnisvollste politische Preis, den die US-„Hilfe" kostet, ist zweifellos der militärische. Nicht einmal die Kredite der Allianz für den Fortschritt haben Lateinamerika so dem Würgegriff der Vereinigten Staaten überantwortet wie diese „Unterstützung", die sich auf 55 bis 95 Millionen Dollar beläuft. Wie Verteidigungsminister Robert McNamara im Juni 1963 zugab, werden die lateinamerikanischen Armeen nicht aufgebaut, weil es irgendwelche „Anzeichen für die Drohung einer Aggression von außen" gibt, sondern um die „Abwehrfähigkeit nach innen gegen kommunistisch gelenkte Subversion und offenbare Aggression" zu erhöhen. Die USA bilden Tausende von lateinamerikanischen Offizieren in Panama und den Vereinigten Staaten für die „Bekämpfung von Aufständen" aus. Vor vier Jahren wurden eines Nachts Wächter eines brasilianischen Elektrizitätswerks von Bewaffneten überwältigt und gefesselt; die Angreifer durchschnitten anschließend Telefonkabel und besetzten die Anlagen. Morgens entdeckte man, daß die Männer Fallschirmjäger waren, die die USA in der Abwehr "innerer Angriffe" ausbildeten; sie hatten einen Übungsangriff durchgeführt. Die Armee brauchte während ihres Staatsstreichs im April 1964 solche Taktiken nicht anzuwenden; aber die amerikanische Ausbildung und Hilfe war ein entscheidender Faktor bei der Stärkung des Militärs für seine reaktionäre Rolle.

In Bolivien drängten die Vereinigten Staaten den ehemaligen Präsidenten Victor Paz Estenssoro jahrelang, die Arbeiter- und Bauernmiliz aufzulösen und stattdessen die reguläre Armee zu vergrößern. Paz gab schließlich nach und erhöhte die Anzahl der regulären Soldaten von 4000 auf 20 000; kurze Zeit später stürzten General Rene Barrientos und die Armee die Regierung Paz. Bolivianer weisen darauf hin, daß Barrientos ein Freund und Protegé des Generals Curtis LeMay war, daß man vor dem Staatsstreich den US-Botschafter, der Paz freundlich gesonnen war, ablösen ließ durch einen Mann, der seit seiner Jugend mit der

bolivianischen Oligarchie in Verbindung stand, und daß ein gewisser Oberst Fox, ein Experte in der Bekämpfung von Guerillas, nach Bolivien entsandt wurde. All das ergibt für sie das Bild eines von Amerika inszenierten Staatsstreichs.

Ähnliches gilt, wie wir vor zwei Monaten sahen [1]), für den Staatsstreich in Brasilien, der mit Unterstützung, ja wahrscheinlich auf heimliche Ermutigung der USA durchgeführt wurde. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß man ohne amerikanische Ausbildung des Militärs, amerikanische Nachschublieferungen und amerikanische Zustimmung 1963 das Juan-Bosch-Regime in der Dominikanischen Republik nicht hätte stürzen [2]) und die Revolution der Verfassungstreuen zur Wiedereinsetzung dieser Regierung im April 1965 nicht hätte niederschlagen können. Die Regierung des Generals Stroessner in Paraguay könnte sich ohne die militärische Unterstützung der USA nicht einen einzigen Monat lang halten; ohne US-Hilfe hätte General Juan Carlos Ongania in diesem Jahr seine „Revolution" nicht machen können. In Ecuador hätte das Militär die Regierung Arosemena im Juli 1963 nicht abschütteln können. Es ist kein Wunder, daß der ehemalige argentinische Präsident Arturo U. Illia im September 66 einem „New York Times"-Reporter gegenüber äußerte: „Die Wahlen in Argentinien sind eine Farce, ein Hohn. Wie kann man ein Volk zur Wahl auffordern, wenn es weiß, daß das Militär das letzte Wort hat?" Das Militär ist die wichtigste regierende Macht, es übt ein echtes Veto-Recht aus; und das Militär wird von den USA ausgebildet, von ihnen versorgt und bis auf seltene Ausnahmen von ihnen beherrscht.

In einem Verhältnis zwischen Starken und Schwachen ist es verständlich, daß die Starken mehr Einfluß, mehr Gewicht bei Verhandlungen haben. Aber Nordamerikas Beziehungen zu Lateinamerika gehen hierin weit über das übliche hinaus, da die USA die 19 Republiken völlig in ihr eigenes Schema pressen. Dieses Schema ist weniger dazu bestimmt, den Republiken den Fortschritt ins zwanzigste Jahrhundert zu ermöglichen, als dazu, die Sicherheit der Investitionen und des Handels der USA zu gewährleisten. Die „Hilfe" ist nur „Zuckerbrot", das über den wachsenden Verlust an Unabhängigkeit hinwegtrösten soll. Wie bei Henry Fords Paternalismus sickert manches bis zu den großen Massen durch und hinterläßt einige Verbesserungen der Lage. 300 000 mit US-Hilfe gebaute Wohneinheiten sind besser als keine, obwohl in derselben Zeit die lateinamerikanische Bevölkerung um fünf Millionen neuer Familien gewachsen ist. Auch die Staudämme, Straßen, Elektrizitätswerke, Universitätslaboratorien und Schulen sowie die Verteilung kleiner Grundstücke an Landarbeiter ohne eigenen Boden, die Verbesserungen beim Einzug der Steuern — all diese Dinge als solche sind gut. Darüber hinaus hat die Allianz für den Fortschritt eine wichtige positive Nebenwirkung: Indem die Allianz Reformen fordert, um Stabilität zu schaffen, weckt sie Erwartungen. In Peru z. B. stand die Bodenreform bisher nur auf dem Papier. Allein die Tatsache jedoch, daß die Regierung sie befürwortet, hat Tausende von Kleinbauern dazu angeregt, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Auf einer 80 Meilen von Lima entfernten Hazienda, die ich besuchte — sie gehört einem der reichsten Männer des Landes, Mujica Gallo — haben sich 42 Landarbeiter zu einer Art Genossenschaft zusammengetan. Ermutigt von einem charismatischen 32 Jahre alten Priester, Pater Neptali Liceta, haben sie ein nahegelegenes regierungseigenes Stück Land in Besitz genommen und versuchen, von einer Bank 8000 Dollar Kredit zu bekommen, mit dem sie Gallo für vier Haziendas in dieser Gegend entschädigen wollen. Nicht weit davon, in Mazo, besichtigte ich eine von

[1]) Sidney Lens, Brasilien und der „amerikanische Weg", in: „Blätter", Heft 11/1966, S. .
[2]) Vgl. „Progressive", Madison, vom September 1963.

Westdeutschland finanzierte christlich-soziale Schule, in der junge Indianer in Landwirtschaft und sozialer Organisation unterrichtet werden. Offen geben sie zu, ihr Ziel sei es, eine echte Bodenreform zu verwirklichen. Ein zwanzigjähriger Indianer erzählte mir: „Die Schwierigkeit von Präsident Belaundes Bodenreform liegt darin, daß sie bisher die Reichen nicht betroffen hat. Nur ein paar Besitzer landwirtschaftlicher Mittelbetriebe haben Grundbesitz verloren, den sie nicht bewirtschafteten. Meine Aufgabe ist es, mein Volk für eine friedliche Revolution zu sammeln, die die Bodenreform in die Tat umsetzen wird . . ." Wie die sozialen Errungenschaften der amerikanischen Neger in den vergangenen Jahren ihr Streben nach „voller Freiheit" erregt haben, so haben die Bodenreformgesetze und die Mißklänge, die in Peru und anderswo um sie entstanden sind, „steigende Erwartungen" bei Millionen Menschen erweckt.

VII

Doch selbst wenn man all das zugibt und einräumt, daß Hunderte von Millionen Dollar an Krediten teilweise in irgendeiner Form zu den unteren Bevölkerungsschichten „durchsickern" müssen, ist sehr zu bezweifeln, ob der „amerikanische Weg" wirklich die Lösung der lateinamerikanischen Probleme darstellt. Mehr und mehr Lateinamerikaner — von den Kommunisten ganz abgesehen — kommen zu der Überzeugung, daß ihr Gebiet ein umwälzendes Programm braucht, das unmittelbar den Menschen am Fuß der sozialen Leiter hilft und allmählich „hinaufsickert", und daß man sich nicht auf den individuellen unternehmerischen Schwung verlassen und von ausländischen Investitionen abhängen kann, die vielleicht nach und nach „nach unten sickern" mögen. Das Modell der brasilianischen Flut, die die Öffentlichkeit in gemeinsamem Handeln einte, steht ihnen näher als das individualistische Modell. Zehntausende von Nationalisten sind sich, so sehr sie unterschiedliche Meinungen in taktischen Fragen vertreten, über eine Reihe grundsätzlicher Programmpunkte einig:

1) Eine gründliche Bodenreform, die auf der Enteignung der Landoligarchie, der Bereitstellung großer Kredite und der Vermittlung technischer Kenntnisse in den ländlichen Gebieten fußen muß. Damit zerstörte man die politische Macht der Landoligarchie, schüfe eine bisher nicht gegebene Kaufkraft bei den Landarbeitern und förderte auf diese Weise das industrielle Wachstum und die Gesamtentwicklung.

2) Die Verstaatlichung der Kreditinstitute — etwa der Banken und Versicherungsgesellschaften —, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beherrschen, statt sie aufs Geratewohl investierenden privaten Unternehmern und Ausländern zu überlassen; die Verstaatlichung der amerikanischen Schlüsselunternehmen zum gleichen Zweck.

3) Eine neutralistische Außenpolitik, die Lateinamerika eine gewisse wirschaftliche Anpassungsfähigkeit verschafft.

4) Staatliche Planung.

Gleichgültig, welche Bedeutung ein solches Programm in den Vereinigten Staaten haben mag — die nichtkommunistischen Nationalisten betrachten es keineswegs als kommunistisch oder marxistisch. Obwohl sie den „amerikanischen Weg" ablehnen, können und wollen sie dem kubanischen Beispiel nicht folgen. „Situationen, in denen Guerillas von Nationalisten, die keine Kommunisten sind, geführt werden, in denen sie die Unterstützung der New York Times genießen

und in denen die Vereinigten Staaten nicht ihre Marine gegen sie einsetzen, haben wir nicht mehr zu erwarten", erläuterte mir ein kolumbianischer Politiker. Auch das kubanische Wirtschaftsmodell wollen die Lateinamerikaner nicht bis ins Detail imitieren, zumal seit Kuba sich so stark auf die Sowjets stützen muß.

Der „kubanische Weg" hat wenige Befürworter, der „amerikanische Weg" noch weniger. Das gilt selbst für Uncle Sams beste Freunde. In der Öffentlichkeit mögen sich Männer wie Raul Leoni von Venezuela, Fernando Belaunde von Peru, Julio Cesar Mendez Montenegro von Guatemala, Carlos Lleras von Kolumbien und Eduardo Frei von Chile auf ihre Freundschaft mit Washington berufen. Dennoch ist es für sie keine Liebesheirat, sondern eine unter Waffendrohung zustandegekommene Beziehung. Wenn sie „Freundschaft" sagen, meinen sie Koexistenz. Diese demokratisch gesonnenen Führer fürchten sich davor, es mit zwei Feinden gleichzeitig aufzunehmen, mit der Oligarchie im Inland und den Vereinigten Staaten draußen nämlich. Deshalb hoffen sie, mit den USA koexistieren zu können und irgendwie durch ein Wunder ihre Wirtschaft so weit zu entwickeln, daß sie unabhängig werden. Zögernd und zaudernd tun sie viele Schritte, um die Fesseln der Abhängigkeit zu lockern. Lleras z. B. hat, seit er im vorigen Jahr gewählt wurde, versucht, ein Bündnis mit vier oder fünf Ländern zu schließen, um erfolgreicher mit den USA verhandeln zu können. Frei hat die Kupferindustrie „chilenisiert'. Leoni arbeitet fieberhaft daran, seinem Land ein gewisses Maß von industrieller Selbständigkeit zu verschaffen. Niemand von ihnen betrachtet die Vereinigten Staaten als seinen Freund auf lange Sicht; alle warten auf den Tag, an dem ihre Länder in Wirklichkeit so unabhängig werden, wie sie es dem Namen nach heute sind. Die einzigen wahren Freunde, auf die die Vereinigten Staaten in Lateinamerika zählen können, sind die Diktatoren Castelo Branco, Stroessner, Somaza usw., deren Regierung ohne die militärische Hilfe der USA in sich selbst zusammenbrechen würde.

Im Schatten des Kalten Krieges hat man sich in den USA eingeredet, südlich des Rio Grande ständen nur die Kommunisten in Opposition zur Politik des State Department. Aber das ist ein billiges Märchen à la „Time". Die moskauorientierten Kommunisten — bei weitem der stärkste der drei kommunistischen Flügel — sind in Wirklichkeit maßvoller als die Neutralisten. Sie haben sich dem linken Flügel der Christlichen Demokraten in Chile so weit genähert, daß sie von manchen sozialistischen Freunden des „Ausverkaufs" beschuldigt werden. In Venezuela haben sie der Guerillabewegung, die sich auflöst, zugunsten legaler Agitation den Rücken gekehrt. Sie sind gewiß keine Freunde der Vereinigten Staaten, doch wenn man eine durchgreifende Revolution für die schlimmste „Drohung" hält, so sind die Kommunisten, die sich nach Moskau richten, weit ungefährlicher als, sagen wir, die Christlich-Sozialen vom linken Flügel und Tausende anderer Nationalisten. Männer wie Emilio Maspero, der Generalsekretär der zwei Millionen Mitglieder zählenden christlichen Gewerkschaftsbewegung (CLABO) und einer der exponiertesten Nationalistenführer, hat für die Kommunisten nichts als Verachtung übrig — nicht etwa, weil sie revolutionär sind, sondern weil er sie für zu lau hält. Er ist jedenfalls überzeugt davon, daß die Kommunisten, wenn es zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland zur Entspannung kommt, versuchen werden, die lateinamerikanische Revolution zu bremsen.

Auch die Maoisten und Fidelisten sind für Washington und seine südlichen Verbündeten kein wirkliches Problem. Die Guerilla-Tätigkeit in Peru läßt nach; die

Rebellen sind dezimiert worden; sie wurden im Januar 66 in Kolumbien schwer geschlagen, als Pater Camilo Torres, ein Mann, der im Volk viel Sympathie hatte, in den Bergen erschossen wurde, nachdem er eine Guerilla-Einheit organisiert hatte; in Venezuela ziehen sie sich zurück, nachdem viele linke Gruppen sie im Stich gelassen haben. Im Augenblick ist die einzige schlagkräftige Guerilla-Truppe die um Luis Turcios Lima in Guatemala — und auch die hat noch einen weiten Weg bis zur politischen Macht vor sich. Anderswo spricht man von Guerillas, sieht aber keine.

Die tatsächliche Gefahr für den „amerikanischen Weg" geht von einer viel breiteren, allerdings uneinheitlichen und nicht fest umrissenen Nationalisten-Bewegung aus. Sie umfaßt vor allem die mehr oder weniger starken linken Flügel der Christlich-Sozialen in Chile, Argentinien, Brasilien, Salvador, Guatemala, Peru, Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Paraguay. Dann gibt es CLASC und andere christliche Gewerkschaften, die mehr für die Organisation der Landarbeiter auf den Dörfern tun als alle anderen Gruppen, einschließlich der Kommunisten und der Freunde von AFL-CIO, zusammen. Dann sind da Hunderte radikaler Priester und Nonnen, die mit den linken Christlich-Sozialen zusammenarbeiten. Hinzu kommen viele neue Jugendgruppen, etwa die Popular Action in Brasilien, die weit radikaler sind als die Kommunisten, sich aber auf die reine christliche Lehre berufen. Es gibt die linken Flügel von Dutzenden bürgerlicher Parteien auf dem ganzen Kontinent. In Kolumbien ist der linke Flügel der Liberalen in Alfonso Lopez Michelsons revolutionär-liberaler Bewegung organisiert; der nationalistische Sektor in der Organisation des ehemaligen Diktators Gustavo Rojas hat einen beachtlichen Umfang; daneben gibt es ein paar Fidelisten. Nationalistisch und neutralistisch sind auch die linken Flügel der APRA in Peru, der Accion Democratica in Venezuela und der verbotenen Labor Party in Brasilien. Neue Kräfte entstehen, so die National Front of Workes and Peasants um die Brüder Caceres in Peru. Linkssozialistische Parteien existieren in Peru, Ecuador und Argentinien ebenso wie fidelistische Sozialisten in Chile. Selbst innerhalb der Streitkräfte haben sich nationalistische Gruppen gebildet — in der Dominikanischen Republik, in der brasilianischen Marine, in der argentinischen Armee. Kennzeichnend ist die peronistische Bewegung in Argentinien, die in dem ganzen Gebiet die größte eigenständige Gewerkschaftsorganisation mit 2,5 Millionen Mitgliedern beherrscht.

In Lateinamerika greift der Nationalismus um sich und erreicht den Siedepunkt — weil der „amerikanische Weg" keinen Erfolg gehabt hat. Obwohl das State Department in den letzten Jahren beachtliche Siege errungen hat — vor allem den Sturz Goularts durch das brasilianische Militär und die Einkreisung von Juan Bosch in der Dominikanischen Republik —, ist es vom endgültigen Erfolg noch weit entfernt. Tatsächlich steht es mehr Feinden — Neutralisten und Nationalisten — gegenüber als vor fünf Jahren, da die Allianz für den Fortschritt in Aktion trat. In diesem Gebiet herrscht furchtbares Elend, vor allem in Brasilien, Argentinien und der Dominikanischen Republik. Sobald — ob überhaupt, ist nicht mehr die Frage — das Volk von Brasilien seine Rechnung mit der Militärdiktatur begleicht, kann man nicht voraussagen, was in anderen Ländern geschieht. Jeder State Department-Beamte, der heute aufgrund der Triumphe seines Department in Lateinamerika optimistisch in die Zukunft blickt, ist auf einem Auge blind, auf dem anderen kurzsichtig.

Übertragung aus dem Amerikanischen: Karin Pée

Fernseh-Spalte

PANORAMA 1967

Der unbeständigste Redaktionsposten im Deutschen Fernsehen ist neu besetzt. Peter Merseburger präsentierte die erste „Panorama"-Sendung unter seiner Leitung. „Wachsam und kritisch" zu sein, lautete das lapidare Versprechen. Der Zusatz hinter dem Komma — „aber fair" — erschien mir indessen nicht ganz fair. Merseburger distanzierte sich damit rhetorisch von seinen Vorgängern. Waren sie etwa unfair? Des weiteren fiel mir auf, daß das Interview mit Karl Jaspers um eine Nuance zu sarkastisch kommentiert wurde („Elfenbeinturm in Basel", „. . . mißt mit der Elle des Absoluten": so ein paar winzige gezielte Stiche richteten sich zweifellos gegen den unpopulären Interpreten der bundesdeutschen Situation). Auch wir sehen Jaspers als wandelbaren Mann, der mancherlei intellektuelle Verwirrung anstiftete. Aber gerade mit seinen bohrenden Reflexionen über die autoritären Tendenzen der bundesdeutschen Regierungs- und Parteienpolitik warf er das Tor zum Elfenbeinturm knallend hinter sich zu, ein ziemlich einmaliger Fall in der deutschen Geistesgeschichte, wo sich die Alten fast allemal für so weise halten, daß von profaner Politik sie ein Abgrund des Hochmuts trennt. Unumwunden stellte Jaspers in dieser ersten „Panorama"-Sendung des neuen Jahres fest, daß an der Spitze der Regierung ein alter Nationalsozialist steht. Das sei eine Beleidigung jener Minderheit, die den Nationalsozialismus haßt. Die jetzige Opposition hält Jaspers für „nichtig". In seiner Beurteilung der NPD dürfte er allerdings irren. Es stimmt nicht, daß diese Partei „keine Interessen vertritt, sondern sich an das Herz wendet". Ich darf mir hier Begründungen ersparen. Die Leser der „Blätter" wurden in letzter Zeit differenziert und exakt informiert. — Der zweite Beitrag des Abends, eine Reportage über Minister Lücke, wurde als fast kommentarlose Dokumentation geboten. Peter Schier-Gribowsky hatte den Minister zweieinhalb Wochen lang begleitet. Das komprimierte Protokoll seiner Beobachtungen vermittelte beängstigende Konturen einer zielstrebigen Machtstrategie. Lückes Instrument sind die Notstandsgesetze. Der gelernte Schlosser und militante Katholik mit der Vorliebe für Skat und Gartenarbeit „wünscht mehr Ordnung in unserem Staat". Er läßt keine Gelegenheit aus, die Weimarer Republik als ein politisches „Chaos" zu diskriminieren. Dieses „Chaos" identifiziert er bedenkenlos mit „Rotfront". Die Lüge von der Zerstörung der Weimarer Republik durch den „Linksradikalismus" ist folglich die ideologische Basis der Notstandskonzeption Lückes. Der Mann, der auf seine Kriegsauszeichnungen stolz ist, fordert: In Deutschland muß Schluß sein mit der Entnazifizierung. Seine Kinder müssen „nach alter deutscher Bürgertradition" Hausmusik machen. Eine Wahlversammlung leitet er mit den Worten ein: „Ich habe Sie zu grüßen von meinem Freund Franz Josef Strauß . . ." Immer wieder appelliert er an den Ordnungssinn der Deutschen. Ihm unterstehen die 16 500 Mann des Bundesgrenzschutzes. Er ist Verfassungsschützer und zugleich „der heimliche Kultusminister". Er versammelt die Redakteure des „Rheinischen Merkur" um sich, gibt ihnen Instruktionen, und er empfängt Wilfried Hertz-Eichenrode von der „Welt". Dazu Schier-Gribowsky: „Dieses Gespräch hat sich gelohnt." Wir hätten es nicht bezweifelt, auch ohne den betreffenden Artikel präsentiert zu bekommen.

Skat, Eigenheim, Hausmusik — Ordnungsstreben bis hin zur Machtperfektion, taktische Planung und Realisierung der Großen Koalition als Instrumentarium der Notstandsgesetzgebung, autoritäre „Stabilisierungs"-Politik: das erinnert an ein Wort von Bismarck, dessen Bild Lücke aus seinem Amtszimmer entfernen ließ: „Mit Kindern kann man alles tun, wenn man nur mit ihnen spielt."

Der „Panorama"-Redaktion aber möchte ich ein Wort des Amerikaners Louis Brandeis anempfehlen: „Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß wir am meisten auf den Schutz unserer Freiheit achten müssen, wenn die Regierung wohltätige Absichten verfolgt."

E. H. Wahl

Bücher

Die Macht der Hundert

Karl-Ernst Reuter, Lothar Kruss, Rolf Barthelmes, Klaus Engelhardt, Hans Peter u. a., Die Macht der Hundert. Mechanismus der staatsmonopolistischen Herrschaft in Westdeutschland. Hrsg. vom Deutschen Wirtschaftsinstitut, Berlin (Ost) 1966, zu beziehen durch Brücken-Verlag GmbH, Düsseldorf, 304 S., br. 3,20 DM.

Tatsache und Umstände der Schaffung der Großen Koalition in Bonn haben wie seit Jahren nicht mehr offenbart, wessen politischer Wille in der Bundesrepublik tatsächlich vollzogen wird. Die Große Koalition ist geschlossen worden, als die Mehrheitsgruppe der bundesdeutschen Wirtschaft sie forderte. Nicht früher und nicht später. In dieser Situation mag es nützlich sein, auch in der Bundesrepublik ein Buch zur Hand zu nehmen, das eben in der DDR erschienen ist und die Machtstruktur der BRD durchleuchtet. Die Untersuchung wurde von elf Wissenschaftlern des Deutschen Wirtschaftsinstituts, des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte und der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften im Laufe des Sommers 1966 erarbeitet, also zu einem Zeitpunkt, als noch die CDU/CSU-FDP-Koalition regierte. Wiewohl sich daher einige Fehldeutungen und falsche Akzente finden lassen, kann das Buch im ganzen als ein wertvoller Versuch bezeichnet werden, dem umfassenden Aufriß des staatsmonopolistischen Systems der BRD in „Imperialismus heute" eine aktuelle Analyse zur Seite zu stellen.

„Die Macht der Hundert" will „den dokumentarischen Nachweis führen, daß die großen Konzerne ihre wirtschaftliche Macht in politische Macht umsetzen", und den Mechanismus bloßlegen, mit dem die Bundesrepublik „von einer Handvoll Männer gegen das Volk und seine Interessen geführt wird". Das Buch will weiter „zur Diskussion über Demokratie in Westdeutschland beitragen" und schließlich die Erkenntnis fördern, „daß eine echte demokratische Entwicklung eine ökonomische, soziale und politische Fundamentierung der Demokratie, das heißt eine Änderung der Macht und Gesellschaftsstruktur, verlangt" (S. 7 f.).

In einem ersten Abschnitt werden zunächst die „drei Grundpfeiler der Konzernmacht" herausgestellt. Es sind dies für die Autoren einmal ein Grad wirtschaftlicher Konzentration wie nie zuvor in der deutschen Geschichte, zum anderen die Verschmelzung der Monopole mit der Staatsmacht und schließlich die monopolistische Beherrschung des politischen Willensbildungsprozesses. Zur Untermauerung dieser Feststellungen werden bereits hier einige Zahlen genannt. Danach entfallen auf die 25 größten Konzerngruppen der Bundesrepublik heute fast 40 Prozent des Umsatzes aller Industrieunternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten. Der Anteil der Aktiengesellschaften mit mehr als 100 Millionen D-Mark Kapital am Gesamtaktienkapital hat 50 Prozent überschritten. 3,7 Prozent der Aktiengesellschaften verfügen gegenwärtig über 59,8 Prozent des Aktienkapitals. Insbesondere 1966 hat sich als ein „Jahr der Konzentration" erwiesen (S. 9). Gleichzeitig ist der Anteil der Arbeitnehmer von 68,6 Prozent im Jahre 1950 auf 79,9 Prozent 1964 gestiegen, während sich die Zahl der Selbständigen allein von 1960 bis 1964 um 484 000 vermindert hat (S. 16). So sehr sich die Herrschaft der größten Monopole verstärkt habe, so verstärke sich andererseits die „Gesamtlabilität des staatsmonopolistischen Systems" der BRD, das sich politisch in einer Sackgasse befinde (S. 21).

Im zweiten Abschnitt, der die Machtstellung der Monopole in der Wirtschaft behandelt, wird der „Formierung neuer Monopolgiganten" in der letzten Zeit im einzelnen nachgegangen. Im Bereich der Energiewirtschaft entstand 1965, getarnt mit der Firmierung „freiwillige Selbstkontrolle", ein Heizölkartell, was eine beträchtliche Preiserhöhung bei Heizöl zur Folge hatte. Im vergangenen Jahr kam eine „Aktionsgemeinschaft deutsche Steinkohle" hinzu, die im Interesse der Monopole die staatlichen Stillegungsprämien optimal ausschöpfen soll (S. 33). Bei der Schiffbauindustrie kam es im Mai 1966 unter dem Namen „Deutsche Werft" zur Bildung einer zweiten monopolistischen Großwerft, auf die allein 40 Prozent der westdeutschen Schiffbaukapazität entfällt (S. 36).

Bedeutende Konzentrationsvorgänge gab es in letzter Zeit in der Eisen- und Stahlindustrie. Im Bereich der Thyssen-Gruppe wurde der größte Stahlkonzern Westeuropas und der viertgrößte des Westens überhaupt geschaffen. Ende 1965 fusionierten die Hoesch AG und die Dortmund-Hörder Hüttenunion und schoben sich damit noch vor Krupp, der seine Montan-Holdinggesellschaft ebenfalls vergrößerte, auf den zweiten Platz (S. 37). Relativ bekannt geworden sind in der westdeutschen Öffentlichkeit die neuen Monopolgruppierungen in der Autoindustrie, die VW, Daimler, Auto-Union, BMW und Glas betreffen.

Bemerkenswerte Zusammenschlüsse weist auch die elektrotechnische Industrie auf. Nachdem Siemens seit September 1966 zu einer einheitlichen Gesellschaft geworden war, ging dieser Konzern mit Bosch eine Interessengemeinschaft zur gemeinsamen Produktion eines Teils ihres Programms ein. Zusammen kontrollieren Siemens und Bosch mit 10 Milliarden Jahresumsatz und 350 000 Beschäftigten mehr als ein Drittel des Volumens der westdeutschen Elektroindustrie. Auch der zweitgrößte Elektrokonzern der Bundesrepublik, die AEG, ist gerade dabei, sich die bisher selbständige Tochtergesellschaft Telefunken einzugliedern.

Der Übersicht dient ein Verzeichnis der bedeutendsten westdeutschen Konzerne mit ihren wichtigsten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften einschließlich des Springer-Konzerns und der drei Monopolbanken. Dabei zeigt sich, daß die Spitze des Finanzkapitals von einem über die Jahrzehnte hinweg sehr exklusiven Kreis gebildet wird. Nur Grundig, Horten und Springer gelang es, nach 1945 neu in sie einzudringen. Dazu kommen noch Oetker, Quandt, Schickedanz und Neckermann als Konzernherrn, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in der Großwirtschaft Fuß gefaßt hatten. Wie der Titel des Buches ankündigt, schält sich personell ein Kreis der hundert Mächtigsten heraus, der sich zusammensetzt aus: den „Großen Familien", den Repräsentanten der größten Banken, den Managern der führenden Konzerne, den leitenden Funktionären der maßgebenden Unternehmerverbände, führenden Repräsentanten des staatlichen Wirtschaftssektors, führenden Regierungspolitikern und Vertretern der wichtigsten ausländischen Konzerne. Die Vorstellung der „Hundert" beginnt mit Hermann Josef Abs und endet mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Mannesmann-Konzerns, Wilhelm Zangen.

Die Schilderung der Unternehmerverbände und ihrer Rolle leitet bereits über zum dritten Abschnitt, der die Verschränkung von Wirtschafts- und Staatsmacht aufzeigt. Vorgestern Konzerndirektor, gestern Minister und heute Verbandsfunktionär ist ein gar nicht so seltener Werdegang (S. 124). Zahlreiche Gesprächskreise, Arbeitskreise, Beiräte und Kommissionen stellen die Mittler zwischen Konzernen, Verbandsbürokratie und Staatsapparat dar. Seit 1950 hat der BDI etwa 3000 Eingaben an staatliche Stellen gerichtet, davon 80 bis 90 Prozent an die Ministerien und deren Fachorgane. In der Untersuchung wird anhand einer Textgegenüberstellung nachgewiesen, daß der BDI-Bericht in weiten Teilen die vorweggenommene Regierungserklärung ist. Zu den Bestandteilen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zählen der Untersuchung nach nicht zuletzt die rechten Parteien, insbesondere die CDU/CSU. Es werden einige besonders eklatante Beispiele für die Abhängigkeit dieser Partei von den Konzernen gegeben (S. 204 ff.). „Über diese Bindungen der CDU/CSU und auch der FDP an Monopole und Monopolverbände hinaus gibt es Bestrebungen führender Repräsentanten westdeutscher Konzerne, in diese Formierung der westdeutschen Parteien im Interesse der staatsmonopolistischen Politik auch bestimmte Funktionäre der SPD-Führung einzubeziehen", wird zu einem inzwischen gelungenen Manöver etwas vorsichtig gesagt. Das Parteiengesetz wird als eine Maßnahme zur weiteren staatlichen Formierung der großen Parteien und Fixierung der Chancenungleichheit im Parteiwesen gewertet.

Der vierte und letzte Abschnitt des Buches behandelt den Stand und das Wesen des Parlamentarismus in der BRD. Es wird darauf verwiesen, daß „im 5. Bundestag Multimillionäre, Monopolvertreter und Manager kapitalistischer Unternehmer und Interessenverbände ... erheblich massierter vertreten (sind) als in seiner vierten Legislaturperiode". Insgesamt handelt es sich um weit über hundert Abgeordnete. Der Thyssen-Konzern, der Flick-Konzern, der Klöckner-Konzern, die Gelsenkirchner Bergwerks-AG, die Gruppe Stumm-Wolff und

der Oetker-Konzern verfügen „über einen oder mehrere sogenannte hauseigene Abgeordnete" (S. 221). Demgegenüber sei die Arbeiterklasse nur durch 7 Abgeordnete vertreten (S. 222). Eine Reihe von konzernorientierten Abgeordneten wird namentlich aufgeführt und charakterisiert. Die Liste beginnt mit Siegfried Balke und endet mit Gustav Stein.

Es wird ein „Widerspruch zwischen der verfassungsrechtlichen Stellung des Bundestags und seiner nahezu völligen Entmachtung in der Verfassungswirklichkeit" festgestellt (S. 234). Die politischen Entscheidungen werden in der Tat — so weit sie überhaupt noch im parlamentarischen Bereich getroffen werden — in erster Linie in den unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Parlamentsausschüssen gefällt. Welcher Provenienz aber in vielen Fällen die Ausschußmitglieder und vor allem die Vorsitzenden sind, darüber werden einige aufschlußreiche personelle Hinweise gegeben. In ihren entscheidenden Stadien wird die Gesetzgebung der Bundesrepublik ohnehin außerhalb des parlamentarischen Bereichs, „und zwar auf der Ebene der mit den Unternehmerverbänden vereinigten Regierungs- und Ministerialbürokratie" abgewickelt (S. 243). Der Eingabenpraxis des BDI wurde oben bereits gedacht. Die Autoren des Buches sprechen von „rund 500 Kontaktstellen und Lobbyistenbüros" der Unternehmerverbände und anderer Interessengruppen in Bonn und Umgebung (S. 246). Sie weisen schließlich darauf hin, daß in kritischen Fällen Politiker immer noch durch einen Ministersessel (Katzer) oder einen Vorstandposten (Russe) „in Zucht genommen" werden können. (S. 249).

Selbstverständlich werden auch die Notstandsgesetzgebung und die geplante Strafrechtsreform im Zusammenhang charakterisiert, es wird der Einfluß der sog. Vertreter-Generale auf Militärpolitik und Rüstungswirtschaft untersucht, wie auch die Verbindung der Landsmannschaftsverbände mit dem Staatsapparat. In einer Schlußbemerkung gehen die Verfasser davon aus, daß auch das immer stärkere Zusammenwachsen von wirtschaftlicher und staatlicher Macht nicht verhindern konnte, daß „die tausendfach totgesagten Grundübel des Kapitalismus hinter der verblassenden Fassade des ‚Wirtschaftswunders' in ihren schlimmsten Erscheinungsformen wieder zum Durchbruch kommen" (S. 299). Die Mächtigen der Bundesrepublik suchten den Ausweg aus dieser Lage in verschärfter Reaktion (S. 300).

Es bleibt die Feststellung, daß bei allen Vorbehalten, die der einzelne Leser der Untersuchung aus der DDR entgegenbringen mag, hier eine Fülle von Fakten über die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik geboten wird, an der bei dem Mangel einschlägiger Untersuchungen in der Bundesrepublik kaum ein Interessierter vorbeikommt.

Dr. Hanns-Jochen Hauß

Die permanente Inflation

Harold Rasch, Die Finanzierung des Wirtschaftswunders — Der Weg in die permanente Inflation, Seewald Verlag, Stuttgart 1966, 273 S., Ln. 22,— DM.

Der Mitherausgeber dieser Zeitschrift Prof. Rasch legt hier abseits von seinem engeren Fachgebiet, dem Konzern- und Kartellrecht, in seiner Eigenschaft als deutscher Publizist das Ergebnis seiner intensiven finanzpolitischen Studien in der jüngsten Zeit vor. Offensichtlich getrieben von dem Wunsche, sich selbst einmal Klarheit über die letzten Dinge unserer Finanzpolitik der vergangenen Jahre zu verschaffen, hat er diese Studien in bewährter akademischer Akribie gleichwohl aber mit pädagogischem Talent zu einer Niederschrift ausgewertet, die den weiten finanzpolitischen Hintergrund und den Werdegang des deutschen Wirtschaftswunders ausleuchtet. Der kleinen Minderheit im deutschen Volke, die sich für Gemeinschaftsfragen und für Angelegenheiten des Gemeinwohls interessiert und die auch über ein gewisses Maß an volkswirtschaftlichen Grundkenntnissen verfügt, ist damit ein Kompendium der finanzwirtschaftlichen Entwicklung von der Währungsreform bis zur Gegenwart mit allen relevanten Daten, Tatsachen und Zahlenmaterial an die Hand gegeben. Es dürfte sich ausgezeichnet für den akademischen Unterricht eignen und

sollte von der jungen Generation der Volks- und Betriebswirte, von Soziologen und Juristen als Beispiel der Wirtschaftsgeschichtsschreibung in jüngster Zeit aufmerksam studiert werden. Dies ist umso mehr empfehlenswert, als der geistige Standort des Verfassers in keiner Weise interessengebunden ist. Er geht bei seinen Beurteilungen von den übergeordneten Interessen der Gesamtheit aus und hat sich nicht, wie es leider bei vielen wissenschaftlichen Büchern vorkommt, irgendwelchen organisierten Gruppeninteressen eingeordnet. Hierin ist in ideeller Hinsicht eine Stärke des Buches zu erblicken, aber zugleich eine gewisse Schwäche im Hinblick auf die derzeitige Verfassung der deutschen Bundesrepublik, in der nur noch „Sprachrohre" von machtvollen Interessen ausreichend Gelegenheit finden, in den Massenmedien sich Gehör zu verschaffen.

Aus dem Gefühl heraus, daß die Stimme der Wissenschaft und der reinen Erkenntnis als solche heute nicht mehr zählen, hat der Verfasser seine Einsichten und Schlußfolgerungen weitgehend an die Monats- und Jahresberichte und sonstigen Verlautbarungen der Bank Deutscher Länder, bzw. der Bundesbank angelehnt. Dies konnte er ohne Schaden für den Wert seiner Darstellung tun, weil die Notenbank ein relativ über dem Interessentenkampf stehendes Staatsorgan ist, das von der fortschreitenden Degeneration des politischen Lebens in Deutschland durch die politischen Parteien sicherlich erst spät, wenn überhaupt, ergriffen wird. In der Bundesbank hat sich von früher her die moralische Integrität, Sachkunde und wirtschaftliche Denkfähigkeit weit besser erhalten als in den Institutionen des Bundestages und der Bundesregierung, die nach Rasch's Feststellungen den Anforderungen der Zeit nicht gewachsen und die allein für den eigentlichen „Notstand" der Demokratie selbst verantwortlich sind.

Regieren heißt vorhersehen und planen. Planen schlägt sich am augenfälligsten in der Staatspolitik durch finanzwirtschaftliche Maßnahmen nieder. Das gegenwärtige Zusammentreffen von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, von Sorgen um nicht zu deckende Haushaltslücken, von Löchern in der westlichen Einheitsfront kommt nicht von ungefähr. Hier wirkt sich im Geldlichen und Finanziellen der Zwang der Tatsachen aus, die eine Garnitur von Politikern in den etablierten politischen Parteien der Bundesrepublik ständig ignoriert hat. Was Deutschland nach der Währungsreform am dringendsten gebraucht hätte, waren neue Männer, die nach dem Zusammenbruch eines korrupten Herrschaftssystems neue Maßstäbe und Verhaltensmuster gesetzt haben würden, etwa von der Art, wie es Prof. Rasch in seiner Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Ereignisse in dem vorliegenden Buche tut. Leider konnten sich solche Männer gegen die organisierten Einzelinteressen, die sich in den politischen Parteien ungeniert breit machten, und gegen Männer, die nur an ihr Fortkommen und an ihren Platz an der Krippe der Macht dachten, nicht durchsetzen. Skrupellose und machthungrige Persönlichkeiten, die nur persönlichen Interessen und denen gewisser Gruppen dienen, haben sich des Staatsapparates der Bundesrepublik bemächtigt und nutzen ihn für ihre Zwecke durch uferlose Bewilligungen in der öffentlichen Personalwirtschaft und in Subventionsgewährungen aus. Die vom deutschen Volke dafür zu bezahlende Rechnung liegt jetzt auf dem Tisch. Prof. Rasch hat sie uns in ihren Einzelheiten als den Weg in die permanente Inflation vor Augen geführt.

Auch die Politiker und Leitartikler der Bonner Observanz sind sich im Anblick der trostlosen finanzpolitischen Lage ziemlich einig, daß ein neuer Anfang gemacht werden müsse. Es fragt sich bei ihnen nur, wieweit man zurückgehen soll, um den Anknüpfungspunkt für den neuen Start zu finden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß ein Staat eine erfolgreiche Finanzpolitik nur machen kann, wenn die staatstragenden Parteien und die Politiker ein echtes „Staatsbewußtsein" haben. Der deutschen Öffentlichkeit ist indessen nicht verborgen geblieben, daß es ein solches Staatsbewußtsein in der Bundesrepublik nicht gibt. Schriftsteller wie Böll haben das öffentlich so ausgedrückt: „Schweigen wir also vom Staat, bis er sich wieder blicken läßt."

Nachdem der Verfasser in seinem Schlußkapitel die Probleme und Notwendigkeiten unserer künftigen Finanzpolitik eingehend erörtert hat: Lenkung der Investitionen, mittel- und langfristige Haushaltspolitik, strukturpolitische Aufgaben, die Formierte Gesellschaft und die grundlegende Finanzreform für Bund, Länder und

Gemeinden, zieht er Bilanz und kommt notgedrungen zu einem sehr pessimistischen Ergebnis. Er kann nicht umhin, bei der Regierungsmehrheit und der Opposition im Bundestag „Unaufrichtigkeit, zum mindesten Unglaubwürdigkeit" festzustellen. (S. 256) „Da Bundestag und Bundesregierung Mut und Kraft zur Wahrheit nicht besitzen, flüchtet man nicht nur in den permanenten Notstand, sondern weiter auch in die permanente Inflation. Und die sogenannte ‚Opposition' wartet nur darauf, bis der Preis, den sie für den Verkauf ihrer Seele erlöst, hoch genug ist..." (S. 259) Im Hinblick auf die jüngst vollzogene Regierungsbildung sind dies wahrhaft prophetische Worte des Verfassers.

Dr. Lothar Frank

Exkurse mit Fragezeichen

Walter Heist, Genet und andere. Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang. Claassen Verlag, Hamburg, 206 S., kart. 11,50 DM.

Die Frage, ob es eine faschistische Literatur in Frankreich gibt, wird den Kenner der Materie kaum in Verlegenheit bringen. Hundert und mehr Namen geben eine klare Antwort, richtiger: die Werke dieser Autoren. Tatsächlich muß in nicht wenigen Fällen das Werk von seinem Verfasser getrennt werden (besonders in der Belletristik), wenn man nach faschistischen Elementen, Leitbildern und Verhaltensweisen fahndet. Zweifellos ist auch die französische Rechte wesentlich differenzierter als etwa die deutsche. Die Skala ihrer Erscheinungsformen reicht vom Vulgärfaschismus über den Rechtsanarchismus und sublimierten Führermystizismus bis zum Konservativismus und Traditionalismus. Wenn von der literarischen französischen Rechten gesprochen wird, müssen immerhin Namen wie Giraudoux, Gabriel Marcel, Henri Thomas, Jean Anouilh, Jules Romains, Saint-Exupéry, Léon Bloy genannt werden. Ich bin nicht der Ansicht, daß man sie mit Vulgärfaschisten wie Brasillach, Drieu La Rochelle oder Céline auf eine Stufe stellen kann. Dazwischen schweben dann noch die partiell faschistoiden Typen — die Militaristen, Klerofaschisten, pseudofaschistischen Ästheten wie Michel de Saint-Pierre, Alexandre Astruc, der abgefeimte Antisemit Peyrefitte, Thierry Maulnier, René Daumal, Roland Dorgeles, François Ponthier, Marcel Aymé, Jean Cau (dessen idiotische Anti-LSD-Reportage unlängst gar eine renommierte Zeitung wie die „Zeit" veröffentlichte) und — wie gesagt — hundert andere mehr. Die Standortbestimmung der französischen Rechten, ihre Graduierung, ihr intelektueller Anhängerkreis, ihre publizistische Methodik, ihre recht vielschichtige Programmatik: all das ist noch nicht zusammengefaßt, geordnet, kommentiert. Hier eröffnet sich der zeitgeschichtlichen Forschung ein weites und ergiebiges Feld.

Die Aufsätze von Walter Heist gehören — dem Untertitel des Buches zufolge — in dieses Genre: „Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang". Aber bereits der Titel des Einführungskapitels — „Der Faschismus der Nichtfaschisten" — bewirkt leichte Verwirrung, mehr noch die Kapitelübersicht, die folgende Namen ausweist: Bernanos, Péguy, Bloy, de Montherlant, Céline, Genet, Camus, Aragon, Anouilh, Cendrars, Sartre.

„Der Faschismus der Nichtfaschisten", heißt es in der Verlagsankündigung, „... erscheint als Ausdruck der Hilflosigkeit in einer Welt, die ‚zur Revolution so unfähig ist wie zum Christentum' (Bernanos), und die nur noch Ideologien oder militärische Explosionen als Ausweg kennt. Das originelle und mutige Buch richtet sich nicht gegen die französische Literatur; es macht sie vielmehr lebendig, indem es sie aus dem Zustand des ästhetisierenden Geschwätzes und der verfrühten Mythenbildung wieder herausholt."

Vorweg: die meisten Aufsätze von Heist sind in ihrer Art ausgezeichnet. Aber man hätte sie unter einem anderen Stichwort zusammenfassen sollen. Bemerkte desweiteren niemand den Widerspruch zwischen Untertitel („Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang") und Einführung („Der Faschismus der Nichtfaschisten")? Was schließlich hat — wenn es das überhaupt

gibt — ein „Faschismus der Nichtfaschisten" mit der „Hilflosigkeit" zu tun, für die zufällig Bernanos zur Verfügung steht?

Ich habe oben einige Graduierungen der französischen Rechten skizziert, einige wenige Namen genannt. Diese Namen stehen repräsentativ für viele andere. Das bedeutet, daß verblasene Wortspiele („Faschismus der Nichtfaschisten") der Problematik nicht gerecht werden. Es ist eine konkrete Problematik, die sich bis in Jean Gabins Maigret-Interpretationen und in die Filme der Neuen Welle hinein verfolgen läßt. Heist spricht verschiedentlich von der Literatur der dreißiger Jahre, ohne sich dann in den einzelnen Beiträgen daran zu halten. Er läßt sich von der präfabrizierten Meinung beeinflussen: „Frankreich hat einen faschistischen Trend, wie wir ihn in Deutschland in den zwanziger Jahren erlebten, kaum gekannt." Das ist zumindest falsch ausgedrückt. Natürlich gab und gibt es einen intensiven französischen Faschismus. Daß die französische Rechte wesentlich mehr Nuancen aufweist als die deutsche, bedeutet nicht, daß auch der französische Faschismus — eben in seinem typisch faschistischen Charakter — genügend Raum für Differenzierungen läßt. Der Unterschied wäre vielleicht auf der Spur dieser Formel zu definieren: Die französische Rechte und der französische Faschismus sind politisch in weit geringerem Maße identisch als die deutsche Rechte und der deutsche Faschismus, die ja fast bis zur Perfektion aufeinander abgestimmt sind.

In der Einleitung verweist Heist einmal auf Ernst (nicht Erik!) Noltes Buch „Der Faschismus in seiner Epoche". Nolte hat erstmals — wenn auch in verschiedenen Details anfechtbar — ein Totalbild des europäischen Faschismus am Beispiel seiner Hauptströmungen entworfen: Action Francaise, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus. Heist bestreitet, daß die Action Francaise eine Vorform des internationalen Faschismus war. Hier wirken sich dann die Irrtümer aus, die ich oben von der Grundhaltung des Heistschen Denkens her zu begreifen und umschreiben versuchte. Die Action Francaise ist doch untrennbar mit Heists Thema verbunden. Nolte schreibt: „Die Action Francaise ist die erste politische Gruppierung von Einfluß und geistigem Rang, die unverkennbar faschistische Züge trägt." Auch das ist mir zu undifferenziert, weil es meiner Ansicht nach einen transhistorischen Faschismus gibt, der sich hinter den römischen Cäsarismus zurück bis zum athenischen Ostrakismus und zum Spartanismus verfolgen läßt. Aber das muß Gegenstand einer separaten Untersuchung sein. Bleiben wir bei der nützlichen Analytik Noltes. Er gräbt die „disparaten Wurzeln" des Faschismus aus: Christlicher Konservatismus, Kritischer Liberalismus, Radikaler Konservatismus. Er analysiert Organisationen und deren politischen Stil. Er untersucht ihre doktrinären Schlagworte wie „Déesse France" und „Royaume choisi" (was mit Unvergleichlichkeit und Auserwähltheit zu tun hat) und schaut sich ihr Programm an (Das modellierte Vaterland, der Blick des Neids, Kritik der Demokratie, Kritik des Pazifismus, Antisozialismus, Antisemitismus, Die Lehre vom Feind, Elitebewußtsein, Monotheismus, Autoritätsmythos, Wille zur Macht usw.). Hier schon hätte Heist alle Formeln für seine eigene Untersuchung vorgefunden. Er sagt ja selbst: „Gewiß weist die Action Francaise eine Reihe von Erscheinungsformen auf, die für den Faschismus kennzeichnend wurden, etwa die Camelots du roi, den Antiparlamentarismus, den Kult der Gewalt..." Aber dann schwächt er ihre Wirksamkeit ab, indem er sie „antimodernistisch" und (mit Bezug auf ihre Rolle nach dem Ersten Weltkrieg) „kaum mehr als eine smarte Freizeitbeschäftigung für eine bestimmte bürgerliche Jugend, die sich selbst Elite-Charakter zuerkennt", nennt. Als würde das etwas über den Inhalt der Action Francaise besagen. Unbegreiflich, daß er damit die besten historiologischen Argumente aus der Hand gibt, die er später wieder mühsam zusammen suchen muß, abgesehen von der völlig unstatthaften Verharmlosung dieser Bewegung, die der aufmerksame Leser moderner französischer Literatur und Tagespublizistik allenthalben in Form ideeller Rudimente aufspüren kann. Vermutlich ist die französische Literatur heute faschistischer als vor dem Zweiten Weltkrieg, was lediglich die Notwendigkeit einer gründlichen und exakten Untersuchung bestätigt. Ich frage mich also, warum Heist der zeitliche Abstand zur Blütezeit der Action Francaise zu stören scheint. Wenn er wenige Zeilen weiter Saint-Exupéry als einen Mystiker der elitären Macht erkennt, so müßte er doch auch — in die Breite gehend — das moderne Kleid über der alten Ideologie

wahrnehmen. Aber, um bei Saint-Exupéry zu bleiben, es fasziniert ihn etwas anderes: „Saint-Exupéry war — seine Tagebücher weisen es aus — Antifaschist, er hat als Freiwilliger gegen Hitler den Tod gefunden. Dennoch ist er von der faschistischen Komponente der Epoche in einem ganz besonderen Maße geprägt." Man könnte dagegen halten: Der Flieger-Dichter war vermutlich kein Antifaschist. Er kämpfte als Franzose gegen Deutschland, vielleicht auch als Aristokrat gegen den Pöbelanführer Hitler, — wenn man seine Position mit Wohlwollen betrachtet. Gegen den vorgeblichen Antifaschismus sprechen einige Merkmale seiner Persönlichkeit und seiner geistigen Haltung, z. B. sein Elitedenken, der immer wieder propagierte heroische Kameradschafts-„Humanismus". Mit dem „Antifaschisten", der „von der faschistischen Komponente der Epoche in einem ganz besonderen Maße geprägt ist", hat es also nicht viel auf sich. Daran erkennt man, wie mühsam Heist Beziehungen zu einem thematischen Zentrum herzustellen versucht. Dabei hätte er das gar nicht nötig. Die einzelnen Beiträge sprechen durchaus für sich. Wenn auch die Einleitung unter einem ganz großen Fragezeichen steht, so erfüllen die Personenskizzen und Werkbetrachtungen doch hohe literaturpolitische Ansprüche.

Die Aufsätze sind chronologisch geordnet. Ich möchte versuchen, die Verbindungslinien zur thematischen Mitte aufzuspüren, was durch das Fehlen einer grundsätzlichen Definition des Faschismus erschwert wird. Es ist nicht anzunehmen, daß wir darunter etwas anderes verstehen als der Verfasser. Dennoch wäre es angebracht gewesen, zumindest die faschistischen Prinzipien zu umreißen. Auf Seite 97 finden sich einige abstrakte Hinweise (im Aufsatz über Genet): „Der Faschismus ist die primitive politische Lösung, die sich dem gleichzeitigen Willen zur Abschaffung und zur Bewahrung einer Ordnung anbietet. Sie drängt die Realität ohne viel Federlesens gegenüber einer allmächtigen Imagination zurück, sie hat die totale Zerstörung wie die totale Selbstzerstörung als wesenseigenes Element in sich, und daß schließlich in ihr alles zu einem von jedem menschlichen Gehalt entleerten ‚Spiel' wird, wissen wir aus vielen schaurigen Erfahrungen."

Das stimmt, besagt aber wenig über die Methoden und Struktur (nebst Symptome) des Faschismus. Wenn es einzig um den Formalismus zum Tode hin (zum geistigen und physischen Mord also) ginge, dann müßte Heist sogar, was seine Kritikobjekte anbelangt, noch weiter zurückstecken. Übrig blieben schließlich nur Montherlant und Céline. Und schließlich bleibt die Frage offen: Ist Auschwitz wirklich nur ein „von jedem menschlichen Gehalt entleertes" — wenn auch noch so gigantisches — Mordspiel? Nicht das Wort „Spiel" stört mich daran, denn Heist meint ja die formalistisch pervertierte Mordbürokratie, sondern jene, wenn auch unausgesprochene, Kausalbeziehung, die sich daraus ableiten läßt: Faschismus und Ordnung. Terror kann niemals Ordnung bedeuten.

Der erste Beitrag befaßt sich mit Georges Bernanos. Heist schildert dessen Weg von der Action Francaise zum Kritiker des korrumpierten Christentums. In Mallorca, wo er eine Zeitlang lebte, begrüßte er „zunächst die Bewegung General Francos". Aber dann entsetzte er sich über die „irrsinnige, explosive Mischung von Zynismus und Heuchelei" in den Aktionen der Falange. „In Massen werden Unschuldige hingeschlachtet, nur weil sie ‚keine sonderliche Begeisterung für die Bewegung gezeigt haben', andere, weil sie nicht zur Beichte gegangen waren oder nicht am Abendmahl teilgenommen haben. Mönche, Priester, Nonnen sind Zutreiber bei den Morden, der Bischof von Mallorca — Bernanos spricht nur von dem ‚unwürdigen Bischof von Mallorca' — heißt sie gut; die gesamte Kirche, Rom selbst, schweigt dazu. Das alles sind ‚Exzesse', die Bernanos empören, aber sie sind nicht das fundamentale Erlebnis, das den umfassenden Angriff auf die Kirche, den das Buch darstellt, erklären ... Wofür ihm dieses Spanien steht, das ist der Übergang von der menschenfeindlichen Scheinordnung des Kapitalismus in den offenen antihumanen Faschismus, ist die Etablierung des Totalitarismus als menschliche Haltung, unter dem Schweigen, ja mit Hilfe der Kirche ... Nach dem Erlebnis Spanien kann Bernanos nicht mehr in Europa leben. Das Verhalten der Christen zeigte ihm, daß hier keine Gegenwelt mehr zur vollendeten Antihumanität der Totalitären vorhanden ist ..." (Das von Heist erwähnte Buch ist „Die großen Friedhöfe unter dem Mond".)

Mit diesem ausführlichen Zitat möchte ich Methode und Aussagekraft Heists belegen.

Er durchdringt mit biographischen Reflexionen das Werk bis zum Kern. Der Bernanos-Essay zählt zu den brillantesten.

Der Wandel eines — niemals aus den Bindungen tiefster Religiosität sich lösenden — Katholiken wird offenbar, sein direkter Sprung vom literarischen ins humanistisch-soziale Christentum. Wer diesen Sprung wagt, steht in dieser formalisierten Christenwelt auf einsamem Posten. Auch das erkennt der Leser Heists. Und das ist gut so, wird doch gerade Bernanos von Kreisen beansprucht, die seine antifaschistische und antikapitalistische Haltung diskret ignorieren. Daß Bernanos mit einer „faschistischen Literatur von Rang" nichts zu tun hat, hat Heist selbst am gültigsten bewiesen.

Charles Péguy und Léon Bloy lassen sich meines Erachtens nur mit äußerster Vorsicht in die Nähe eines sublimierten Faschismus verweisen. Péguy ging den umgekehrten Weg wie Bernanos. Vom Dreyfus-Anhänger und Sozialisten wandelte er sich zum katholischen Mystiker und verwendete sich intensiv für die katholische Erneuerungsbewegung in Frankreich. „So sehr der Fall Péguy", schreibt Heist mit Recht, „einmalig und die Lösung, zu der er sich entschließt, extrem ist, die Komponente der Freiheit, der Unabhängigkeit, ja der Rebellion gegenüber der Kirche — ‚ein halber Rebell und ganz gefügig' nennt er sich gegen Ende der ‚Nota conjuncta' — gehört wesentlich zum ‚irdischen' Aspekt des ‚renouveau catholique'. Wer sie bagatellisiert oder gar unterschlägt, verfälscht ihr Bild." Der Haltung Péguys ist natürlich eine subtile faschistische Komponente immanent: das Renegatentum. Das sei nichts spezifisch Faschistisches, wird man vielleicht erwidern. Aber ich sehe keinen Renegaten, der sich nach der Lösung vom Sozialismus nicht mit dem Faschismus eingelassen oder zumindest arrangiert hätte. Manch einer hat sich indessen voreilig losgesagt und ist dann doch kein Renegat geworden, sondern ein „heimatloser" Sozialist oder Kommunist geblieben. Péguy, der Fanatiker des Glaubens, schrieb, wie die anderen Autoren der „renouveau catholique", seine „Werke im Zeichen der Freiheit, mit Mut und mit Offenheit — bei ihrer Übernahme ins Deutsche wird man den Eindruck nicht los, daß dabei eine gewisse Zimperlichkeit, ein Verzicht auf Freiheit, kurz jene ‚Vorsicht' im Spiele ist, von der Bernanos schreibt, daß sie christlichem Geist widerspreche." — Dieser Hinweis Heists führt erst an die eigentliche Problematik heran, die er mit dem Satz skizziert: „Auf den ersten Blick könnte man sagen, Deutschland holt heute den französischen ‚renouveau catholique' in breitester Front nach ..." (Gemeint sind die deutschen Einzel- und Gesamtausgaben von Bloy, Bernanos, Péguy, Hello, Mounier, Mauriac, Estang, Cesbron, Cayrol usw.). Von der Auswahl und Übersetzung her erkennt Heist die Gefahr der Verfälschung. Zudem verbirgt sich im Gesamtarrangement dieses literarischen Katholizismus eine klerofaschistische Komponente. Der einzelne Péguy und vor allem der einzelne Bloy verdienen eine differenziertere Bewertung. Sie gehören nicht zu den penetranten Autoritätsanbetern wie Mauriac und Cesbron. Und keiner von ihnen hängt einem philosophisch verbrämten Faschismus an, wenigstens nicht offenkundig. Ich muß den von mir hochgeschätzten Léon Bloy übergehen, um wenigstens noch einige Bemerkungen zu den folgenden Kapiteln anfügen zu können.

Mit Montherlant trifft Heist endlich ins Schwarze seines Untertitels. Mit Céline bringt er, wie mit Genet, den krassen psychopathologischen Fall (mit Recht) in die Diskussion. Céline war Zeit seines Lebens Pessimist und Nihilist und mindestens die letzten zwanzig Jahre bis zu seinem Tod (1961) ein kläglicher Faschist. Genet dagegen ist privater Anarchist. Sartre hat über ihn ausführlich und mit sehr viel menschlichem Verständnis geschrieben. Ich bin hinsichtlich Genets völlig anderer Ansicht als Sartre. Die pornografische Nazistory „Pompes funèbres" ist von einzigartiger Widerlichkeit. Heists Urteil ist geschickt formuliert: Genet sei kein faschistischer Schriftsteller, aber als „literarische Erscheinung nur in einer latent faschistischen Epoche denkbar". In diesem Aufsatz spricht Heist von „kryptofaschistischen Neigungen in der heutigen Literatur". Damit ist, was die von Heist gesuchte Thematik anbelangt, ein gültigeres Stichwort gefallen als jenes, das im Untertitel eine Kategoriebezeichnung zu ersetzen versucht.

Camus' „Die Pest" nennt Heist eine „Generalabrechnung mit dem Faschismus". Er rühmt Camus' Entscheidung für die Résistance und sagt, nicht ohne Berechtigung, daß „ihm der politische Blick auf das um-

fassende Problem des Faschismus und des Totalitarismus" fehlte. Gegen Aragon macht Heist die „Unterwerfung unter die kommunistische Parteidisziplin" geltend: ein ausgesprochenes Fehlurteil. Er habe die „Stalinschen Liquidationen" verherrlicht (der ironische Zynismus Aragons hingegen bezweckte genau das Gegenteil), und der Romanzyklus „Die Kommunisten" sei sein schwächstes Werk. Unbegreiflich bleibt mir, was der Beitrag über Aragon in diesem Buch zu suchen hat.

In dem etwas langweiligen Aufsatz über Anouilh entzündet sich Heists Temperament erst an der Interpretation des Stückes „Der arme Bitos", das mit seiner „einfältigen und eintönigen Schwarzweißmalerei" und seinem „spießig-ressentimentalen Räsonnement" die Grenzen Anouilhs aufzeige. Das ist allzuwahr.

Bei der Deutung von Claise Cendrars waltet ein Mißverständnis, eine Fehlidentifizierung von Aktion und Faschismus. Heist hat vermutlich nicht die dialektische Methode Cendrars' begriffen, mit der er ja gerade das Mißverhältnis von Literatur und Leben, von Geist und Aktion aufhellt. Was Heist Cendrars ankreidet, die Unfähigkeit, „einer wirren Zeitsituation ein geistig ordnendes Wort entgegenzustellen", ist im Gegenteil eine bemerkenswerte Fähigkeit, die Bedrohungen und Chancen der Menschheit in dichterischen — also synthetischen — Bildern oder erfundenen Schlüsselfiguren darzustellen.

Ein Aufsatz über Sartre steht am Schluß des Bandes. Es ist der ungerechteste und unbegreiflichste des Buches. Heist will Sartre nicht begreifen. Er simplifiziert seine Dramen und Romane, wertet seine Philosophie ab und befindet: „Sartre hat zur Politik — gleich ob er sich politisch betätigt oder sich von ihr zurückzieht — immer nur ein abstraktes, in seinem Kern also unpolitisches, allenfalls von moralischen Erwägungen bestimmtes Verhältnis. Seine tief eingewurzelte Ichbezogenenheit und sein daraus folgender politischer Quietismus machen ihm nur summarische Entscheidungen möglich: es ist in der Vielzahl seiner politischen Äußerungen weder eine Entwicklung noch eine Kontinuität festzustellen, allen haftet ein Zug von Willkür, ja von Beliebigkeit an . . ." Ich möchte diesem fragwürdigen und ärgerlichen Beitrag im Moment nichts entgegensetzen als den Hinweis auf Sartres überragende Position im Geistesleben der Gegenwart und in der philosophischen Auseinandersetzung mit jener „faschismusgeprägten Epoche", vor deren Akteuren Heist doch in jedem seiner Aufsätze warnt. Ein kritischer Dialog mit Sartre läßt sich nur auf einer Ebene führen, die sein philosophisches Ideengebäude nicht völlig negiert oder überhaupt ignoriert. (Das Musterbeispiel einer klärenden Auseinandersetzung ist das Buch des polnischen Marxisten Adam Schaff: „Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen.") Daß Heist seinen dünnsten Aufsatz an den Schluß des Buches stellte, ärgert am meisten denjenigen Leser, der aufgrund seiner Leseerfahrung mit den vorausgehenden Beiträgen einfach nicht begreifen kann, warum ein so qualifizierter Essayist derart leichtsinnig sein Renommee preisgibt.

Egbert Hoehl

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Geschichte und Zeitgeschichte

Fachbibliographie Geschichte II. Vorgeschichte und Geschichte des Altertums. Koehler & Volckmar, Köln/Koch, Neff & Oetinger, Stuttgart, 373 S., kart. 19,— DM, geb. 23,— DM (Koehler & Volckmar-Fachbibliographien). — Die vorzügliche Serie (vgl. „Blätter", Heft 1/1965, S. 87 und Heft 4/1966, S. 324) liegt nun komplett vor; sie verzeichnet die seit 1945 erschienene deutschsprachige Literatur, beginnend mit dem Schrifttum zur Geschichtsphilosophie und zur Weltgeschichte bis hin zu Darstellungen über den Zweiten Weltkrieg und das Ende des Dritten Reiches. — Gesamtpreis für Bd. I bis III: kart. 50,— DM, geb. 60,— DM.

George F. Hallgarten, Dämonen oder Retter? Eine kurze Geschichte der Diktatur seit 600 v. Chr. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 286 S., br. 3,80 DM (DTV Bd. 376).

Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914—1918). Eingeleitet und zusammengestellt von Miklós Komjáthy. Akadémiai Kiadó (Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften), Budapest, 723 S., Ln. 61,80 DM (Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II/Quellenpublikationen, Bd. Nr. 10). — Eine textkritische Edition der deutschsprachigen Originalprotokolle, die heute im Wiener Staatsarchiv aufbewahrt werden. Die erste Niederschrift (vom 7. Juli 1914) betrifft „bosnische Angelegenheiten" und die „diplomatische Aktion gegen Serbien", die letzte Aufzeichnung (vom 18. Oktober 1918, als sich die Monarchie schon in voller Auflösung befand) befaßt sich mit der ungarischen Antwort auf die Friedensvorschläge des amerikanischen Präsidenten Wilson.

Joseph Wulf, Die Bildenden Künste im Dritten Reich. 459 S. / Literatur und Dichtung im Dritten Reich. 522 S. / Theater und Film im Dritten Reich. 489 S. / Prese und Funk im Dritten Reich. 409 S. / Musik im Dritten Reich. 503 S. Rowohlt Verlag, Reinbek, kart. je Band 4,80 DM (Rororo Bd. 806—820). — Diese fünfbändige Dokumentensammlung bietet nahezu unerschöpfliches, meist bisher unveröffentlichtes Quellenmaterial zur Kulturpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung. Die Taschenbuchausgabe ist gegenüber der Originaledition, auf die bei Erscheinen an dieser Stelle schon hingewiesen wurde, ungekürzt.

Doktorarbeiten im Dritten Reich. Dokumentation mit Stellungnahmen, zusammengestellt und herausgegeben von Rolf Seeliger. Verlag Rolf Seeliger (München 27, Holbeinstr. 22), 88 S., br. 3,40 DM (Dokumentenreihe „Braune Universität", Heft 5).

Aktuelle Themen

Arbeitsrecht und Politik. Quellentexte 1918 bis 1933. Herausgegeben und eingeleitet von Thilo Ramm. Luchterhand Verlag, Neuwied, 291 S., Ln. 32,— DM, kart. Studienausgabe 18,— DM. — Zeitgenössische Beiträge von Heinz Potthoff, Ernst Fraenkel, Franz Neumann und Otto Kahn-Freund, bibliographische und biographische Hinweise, Gesetzes- und Entscheidungsregister.

Der Fischer Weltalmanach 1967. Zahlen, Daten, Fakten. Herausgegeben und verfaßt von Gustav Fochler-Hauke. Fischer Bücherei, Frankfurt, 412 S., br. 4,80 DM. — Angaben über alle souveränen Staaten, kolonialen Territorien und überregionalen Organisationen nach dem Stand vom Herbst 1966. Die Taschenenzyklopädie (jetzt im 8. Jahrgang) enthält weiter wissenswerte Daten aus fast allen Bereichen der Kultur, der Wirtschaft, des Verkehrs und der Sozialpolitik sowie Kurzbiographien ausländischer Staatsoberhäupter und Politiker.

Jürgen Horlemann/Peter Gäng, Vietnam, Genesis eines Konflikts. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 210 S., br. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 173). — Zur Einführung in das Thema sehr zu empfehlen. Mit Dokumententeil und ausgewählter Bibliographie.

China, Südostasien und der Krieg in Vietnam. Bericht und Analyse einer amerikanischen Sachverständigenkommission im Auftrag der Quäker. Aus dem Amerikanischen übertragen von Hildburg Bethke. Mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Martin Niemöller. Stimme-Verlag, Frankfurt, 119 S., kart. 8,80 DM (Kleine Antworten-Reihe). — Dem aufschlußreichen Bericht sind u. a. folgende Dokumente beigegeben: Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam vom 20. Juli 1954; Schlußerklärung der Genfer Konferenz über die Wiederherstellung des Friedens in Indochina (zusammen mit der abweichenden Erklärung des amerikanischen Vertreters vom 21. Juli 1954); Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams vom 20. Dezember 1960; Vier-Punkte-Erklärung der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam vom 8. April 1965.

Felix Greene, Listen, Lügen, Lobbies. China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung. Aus dem Englischen von Margaret Carroux. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt, 420 S., Ln. 24,— DM.

Edmund C. Berkeley, Die Computer-Revolution. Elektronengehirne, Automation und Gesellschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 300 S., Ln. 32,— DM, kart. 24,— DM.

Heinz Haller, Das Problem der Geldwertstabilität. Eine zugleich in volkswirtschaftliches Denken einführende Untersuchung. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 170 S., kart. 4,80 DM (Urban-Bücher, Bd. 97).

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (VIII)*)

Vierte Sitzung der Konferenz der Oberhäupter der Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens

Teheran, 1. Dezember 1943

2. Sitzung am runden Tisch

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr — Ende der Sitzung: 19.40 Uhr

ROOSEVELT: Ich möchte, daß wir in dieser Sitzung die polnische und die deutsche Frage erörtern.

STALIN: Sowie die Frage des Kommuniqués.

ROOSEVELT: Das Kommuniqué wird bereits vorbereitet.

MOLOTOW: Kann man uns jetzt sagen, ob wir einen Teil der italienischen Handels- und Kriegsflotte bekommen werden?

ROOSEVELT: Diese Frage ist sehr einfach zu beantworten. Wir haben eine große Anzahl italienischer Schiffe erhalten. Sie müßten sich nach meiner Meinung in zeitweiliger Nutzung der Vereinten Nationen befinden und für die besten Zwecke verwendet werden. Nach dem Kriege sollen sie unter die Vereinten Nationen aufgeteilt werden.

MOLOTOW: Wenn wir diese Schiffe nicht als Eigentum erhalten können, so bitten wir, sie uns zur zeitweiligen Nutzung zu überlassen. Wir werden sie im Interesse der Alliierten und aller Vereinten Nationen einsetzen.

STALIN: Falls die Türkei nicht in den Krieg eintreten sollte, werden wir die uns übergebenen italienischen Schiffe nicht im Schwarzen Meer einsetzen können. Wir würden sie dann für das Nordmeer vorsehen. Wir wissen, daß es Großbritannien und den Vereinigten Staaten an Schiffen mangelt, deshalb bitten wir auch nur um einige.

CHURCHILL: Ich bin dafür.

ROOSEVELT: Ich bin ebenfalls dafür.

CHURCHILL: Ich wünschte, diese Schiffe blieben im Schwarzen Meer.

STALIN: Das würden auch wir vorziehen.

CHURCHILL: Vielleicht wäre es gut, die für die Sowjetunion bestimmten italienischen Schiffe zusammen mit britischen Schiffen zur Unterstützung der sowjetischen Kriegsflotte ins Schwarze Meer zu führen.

STALIN: Gut, bitte sehr.

CHURCHILL: Diese Frage der Übergabe der Schiffe müssen wir mit den Italienern regeln, denn sie unterstützen uns mit ihrer Flotte. Einige italienische Schiffe kämpfen, die anderen führen Patrouillendienst durch. Die Unterseeboote haben die Versorgung übernommen. Es ist natürlich besser, den größtmöglichen Nutzen aus der italienischen Flotte zu

*) Hiermit schließen wir die Veröffentlichung der sowjetischen Teheran-Protokolle ab. D. Red.

ziehen, als sie gegen sich zu haben. Deshalb erbitte ich eine Frist von zwei Monaten, um die Übergabe italienischer Schiffe an die Sowjetunion mit den Italienern regeln zu können. Das ist eine heikle Frage, und man ist dabei gezwungen, Katze und Maus zu spielen.

STALIN: Können wir dann Ende Januar des kommenden Jahres mit den Schiffen rechnen?

ROOSEVELT: Einverstanden.

CHURCHILL: Einverstanden.

STALIN: Die Kommandos werden wir auf den Schiffen einsetzen.

CHURCHILL: Wir möchten die russische Flotte im Schwarzen Meer durch unsere Schiffe unterstützen. Außerdem würden wir der Sowjetunion gern bei der Instandsetzung ihrer Flottenstützpunkte im Schwarzen Meer, wie beispielsweise Sewastopol, behilflich sein. Es würde uns ferner freuen, wenn es die Sowjetregierung für angebracht hielte, vier bis fünf britische Unterseeboote zu stationieren, um dort rumänische und deutsche Schiffe zu versenken. Ich muß jedoch sagen, daß wir weder Ansprüche noch Interesse am Schwarzen Meer haben.

STALIN: Gut, wir werden für jede uns erwiesene Hilfe dankbar sein.

CHURCHILL: Es gibt ein Moment, das wir bei Kriegseintritt der Türkei ausnützen könnten. Wenn sich die Türkei fürchtet, in den Krieg einzutreten, ihre Neutralität aber wahren möchte, wird sie vielleicht einigen Unterseebooten und den erforderlichen Versorgungsschiffen die Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen ins Schwarze Meer gestatten. Die amerikanischen Unterseeboote vernichten im Stillen Ozean viele japanische Schiffe. Unsere Unterseeboote haben im Mittelmeer bereits eine große Anzahl deutscher und italienischer Schiffe versenkt; unsere Unterseeboote könnten jetzt helfend im Schwarzen Meer eingreifen.

STALIN: Ist die Frage erschöpft?

CHURCHILL: Ja!

ROOSEVELT: Ich möchte über Polen verhandeln und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Sowjetregierung die Verhandlungen beginnen und ihre Beziehungen mit der polnischen Regierung wieder aufnehmen möge [1]).

STALIN: Die Vertreter der polnischen Regierung in Polen stehen mit den Deutschen in Verbindung und ermorden Partisanen. Sie können sich nicht vorstellen, wie sie dort hausen.

CHURCHILL: Das ist eine sehr bedeutende Frage. Wir haben Deutschland den Krieg erklärt, weil Deutschland Polen überfallen hat. Es hat mich seinerzeit verwundert, daß Chamberlain sich in München nicht für die Tschechen eingesetzt hat, im April 1939 aber plötzlich Polen Garantien zusicherte. Ich war erstaunt, als er günstigere Möglichkeiten ausschlug und zur Politik des Krieges zurückkehrte. Gleichzeitig aber hat mich dieser Umstand auch gefreut. Wegen Polen und in Erfüllung unseres Versprechens haben wir Deutschland den Krieg erklärt, obwohl wir, mit Ausnahme unserer Seestreitkräfte, völlig unvorbereitet waren. Wir haben auch große Anstrengungen unternommen, um Frankreich zu veranlassen, in den Krieg einzutreten. Frankreich hat eine Niederlage erlitten. Wir aber wurden, dank unserer Insellage, zu aktiven Kämpfern. Wir messen der Ursache unseres Kriegseintritts große Bedeutung bei. Der historische Unterschied zwischen unserem und dem russischen Standpunkt hinsichtlich Polens ist mir klar. Wir aber legen großes Gewicht auf Polen, da uns der Überfall auf Polen zu unseren heutigen Anstrengungen veranlaßte. Ich habe auch die Haltung Rußlands zu Kriegsbeginn sehr gut verstanden und, angesichts unserer Schwäche zu Kriegsbeginn, auch die Tatsache begriffen,

---

1) Gemeint ist die Polnische Exilregierung mit Sitz in London; die Sowjetunion hatte die Beziehungen am 26. April 1943 abgebrochen

daß Frankreich seine in München gegebenen Garantien nicht realisiert hat. Natürlich konnte die Sowjetregierung damals nicht ihre ganze Existenz in diesem Kampf aufs Spiel setzen. Heute ist die Lage jedoch anders. Und ich hoffe, daß wir, würde man uns nach der Ursache unseres Kriegseintritts fragen, antworten werden, weil wir Polen die Zusicherung gegeben haben. Ich möchte auf mein Beispiel von den drei Streichhölzern zurückkommen, von denen eins Deutschland, das andere Polen und das dritte die Sowjetunion darstellt. Diese drei Streichhölzer sollen nach Westen vorgeschoben werden, um eine der Hauptaufgaben der Alliierten, die Sicherung der Westgrenzen der Sowjetunion, zu lösen.

STALIN: Gestern war nicht von Verhandlungen mit der polnischen Regierung die Rede. Gestern sprachen wir davon, daß wir der polnischen Regierung dieses und jenes vorschreiben müßten. Ich möchte sagen, daß Rußland nicht weniger, sondern mehr als die anderen Großmächte an guten Beziehungen mit Polen interessiert ist, da Polen zu den Nachbarländern Rußlands gehört. Wir sind für eine Wiederherstellung, für eine Stärkung Polens. Aber wir unterscheiden zwischen Polen und der polnischen Exilregierung in London. Wir haben die Beziehungen zu dieser Regierung nicht aus irgendeiner Laune heraus abgebrochen, sondern deshalb, weil die polnische Regierung in Hitlers Fußstapfen tritt und die Sowjetunion verleumdet. Die Presse hat darüber berichtet. Welche Garantien aber haben wir, daß die polnische Exilregierung in London nicht wieder dasselbe tun wird? Wir möchten die Zusicherung haben, daß die Vertreter der polnischen Regierung keine Partisanen hinrichten und die polnische Exilregierung tatsächlich zum Kampf gegen die Deutschen auffordern und nicht irgendwelche Machenschaften in die Wege leiten wird. Zu einer Regierung, die ihre Bürger zum aktiven Kampf gegen die Deutschen auffordert, werden wir gute Beziehungen unterhalten. Wir glauben jedoch nicht, daß die jetzige polnische Exilregierung in London so ist, wie sie sein müßte. Wir wären zu Verhandlungen mit ihr bereit, wenn sie sich mit den Partisanen solidarisch erklären würde und wir die Garantie hätten, daß ihre Vertreter nicht mit den Deutschen in Verbindung stehen werden.

Churchill sprach von drei Streichhölzern. Ich möchte fragen, was das bedeutet.

CHURCHILL: Es wäre gut, hier am runden Tisch die Vorstellungen der Russen von den Grenzen Polens zu erfahren. Wir, Eden und ich, könnten sie den Polen vielleicht darlegen. Nach unserer Meinung müßte man Polen ohne Zweifel auf Kosten Deutschlands zufriedenstellen. Wir würden den Polen erläutern, daß das ein guter Plan sei und sie keinen besseren zu erwarten hätten. Danach könnten wir die Frage der Wiederaufnahme von Beziehungen stellen. Ich möchte jedoch betonen, daß wir ein starkes, unabhängiges Polen wünschen, das freundschaftliche Beziehungen zu Rußland unterhält.

STALIN: Die ukrainischen Gebiete müssen zur Ukraine und die belorussischen zu Belorußland kommen, d. h. die Grenze zwischen der UdSSR und Polen muß der Grenze von 1939 entsprechen, die durch unsere Verfassung festgelegt ist. Das ist der Standpunkt der Sowjetregierung zu dieser Grenze, den sie auch für richtig hält.

Welche Fragen stehen noch zur Diskussion?

ROOSEVELT: Die Frage Deutschlands.

STALIN: Welche Vorschläge gibt es dazu?

ROOSEVELT: Die Aufteilung Deutschlands.

CHURCHILL: Ich bin für eine Aufteilung Deutschlands. Aber ich möchte die Frage hinsichtlich der Aufteilung Preußens durchdenken. Ich bin für eine Abtrennung Bayerns und anderer Provinzen von Deutschland.

ROOSEVELT: Um unsere Diskussion über diese Frage voranzubringen, möchte ich den von mir selbst vor zwei Monaten aufgestellten Plan zur Aufteilung Deutschlands in fünf Staaten darlegen.

CHURCHILL: Preußen ist, so möchte ich betonen, die Wurzel allen Übels in Deutschland.

ROOSEVELT: Wir müssen zuerst eine Gesamtvorstellung haben und dann über einzelne Komponenten sprechen. Ich meine, Preußen müßte möglichst geschwächt und verkleinert werden. Preußen müßte der erste selbständige Teil Deutschlands sein. Teil zwei sollte Hannover und die nordwestlichen Gebiete Deutschlands, Teil drei — Sachsen und das Gebiet um Leipzig, Teil vier — die Provinz Hessen (Darmstadt, Kassel) und die Gebiete südlich des Rheins sowie die alten westfälischen Städte, Teil fünf — Bayern, Baden und Württemberg umfassen. Jeder dieser Teile würde einen unabhängigen Staat darstellen. Außerdem müßten die Gebiete entlang des Kieler Kanals und Hamburgs aus Deutschland herausgelöst und den Vereinten Nationen oder den vier Großmächten zur Verwaltung übergeben werden. Die Ruhr und das Saargebiet müßten entweder der Kontrolle der Vereinten Nationen oder aber der Treuhandschaft ganz Europas unterstellt werden. Das wäre mein Vorschlag, der jedoch nur als ein Entwurf zu betrachten ist.

CHURCHILL: Sie haben den „Clou" des Ganzen dargelegt. Meines Erachtens gibt es zwei Fragen — einmal die Vernichtung und zum anderen den Aufbau. Ich habe zwei Vorstellungen. Die erste ist die Isolierung Preußens vom übrigen Deutschland und die zweite die Abtrennung der süddeutschen Provinzen Bayern, Baden, Württemberg einschließlich der Pfalz von der Saar bis Sachsen. Ich würde Preußen harte Bedingungen auferlegen. Die Südprovinzen könnte man einfach von Preußen abspalten und der Donaukonföderation angliedern. Die Menschen, die in der Donauebene leben, sind nicht die Ursache des Krieges. Ich würde mit den Preußen auf jeden Fall härter verfahren als mit den übrigen Deutschen. Die Süddeutschen werden keinen neuen Krieg anzetteln.

STALIN: Der Plan, neue Vereinigungen von Staaten zu schaffen, gefällt mir nicht. Sollte die Aufteilung Deutschlands beschlossen werden, so sind jedoch keine neuen Vereinigungen notwendig. Sollen es von mir aus fünf oder sechs Staaten und zwei Gebiete sein, wie Roosevelt die Aufteilung Deutschlands vorschlägt. Diesen Plan Roosevelts von der Schwächung Deutschlands könnte man prüfen. Churchill wird es bald mit großen Massen von Deutschen zu tun haben, genau wie wir. Dann wird er sehen, daß in der deutschen Armee nicht nur Preußen, sondern auch Deutsche aus allen anderen deutschen Provinzen kämpfen. Nur die Österreicher, die sich in die Gefangenschaft begeben werden, werden schreien: „Ich bin Österreicher", und unsere Soldaten werden sie aufnehmen. Was die Deutschen aus den übrigen deutschen Provinzen betrifft, so kämpfen sie alle mit der gleichen Erbitterung. Wie wir auch immer an die Frage der Aufteilung Deutschlands herangehen werden, wir brauchen keine neue lebensunfähige Vereinigung der Donaustaaten. Ungarn und Österreich müssen voneinander getrennt bestehen. Österreich ist, solange es nicht angetastet wurde, ein selbständiger Staat gewesen.

ROOSEVELT: Ich stimme Marschall Stalin besonders in der Beziehung zu, daß zwischen den Deutschen aus den einzelnen deutschen Provinzen kein Unterschied besteht. Vor fünfzig Jahren bestand dieser Unterschied noch, aber heute sind alle deutschen Soldaten gleich. Das trifft allerdings nicht auf die preußischen Offiziere zu.

CHURCHILL: Ich möchte nicht so verstanden werden, als sei ich gegen eine Aufteilung Deutschlands. Aber es wird, so meine ich, die Zeit kommen, da sich die Deutschen wieder vereinigen werden, falls wir Deutschland in einzelne Teile spalten und keine Verbindungen aus diesen Teilen schaffen sollten, wie Marschall Stalin ausführte.

STALIN: Es gibt keine Maßnahmen, die die Möglichkeit einer Vereinigung Deutschlands ausschließen würden.

CHURCHILL: Zieht Marschall Stalin ein zersplittertes Europa vor?

STALIN: Was hat das mit Europa zu tun? Ich weiß nicht, ob es notwendig sein wird, vier, fünf oder sechs selbständige deutsche Staaten zu bilden. Diese Frage muß erörtert werden.

ROOSEVELT: Müssen wir zur Prüfung der deutschen Frage eine Sonderkommission einberufen oder können wir sie vielleicht der Londoner Kommission [2]) übergeben?

---

[2]) European Advisory Commission (EAC), der Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion angehörten

STALIN: Man kann diese Frage der Londoner Kommission übergeben, der Vertreter unserer drei Staaten angehören.

CHURCHILL: Ich möchte jetzt noch einmal auf die polnische Frage zurückkommen, die mir dringender zu sein scheint, da die Polen viel Staub aufwirbeln können. Ich möchte meinen Vorschlag zur polnischen Frage vorlesen. Dabei bitte ich nicht, ihm in dieser von mir verfaßten Form zuzustimmen, da ich selbst noch keine endgültige Lösung gefunden habe. Mein Vorschlag lautet: „Im Prinzip wurde festgelegt, daß sich das Gebiet des polnischen Staates und des polnischen Volkes von der sogenannten Curzon-Linie bis zur Oder erstrecken soll, einschließlich Ostpreußens und der Provinz Oppeln. Die endgültige Festlegung der Grenze macht jedoch eine genaue Prüfung und eine mögliche Aussiedlung der Bevölkerung aus einigen Gebieten erforderlich."

STALIN: Die Russen haben in der Ostsee keine eisfreien Häfen. Deshalb brauchten wir die eisfreien Häfen Königsberg und Memel sowie einen entsprechenden Teil des ostpreußischen Territoriums. Um so mehr, da das historisch gesehen slawischer Boden ist. Wenn die Engländer einverstanden sind, uns das genannte Gebiet zu überlassen, werden auch wir die von Churchill vorgeschlagene Fassung annehmen.

CHURCHILL: Der Vorschlag ist sehr interessant. Ich werde ihn unbedingt prüfen.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der sowjetisch-französischen Erklärung

Auf Einladung des Präsidenten der Französischen Republik, General de Gaulle, und der französischen Regierung weilte der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, A. N. Kossygin, in der Zeit vom 1. bis 9. Dezember 1966 zu einem offiziellen Besuch in Frankreich. An dem Besuch beteiligten sich der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, W. A. Kirillin, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, der Vorsitzende des Ministerrats der Sozialistischen Sowjetrepublik Usbekistan, R. K. Kurbanow, der Vorsitzende des Ministerrats der Sozialistischen Sowjetrepublik Lettland, W. P. Ruben, der Minister für Zivilluftfahrt der UdSSR, J. F. Loginow, der Botschafter der UdSSR in Frankreich, W. A. Sorin.

A. N. Kossygin und die Persönlichkeiten, die an dem Besuch teilnahmen, unternahmen eine Reise durch Frankreich, die ihnen ermöglichte, Industriebetriebe, Forschungs- und Universitätszentren zu besichtigen. Der ihnen von der Bevölkerung erwiesene Empfang war ein Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen beiden Ländern bestehen.

A. N. Kossygin führte Gespräche mit General de Gaulle in Paris und Rambouillet und traf auch mit dem Premierminister Frankreichs, G. Pompidou, zusammen.

An diesen Gesprächen beteiligten sich französischerseits: Ministerpräsident G. Pompidou; der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, M. Couve de Murville; der Minister für Wirtschaft und Finanzen, M. Debré; der Minister für Wissenschaftliche Forschungen, Atom- und Weltraumfragen, A. Peyrefitte; der Botschafter Frankreichs in der UdSSR, W. Wormser; — sowjetischerseits: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, W. A. Kirillin; der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko; der Vorsitzende des Ministerrats der Sozialistischen Sowjetrepublik Usbekistan, R. K. Kurbanow; der Vorsitzende des Ministerrats der Sozialistischen Sowjetrepublik Lettland, W. P. Ruben; der Minister für Zivilluftfahrt der UdSSR, J. F. Loginow; der Botschafter der UdSSR in Frankreich, W. A. Sorin; die Kollegiumsmitglieder des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. G. Kowaljow und L. M. Samjatin; der Handelsvertreter der UdSSR in Frankreich, P. A. Sacharichin.

Die Gespräche, die in einer Atmosphäre der Freundschaft verliefen, betrafen die hauptsächlichen politischen Weltprobleme und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Sie haben erlaubt, das gegenseitige Verständnis zu bekräftigen und zu verstärken, das die Moskauer Gespräche zwischen General de Gaulle und L. I. Breshnjew, A. N. Kossygin, N. W. Podgorny gekennzeichnet hat. Damit wurde eine neue und bedeutende Etappe in der Entwicklung der sowjetisch-französischen Beziehungen auf dem Wege zu einer engeren Zusammenarbeit, Verständigung und Freundschaft erreicht. Diese letzteren haben die weitgehende Übereinstimmung der wichtigsten nationalen Interessen des sowjetischen und des französischen Volkes als Grundlage.

I

Es wurden die Entwicklung der internationalen Lage und die Möglichkeiten geprüft, die sie für Frieden und Sicherheit bieten, unter Berücksichtigung der Bedeutung, die die Anstrengungen Frankreichs und der UdSSR in dieser Hinsicht haben, und des vorhandenen Interesses an einer Abstimmung dieser Anstrengungen.

General de Gaulle und A. N. Kossygin behandelten zuerst die europäischen Probleme im Geiste der sowjetisch-französischen Erklärungen vom 30. Juni 1966. Die Entspannung ist die erste notwendige Etappe der erwünschten Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern, unabhängig von deren politischen Ordnung und unter Achtung ihrer Unabhängigkeit und ihrer nationalen Eigenart. In dieser Hinsicht machen sich erste positive Resultate bemerkbar.

Nach Meinung beider Seiten soll dem eine Entwicklung der Beziehungen auf allen Gebieten und zwischen allen europäischen Ländern nach dem Vorbild der Zusammenarbeit folgen, die sich zwischen der Sowjetunion und Frankreich anbahnt und entwickelt.

Eine solche Wandlung in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten könnte schrittweise günstige Bedingungen für die Erörterung der großen ungelösten, in Europa bestehenden Probleme schaffen und letzten Endes zur Verständigung über ihre Lösung führen. Auf diese Weise könnte in Europa dauerhafter Frieden unter Achtung der Prinzipien der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichtanwendung von Gewalt und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten hergestellt werden.

Im Laufe der Gespräche wurde die Frage einer künftigen Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz erörtert, zur Prüfung der Sicherheitsprobleme in Europa und der Anbahnung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit.

Die Sowjetunion und Frankreich bekräftigen ihre Treue zu den Prinzipien und Zielen der UNO-Charta und sind fest entschlossen, alle Möglichkeiten auszunutzen, über die sie verfügen, um darauf hinzuwirken, die jetzige und die kommende Generation vor dem Unheil eines Atomkrieges zu bewahren.

Die beiden Seiten erörterten das Abrüstungsproblem. In Erkenntnis der hochwichtigen Bedeutung der nuklearen Probleme nicht nur hinsichtlich der Nichtweitergabe von Kernwaffen, sondern auch des Verbots ihrer Erzeugung und hinsichtlich der Beseitigung der vorhandenen Bestände wurde aufs neue die Notwendigkeit anerkannt, daß die über diese Waffen verfügenden Mächte über die Mittel verhandeln, die eine wirkliche Abrüstung in diesem Bereich gewährleisten.

Es fand ein Meinungsaustausch über die Ereignisse in Südostasien statt, die eine Gefahr für den Frieden darstellen. Die beiden Regierungen stellen erneut fest, daß sich die Kriegshandlungen in Vietnam immer mehr verstärken und daß die Menschenopfer und Materialverluste immer größer werden. Sie bedauern eine Lage, deren Ernst sich aus der fremdländischen Einmischung ergibt. Diese Lage gefährdet auch die Nachbarstaaten und ist gegenwärtig das Haupthindernis für die internationale Entspannung sowie für die Herstellung dauerhafter friedlicher Beziehungen zwischen vielen Ländern. Die beiden Regierungen sind übereingekommen, ihre Standpunkte weiterhin zu konfrontieren und ihre Ansichten über diese Frage auszutauschen.

Frankreich und die Sowjetunion vertreten die Auffassung, daß die Organisation der Vereinten Nationen auf der Grundlage strikter Einhaltung der Prinzipien und der Bestimmungen ihrer Charta sowie der Gewährleistung ihrer Universalität tätig sein muß. Die beiden Regierungen stellten die Nützlichkeit der französisch-sowjetischen Konsultationen über die Probleme der UNO und deren Tätigkeit fest und bekräftigten ihre Absicht, auch weiterhin Kontakte in allen Fragen zu entwickeln, die für sie von gegenseitigem Interesse sind.

General de Gaulle und A. N. Kossygin hoben die große Bedeutung hervor, die ihre Regierungen dem Problem der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beimessen. Sie stellten fest, daß in diesem Bereich von der einen und von der anderen Seite große Anstrengungen unternommen worden sind, und gaben dem Wunsch Ausdruck, auf diesem Gebiet Kontakte aufrechtzuerhalten.

II

General de Gaulle und A. N. Kossygin gaben ihrer Genugtuung Ausdruck, daß seit den Moskauer Verhandlungen zwischen den leitenden Staatsmännern der UdSSR und dem Präsidenten der Französischen Republik die sowjetisch-französischen Beziehungen sich in raschem Tempo entwickelt haben. Sie betonten die hervorragende Bedeutung der Erklärung vom 30. Juni 1966 für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der UdSSR in allen Bereichen — dem politischen, dem wirtschaftlichen, dem wissenschaftlich-technischen und dem Kulturbereich — und für die Festigung der gesamten sowjetisch-französischen Beziehungen.

Geleitet von dem Streben nach Vertiefung ihrer Freundschaft und ihres Einvernehmens, beabsichtigen Frankreich und die UdSSR, alle Bestimmungen der französisch-sowjetischen Erklärung vom 30. Juni 1966 und der anderen bestehenden sowjetisch-französischen Abkommen zu verwirklichen und auch neue Bereiche der Zusammenarbeit ausfindig zu machen.

Beide Seiten betonten die Nützlichkeit der regelmäßigen Konsultationen zwischen der Sowjetregierung und der französischen Regierung über die europäischen und über andere internationale Probleme, um zur internationalen Entspannung und zur Festigung des Friedens beizutragen. Es wurde mit Befriedigung vermerkt, daß diese Konsultationen immer öfter stattfinden, einen immer tiefergehenden Charakter haben und einen immer größeren Fragenkreis umfassen. Die beiden Seiten äußerten ihre Genugtuung, daß diese französisch-sowjetischen Beziehungen sich so entwickelt haben und zusätzliche Möglichkeiten für Schritte der UdSSR und Frankreichs auf internationaler Ebene zum Wohle des allgemeinen Friedens und der Sicherheit erlauben.

Im Laufe der Gespräche wurden alle Aspekte der Probleme der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der UdSSR erörtert. Es wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die zur Verwirklichung der bestehenden Abkommen geleistete Arbeit bereits positive Resultate hervorgebracht hat. Es wurde vereinbart, gemeinsam Pläne für langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik zwischen beiden Ländern zu prüfen und zu erarbeiten.

Es wurde besonders die Bedeutung hervorgehoben, die auf beiden Seiten der Tätigkeit der permanenten französisch-sowjetischen Kommission beigemessen wird, die gemäß der Erklärung vom 30. Juni 1966 geschaffen wurde.

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Debré und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, W. A. Kirillin, haben die Statuten dieser Kommission gebilligt, die ihre Vollmachten und Arbeitsorganisation genau festlegen.

Beide Seiten wiesen auf die zufriedenstellende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Farbfernsehens, der friedlichen Nutzung der Atomenergie und der Weltraumforschung hin und äußerten den Wunsch, sie auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der Gleichheit, unter Berücksichtigung der Interessen und Möglichkeiten einer jeden von ihnen auf weitere Gebiete der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik auszudehnen. Diese Zusammenarbeit wird ermöglichen, auf ausgeglichener Grundlage Arbeiten und Forschungen durchzuführen, die der französisch-sowjetischen Wirtschaft zum Vorteil gereichen. Sie wird die Herstellung von Verbindungen zwischen Laboratorien, Forschungszentren und Betrieben beider Länder anstreben. Auf Empfehlung der durch das Abkommen über die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit am 30. Juni 1966 gegründeten gemischten Kommission sollen nötigenfalls gemischte Arbeitsgruppen zur Lösung aktueller wissenschaftlicher und technischer Probleme und zu einem umfassenden Informationsaustausch eingesetzt werden.

Beide Regierungen werden die Aufnahme einer industriellen und technischen Zusammenarbeit zwischen französischen Staats- und Privatbetrieben und sowjetischen Industriebetrieben fördern.

Auf wirtschaftlichem Gebiet stellten beide Seiten fest, daß sich neue Perspektiven in bezug auf eine Steigerung des Austauschs eröffnen.

Die Verhandlungen, die während des Aufenthalts einer sowjetischen Handelsdelegation in Frankreich wie auch der Moskauer Reise des französischen Wirtschafts- und Finanzministers stattgefunden haben, berechtigen zu der Hoffnung auf eine vollständigere Verwirklichung der im langfristigen Handelsabkommen enthaltenen Voranschläge sowie auf eine beträchtliche Entwicklung der Zusammenarbeit in Industrie und Handel. Zwecks Förderung des Handels zwischen beiden Ländern wurde übereingekommen, eine gemischte französisch-sowjetische Handelskammer zu gründen.

Beide Seiten äußerten ihre Genugtuung über den Stand der französisch-sowjetischen kulturellen Beziehungen, die sich unentwegt entwickeln. Sie bekräftigen ihre Absicht, den Französisch-Unterricht in der UdSSR und den Russisch-Unterricht in Frankreich zu entwickeln und die Austausche auf dem Gebiet der Kultur und der Kunst zu fördern.

Am 8. Dezember 1966 wurde zwischen Frankreich und der UdSSR ein Konsularabkommen geschlossen und von den Außenministern Frankreichs und der Sowjetunion unterzeichnet.

Was die sowjetisch-französischen Beziehungen auf dem Gebiet der Schiffahrt betrifft, so wurde beschlossen, die gegenwärtigen Konsultationen fortzusetzen, die zum Abschluß eines Seeverkehrsabkommens zwischen beiden Ländern führen sollen.

Die beiden Seiten gaben ihrem gegenseitigen Wunsche Ausdruck, den Luftverkehr zwischen der UdSSR und Frankreich beträchtlich zu erweitern. Sie prüften allgemein die Perspektiven, die sich in den beiden Ländern im Bereich des Luftverkehrs eröffnen.

III

Mit dem Wunsche nach voller Entfaltung der französisch-sowjetischen Beziehungen unterstrichen General de Gaulle und A. N. Kossygin die Bedeutung der weiteren Entwicklung der regelmäßigen Kontakte, die es den französischen und sowjetischen leitenden Staatsmännern ermöglichen werden, sich über die Probleme von gemeinsamem Interesse abzusprechen.

Es wurde bestätigt, daß die offiziellen Besuche L. I. Breshnjews und N. W. Podgornys in Frankreich zu Zeitpunkten stattfinden werden, die noch vereinbart werden sollen.

Im Namen der Regierung der UdSSR lud N. A. Kossygin den französischen Premierminister G. Pompidou zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion zu einem ihm genehmen Zeitpunkt ein. Diese Einladung wurde angenommen. Der Zeitpunkt der Besuche wird auf diplomatischen Wegen festgelegt werden.

Die beiden Seiten vermerkten mit Genugtuung, daß am 9. November 1966 im Rahmen der Durchführung der französisch-sowjetischen Erklärung vom 30. Juni 1966 ein Abkommen über die Einrichtung einer direkten Verbindungslinie zwischen dem Kreml und dem Palais de l'Elysée unterzeichnet worden ist. Die Inbetriebnahme dieser Linie in allernächster Zeit wird die Möglichkeit bieten, auf höchster Ebene Meinungen auszutauschen und Botschaften zu senden, jedesmal wenn dies als erforderlich erachtet wird.

Der Frankreich-Besuch des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, A. N. Kossygin, und die Aussprachen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, ermöglichten es, die zwischen Frankreich und der UdSSR bestehenden herzlichen Beziehungen beträchtlich voranzubringen und die Festigung der konsequent sich entwickelnden französisch-sowjetischen Zusammenarbeit zu fördern. Dieser Besuch ist ein neuer bedeutender Beitrag zur Vertiefung der Freundschaft zwischen dem französischen und sowjetischen Volk, zur Sache der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und in der Welt.

Paris, den 9. Dezember 1966

Erklärung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie"

Der Arbeitsausschuß des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" hat in seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz von Prof. Ridder, Gießen, folgende Erklärung beschlossen:

Der Bundesinnenminister hat bestätigt, daß Botschaften der Bundesrepublik in befreundeten westlichen Ländern feststellen sollen, ob in ihren Gastländern gesetzliche Grundlagen für die Einrichtung von Internierungslagern „bestehen oder in kurzer Zeit erlassen werden können". Internierungslager hießen im Dritten Reich Konzentrationslager. Er hat darüber hinaus angekündigt, daß noch in dieser Legislaturperiode mindestens 30 Artikel des Grundgesetzes geändert werden sollen.

Der Kern der beabsichtigten Grundgesetzänderungen sind die seit Jahren vorbereiteten Notstandsregelungen. Daß die Regierungserklärung nichts über die Notstandsgesetzgebung enthält, ist zweifellos ein Erfolg der gegen diese Gesetzgebung aktivierten demokratischen Kräfte. Die beabsichtigten Grundgesetzänderungen leisten jedoch in der gegenwärtigen Lage einem Abbau der demokratischen Ordnung und ihrer autoritären Umgestaltung Vorschub.

Die schwierige Situation der Bundesrepublik Deutschland beruht nicht zuletzt darauf, daß Milliarden-Beträge im Haushalt fehlen. Aber sie fehlen nur deshalb, weil 20 Milliarden jährlich für unproduktive und sinnlose Rüstungszwecke ausgegeben werden. Die gegenwärtige Krise der Bundesrepublik ist also keine Verfassungskrise. Wird zu ihrer Behebung das Grundgesätz geändert, so wird dadurch die Krise nicht behoben. Stattdessen wird sie zu Lasten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf undemokratische Weise vertagt.

Es gilt also nicht, das Grundgesetz zu ändern, sondern umgekehrt die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen und zu erfüllen. Das ist das Gebot der Stunde.

Deshalb begrüßt und unterstützt der Arbeitsausschuß des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" die Forumsdiskussion, die der DGB am 31. Januar 1967 in Bonn veranstalten wird, um dem Beschluß des Berliner Bundeskongresses des DGB zur Ablehnung der Notstandsgesetze Achtung zu verschaffen.

Frankfurt, den 23. Dezember 1966.

Der Zehn-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts für 1967

Auszüge aus der Neujahrsansprache des Staatsratsvorsitzenden der DDR

. . . Bürger Westdeutschlands!

An der Schwelle des Jahres 1967 bewegt uns noch immer die Frage: Wie werden sich im Neuen Jahr die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entwickeln? Zum Guten oder zum Bösen? Wir wünschen von Herzen, daß sie sich zum Guten wenden mögen, aber es hängt nicht von uns allein ab.

Wie können also — so fragen wir — die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zunächst einmal von den Elementen des kalten Krieges befreit werden? Offenbar erfordert ein geregeltes Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten, das ja auch von vielen Westdeutschen angestrebt wird, mindestens normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Regierungen.

Reihe „Argumente zur Zeit" *

2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden — Eine politische Betrachtung zur Notstandsgesetzgebung	DM —,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM —,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube — Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM 1,—
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM 1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM —,75
15	Dr. Anton Reithinger	Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft	DM 2,—
16	Felix Rexhausen	Der Linkische auf dem Weg zum Rechts-Staat	DM 1,—
17	Reinhard Opitz	Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"	DM 1,50
19	Prof. Dr. Marcel Reding	Gewerkschaft im freiheitlichen Staat	DM 1,—
20	Prof. Dr. Helmut Gollwitzer	Weshalb ich die Vietnam-Erklärung unterschrieben habe	DM —,50
21	Reinhard Opitz	Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft	DM 1,50
22	Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning	Mitbestimmung	DM 1,50
23	Horst Symanowski	Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz	DM 1,50
24	Prof. Dr. Max Bense	Die Funktion der „intellektuellen Opposition"	DM 1,50
25	Hans Heinz Holz	Intelligenz und Mitbestimmung	DM 1,50
26	Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf	„Politischer Gottesdienst" — Zum 80. Geburtstag des „Politikers" Karl Barth	DM 1,50
27	Claudia Wolff	Die Formierer gehen pragmatisch vor	DM 1,50
28	Dr. Achim v. Borries	‚Wohin treibt die Bundesrepublik?' — Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers	DM 1,50
29	Kurt Beutler	Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik	DM 1,50
30	Heinrich Hannover	Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt? — Zur innenpolitischen Bedeutung der Notstandsgesetze	DM 1,50
31	Paul Neuhöffer	Die Krise — Vorspiel welcher Ära?	DM 1,50
32	William Borm, MdB	Nutznießer und Gehilfen — Gedanken zur Großen Koalition	DM 1,50
33	Alfons Vogel	Stabilisierungsgesetze — die Wiedergeburt Brüningscher Notverordnungspolitik	DM 2,10

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM 2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM 1,—
S 8	RA Heinrich Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM 1,—

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Ich meine: Trotz der zweifellos vorgeschrittenen gegensätzlichen Entwicklung der beiden deutschen Staaten gibt es gemeinsame Interessen des Volkes beider Staaten, über die eine Verständigung möglich sein sollte. Deshalb haben wir uns von der Tribüne der jüngsten Plenartagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die westdeutschen Sozialdemokraten, an die Gewerkschafter, an die werktätigen Bauern, an die Angehörigen der Intelligenz, an die Jugend, an die Frauen und auch an die demokratischen Kräfte in der Bourgeoisie mit dem Vorschlag gewandt, uns über ein Minimalprogramm des gemeinsamen Tuns zu verständigen. Wir haben einige grundlegende Gedanken entwickelt, die in einem solchen Minimalprogramm nicht fehlen dürfen.

Das Minimalprogramm sollte für alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands annehmbar sein, die nach Frieden und Sicherheit, nach einem guten Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten und nach wenigstens ersten Schritten auf jenem Wege streben, der zu ihrer Zusammenarbeit in einer deutschen Konföderation führen kann.

Seit vielen Jahren streben wir eine deutsche Konföderation an. Bei der Verfolgung unseres als richtig erkannten Zieles haben wir uns auch nicht von der leider völlig negativen Haltung der Regierung der CDU/CSU abbringen lassen. Die Adenauer und Erhard kamen und gingen. Aber der Gedanke der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in einer Konföderation ist lebendig geblieben, weil es eben keinen anderen realen Weg gibt, um die weitere Versteinerung und Vertiefung der vor zwei Jahrzehnten von den imperialistischen Westmächten und ihren Handlangern in Westdeutschland vollzogenen Spaltung Deutschlands zu verhindern.

Natürlich können wir nicht verkennen: Sozialismus und monopolkapitalistische Herrschaft lassen sich nicht in einem Staat vereinigen. Ein Zurück in das Mittelalter der gesellschaftlichen Entwicklung, zum Kapitalismus, gibt es für die Bürger der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik nicht. Eine Vereinigung zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und einer vom Monopolkapital beherrschten westdeutschen Bundesrepublik ist also unmöglich. Die Wiedervereinigung, richtiger gesagt, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, ist abhängig von einer durchgreifenden demokratischen Umwälzung in Westdeutschland. Das kann ein langer Prozeß sein.

Das Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten

Um so dringlicher aber wird die Ordnung des Neben- und Miteinanderlebens der beiden deutschen Staaten für diesen langen Zeitraum. Und wir meinen, daß wir zielbewußt auf einen Weg hinsteuern sollten, der in der Zukunft zur Zusammenarbeit in einer Konföderation führen könnte.

Es genügt heute nicht mehr, allgemein und in schöner Unverbindlichkeit über Konföderation zu reden, aber gleichzeitig etwas ganz anderes zu tun, wie jene Politiker in Westdeutschland, welche die Idee einer Konföderation durch die Alleinvertretungsanmaßung der Regierung in Bonn und den Grauen Plan gegen die Deutsche Demokratische Republik begraben wollen.

In Fortsetzung unserer klaren und langfristigen Politik in der Frage der Beziehungen der beiden deutschen Staaten und ihrer Bürger zueinander schlagen wir heute, an der Schwelle des Jahres 1967, vor, mit ganz konkreten Vereinbarungen und Maßnahmen in die erste Etappe des Weges zu einer Konföderation einzutreten.

Was sind die unvermeidlichen Schritte, die zu allererst gegangen werden müssen?

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten treffen eine Vereinbarung über die Aufnahme normaler Beziehungen zueinander.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, der den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zum Inhalt hat.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten anerkennen in gleichlautenden vereinbarten Erklärungen die gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten vereinbaren vertraglich die Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben um jeweils die Hälfte.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten erklären ihren Verzicht auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen in irgendeiner Form. Zugleich vereinbaren und versichern sie verbindlich in gleichlautenden und gleichzeitigen Erklärungen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

— Die Regierungen beider deutscher Staaten setzen sich für die Herstellung normaler Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischer Staaten zu beiden deutschen Staaten ein.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, durch den sie sich verpflichten, gemeinsam und gleichzeitig für beide deutsche Staaten den Status einer von den Mächten garantierten Neutralität anzunehmen.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, in welchem sie sich zur Respektierung der unabhängigen Entwicklung Westberlins als besonderes eigenständiges Territorium verpflichten.

— Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Senat von Westberlin schließen einen Vertrag, in dem sich der Senat verpflichtet, den kalten Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik einzustellen, während die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich verpflichtet, den Transitverkehr zunächst für den Zeitraum bis zur Bildung einer deutschen Konföderation zu gewährleisten.

— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten beauftragen eine auf paritätischer Basis aus bevollmächtigten Vertretern gebildete Kommission, zu prüfen, wieweit die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, welche die Sicherung des Friedens und der Demokratie in Deutschland garantieren sollten, in den beiden deutschen Staaten durchgeführt worden sind. Diese Kommission erstattet öffentlich Bericht über das Prüfungsergebnis und macht Vorschläge für eventuell notwendige Maßnahmen.

Das, liebe Mitbürger der Deutschen Demokratischen Republik und werte Bürger Westdeutschlands, wäre die erste Etappe auf dem Weg zu einer Konföderation der beiden deutschen Staaten.

Wir sind uns bewußt, daß die Herbeiführung solcher Vereinbarungen bedeutende Fortschritte auf dem Wege der europäischen Sicherheit notwendig macht. Die Bürger beider deutscher Staaten sind interessiert am Zustandekommen einer Konferenz aller europäischer Staaten für europäische Sicherheit und an Vereinbarungen über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Friede und Freiheit für Vietnam

Der Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa, um Frieden und Sicherheit für die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger, um ihr geregeltes Neben- und Miteinanderleben ist kompliziert und langwierig. Er wird zusätzlich erschwert durch den unser aller

Frieden bedrohenden schmutzigen Krieg der USA gegen das kleine, unerhörte Leiden erduldende, aber heroisch kämpfende vietnamesische Volk.

Ich frage: Ist es nicht eine Schande für Westdeutschland, daß die Regierung in Bonn die mit bestialischer Grausamkeit, mit Napalm und Giftstoffen geführte Aggression der USA in Vietnam moralisch-politisch und materiell unterstützt?

Der Kampf um die Beendigung der USA-Aggression in Vietnam ist ein unentbehrlicher Bestandteil des Kampfes um die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa. — In diesem Sinne fordere ich alle Bürger der westdeutschen Bundesrepublik auf, mit uns, den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, und mit allen anderen friedliebenden Völkern der Welt gemeinsam den USA-Aggressoren Einhalt zu gebieten.

Friede und Freiheit für Vietnam und das vietnamesische Volk werden ein guter Beitrag für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa sein.

In diesem Sinne, liebe Mitbürger, Freunde und Genossen, werte Bürger der westdeutschen Bundesrepublik, wünsche ich Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 1967. Möge es uns den Frieden bewahren und Sicherheit bringen und uns den Weg zum friedlichen Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten und ihrer Bürger öffnen.

Allen Mitbürgern und Miterbauern des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wünsche ich auch weiterhin viel Erfolg bei diesem großen gemeinsamen Werk. Es trägt dazu bei, die Welt zum Guten zu verändern.

Ich wünsche Ihnen allen viel Glück im persönlichen Leben und alles Gute im Neuen Jahr.

Bemerkungen

Wilfrid Schilling, geb. 1919 in Stuttgart, zunächst Musikstudium, u. a. in Rom, später Journalist, Redakteur, Mitarbeiter beim Rundfunk. Buchveröffentlichung: „The Fearmakers", 1959, erschienen in zehn Ländern in zwölf Ausgaben, ferner Hörspiele, Features. Lebt seit 1961 als freier Schriftsteller in Italien.

Dr. Jerzy Sztucki, geboren 1927 in Lodz, studierte an der Handelsakademie und der Akademie für Politische Wissenschaften in Warschau, promovierte 1955 zum Dr. jur. und ist heute als Wissenschaftlicher Sekretär des Politischen Instituts für Ausländische Angelegenheiten in Warschau tätig. Mitglied des Redaktionsrates der Monatszeitschrift „Sprawy Miedzynarodowe" (Internationale Angelegenheiten). Publikationen u. a.: Le désarmement général et complet — Quelques remarques sur les propositions avancées en 1962 (Die allgemeine und vollständige Abrüstung — Einige Bemerkungen zu den 1962 vorgelegten Vorschlägen), 1962; Polska a organizacje miedzynarodowe 1944—1964 (Polen und internationale Organisationen 1944—1964), 1964; Problemy rozbrojenia a Kosmos (Abrüstungsfragen und der Weltraum), 1966; Poland and the Question of European Security (Polen und die Frage der europäischen Sicherheit), 1966.

Dr. Wilhelm Raimund Beyer, geboren 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie. Buchveröffentlichungen u. a.: Recht und Rechtsordnung, 1951; Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1953; Zur Phänomenologie und Logik — Hegel als Redakteur in Bamberg, 1956; Staatsphilosophie, 1958; Hegel-Bilder, 1964; Immunität als Privileg, 1966.

Die in Heft 12/1966 der „Blätter" veröffentlichte Arbeit „Stabilisierungsgesetze — die Wiedergeburt Brüningscher Notverordnungspolitik" von Alfons Vogel ist als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preise von 2,10 DM erschienen.

Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Benteie, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

40-1800 Manfred Dontsch

Am Hammerkloth 171

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmuth Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seisi Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Wilfrid Schilling, geb. 1919 in Stuttgart, zunächst Musikstudium, u. a. in Rom, später Journalist, Redakteur, Mitarbeiter beim Rundfunk. Buchveröffentlichung: „The Fearmakers", 1959, erschienen in zehn Ländern in zwölf Ausgaben, ferner Hörspiele, Features. Lebt seit 1961 als freier Schriftsteller in Italien.

Dr. Jerzy Sztucki, geboren 1927 in Lodz, studierte an der Handelsakademie und der Akademie für Politische Wissenschaften in Warschau, promovierte 1955 zum Dr. jur. und ist heute als Wissenschaftlicher Sekretär des Politischen Instituts für Ausländische Angelegenheiten in Warschau tätig. Mitglied des Redaktionsrates der Monatszeitschrift „Sprawy Miedzynarodowe" (Internationale Angelegenheiten). Publikationen u. a.: Le désarmement général et complet — Quelques remarques sur les propositions avancées en 1962 (Die allgemeine und vollständige Abrüstung — Einige Bemerkungen zu den 1962 vorgelegten Vorschlägen), 1962; Polska a organizacje miedzynarodowe 1944—1964 (Polen und internationale Organisationen 1944—1964), 1964; Problemy rozbrojenia a Kosmos (Abrüstungsfragen und der Weltraum), 1966; Poland and the Question of European Security (Polen und die Frage der europäischen Sicherheit), 1966.

Dr. Wilhelm Raimund Beyer, geboren 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie. Buchveröffentlichungen u. a.: Recht und Rechtsordnung, 1951; Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1953; Zur Phänomenologie und Logik — Hegel als Redakteur in Bamberg, 1956; Staatsphilosophie, 1958; Hegel-Bilder, 1964; Immunität als Privileg, 1966.

Die in Heft 12/1966 der „Blätter" veröffentlichte Arbeit „Stabilisierungsgesetze — die Wiedergeburt Brüningscher Notverordnungspolitik" von Alfons Vogel ist als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preise von 2,10 DM erschienen.

Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Benteie, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.